



Hans-Jürgen Weiß, Cornelia Spallek

Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998 - 2001

Hans-Jürgen Weiß, Cornelia Spallek

Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998 - 2001



Landesanstalt für Medien
Nordrhein-Westfalen (LfM)
Zollhof 2
40221 Düsseldorf
Postfach 10 34 43
40025 Düsseldorf
<http://www.lfm-nrw.de>



Impressum

Herausgeber:

Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM)

Bereich Tagungen und Öffentlichkeitsarbeit

Zollhof 2, 40221 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Joachim Gerth

Redaktion: Antje vom Berg, Dagmar Rose

Gestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal

Druck: Börje Halm, Wuppertal

September 2002

Inhaltsverzeichnis

1.	Problemstellung und Zielsetzung der Studie	7
2.	Konzeption und Methode der Programmanalysen	13
2.1	Die Konzeption der Basisstudie	14
2.2	Die Methode der Vertiefungsanalyse	15
2.2.1	Die Stichprobe: Fernsehbeiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung	16
2.2.2	Die Programmanalysen: Konzeption und Instrumente	19
2.3	Zum Aufbau des Untersuchungsberichts	20
3.	Sieben Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998 - 2001	22
3.1	Programmstichprobe Frühjahr 1998	22
3.1.1	Ereignishintergrund	22
3.1.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	24
3.1.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	28
3.1.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	33
3.1.5	Zusammenfassung	35
3.2	Programmstichprobe Herbst 1998	37
3.2.1	Ereignishintergrund	37
3.2.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	38
3.2.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	38
3.2.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	40
3.2.5	Zusammenfassung	42
3.3	Programmstichprobe Frühjahr 1999	43
3.3.1	Ereignishintergrund	43
3.3.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	44
3.3.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	44
3.3.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	45
3.3.5	Zusammenfassung	45
3.4	Programmstichprobe Herbst 1999	46
3.4.1	Ereignishintergrund	46
3.4.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	47
3.4.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	48
3.4.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	50
3.4.5	Zusammenfassung	51

3.5	Programmstichprobe Frühjahr 2000	52
3.5.1	Ereignishintergrund	52
3.5.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	52
3.5.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	53
3.5.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	55
3.5.5	Zusammenfassung	55
3.6	Programmstichprobe Herbst 2000	56
3.6.1	Ereignishintergrund	56
3.6.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	58
3.6.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	62
3.6.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	64
3.6.5	Zusammenfassung	66
3.7	Programmstichprobe Frühjahr 2001	67
3.7.1	Ereignishintergrund	67
3.7.2	Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	68
3.7.3	Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	68
3.7.4	Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung	72
3.7.5	Zusammenfassung	73
4.	Strukturen, Inhalte und Formen der Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998-2001	75
4.1	Strukturmerkmale der Rechtsextremismus-Berichterstattung	76
4.2	Inhaltliche Schwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung	78
4.3	Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung	80
4.4	Formale Besonderheiten der Rechtsextremismus-Berichterstattung	84
5.	Schlussbemerkung	87
6.	Literatur	90
	Anhang I	93
	Tabellen zur quantitativen Programmanalyse	
	Anhang II	137
	Codeplan zur quantitativen Programmanalyse	
	Anhang III	145
	Wochenüberblick zu den sieben Fallstudien der qualitativen Programmanalyse	

1. Problemstellung und Zielsetzung der Studie

Der Rechtsextremismus in Deutschland hat viele Gesichter.¹ Er hat die Bundesrepublik seit ihren Anfängen begleitet und ist über die Wiedervereinigung hinaus ein deutsches Problem geblieben.²

Die Wahlerfolge der NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre markieren einen ersten Höhepunkt. Im Kontext der Wirtschaftsrezession 1966/67 sowie des oppositionspolitischen Vakuums, das die Große Koalition auf Bundesebene hinterließ, konnte die 1964 gegründete, programmatisch in der Tradition der NSDAP verankerte NPD in Landtagswahlen bis zu 10 Prozent der Wählerstimmen für sich verbuchen und in sieben Landesparlamente einziehen.³

Schon seit mehreren Jahren ist die NPD nicht mehr primär wegen ihrer Wahlerfolge im Gespräch. Auf der parlamentarischen Ebene wurde sie von den Republikanern und der DVU abgelöst. Die Republikaner kamen in Baden-Württemberg 1992 (11 Prozent) und 1996 (9 Prozent) in den Landtag. Die DVU war 1991/92 in Bremen und Schleswig-Holstein, 1998/99 wiederum in Bremen, in Brandenburg und insbesondere in Sachsen-Anhalt (13 Prozent) erfolgreich.

Seit den neunziger Jahren steht jedoch weniger die Rolle rechtsextremistischer Parteien im Zusammenhang von Wahlen und legaler Politik im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Sie richtet sich vielmehr auf die außerparlamentarischen Formen des Rechtsextremismus in Deutschland. Dabei geht es in besonderer Weise um die NPD, die offensichtlich die Rolle eines Organisationszentrums für gewaltbereite, mit der Skin-headszone verbundene Gruppen übernommen hat. In der Konsequenz dieser Entwicklung liegen dem Bundesverfassungsgericht seit Januar bzw. März 2002 Anträge der Bundesregierung, des Bundestags und des Bundesrats vor, die NPD zu verbieten.

Der Wandel der NPD verläuft parallel zur zunehmenden Bedeutung von neuen Organisationsformen, Bewegungen und Gruppen im rechtsextremistischen Milieu. Öffentlich sichtbar wurde dieser Wandel durch das explosionsartige Anwachsen rechtsextremistisch motivierter, fremdenfeindlicher Gewalttaten in Deutschland Anfang der neunziger Jahre. Seitdem lassen sich im Blick auf die letzten 10 bis 12 Jahre zwei Abschnitte un-

¹ Die Kategorie des Rechtsextremismus wird im Folgenden als Sammelbegriff für individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen sowie soziale Gruppen, Bewegungen und Organisationen gebraucht, die aus nationalistisch-autoritären Motiven in fundamentaler Weise gegen Grundprinzipien der politischen Ordnung demokratisch verfasster Gesellschaften gerichtet sind. Vgl. dazu u.a. Pfahl-Traughber, Armin: Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München 1999; Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 2000 (3. Aufl.); Schubarth, Wilfried und Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland - Eine Bilanz. Bonn 2000.

² Vgl. Pfahl-Traughber, Armin: Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000; Koopmans, Ruud: Schlüsselbefunde der wissenschaftlichen Forschung zum Rechtsextremismus in Deutschland in den letzten zehn Jahren. Berlin 2000 (unveröff. Ms.).

³ Vgl. Kühnl, Reinhard, Rainer Rilling und Christine Sager: Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt/Main 1969.

terscheiden: eine erste Phase spektakulärer Großereignisse und eine sich daran anschließende Phase alltäglicher rechtsextremistischer Gewalt.

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre, einer Zeit, die in Deutschland einerseits durch die sozialen Folgen der politischen Wiedervereinigung und andererseits durch eine Verschärfung der Zuwanderungsproblematik geprägt war, häuften sich in Deutschland spektakuläre Gewalttaten gegen Asylbewerber und Arbeitsmigranten. Höhepunkte dieser Entwicklung waren die Ereignisse in Hoyerswerda (September 1991), Hünxe (Oktober 1991), Rostock (August 1992), Mölln (November 1992) und Solingen (Mai 1993). Allein in den beiden Jahren 1992 und 1993 waren nach einer Statistik von *Frankfurter Rundschau* und *Tagesspiegel* 39 Todesopfer rechter Gewalt zu verzeichnen.⁴

Die Zeit danach war nicht mehr in gleichem Ausmaß von spektakulären Ausnahmeereignissen geprägt. Das Ergebnis der kontinuierlichen Gewaltausübung rechtsextremistischer Tätergruppen ist jedoch nicht weniger erschreckend. Der Statistik von *Frankfurter Rundschau* und *Tagesspiegel* zufolge wurden zwischen 1995 und 2000 weitere 39 Menschen durch rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten getötet.

Die Erscheinungsformen, Ursachen und Auswirkungen des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland sind nicht nur relativ gut erforscht.⁵ Vielmehr werden in der Regel als rechtsextremistisch eingestufte Ereignisse von der deutschen Öffentlichkeit auch mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Eine Schlüsselfunktion kommt dabei den Massenmedien und der Berufsgruppe der Journalisten zu. Sie bestimmen durch ihre Berichterstattung in entscheidendem Maße mit, welche Ereignisse in welcher Form öffentlich werden, und haben auch direkten und indirekten Einfluss darauf, welche Themen im Mittelpunkt öffentlicher Diskussionen stehen.⁶ Insofern verwundert es nicht, dass parallel zur Diskussion über den Rechtsextremismus in Deutschland ein zweites Diskussionsfeld entstanden ist, in dem die Leistungen und Fehlleistungen von Massenmedien und Journalisten im Rahmen der Rechtsextremismus-Berichterstattung problematisiert werden.

Prototypisch für die Entwicklung dieser Diskussion sind zwei Akademie-Tagungen zu diesem Thema. Die eine fand 1993 am Adolf-Grimme-Institut in Marl, die andere 2001 auf den 20. Tutzingener Medientagen statt. Gisela Zabka berichtete über diese beiden Tagungen jeweils unter der Überschrift „Was tun?“ im gleichen Mediendienst.⁷ Die erste

⁴ Vgl. *Frankfurter Rundschau* vom 14. September 2000 und *Tagesspiegel* vom 22. September 2000. Diese Statistik weist aufgrund eines gut begründeten, jedoch breiteren Definitionskonzeptes weitaus mehr Tötungsdelikte aus als die offiziellen Statistiken des Verfassungsschutzes (vgl. Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzberichte 1989ff.; *Frankfurter Rundschau* vom 5. Oktober 2001).

⁵ Vgl. dazu den Forschungsüberblick von Koopmans 2000.

⁶ Vgl. dazu die Einführung von Friedhelm Neidhardt zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband: Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. Opladen 1994 (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1994), S. 7–41.

⁷ Vgl. Zabka, Gisela: Was tun? – Die Tagung „Rechtsradikalismus und Medienrealität“. In: epd - Kirche und Rundfunk Nr. 7 vom 27. Januar 1993, S. 3–5; dies.: Was tun? – 20. Tutzingener Medientage: Rechtsextremismus im Fernsehen. In: epd - Medien Nr. 26 vom 4. April 2001, S. 7–9.

stand unter dem Eindruck der Berichterstattung über die Gewalttaten von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock und Mölln. Die zweite konnte auf Fehlleistungen der Medienberichterstattung im Jahr 2000 über Ereignisse in Sebnitz und Düsseldorf zurückblicken, die in den meisten Medien – wie man heute weiß⁸ – vorschnell als rechtsextremistisch eingestuft worden sind.

Auf den Punkt gebracht bewegt sich die Problematisierung der Rechtsextremismus-Berichterstattung in den Medien ständig zwischen einem Gegensatzpaar von Hoffnungen und Befürchtungen:

Aus positivem Blickwinkel hofft man, dass von den Medien eine aufklärende, die Werte der Demokratie gegenüber rechtsextremistischen Zerstörungstendenzen bewahrende und stärkende Wirkung ausgeht, und erwartet von den Journalisten ein entsprechendes Engagement. Insofern verwundert das Ergebnis einer neueren Umfrage unter Pressejournalisten nicht, wonach fast alle die Bekämpfung rechtsextremistischer Parteien als eine wichtige Aufgabe der Presse ansehen. „Die Zeitungen fühlen sich für die politische Entwicklung im Land mitverantwortlich. Sie sehen ihre Aufgabe offenbar nicht nur darin, ihre Informationspflicht zu erfüllen, sondern wollen die politische Landschaft mitgestalten.“⁹

Auf die mit dieser Grundeinstellung verbundenen professionellen Risiken weist der Chefredakteur des NDR, Volker Herres, hin, wenn er den bekannten Fernsehjournalisten Hajo Friedrichs mit dem Satz zitiert „Ein Journalist sollte sich mit keiner Sache gemein machen, auch nicht mit einer guten“.¹⁰ Was damit gemeint ist, ist nicht erst seit den journalistischen Fehlleistungen im Rahmen der Sebnitz-Berichterstattung offenkundig. Schon 1993 spricht die Berliner Publizistin Katharina Rutschky von einer „streberhaften Überreaktion des Guten“, der Fernsehjournalist Ulrich Kienzle von einem „pädagogisierenden Fernsehen“.¹¹

Auf der anderen Seite hat diese Orientierung im Mediensektor mittlerweile längerfristige Konsequenzen, die über das häufig kritisierte Schema kurzfristiger journalistischer Reaktionen auf rechtsextremistische Einzelereignisse hinausgehen. Dazu ist die schon erwähnte kontinuierliche Recherche, Dokumentation und Statistik rechtsextremistischer Gewalttaten durch die *Frankfurter Rundschau* und den *Tagesspiegel* zu zählen oder auch die kontinuierliche tägliche Berichterstattung des *Tagesspiegel* im

⁸ Weder der Tod eines halbtürkischen Kindes in Sebnitz, noch der Anschlag auf zehn Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion, darunter sechs Kontingentflüchtlinge jüdischen Glaubens, im Juli 2000 in Düsseldorf sind dahingehend geklärt, dass eindeutig von einer rechtsextremistischen Gewalttat gesprochen werden kann. Ein Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 steht in einem Zusammenhang mit der aktuellen Eskalation des Nahost-Konflikts; für ihn sind ein Palästinenser und ein aus Marokko stammender Deutscher verantwortlich.

⁹ Albes, Andreas: Die Behandlung der Republikaner in der Presse. Frankfurt/Main 1999, S. 93, zitiert nach Butterwege, Christoph: Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus. In: Schubarth/Stöss 2000, S. 303.

¹⁰ Vgl. Zabka 2001, S. 8.

¹¹ Vgl. Zabka 1993, S. 4f

Sommer 2000 zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland (verantwortlicher Redakteur: Frank Jansen). Ebenfalls in diesen Zusammenhang gehört www.netzgegenrechts.de, ein Online-Informationsportal, an dem sich 21 Medien beteiligen.

Kontrastiert werden die Hoffnungen auf positive Medieneffekte durch die Befürchtung, die Intensität, Inhalte und Formen der Medienberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland würden rechtsextremistische Tendenzen und Aktivitäten in der deutschen Bevölkerung eher verstärken als abschwächen. So zeigen Studien, dass die Bevölkerung auf die Berichterstattung über fremdenfeindliche Gewalttaten zum Teil durchaus paradox – d.h. mit der Verstärkung negativer Einstellungen gegenüber den Opfern (und eben nicht gegenüber den Tätern!) – reagiert. Außerdem gibt es Belege dafür, dass die Intensivierung der Berichterstattung über diese Gewalttaten das Tätermilieu aktivieren und damit eine Intensivierung von Gewalttaten nach sich ziehen kann.¹²

Aus diesen Hoffnungen und Befürchtungen resultiert das Dilemma der Journalisten, sobald sie sich auf das Feld der Rechtsextremismus-Berichterstattung begeben. Es drückt sich in ihrem Gefühl aus, „zwischen Informationspflicht und den moralischen Forderungen des [...] ‚Gutmenschentums‘ von außen und in den eigenen Reihen eingekleidet zu sein“¹³ – ohne dass sich daran, folgt man den Tagungsberichten von Gisela Zabka, in den letzten zehn Jahren irgendetwas geändert hätte.

Wie die Journalisten dieses Dilemma in ihrem Arbeitsalltag praktisch auflösen, ist nicht nur Gegenstand öffentlicher und berufsinterner Auseinandersetzungen, sondern zugleich auch ein Thema, für das sich die Medienforschung interessiert.¹⁴ Unter anderem wurde in einer Studie des Göttinger Instituts für angewandte Kommunikationsforschung (heute: GöfaK Medienforschung, Potsdam) die Rechtsextremismus-Berichterstattung privater und öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme in den Jahren 1992 und 1993, d.h. im Umfeld der Gewalttaten von Rostock, Mölln und Solingen untersucht.¹⁵ Auftraggeber der Studie war die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen.

Nach der Intensivierung der öffentlichen Rechtsextremismus-Debatte im Jahr 2000 brachte die Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen erneut eine Studie auf den Weg, in der Programmanalysen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung privater

¹² Vgl. dazu den Forschungsüberblick und eigene Analysen in Weiß, Hans-Jürgen, Martina Feike, Walter Freese, Peter Funk und Joachim Trebbe: Gewalt von Rechts – (k)ein Fernsehthema? Opladen 1995 (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen, Bd. 11), Kapitel 6, S. 167–195.

¹³ Zabka 1993, S. 4.

¹⁴ Zum Aspekt der Berichterstattung über Rassismus und Fremdenfeindlichkeit vgl. die von Jessika ter Wal herausgegebene Forschungsübersicht des European Research Centre on Migration and Ethnic Relations (ERCOMER): Racism and cultural diversity in the mass media. An overview of research and examples of good practice in the EU Member States, 1995–2000. Wien 2002 (und darin wiederum die von Joachim Trebbe und Tobias Köhler verfasste Forschungsübersicht für Deutschland, S. 125–147).

¹⁵ Vgl. Weiß u.a. 1995.

und öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme durchgeführt wurden. Diese Studie, deren Ergebnisse hier vorgelegt werden, bezieht sich auf den Zeitraum 1998 bis 2001.

Obwohl diese beiden Studien von ihrer Konzeption her nicht direkt miteinander vergleichbar sind, kann man aus ihren Ergebnissen durchaus ablesen, ob die journalistische Auflösung des offensichtlich gleich gebliebenen Dilemmas der Rechtsextremismus-Berichterstattung in Deutschland ebenfalls gleich geblieben ist oder ob sie sich im Laufe der Zeit verändert hat. Natürlich ist in dieser vergleichenden Perspektive zu berücksichtigen, dass die Medienrealität der Rechtsextremismus-Berichterstattung nicht unabhängig ist von der realen, eingangs skizzierten Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland. Unabhängig davon geht es jedoch darum, das spezifisch journalistische, man könnte auch sagen: das konstruktivistische Element zu identifizieren, das diese Medienrealität prägt.¹⁶

Siegfried Weischenberg, Kommunikationswissenschaftler und im Frühjahr 2001 Vorsitzender des Deutschen Journalistenverbandes (DJV), bescheinigte den Journalisten und Medien auf den 20. Tutzingen Medientagen, „sich bei ihrer Auseinandersetzung mit rechter Gewalt im Rahmen ihrer Möglichkeiten durchaus Mühe gegeben zu haben“.¹⁷ Andererseits sind es immer wieder dieselben Kritikpunkte, die heute wie vor zehn Jahren gegen die Rechtsextremismus-Berichterstattung vorgetragen werden:

- Kritisiert wird, die Journalisten würden sich der Rechtsextremismus-Thematik mit vorgefassten Meinungen annähern. Die konkreten Details würden nicht mehr so genau wahrgenommen werden, „wenn die ganze Redaktion, der Chef inklusive, beseelt ist von der eigenen antifaschistischen Gesinnung“.¹⁸
- Insbesondere dem Fernsehen wird eine ästhetische Komplizenschaft mit dem Rechtsextremismus vorgeworfen: „Müssen es die immer gleichen dramatisierten Bilder sein? Stiefel, [...], Glatzen, [...], Fahnen, [...], dumpf-dröhnende Musik?“¹⁹
- Und schließlich gibt es nach wie vor die Befürchtung, die Medien – und hier wiederum insbesondere das Fernsehen – würden rechtsextremistischen Parolen und Ideologien eine Plattform bieten, bzw. es wird behauptet, „ohne die Medien gäbe es den Boom der Neonazi-Szene nicht“.²⁰

¹⁶ Vgl. dazu allgemein die Beiträge in Scholl, Armin (Hg.): Systemtheorie und Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft. Konstanz 2002.

¹⁷ Zitiert nach Zabka 2001, S. 7.

¹⁸ Zabka 2001, S. 8.

¹⁹ Zabka 2001, S. 8.

²⁰ Wieland Backes, zitiert nach Zabka 2001, S. 7.

Die hier vorgelegte Studie kann diese Kritik nicht abschließend bestätigen oder widerlegen. Während die Kritik sehr pauschal formuliert ist, ist die Studie auf einen spezifischen Ausschnitt der Medienrealität fokussiert: auf einen bestimmten Typ von Fernsehprogrammen und eine begrenzte Anzahl von Programmstichproben. Trotzdem ist es das Ziel der Programmanalysen, die alltägliche Fernsehberichterstattung über die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland so zu beschreiben, dass diese Kritik auf solider empirischer Basis aufgegriffen und diskutiert werden kann.

2. Konzeption und Methode der Programmanalysen

Die Analyse der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen Ende der neunziger Jahre bis zu den Anfängen dieses Jahrzehnts ist konzeptionell und methodisch eng mit der im Folgenden als ALM-Studie bezeichneten kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der deutschen Landesmedienanstalten verknüpft. Der Forschungsauftrag der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen sah ursprünglich vor, die im Herbst 2000 aufgezeichnete Programmstichprobe der ALM-Studie weiterführend auszuwerten. Zusätzlich wurde jedoch als Option vereinbart, diese Analysen in Abhängigkeit von der Datenlage ggf. auf weitere Programmstichproben auszuweiten. Im Ergebnis basiert die vorliegende Untersuchung nun auf der weiterführenden Auswertung von sieben Stichproben der ALM-Studie, die zwischen dem Frühjahr 1998 und dem Frühjahr 2001 aufgezeichnet worden sind.

Aufgrund der engen Verknüpfung von Basis- und Vertiefungsstudie wird im Folgenden zunächst der konzeptionelle Rahmen der Basisstudie skizziert²¹ (Abschnitt 2.1). Im Anschluss daran wird die Methode der Vertiefungsanalyse beschrieben (Abschnitt 2.2). Dabei geht es zum einen auf der Ebene der Falldefinition und Stichprobenziehung um eine angemessene Eingrenzung der Kategorie der Rechtsextremismus-Berichterstattung (Abschnitt 2.2.1), zum anderen um die Analyseverfahren, mit deren Hilfe die ausgewählten Beiträge ausgewertet werden (Abschnitt 2.2.2). Abgeschlossen wird das Kapitel mit einer Übersicht über die Konzeption und Gliederung des Untersuchungsberichts (Abschnitt 2.3).

²¹ Die Konzeption und Methode der ALM-Studie wurde in mehreren Publikationen ausführlich beschrieben, diskutiert und dokumentiert, so dass sich die nachfolgenden Erläuterungen auf die grundlegenden Punkte beschränken. Vgl. vor allem: Weiß, Hans-Jürgen und Joachim Trebbe: Fernsehen in Deutschland 1998 - 1999. Berlin 2000 (Schriftenreihe der Landesmedienanstalten, Bd. 18); dies.: Fernsehinformation. Zur Methode kontinuierlicher Programmanalysen in einem medienpolitisch aufgeladenen Forschungsfeld. In: Wirth, Werner und Edmund Lauf (Hg.): Inhaltsanalyse: Perspektiven, Probleme, Potentiale. Köln 2001, S. 49-71; Weiß, Hans-Jürgen: Programmalltag in Deutschland. Das Informations- und Unterhaltungsangebot der deutschen Fernsehvollprogramme 1999 - 2001. In: Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland - ALM (Hg.): Programmbericht zur Lage und Entwicklung des Fernsehens in Deutschland 2000/01. Konstanz 2001, S. 115-174.

2.1 Die Konzeption der Basisstudie

Im Rahmen der kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der deutschen Landesmedienanstalten werden seit 1998 acht deutsche, öffentlich-rechtliche und private Fernsehvollprogramme regelmäßig aufgezeichnet und ausgewertet:

- die Programme von RTL, RTL II und VOX,
- die Programme von SAT.1, ProSieben und Kabel 1
- sowie das Erste Programm der ARD und das ZDF.

Die Programmstichproben bestehen jeweils aus einer Kalenderwoche, die im Frühjahr und Herbst jedes Jahres aufgezeichnet und ausgewertet werden. Bis zum Frühjahr 2001 wurden folgende sieben Programmstichproben erfasst:

Frühjahr 1998:	19. Kalenderwoche, 04. - 10. Mai 1998
Herbst 1998:	46. Kalenderwoche, 09. - 15. November 1998
Frühjahr 1999:	15. Kalenderwoche, 12. - 18. April 1999
Herbst 1999:	42. Kalenderwoche, 18. - 24. Oktober 1999
Frühjahr 2000:	11. Kalenderwoche, 13. - 19. März 2000
Herbst 2000:	42. Kalenderwoche, 16. - 22. Oktober 2000
Frühjahr 2001:	15. Kalenderwoche, 02. - 08. April 2001

Die konzeptionelle Grundidee der ALM-Studie ist es, die Programmangebote der auf dem Zuschauermarkt konkurrierenden Fernsehveranstalter aus der Alltagsperspektive der Fernsehzuschauer zu beobachten. Das heißt, dass die Fernsehprogramme in Untersuchungszeiträumen analysiert werden, die in der Regel weder durch besondere programmexterne Ereignisse, noch durch besondere programminterne Höhepunkte geprägt sind. Auf der Basis dieses Stichprobenmaterials ist daher für die Vertiefungsanalysen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung zu erwarten, dass sich darin eher der Alltag des Rechtsextremismus in Deutschland und des darauf bezogenen gesellschaftlichen und politischen Diskurses widerspiegeln wird als die Fernsehberichterstattung über herausragende, spektakuläre Ereignisse in diesem Problemfeld.

Die Programmanalysen der ALM-Studie werden in zwei Untersuchungsschritten durchgeführt.²² In einer Programmspartenanalyse wird die strukturelle Vielfalt der Programme untersucht. Dabei werden die Fernsehprogramme in drei große Sparten unterteilt:

²² Die Entwicklung dieses Untersuchungskonzepts geht auf eine Studie zurück, in der die Schlüsselbegriffe des deutschen Rundfunkprogramms rechts analysiert und ihre Operationalisierbarkeit im Rahmen von Fernsehprogrammanalysen erprobt wurden. Vgl. Weiß, Hans-Jürgen und Joachim Trebbe: Öffentliche Streitfragen in privaten Fernsehprogrammen. Zur Informationsleistung von RTL, SAT.1 und ProSieben. Opladen 1994 (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen, Bd. 15).

- fiktionale Unterhaltung (Filme und Serien),
- non-fiktionale Unterhaltung (Shows und Spiele)
- und Fernsehpublizistik (Nachrichten, Magazine, Talk-Shows, Reportagen etc.).

Die Programmsparte der Fernsehpublizistik (Basisstudie) und die Kategorie der Fernsehberichterstattung (Vertiefungsanalyse) werden als gleichbedeutend behandelt. Daraus folgt, dass sich die Vertiefungsanalyse ausschließlich auf die fernsehpublizistischen Programmangebote bezieht, die von den acht Fernsehvollprogrammen in den sieben Untersuchungswochen ausgestrahlt worden sind.

Die zweite Teilanalyse der ALM-Studie untersucht die inhaltliche Vielfalt der fernsehpublizistischen Programmangebote unter thematischen Gesichtspunkten. Die Themensystematik dieser Programminhaltsanalyse ist an öffentlich und privat relevanten Funktionsbereichen der Fernsehpublizistik orientiert, die von der politischen Meinungsbildung über die nicht im engeren Sinn politische Sachinformation und Bildung bis hin zur privaten Spannung und Entspannung sowie Beratung reichen. Dementsprechend wird bei der Analyse fernsehpublizistischer Programmangebote zwischen den vier Themenfeldern der (1) politischen Publizistik, (2) Sachpublizistik, (3) Unterhaltungspublizistik und (4) Lebensweltpublizistik unterschieden.

Zwar ist davon auszugehen, dass die Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus normalerweise im Kontext der politischen und/oder Sachpublizistik erfolgen müsste. Diese Annahme ist im Fall der vorliegenden Studie jedoch kein Selektionskriterium für die Auswahl der zu analysierenden Beiträge. Vielmehr werden in den festgelegten Untersuchungszeiträumen alle fernsehpublizistischen Beiträge daraufhin untersucht, ob sie einen Bezug zur Fragestellung der Vertiefungsstudie aufweisen.

2.2 Die Methode der Vertiefungsanalyse

Die zentralen methodischen Parameter der Vertiefungsanalyse sind, wie im vorstehenden Abschnitt beschrieben, durch die Basisstudie vorgegeben. Im Einzelnen betreffen diese Vorgaben vor allem (1) die zu untersuchenden acht Fernsehvollprogramme, (2) den Stichprobentyp (die bewusste Auswahl von natürlichen Programmwochen) und die Untersuchungszeiträume (eine Kalenderwoche im Frühjahr und Herbst jedes Jahres²³) und schließlich (3) das Segment der Fernsehpublizistik als der Programmbereich, aus dem die spezifische Stichprobe der vorliegenden Studie, die Rechtsextremismus-Berichterstattung der untersuchten acht Fernsehvollprogramme, zu identifizieren und für weiterführende Analysen auszuwählen war.

²³ Jeweils Montag bis Sonntag bzw. exakt: von Montag, 3 Uhr, bis zum folgenden Montag, 3 Uhr

2.2.1 Die Stichprobe: Fernsehbeiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung

Auswahlverfahren

Unabhängig von der Arbeitsdefinition, die dieser Studie vorangestellt wurde, gilt nach wie vor, dass der in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit gebrauchte Begriff des Rechtsextremismus unscharf ist.²⁴ Dementsprechend schwierig ist natürlich auch die Definition dessen, was man als Rechtsextremismus-Berichterstattung der Medien bezeichnen und systematisch analysieren kann. Dieses Problem wurde schon in unserer Studie zur Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen ausführlich diskutiert, die sich auf den Zeitraum 1992/93 bezog.²⁵ Bis heute hat sich daran nichts geändert.

Besondere Probleme für die Konzeption von Medienanalysen resultieren aus der Überlagerung der beiden Problemfelder

- des mehr oder weniger formell organisierten Rechtsextremismus in Deutschland auf der einen
- sowie der Zuwanderung und Integration von Ausländern bzw. der fremdenfeindlichen Einstellungen und Verhaltensweisen in der deutschen Gesellschaft auf der anderen Seite.

Sicherlich ist Ruud Koopmans zuzustimmen, wenn er schreibt, „dass das, was wir heute mit ‚Rechtsextremismus‘ andeuten, zuerst und vor allem ein Problem von Fremdenfeindlichkeit ist.“²⁶ Andererseits zeigt jedoch sowohl der Blick auf die zugespitzte Asylproblematik Anfang der neunziger Jahre als auch die Entwicklung des Zuwanderungsdiskurses in den letzten zwei Jahren, von der Green-Card-Debatte über die Vorschläge der Süßmuth-Kommission bis hin zum Verlauf der Zuwanderungsgesetzgebung, dass es sich hierbei um einen Themenkomplex mit einer eigenen Dynamik handelt, der weder explizit noch implizit vollständig unter die Rechtsextremismusproblematik subsumiert werden kann.

Für Medienanalysen bedeutet das, dass Zuwanderung, Integration, Fremdenfeindlichkeit etc. stets Teilthemen der Rechtsextremismus-Berichterstattung sein können, aber nicht notwendigerweise sein müssen. Im Fall der vorliegenden Studie wurde daher folgende Verfahrensregel zur Eingrenzung des Untersuchungsmaterials festgelegt:

- Im Rahmen einer Vorerhebung wurden alle Beiträge in den fernsehpublizistischen Sendungen der Programmstichproben ermittelt, die einen Bezug zum Themenkomplex Rechtsextremismus oder zum Themenkomplex Zuwanderung aufweisen.

²⁴ Vgl. Anmerkung 1.

²⁵ Vgl. Weiß u.a. 1995, S. 14-17.

²⁶ Koopmans 2000, S. 2.

- Im Rahmen der Haupterhebung wurde jeder Beitrag (d.h. auch jeder Beitrag zur Zuwanderungsthematik) daraufhin überprüft, ob in ihm ein expliziter Bezug zum Themenkomplex Rechtsextremismus hergestellt wird.²⁷ Nur diejenigen Beiträge, bei denen das der Fall war, gingen in die Stichprobe der Haupterhebung ein. Das heißt mit anderen Worten, dass Beiträge zur Zuwanderungsproblematik nur dann in die Haupterhebung eingehen, wenn sie einen expliziten Rechtsextremismusbezug aufweisen.

Praktisch beruht die Vorauswahl der Beiträge auf einer Stichwortanalyse der alphanumerischen Kurzbeschreibungen, die in der Basisstudie für jeden einzelnen Beitrag im Sinne einer kurzen Inhaltsangabe angelegt werden. Selektionsgrundlage für die vorläufige Zuordnung eines Beitrags zur Stichprobe der Vertiefungsanalyse war ein umfangreiches Begriffs-Konvolut zu den beiden Themenkomplexen des Rechtsextremismus und der Zuwanderung. Zusätzlich wurde in den beiden aktuellsten Stichproben der ALM-Studie, d.h. im Herbst 2000 und Frühjahr 2001, mit einer gesonderten Themenvariablen geprüft, ob der Beitrag einen expliziten Rechtsextremismusbezug enthält.

In die Vorerhebung gingen alle Beiträge ein, deren Kurzbeschreibung mindestens einen der einschlägigen Begriffe des Recherche-Konvoluts enthielt, oder die in den letzten beiden Teilstichproben mithilfe der Zusatzcodierung direkt erfasst werden konnten.

Eckdaten der Programmstichprobe²⁸

Auf dieser Grundlage wurden insgesamt $n = 806$ Beiträge mit einem Sendeumfang von knapp 34 Stunden ermittelt, die von den acht Fernsehvollprogrammen in den sieben untersuchten Kalenderwochen zwischen dem Frühjahr 1998 und dem Frühjahr 2001 zu den beiden Themenkomplexen des Rechtsextremismus und der Zuwanderung in Deutschland ausgestrahlt wurden.

Aus diesem Programm-Material wurden letztendlich $n = 457$ Beiträge mit einem Sendevolumen von knapp 16 Stunden, in denen ein expliziter Bezug zu aktuellen Erscheinungsformen und Problemen des Rechtsextremismus in Deutschland festzustellen war, für die Haupterhebung ausgewählt.

Die insgesamt nicht sehr große Zahl und die Verteilung der 457 Beiträge über die sieben Teilstichproben der Rechtsextremismus-Studie ist ein Beleg für den eingangs erwähnten Sachverhalt, dass sich in ihr nicht so sehr die Fernsehberichterstattung über spektakuläre Ereignisse, sondern eher die Berichterstattung über den alltäglichen Rechtsextremismus in Deutschland Ende der neunziger Jahre bis Anfang dieses Jahrzehnts widerspiegelt. Von der Anzahl und dem Umfang der ermittelten Beiträge her

²⁷ Vgl. Variable V3 des Codeplans (Anhang II).

²⁸ Vgl. Tabelle 1-4 (Anhang I).

liegt der Schwerpunkt der gesamten Untersuchung auf den beiden Teilstichproben aus dem Frühjahr 1998 mit $n = 163$ sowie dem Herbst 2000 mit $n = 178$ Beiträgen. Ebenfalls noch relativ groß ist die Anzahl der Beiträge, die im Frühjahr 2001 ermittelt worden ist ($n = 64$). Zusammengenommen sind das fast 90 Prozent der Fälle bzw. 85 Prozent der Sendezeit, auf die sich die nachfolgenden Analysen beziehen.

Vom Ereignishintergrund her waren es im Frühjahr 1998 der überraschende Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt und im Herbst 2000 vor allem der politische Diskurs über das Für und Wider eines NPd-Verbotes, die den Rechtsextremismus-Diskurs im Fernsehen bestimmten. Im Mittelpunkt der untersuchten Beiträge stehen damit das eine Mal Reaktionen auf den wahlpolitischen, parlamentarischen Erfolg einer rechtsextremistischen Partei (Frühjahr 1998), das andere Mal Überlegungen zur Legalität bzw. zum Verbot einer rechtsextremistischen Partei, die ihr Betätigungsfeld vor allem außerhalb der Parlamente, in möglicherweise demokratiefeindlichen Bereichen sucht (Herbst 2000). Nur in der Frühjahrsstichprobe 2001 bezieht sich der größere Teil der Beiträge auf rechtsextremistische Organisationen, Täter und Taten unterhalb der Ebene rechtsextremistischer Parteien. Anlässe dafür waren u.a. das Verbot von Neonazi-Gruppen in Sachsen sowie Kundgebungen von Neonazis und hierauf bezogene Gegendemonstrationen.

Umfangreicher als die Berichterstattung über den letztgenannten Themenbereich waren in den sieben untersuchten Programmwochen die Beiträge zu zwei Themenfeldern, die dem Umfeld der Fernsehberichterstattung über aktuelle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Deutschland zuzurechnen sind:

- Zum einen handelt es sich dabei um Beiträge zum Zuwanderungsdiskurs in Deutschland, der insbesondere in der Herbststichprobe 2000 ein zentrales Fernsehthema war. Auslöser der dazu in der Vorerhebung ermittelten Beiträge waren vor allem die Überlegungen des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, die Zuwanderungs- und Integrationsproblematik zum Thema des Bundestagswahlkampfes im Jahr 2002 zu machen, und die Reaktionen aus Politik und Gesellschaft auf das von ihm geprägte Reizwort der Leitkultur. Ein expliziter Bezug zur Rechtsextremismus-Problematik wurde in den Fernsehbeiträgen zu diesem Thema jedoch nur in den seltensten Fällen hergestellt.
- Ebenfalls relativ umfangreich waren im Programm-Material der Vorerhebung Beiträge zur deutschen NS-Vergangenheit.²⁹ Allerdings wurde darin kein direkter Zusammenhang zu aktuellen Problemen des Rechtsextremismus in Deutschland hergestellt.

²⁹ Neben zeitgeschichtlich ausgerichteten Sendungen und Reihen im ZDF (Hitlers Helfer, Hitlers Kinder, Holocaust) und bei VOX/dctp (Kershaw's Hitlerbiografie, Farbfilm aufnahmen in der Nazizeit, First Ladies im Dritten Reich, Gesichter des Dritten Reiches) waren dafür vor allem tagesaktuelle Themen wie: Gedenktag zur Reichsgrogromnacht, Holocaustgedenken in Israel, Hilfsfonds für ehemalige Zwangsarbeiter, Urteil gegen ehemaligen SS-Offizier etc. verantwortlich.

Die Beiträge zu den beiden letztgenannten Themengruppen werden, wie zuvor erläutert, aus dem Fortgang der Untersuchung ausgeklammert. Die Programmanalysen werden nun, um es noch einmal zu wiederholen, ausschließlich auf Fernsehbeiträge mit einem expliziten Bezug zu aktuellen Erscheinungsformen und Problemen des Rechtsextremismus in Deutschland fokussiert.

Angesichts der bisherigen Ergebnisse der kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der Landesmedienanstalten³⁰ verwundert es nicht, dass die Fernsehvollprogramme mit dem generell höchsten Anteil von Beiträgen zur politischen Publizistik, das Erste Programm der ARD und das ZDF, auch diejenigen Programme sind, die zum spezifischen Problemfeld des Rechtsextremismus in Deutschland die meisten Beiträge senden und diesem Thema die umfangreichste Sendezeit einräumen. Gut zwei Drittel der in den sieben Teilstichproben zu dieser Thematik ermittelten Fernsehbeiträge und knapp 60 Prozent der Sendezeit entfallen auf diese beiden Programme.³¹

Den Hauptbeitrag der privaten Fernsehvollprogramme zur Rechtsextremismus-Berichterstattung leisten vor allem SAT.1 (14 Prozent der Beiträge und 8 Prozent der Sendezeit), RTL (6 Prozent der Beiträge und 13 Prozent der Sendezeit) und VOX (5 Prozent der Beiträge und 16 Prozent der Sendezeit) – wobei der VOX-Anteil nahezu ausschließlich auf dctp-Sendungen zurückzuführen ist. Für RTL II ist der Rechtsextremismus in Deutschland offensichtlich kein – fernsehpublizistisch relevantes – Thema. In diesem Programm findet man dazu in den sieben Stichprobenwoche gerade einmal 6 Beiträge mit einem Gesamtumfang von 4 Minuten.

2.2.2 Die Programmanalysen: Konzeption und Instrumente

Die Auswertung der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen in den Jahren 1998 bis 2001 schließt zum einen unmittelbar an die Analysen der Basisstudie an. Zum anderen ist sie mittelbar an der Methode der Vorgängerstudie orientiert, in der die Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen in den Jahren 1992/93 untersucht worden ist:

- Für jeden der für die Sonderanalyse ausgewählten Beiträge stehen die Primärdaten zur Verfügung, die im Rahmen der kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der Landesmedienanstalten erhoben worden sind. Diese umfassen sendetechnische Kennwerte (Programm, Sendedatum, Sendezeit, Sendedauer, Sendungstitel etc.), Strukturdaten der Sendung (Produktionshintergrund, Sendungsformat, Sendungsgenre etc.) sowie die inhaltsanalytische Erfassung des Beitrags, in deren Mittelpunkt dessen thematische Einordnung steht.³²

³⁰ Vgl. zuletzt Weiß 2001.

³¹ Jeweils etwa die Hälfte der Beiträge von ARD und ZDF wurden allerdings im Rahmen des Gemeinschaftsprogramms am Vormittag und zur Mittagszeit parallel ausgestrahlt (im Morgenmagazin, Mittagsmagazin und in den dazwischen liegenden Nachrichtensendungen).

- Wie in der Vorläuferstudie werden diese quantitativen Basisinformationen sowohl durch quantitative als auch durch qualitative Zusatzinformationen ergänzt.³³ Am Anfang der Vertiefungsanalyse stand die qualitative Deskription der aufgezeichneten Beiträge anhand zentraler Form- und Inhaltskategorien und die anschließende qualitative Bewertung der Beiträge vor dem Hintergrund der eingangs skizzierten Problematisierung und Kritik der Rechtsextremismus-Berichterstattung in Deutschland.
- Im Anschluss daran wurde die qualitative Beschreibung und Bewertung der Beiträge quantitativ verdichtet. Hierzu wurden die spezifischen Themenschwerpunkte, die Akteure (Parteien, Organisationen, Gruppen) und die Handlungsfelder der Berichterstattung der Rechtsextremismus-Berichterstattung, ihre Argumentationstendenz sowie die journalistische Form und formale Gestaltung der Beiträge codiert.³⁴

Die Daten der beiden quantitativen Analysen wurden schließlich in einem Datensatz zusammengeführt, so dass die in beiden Teilerhebungen ermittelten Informationen im Folgenden aufeinander bezogen werden können.

Durchgeführt wurden die qualitativen und quantitativen Programmanalysen von drei Absolventen und Studenten der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Freien Universität Berlin.

2.3 Zum Aufbau des Untersuchungsberichts

Im Mittelpunkt des Berichts stehen die Ergebnisse der qualitativen Programmanalysen. Sie werden in Form von sieben Fallstudien vorgestellt (Kapitel 3, Abschnitt 3.1. – Abschnitt 3.7), die sich auf die Rechtsextremismus-Berichterstattung in den sieben Teilstichproben der kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der Landesmedienanstalten zwischen dem Frühjahr 1998 und dem Frühjahr 2001 beziehen.

Unabhängig davon, dass die Zahl der ermittelten Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung von Teilstichprobe zu Teilstichprobe sehr unterschiedlich ist, ist die Darstellung der Ergebnisse der sieben Fallstudien jeweils gleich aufgebaut. In jedem Abschnitt werden (1) nach einer Einführung in den Ereignishintergrund der Stichprobenwoche (2) die Strukturen, (3) die Inhalte und (4) die Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung beschrieben und dann abschließend (5) im Zusammenhang diskutiert.

³³ Vgl. Weiß/Trebbe 2000 (Dokumentation der Untersuchungsinstrumente).

³⁴ Vgl. Weiß u.a. 1995 (Abschnitt 5.1 und Methodendokumentation).

³⁵ Vgl. dazu den Codeplan in Anhang II zu diesem Bericht.

Den in Kapitel 3 dargestellten Ergebnissen der qualitativen Programmanalysen liegen detaillierte Beschreibungen der untersuchten Fernsehbeiträge zugrunde, die in chronologischer Abfolge in Wochenberichten über die sieben Teilstichproben dokumentiert sind (Anhang III).

Ergänzt werden die Ergebnisse der qualitativen Programmanalysen durch quantitative Daten, denen ebenfalls Hinweise auf die Strukturen, Inhalte und Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen der letzten Jahre zu entnehmen sind (Kapitel 4). Dieser Teil des Berichts ist insofern als eine Zusammenfassung der qualitativen Analysen zu lesen, als sich die quantitativen Analysen zum Teil von den einzelnen Stichprobenwochen lösen und stärker auf den Gesamtzusammenhang der untersuchten Fernsehbeiträge ausgerichtet sind.

Die Daten, auf die sich das vierte Kapitel bezieht, sind in insgesamt 64 Tabellen zusammengefasst, die im ersten Teil des Anhangs ausgewiesen werden (Anhang I). Ebenfalls dokumentiert wird der Codeplan der quantitativen Auswertung der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen (Anhang II).

3. Sieben Fallstudien zur Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998 - 2001

3.1 Programmstichprobe Frühjahr 1998³⁵

3.1.1 Ereignishintergrund

Eine Woche vor Beginn der Programmaufzeichnungen, am 26. April 1998, erhält die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent der Wählerstimmen und zieht mit 16 Abgeordneten in den Magdeburger Landtag ein. Zum ersten Mal ist damit eine rechtsextremistische Partei in einem Parlament der neuen Länder vertreten. Unter Einsatz von mehreren Millionen DM setzte die DVU in ihrem Wahlkampf vor allem auf massive, flächendeckende Plakatierungen und die gezielte Ansprache von Jung- und Erstwählern per Postwurfsendungen. Deren Adressen hatte sich die Partei aus den Melderegistern der Einwohnermeldeämter beschafft. Aggressive Werbeslogans lauteten „Deutsches Geld für deutsche Arbeit“, „Kriminelle Ausländer raus!“, „Diesmal Protest wählen!“, „Ausbildungsplätze schaffen – Politikergehälter kürzen!“ usw.

Obwohl bis zum Wahltag weder ein Parteiprogramm noch die aufgestellten Kandidaten bekannt sind, kann die DVU nach ersten Wahlanalysen über 100.000 frühere Nichtwähler und 40.000 bisherige CDU- und SPD-Wähler mobilisieren. Knapp ein Viertel der DVU-Stimmen kommt von Wählern unter 25 Jahren.³⁶ Nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist es der DVU mit ihren Parolen gelungen, vor allem Protestwähler zu mobilisieren.³⁷ Als Grund für das hohe Protestpotential wird in erster Linie die hohe Arbeitslosigkeit in den östlichen Bundesländern ausgemacht.

Unmittelbar nach der Wahl in Sachsen-Anhalt kündigt die CSU an, die von der DVU angesprochenen Themen wie Arbeitslosigkeit, (Ausländer-)Kriminalität und Zuwanderung wieder verstärkt selbst besetzen zu wollen. Die Frage, ob man mit dieser Strategie den Rechtsextremen ihren Nährboden entziehe oder sie im Gegenteil dadurch nicht eher noch stütze, wird kontrovers diskutiert. Der niedersächsische Innenminister Gerhard Glogowski (SPD) erwägt zu prüfen, inwieweit ein Verbot der DVU erfolgversprechend wäre. Gegen diesen Vorstoß wenden sich mehrere Politiker aus der CDU, aber auch aus der SPD.

In der Untersuchungswoche konstituiert sich der neu gewählte Landtag in Sachsen-Anhalt auf seiner ersten Sitzung.

³⁵ 19. Kalenderwoche, 4. - 10. Mai 1998.

³⁶ Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz: Deutsche Volksunion (DVU). Strukturanalyse einer rechtsextremistischen Partei. Köln 1998.

³⁷ Ebd.

Ebenfalls noch vor den Programmaufzeichnungen, am 1. Mai 1998, findet in Leipzig ein Massenaufmarsch der NPD statt. Leipzig gilt mit einem Kreisverband von 270 Mitgliedern als NPD-Hochburg. Schätzungsweise 4.000 bis 6.000 Neonazis und NPD-Sympathisanten demonstrieren vor dem Völkerschlachtdenkmal unter dem Motto „frei-sozial-national“. Auf einer gleichzeitig stattfindenden Gegendemonstration kommt es zu schweren Ausschreitungen, an der angeblich 2.500 Autonome beteiligt sind.

In der Mitte der Untersuchungswoche, am Mittwoch, den 6. Mai 1998, stellt Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) auf einer Pressekonferenz in Bonn die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts 1997 vor. Danach hat die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten einen neuen Höchststand erreicht. Insgesamt wurden 11.719 Straftaten begangen, das sind 34 Prozent mehr als 1996. Die Zahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund hat im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent zugenommen. Zwei Drittel dieser Gewaltdelikte wurden von Jugendlichen aus dem Osten begangen, 85 Prozent der Täter waren zwischen 16 und 24 Jahre alt. Auch die rechts-extremistischen Parteien konnten 1997 einen wachsenden Zulauf verzeichnen, die Zahl ihrer Mitglieder stieg um 7 Prozent auf insgesamt 48.400. Im gleichen Jahr wurden 7.600 gewaltbereite Rechtsextreme registriert (1996: 6.400).

Bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts bezeichnet Kanther die DVU als verfassungsfeindliche Partei. Dennoch wendet er sich gegen ein Parteienverbot. Er bezieht sich dabei auf die Auseinandersetzung mit den Linksextremisten in den siebziger und achtziger Jahren und äußert auf der Pressekonferenz den Satz: „Damals lautete gerade der Rat aus der linken Ecke: Parteien verbietet man nicht, Parteien schlägt man durch den Wähler, indem man die Aufgaben löst.“

Im Anschluss an die Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes, findet in Kaiserslautern vom 7. bis 8. Mai eine Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern statt. Dort wird u.a. darüber beraten, welche politischen Konsequenzen aus den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts zu ziehen sind. Ebenso wie Bundesinnenminister Kanther lehnen auch die meisten anderen Innenminister ein Verbot der DVU ab. Sie beschließen allerdings, in Zukunft härter gegen rechtsradikale Straftäter vorzugehen. Eine Arbeitsgemeinschaft soll dazu konkrete Vorschläge ausarbeiten.

Auf einer Mannschaftsparty des Fußballvereins Werder Bremen zeigt der ägyptische Fußballspieler Hany Ramzy den Hitlergruß. Während Ramzy sich anschließend öffentlich für seine Entgleisung entschuldigt, weist der Verein die Vorwürfe zurück, dass auf der gleichen Party andere Spieler die verbotene erste Strophe des Deutschlandliedes angestimmt haben sollen.

Regionale Ereignisse (Berlin/Brandenburg/neue Bundesländer)³⁸

Am Donnerstag, den 7. Mai 1998, besucht der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis, die Büchner-Kaserne in Berlin-Kladow, um dort mit Offizieren und Feldwebeln über die jüngsten rechtsextremistischen Vorfälle bei der Bundeswehr zu diskutieren. In der Kaserne finden regelmäßig Veranstaltungen zum Thema Rechtsextremismus statt. Nach Angaben der Kommandantur gab es in der Kaserne 1997 drei geringfügige Vorfälle mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Bei einer Razzia gegen Neonazis in Potsdam und Magdeburg findet die Polizei größere Mengen an Waffen, darunter auch Granaten aus dem Zweiten Weltkrieg und Sprengstoff sowie Propagandamaterial. Die großangelegte Aktion richtete sich laut Staatsanwaltschaft gegen mutmaßliche Angehörige rechtsextremistischer Organisationen. Drei Personen werden festgenommen.

In Thüringen sind rechtsextremistische Kreise offenbar im Besitz einer kompletten Fotokartei der Polizei und haben diese dem Innenministerium gegen eine hohe Summe zum Kauf angeboten. Zwei Neonazis werden festgenommen. Unklar ist, wie sie in den Besitz dieser Kartei gekommen sind.

3.1.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Die acht aufgezeichneten Fernsehvollprogramme berichten in der 19. Kalenderwoche 1998 mit zusammengekommen 163 Beiträgen und einem Sendevolumen von mehr als sechs Stunden relativ intensiv über Erscheinungsformen und Probleme des Rechtsextremismus in Deutschland.³⁹ Anlass dafür sind vor allem zwei Ereignisse: der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt kurz vor und die Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts 1997 innerhalb der Untersuchungswoche. Zum Teil werden innerhalb der Fernsehbeiträge beide Themen miteinander verknüpft.

Dieser Ereignisbezug erklärt nicht nur die große Anzahl von Beiträgen zur Rechtsextremismus-Problematik. Vielmehr führt er auch dazu, dass fast die Hälfte dieser Beiträge am Mittwoch als dem Tag ausgestrahlt wird, an dem der Verfassungsschutzbericht vorgestellt wird. Interessant ist nicht nur, dass es sich dabei von der journalistischen Form her vor allem um Nachrichtenbeiträge handelt. Vielmehr wird der größte Teil davon in den Vormittagsmagazinen und Frühnachrichtensendungen gesendet.

³⁸ Da die untersuchten Fernsehprogramme in Berlin/Brandenburg aufgezeichnet werden, enthalten sie zum Teil regionale Informationen aus Berlin/Brandenburg bzw. mit Bezug auf die neuen Bundesländer. Aus diesem Grund wird in der Studie u.a. auch auf einschlägige Ereignisse in dieser Region eingegangen.

³⁹ Vgl. Anhang I, Tabelle 3 und Übersicht 1. Von den insgesamt erfassten 163 Beiträgen wurden 39 parallel im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ausgestrahlt.

Der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt findet in der Untersuchungswoche in allen Vollprogrammen Erwähnung oder wird zumindest als Anlass für die Berichterstattung zu einem anderen Thema genannt. Zum Teil kommt der DVU-Wahlerfolg auch in Beiträgen, die sich übergreifend mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen, zur Sprache. Außerdem wird das Thema DVU häufig im Rahmen der Berichterstattung über den Verfassungsschutzbericht aufgegriffen.

Die Berichterstattung über den Verfassungsschutzbericht erfolgt bei den öffentlich-rechtlichen Sendern kontinuierlich den ganzen Mittwoch hindurch. Im Frühstücksfernsehen dominieren kurze Sprechermeldungen, die überwiegend in identischer Form immer wieder ausgestrahlt werden. In diesen Beiträgen werden die Vorstellung des Berichts durch Bundesinnenminister Manfred Kanther auf einer Pressekonferenz für diesen Tag angekündigt und die wichtigsten Erkenntnisse vorab präsentiert. Ab Mittag, das heißt im Anschluss an die Pressekonferenz, kommen auch ausführlichere journalistische Formate wie Nachrichtenfilme, Filmberichte und Interviews hinzu. Außerdem wird in den Tagesthemen der ARD ein Kommentar zu diesem Thema gesendet.

Der Schwerpunkt der Nachrichtengebung von RTL und SAT.1 liegt innerhalb der jeweiligen Morgenmagazine. Ebenso wie die beiden öffentlich-rechtlichen Programme gibt es hier in kurzem Abstand wiederholte Sprechermeldungen zum Thema. In ihren Hauptnachrichtensendungen bringen beide Sender je einen ausführlichen zusammenfassenden Bericht zu den Ergebnissen der Pressekonferenz.

Die übrigen privaten Vollprogramme, die kein journalistisches Frühprogramm ausstrahlen, berichten nur jeweils in ihren Abendnachrichten über den Verfassungsschutzbericht. Allerdings widmen alle vier Sender dem Thema wenigstens einmal einen längeren Filmbericht.

Längere Hintergrundberichte zu überwiegend tagesaktuellen Themen bringen – in der Reihenfolge der Häufigkeit – ARD und ZDF, SAT.1, VOX, ProSieben und RTL. Es handelt sich dabei vorwiegend um Reportagen in nicht-tagesaktuellen Sendungsformaten, teilweise aber auch um längere Filmberichte innerhalb von Nachrichtensendungen oder dem Frühstücksprogramm. Außerdem gibt es auf RTL (Ilona Christen) und im Ersten Programm der ARD (Presseclub) jeweils eine Gesprächsrunde zum Thema Rechtsextremismus, die im Fall der RTL-Sendung noch einmal wiederholt wird.

Übersicht 1

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Frühjahr 1998

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
Tagesschau			2				
Tagesschau um fünf			1				
Tagesthemen			2		1		
Nachtmagazin	2		1	1			
fakt	1	1					
Presseclub							1
aktuell Berlin & Brandenburg		1	1	1			
ZDF							
heute			4				1
heute nacht			1	1			
blickpunkt	1						
frontal		1					
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm							
Morgenmagazin	5		2	2			
heute		2	18				
heute mittag			1				
heute-schlagzeilen			8				
ZDF-Mittagsmagazin	1	1	2				
RTL							
RTL aktuell			4				
RTL-Nachtjournal			1	1			
Guten Morgen Deutschland		1					
Punkt Sieben			1				
Ilona Christen		4	4				
RTL II							
RTL II News			1		1		
VOX / dctp							
Nachrichten	2		2				
SPIEGEL TV Magazin	1						
SPIEGEL TV Special						1	1

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
SAT.1							
18:30			1				1
Früh-News			5				
Kurz-Nachrichten			2				
Schlagzeilen			4				
Deutschland Heute Morgen		5		2			
17:30 live aus ...		1	2	1	1		
ProSieben							
ProSieben Nachrichten			1				
Focus - TV		1					
taff	1						
Kabel 1							
Kabel 1 Nachrichten			4				1

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

3.1.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Themenschwerpunkt DVU

Auf besonderes Interesse stößt die Frage, welche Persönlichkeiten sich hinter den 16 Landtagsabgeordneten der DVU verbergen, da diese im Landtagswahlkampf keine Kandidaten präsentiert hatte.

Das Ziel der Beiträge zu diesem Themenkomplex in ARD, ZDF, SAT.1, ProSieben und VOX ist es offensichtlich, die DVU-Abgeordneten als politische Laien zu demaskieren und lächerlich zu machen.⁴⁰ In einem *blickpunkt*-Beitrag im ZDF, im *Spiegel TV Magazin* auf VOX sowie in *Focus TV* auf ProSieben erfolgt dies eher indirekt durch eine ironische Kommentierung. Hier kommen jeweils einige DVU-Abgeordnete selbst zu Wort, wobei die Beitragsmacher erfolgreich versuchen, die Parlamentarier durch Sach- und Wissensfragen in die Enge zu treiben.

Zum Teil wird eine negative Charakterisierung der Abgeordneten auch durch den Hinweis auf ihre dubiose Vergangenheit hergestellt. So lässt beispielsweise ein Beitrag im Boulevardmagazin *taff* (ProSieben) ausführlich die frühere Ehefrau des DVU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Wolf zu Wort kommen. Diese berichtet, dass ihr Ex-Gatte sie jahrelang geschlagen und nach der Scheidung mit einer Waffe bedroht habe. In einem Studiogespräch im *SAT.1-Morgenmagazin* kommen DVU-Abgeordnete selbst nicht zu Wort, sondern werden von den Gesprächspartnern explizit als politisch unfähig dargestellt, wofür Beispiele angeführt werden. In dem *Frontal*-Beitrag des ZDF, der sich schwerpunktmäßig mit Gerhard Freys Finanzgeschäften und seinen Kontakten zur Neonazi-Szene befasst, werden die Parlamentarier der DVU in der Anmoderation als „leicht debil und teilweise nicht der deutschen Sprache mächtig“ bezeichnet.

Ein zweiter Themenaspekt, mit dem sich mehrere Sender befassen, ist die Frage nach den Motiven der DVU-Wähler. Hierzu werden in VOX, ProSieben und SAT.1 einige Wähler direkt befragt, SAT.1 widmet diesem Thema im Frühstücksfernsehen einen kompletten Beitrag. In der Talkshow *Ilona Christen* auf RTL, in einem Studiogespräch auf SAT.1 sowie in einem Beitrag über Jugendliche in Deutschland im ZDF äußern sich auch Personen, die nicht mit der DVU sympathisieren, zu möglichen Motiven. Dabei handelt es sich um Personen, die sich beruflich mit dem rechten Milieu beschäftigt haben, wie Sozialarbeiter, Politiker und Journalisten, sowie andere Menschen, die rechtsextreme Zeitgenossen immer wieder in ihrem Alltag erleben.

⁴⁰ Ausführliche Beschreibungen der einzelnen Beiträge sind in Anhang III dokumentiert.

Die befragten DVU-Wähler bezeichnen sich ganz überwiegend als Protestwähler und geben die hohe Arbeitslosigkeit als einziges Wahlmotiv an. Eine Ausnahme sind zwei Passantinnen in Halle, die in einer Reportage des *Spiegel TV Magazins* (VOX) ausländerfeindliche Parolen äußern. Die Beteiligten der RTL-Talkshow argumentieren dagegen einhellig gegen die These von der Protestwahl. Sie verorten in den östlichen Bundesländern vielmehr eine weitverbreitete fremdenfeindliche, rechte Gesinnung. Auch im *Presseclub* der ARD hält die Mehrheit der anwesenden Journalisten das Argument der Protestwahl für keine befriedigende Antwort auf die Frage nach den Gründen für den Wahlerfolg der DVU.

Auf die Gefahr, dass dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt weitere folgen könnten, weist im *Nachtmagazin* der ARD ein Verfassungsschützer hin, welcher der DVU gute Wahlchancen bei der kommenden Bundestagswahl einräumt. Ähnliche Hinweise gibt es auch auf VOX und RTL. In den Abendnachrichten von VOX wird berichtet, dass die DVU bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Bayern antreten werde. In den Abendnachrichten *RTL-aktuell* wird erwähnt, dass Frey künftig mit den Republikanern zusammenarbeiten wolle. Zusätzlich deutet RTL mit der Meldung, US-Präsident Bill Clinton habe sich besorgt über den DVU-Wahlerfolg gezeigt, an, dass das Thema auch im Ausland auf erhöhte Aufmerksamkeit gestoßen ist.

Das ZDF befasst sich in seinem *Frontal*-Beitrag als einziger Sender tiefgreifend mit den Zielen der Frey-Partei. Motivation dieses Beitrags ist es offensichtlich, die Gefährlichkeit und Verfassungsfeindlichkeit durch die Offenlegung von Freys Kontakten zu Neonazis und seiner zweifelhaften Finanztransfers zwischen Partei und Verlag darzustellen. Entsprechend wird in der Abmoderation ein massives Vorgehen gegen die DVU gefordert. Aber auch in anderen Beiträgen wird die DVU als verfassungsfeindliche, fremdenfeindliche und antisemitische Partei bezeichnet. So zum Beispiel in einem SAT.1-Filmbericht im Frühstücksfernsehen und in mehreren Beiträgen über den Verfassungsschutzbericht. Außerdem vergleicht einer der Gäste in der Talkshow *Ilona Christen* (RTL) die DVU mit der NSDAP.

Einen breiten Raum nimmt der Vorschlag von Niedersachsens Innenminister Gerhard Glogowski, die DVU zu verbieten, in der Berichterstattung der untersuchten Fernsehprogramme ein. Obwohl es sich hier um eine Einzelmeinung handelt, beschäftigen sich alle Sender mehr oder weniger ausführlich mit dem Für und Wider eines Parteienverbots. In den meisten Fällen wird diese Frage als Nebenthema im Rahmen der Berichterstattung zur Präsentation des Verfassungsschutzberichts behandelt. Dabei enthalten nahezu alle Beiträge das zuvor erwähnte Statement Kanthers gegen ein Parteienverbot im O-Ton oder als Zitat. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass diese recht allgemein gehaltene Äußerung in der Regel explizit auf die DVU bezogen wird. Lediglich in der ARD wird das Kanther-Zitat als generelle Ablehnung eines Verbots rechtsextremistischer Parteien interpretiert.

Im Rahmen ihrer Berichterstattung im Vormittagsprogramm räumen die öffentlich-rechtlichen Sender sowie RTL und SAT.1 der Verbotsdiskussion den gleichen Stellenwert ein wie dem Verfassungsschutzbericht. Alle vier Sender berichten in kurzen Sprechermeldungen über die Äußerungen des CDU-Rechtsexperten Horst Eylmann, der sich gegen ein DVU-Verbot ausspricht. Im Vormittagsprogramm der öffentlich-rechtlichen Sender wird mit Eylmann ein Interview geführt, ebenso mit dem bayerischen Innenminister Beckstein, der sich skeptisch zur Verbotsfrage äußert. Der Verbotsbefürworter Glogowski kommt in mehreren Beiträgen der ARD zu Wort, in denen auch Verbotsgegner von FDP und Grünen interviewt werden. Außerdem bringen SAT.1 und RTL II einen O-Ton von Glogowski, in dem dieser seinen Vorstoß rechtfertigt. Allerdings wird die Befürwortung des Verbots durch Glogowski in der Regel ohne weitere Begründung zitiert, während die Zitation von Argumenten gegen das Verbot in der Regel mit Begründungen verknüpft wird.

Der Sender RTL II, der sich in einem Filmbericht in den Abendnachrichten ausschließlich der Verbotsdiskussion widmet, gibt seinem Beitrag durch eine entsprechende Kommentierung eine Tendenz pro Verbot. In der Abmoderation des bereits erwähnten *Frontal*-Beitrags wird ebenfalls für ein Verbot der DVU bzw. für eine Aberkennung ihres Parteienstatus plädiert.

Themenschwerpunkt Verfassungsschutzbericht

Die Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts am Mittwoch ist in allen untersuchten Programmen ein Thema, über das berichtet wird. Selbst VOX, RTL II, ProSieben und Kabel 1, die darüber nicht sehr intensiv berichten, strahlen zumindest einen ausführlicheren Bericht aus. Allerdings erwähnt RTL II den Verfassungsschutzbericht lediglich als Anlass für die DVU-Verbotsdiskussion und handelt dessen Ergebnisse nur knapp ab. Alle anderen Sender veröffentlichen mindestens einmal die wichtigsten Ergebnisse in einer Statistik. Während die privaten Sender sich hauptsächlich mit dem Problem des zunehmenden Rechtsextremismus befassen, gehen ARD und ZDF auch auf linksextremistische Straftaten ein. Betrachtet man ihre Berichterstattung im Gesamtzusammenhang, überwiegt allerdings auch bei ihnen das Thema Rechtsextremismus.

Mit der Frage, wie man die im Verfassungsschutzbericht konstatierte Zunahme rechtsextremistischer Gewalt und Gesinnung bekämpfen kann, beschäftigen sich nur wenige Sender. Auf VOX fordert ein Korrespondent, die etablierten Parteien müssten endlich die desolote wirtschaftliche Lage im Osten angehen und so den Nährboden für den gestiegenen Rechtsextremismus bekämpfen. Das ZDF führt zu diesem Themenkomplex Gespräche mit Beckstein und Eylmann. In den *Tagesthemen* der ARD fordert der Redakteur Jürgen Kellermeier in seinem Kommentar ein kompromissloses Vorgehen gegen rechte Gewalttäter. Ähnlich äußert sich auch Cem Özdemir von Bündnis 90/Die Grünen

bei *Ilona Christen*. Außerdem berichtet RTL im *Nachtjournal* innerhalb seines Beitrags zum Verfassungsschutzbericht über Präventionsmaßnahmen der Polizei und des Rats der Stadt Magdeburg. Ein ähnliches Thema behandelt auch SAT.1 mit einem Beitrag über mobile Sondereinsatzkommandos der Brandenburger Polizei gegen Rechts. In beiden Beiträgen wird die Ansicht geäußert, dass derartige Maßnahmen nicht ausreichen, da die eigentlichen Ursachen des Problems Rechtsextremismus, Arbeitslosigkeit und eine desolante Familiensituation, so nicht bekämpft werden könnten.

Neben einem Kommentar in den *Tagesthemen* bringt die ARD in *Bericht aus Bonn* einen längeren Filmbericht, der sich mit den verschiedenen Konzepten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus befasst. Dabei kommt unter anderem auch noch einmal die Verbotsdiskussion zur Sprache. Außerdem diskutieren im *Presseclub* mehrere Journalisten über die Ursachen und Konsequenzen des gestiegenen Rechtsextremismus in Deutschland.

Sonstige Themenschwerpunkte

Das Vorhaben der CSU, die von den rechtsextremen Parteien propagierten Themen in Zukunft selbst besetzen zu wollen, findet in mehreren Sendern Erwähnung. In dem zuvor erwähnten Gespräch im *Morgenmagazin* bei ARD und ZDF plädiert Beckstein für diese Strategie. Im *Bericht aus Bonn* (ARD) äußert sich auch der CSU-Parteivorsitzende Edmund Stoiber entsprechend. Im Gegensatz dazu lehnt der gleichfalls zu Wort kommende Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Ignaz Bubis, ein solches Vorgehen ab, da man so „die rechten Parteien erst recht hoffähig mache“. In der Abmoderation schließt sich der Moderator der Sendung dieser Auffassung an. Auch in der Talkshow *Ilona Christen* sagt ein Beteiligter, nicht Anbiederung, sondern eine klare Abgrenzung von den Ideen der Rechten sei gefragt, ohne dass er sich in seiner Äußerung explizit auf die CSU bezieht. Zusätzlich bringen SAT.1 und ZDF Sprechermeldungen, in denen sich Wolfgang Schäuble (CDU) gegen die CSU-Strategie ausspricht. Das ZDF bringt außerdem noch ein entsprechendes Statement des FDP-Politikers Burkhard Hirsch.

Zusätzlich zu den Beiträgen über die DVU berichten einige Sender auch über die NPD, die zwar noch keine spektakulären Wahlerfolge, dafür aber stark ansteigende Mitgliederzahlen vorweisen kann. Während sich die *Spiegel TV Reportage* auf VOX sowohl mit dem DVU-Wahlerfolg als auch mit der Maidemonstration der NPD in Leipzig befasst, beschäftigt sich das Magazin *Fakt* in der ARD ausschließlich mit den Aktivitäten der NPD in Sachsen und verweist auf den DVU-Wahlerfolg lediglich am Rande. Der Beitrag auf VOX zeichnet lediglich ein Stimmungsbild der Maidemonstration, in dem die Mentalität der Parteimitglieder und Sympathisanten zum Ausdruck gebracht wird. Im Gegensatz dazu handelt es sich bei *Fakt* um eine sachlich gut fundierte Hintergrundstudie, welche die Strategie der Partei, insbesondere bei der Rekrutierung von Nachwuchs aufzeigt.

ProSieben und RTL befassen sich mit der NPD nur am Rande. Dabei wird darauf verwiesen, dass neben der DVU auch diese Partei regen Zulauf verzeichne und sich gleichfalls künftige Wahlerfolge verspreche. Insgesamt wird die Maikundgebung der NPD hauptsächlich im Rahmen der Berichterstattung über den Verfassungsschutzbericht erwähnt und neben dem DVU-Wahlerfolg als konkretes Beispiel für den wachsenden Zulauf rechtsextremistischer Parteien und Organisationen angeführt.

Über die Werder-Affäre berichten die beiden Sender RTL und SAT.1 innerhalb ihrer Sportberichterstattung. RTL erwähnt den Vorfall nur knapp. SAT.1 lässt die Betroffenen selbst zu Wort kommen (wobei sich der Täter entschuldigt) und plädiert für eine besonnene Reaktion auf den Vorfall.

In den Regionalsendungen von ARD und SAT.1 findet sich je eine Meldung über den Besuch von Bubis in einer Berliner Kaserne. Der Anlass – jüngste rechtsextremistische Vorfälle bei der Bundeswehr – wird erwähnt, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Über eine Razzia in Sachsen-Anhalt und Brandenburg, bei der die Polizei ein umfangreiches Waffenarsenal bei Neonazis beschlagnahmte, wird auf SAT.1 und ProSieben berichtet. In den *Tagesthemen* der ARD wird ein ähnlicher Fall geschildert, der sich allerdings im vergangenen Jahr ereignet hat. Der Moderator interpretiert das bei Rechtsextremen entdeckte umfangreiche Waffenarsenal als Beleg dafür, dass die Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen innerhalb der rechten Szene offenbar zugenommen hat. Damit widerspricht er implizit der Auffassung von Kanther, der diese These auf der Pressekonferenz zurückgewiesen hatte.

Schließlich befasst sich *Spiegel TV Special* auf VOX mit dem Überfall auf einen Campingplatz in Mecklenburg-Vorpommern durch rechtsgerichtete Jugendliche sowie mit anderen fremdenfeindlichen Übergriffen.

3.1.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Rechtsextremistische O-Töne

In mehreren Beiträgen kommen Rechtsextreme bzw. rechte Sympathisanten zu Wort, allerdings geben sie überwiegend keine typischen, rechtsextremistischen Statements ab.

Beispielsweise sind von den interviewten DVU-Landtagsabgeordneten mit einer Ausnahme keine ausländerfeindlichen oder andere rechtsextremistische Äußerungen zu vernehmen. Derartige Parolen werden in den Beiträgen, die sich mit der DVU und ihren Abgeordneten befassen, in der Regel durch die Einblendung von Wahlplakaten wiedergegeben. Das von den Sendern vermittelte Bild der DVU-Parlamentarier entspricht eher dem von harmlosen, teils naiven Durchschnittsbürgern als dem von aggressiven, ausländerfeindlichen Agitatoren.

Auch der Parteivorsitzende Frey kommt nur selten mit rechtsextremen Parolen zu Wort. Zwar sind die meisten Beiträge zur DVU von einem kritischen Unterton geprägt, doch hält sich die explizite Kritik an den grundsätzlichen Zielen der Partei in Grenzen. In dem *Focus TV*-Beitrag wird lediglich der undemokratische Führungsstil von Frey kritisiert. Dazu wird ein ehemaliger Kieler DVU-Abgeordneter interviewt. Während des Interviews ist an der Wand seines Büros deutlich eine Karte zu erkennen, die das Deutsche Reich in seinen alten Grenzen zeigt, was ein Hinweis darauf ist, dass der ehemalige Abgeordnete vielleicht mit Frey, aber nicht unbedingt mit dessen Gesinnung gebrochen hat. Eine entsprechende Kommentierung sucht man allerdings vergeblich.

In einem Filmbericht auf SAT.1 wird die DVU als verfassungsfeindliche Partei bezeichnet, die über die Frey'schen Presseerzeugnisse Neo- und Altnazis mit ideologischer Munition versorge. Diese Auffassung zieht sich auch durch die gesamte Reportage von *Frontal* hindurch, die mit dem Fazit endet, der DVU müsse aufgrund ihrer Aktivitäten der Parteienstatus aberkannt werden. In diesem Beitrag findet sich auch das einzige ausländerfeindliche Statement des DVU-Chefs, von dem sich der Off-Kommentar ebenso deutlich distanziert wie von den Äußerungen eines Holocaust-Leugners.

In dem *Spiegel TV*-Beitrag auf VOX über die NPD-Kundgebung in Leipzig kommen gleich zwei Rechtsextremisten mit Äußerungen zu Wort, die sich durchaus als Beleg für eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung der Partei interpretieren lassen. So kündigt der NPD-Vorsitzende Udo Voigt auf der Abschlusskundgebung mit Bezug auf die Leipziger Montagsdemonstrationen 1989 an: „Genauso werden wir auf die Straße gehen, bis das von Westalliierten eingesetzte Regime kippt...“ Und ein anderer Teilnehmer appelliert an seine Gesinnungsgenossen, bald so stark zu werden, dass die derzeit herrschende

Staatsmacht überrollt werden könne. Von den Fernsehjournalisten explizit aufgegriffen und diskutiert werden diese Äußerungen nicht. Es dominiert statt dessen der für das *Spiegel-Magazin* typische ironische bis sarkastische Unterton, das heißt in gewisser Weise latente anstelle von manifester Kritik. Ganz anders ein ARD-Beitrag über die NPD, der sich deutlicher distanziert, u.a. unterstützt durch Aussagen des sächsischen Verfassungsschutzpräsidenten zur Verfassungsfeindlichkeit dieser Partei.

Daneben finden sich in den untersuchten Beiträgen zum Teil rechtsextremistische, insbesondere ausländerfeindlichen Äußerungen von sogenannten Normalbürgern und Jugendlichen. In dem *Spiegel TV Special* auf VOX über rechte Gewalttäter in den neuen Bundesländern outen sich gleich mehrere Jugendliche als Hitler-Anhänger. Die Art der Kommentierung entspricht weitgehend dem bereits genannten ersten *Spiegel TV*-Beitrag.

Die schon erwähnten ausländerfeindlichen Sprüche der beiden Passantinnen in Halle werden von dem Reporter des *Focus TV*-Beitrags zwar hinterfragt, anschließend aber nicht weiter kommentiert. Die ebenfalls ausländerfeindlichen Parolen von Jugendlichen in einem Filmbericht über Jugendliche in Neuruppin (ARD und ZDF) werden weder hinterfragt noch kommentiert, ebenso wenig entsprechende Äußerungen von Jugendlichen und Erwachsenen in den eingespielten Filmbeiträgen in der RTL-Talkshow *Ilona Christen*. Im letztgenannten Fall wird die kritische Distanz aber durch den Tenor der gesamten Sendung hergestellt, da sowohl die Moderatorin als auch die Diskussionsteilnehmer durchgängig gegen den Rechtsextremismus Stellung beziehen. Innerhalb der Diskussion gibt es keine Äußerungen von Rechtsextremen oder rechten Sympathisanten.

Rechtsextremistische Symbolik

Zitate der Nazi- und Skinhead-Symbolik finden sich vor allem in den Beiträgen zum Verfassungsschutzbericht.

Als typischen Beleg für die im Bericht konstatierte wachsende Zahl von Rechtsextremisten und die Zunahme rechter Straf- und Gewalttaten verwenden alle Sender in ihren Sprechermeldungen Hintergrundbilder, in denen rasierte Schädel, Baseballschläger, Hitlergrüße und anderen stereotype Symbole zu sehen sind. Auch in den Nachrichtenfällen und Filmberichten zu diesem Thema finden sich diese Symbole wieder. Insbesondere die Maidemonstration der NPD, auf der rechtsextremistische Symbolik und Accessoires besonders massiert auftreten, dient der Aktualisierung visueller und akustischer Rechtsextremismuszitate im Fernsehen.

Dieselben Bilder sind zwangsläufig auch in den Beiträgen zu sehen, die sich schwerpunktmäßig mit der NPD auseinandersetzen. Im Gegensatz dazu werden in der Fernsehberichterstattung über die DVU kaum Nazi-Symbole verwendet. Hier dominieren Filmausschnitte, in denen die Wahlkampfparolen auf den Plakaten der DVU gezeigt werden.

3.1.5 Zusammenfassung

Bei der Berichterstattung über die DVU und ihren Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt liegt das Hauptinteresse der untersuchten Fernsehprogramme bei Personen und Charakteren der Partei. Die Parlamentarier werden in allen relevanten Beiträgen als politisch unbedarft dargestellt. Zwar wird die Partei dadurch in gewisser Weise demaskiert, andererseits aber auch verharmlost. Über die Strukturen und Ziele der DVU schweigen sich die Sender, mit Ausnahme des ZDF in seiner *Frontal-Reportage*, aus. Insbesondere die privaten Programme begnügen sich damit, den insgesamt als harmlos zu bezeichnenden Äußerungen der DVU-Abgeordneten die ausländerfeindlichen Wahlkampfparolen auf den Plakaten der Partei gegenüberzustellen. Im Zusammenhang mit dem Verfassungsschutzbericht wird die DVU zwar von den meisten Sendern immer wieder als verfassungsfeindlich bezeichnet, eine Begründung dafür erfolgt aber nicht.

Ein anderer häufig behandelter Aspekt sind die Motive der DVU-Wähler. Diese Art der Ursachenforschung betreiben hauptsächlich die privaten Sender. Ganz überwiegend wird durch die Art der Berichterstattung die These von der Protestwahl gestützt. Daneben werden auch immer wieder die hohe Arbeitslosigkeit in den sogenannten neuen Bundesländern und problematische Familienverhältnisse bzw. ein wie auch immer konstatiertes Erziehungsnotstand als Gründe für den wachsenden Zuspruch zu rechtsextremistischem Gedankengut genannt.

Insgesamt findet man im Frühjahr 1998 in den meisten Beiträgen der tagesaktuellen Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus, aber auch in den wenigen nicht-tagesaktuellen Beiträgen, Zustandsbeschreibungen: die Darstellung von Oberflächenphänomenen. Und selbst diejenigen Beiträge, die für sich in Anspruch nehmen, Ursachen für und Konzepte gegen den Rechtsextremismus in Deutschland zu beleuchten, bleiben weitgehend an der Oberfläche.

So ist die Berichterstattung über den aktuellen Verfassungsschutzbericht in erster Linie auf das Für und Wider eines Verbots der DVU fokussiert, obwohl (oder vielleicht auch gerade weil) der Verbotsbefürworter Glogowski mit seiner Meinung in der politischen Landschaft alleine steht. Der Umstand, dass neben der wachsenden Zahl von Mitgliedern rechtsextremistischer Vereinigungen auch die Zahl der fremdenfeindlichen und anderer Straf- und Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund zugenommen hat, gerät auf diese Art und Weise überwiegend in Vergessenheit.

Lediglich im *Presseclub* der ARD wurden mehrere Problemaspekte des Rechtsextremismus in Deutschland ausführlicher diskutiert und die Politik zur Entwicklung neuer Strategien gegen den Rechtsextremismus aufgefordert. Auf die Defizite in diesem Bereich weist auch eine Journalistin in ihrem Beitrag für den *Bericht aus Bonn* (ARD) mit der Bemerkung hin: „Im Wahlkampf [gemeint ist der Bundestagswahlkampf 1998, d.Verf.] dominieren schnelle Sprüche und griffige Rezepte. Allerdings ist zweifelhaft, ob damit der Durchmarsch der Rechten, vor allem bei den Jugendlichen, zu stoppen ist.“

3.2 Programmstichprobe Herbst 1998

3.2.1 Ereignishintergrund

Am ersten Tag der Programmaufzeichnungen, dem 9. November 1998, bricht eine Gruppe von Mitgliedern des Vereins *Deutsche Konservative* zu einer Reise nach Israel auf. Unter ihnen befindet sich der Berliner CDU-Politiker Heinrich Lummer. Als bekannt wird, dass die israelischen Behörden ein Einreiseverbot über die Gruppe verhängt haben, leitet die Lufthansa den Flug Frankfurt/Main - Tel Aviv nach Istanbul um. Bei dieser außerplanmäßigen Zwischenlandung geht die Gruppe von Bord und kehrt nach Deutschland zurück. Wie sich später herausstellt, ist das Einreiseverbot nicht gegenüber dem gesamten Verein, sondern nur gegen dessen Vorsitzenden, Joachim Siegerist, verhängt worden, der wegen Volksverhetzung einschlägig vorbestraft ist. Siegerist hat allerdings an der Reise gar nicht teilgenommen. Ob es sich bei dem Einreiseverbot letztlich nur um ein Missverständnis gehandelt hat, welche Ziele der Verein vertritt und ob die Gruppe ihre Reise freiwillig beendet hat, bleibt unklar.

Übersicht 2

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Herbst 1998

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
Tagesschau		1					
Tagesschau um fünf		1					
aktuell Berlin & Brandenburg		1					
ZDF							
heute		2					
ML Mona Lisa							4
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm							
Tagesschau		4					
Tagesschau um zwölf		1					
RTL							
RTL aktuell		1					
SAT.1							
18:30		1					
Früh-News		2					
Kabel 1							
Kabel 1 Nachrichten		2	1				

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

⁴¹ 46. Kalenderwoche, 9. - 15. November 1998.

3.2.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Im Gegensatz zur Frühjahrsstichprobe 1998 finden sich in dieser Untersuchungswoche wenige, d.h. insgesamt nur 23 Fernsehbeiträge zu aktuellen Erscheinungsformen und Problemen des Rechtsextremismus in Deutschland.⁴² Das im letzten Abschnitt geschilderte Ereignis ist der einzige Anlass für einige Nachrichtenbeiträge, die am Dienstag in fünf Programmen (ARD, ZDF, RTL, SAT.1 und Kabel 1) ausgestrahlt werden. (ProSieben, VOX und RTL II senden in der Untersuchungswoche überhaupt keine Beiträge zur aktuellen Rechtsextremismusproblematik in Deutschland.) Zu diesen Beiträgen kommt lediglich eine weitere, nicht-tagesaktuelle Sendung hinzu: eine Ausgabe des Frauenmagazins *ML Mona Lisa* im ZDF, die sich in mehreren Beiträgen mit dem Thema Frauen und Rechtsextremismus befasst.

3.2.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Die Berichterstattung über das Einreiseverbot des Vereins *Deutsche Konservative* nach Israel ist nicht einheitlich, die Sender stellen zum Teil sehr unterschiedliche Aspekte dieses Themas heraus. Dies gilt zum einen für die Hintergründe der Verweigerung der Einreiseerlaubnis durch die israelischen Behörden, zum anderen für die Attribute, mit denen der Verein charakterisiert wird.

Lediglich SAT.1 und die ARD bringen in ihren Abendnachrichtensendungen die im Grunde wesentliche Information, dass sich das Einreiseverbot ausschließlich gegen den einschlägig vorbestraften Vereinsvorsitzenden Joachim Siegerist richtete und beziehen sich dabei auf Angaben des israelischen Außenministeriums. In den morgendlichen Nachrichtenbeiträgen der beiden Sender fehlt diese Information, wahrscheinlich waren zu diesem Zeitpunkt noch keine näheren Einzelheiten zu dem Vorfall bekannt. In den Beiträgen von RTL, Kabel 1 und ZDF taucht der Name Siegerist überhaupt nicht auf. Die Teilnahme des CDU-Politikers Heinrich Lummer wird dagegen in allen Beiträgen erwähnt, wobei SAT.1 Lummer als „umstrittenen Politiker“ bezeichnet.

Die insgesamt spärlichen Informationen über die politische Ausrichtung des Vereins fallen sehr unterschiedlich aus. Während bei SAT.1 eine Charakterisierung gänzlich fehlt, handelt es sich laut RTL bei den *Deutschen Konservativen* um eine „als ultrarechts eingestufte Gruppe“ und Kabel 1 spricht von einem „rechtsextremistischen Verein“. Ohnehin ist der Beitrag von Kabel 1 relativ reißerisch aufgemacht. Der Sender berichtet als einziger von „heftigen Protesten“ gegen die Einreise in Israel und blendet einen Zeitungsartikel mit der Überschrift „Neo-Nazis kept out of Israel“ ein.

⁴² Eine relativ starke Rolle in der Fernsehberichterstattung dieser Woche spielte allerdings mit über 40 Beiträgen die deutsche NS-Vergangenheit. Die Beiträge bezogen sich vor allem auf die beiden Themen: Gedenken an die Reichspogromnacht und Entschädigung von NS-Opfern.

ARD und ZDF berichten zurückhaltender über den Verein. Sie zitieren lediglich das israelische Innenministerium mit der Erklärung, zu den Reisenden gehörten Neonazis bzw. Rechtsextremisten. Insbesondere die Berichterstattung im Ersten Programm der ARD ist stilistisch das komplette Gegenteil zu den Beiträgen von Kabel 1. Die ARD-Meldungen sind sehr vorsichtig formuliert. Der Verein wird nur ein einziges Mal namentlich genannt, ansonsten ist überwiegend von „einer Gruppe von Deutschen“ die Rede, später von „erklärten Konservativen“ und „rechts gerichteten Deutschen“. Auch die Informationen über den Vereinsvorsitzenden Siegerist werden eher zurückhaltend formuliert, der Verweis auf seine Vorstrafe wegen Volksverhetzung erfolgt erst im letzten Beitrag des Berichterstattungstages. In den Regionalnachrichten der ARD wird Siegerist allerdings als „bekannter Rechtsextremist“ bezeichnet.

Auf die Besonderheit des Reisedatums – der 9. November 1938 ist der Tag der nationalsozialistischen Reichspogromnacht – verweisen RTL, Kabel 1 und in einem einzigen Beitrag auch die ARD. Zwiespältig zu beurteilen ist die kritiklose Verwendung des Wortes „Reichskristallnacht“ bei Kabel 1, da dieser Begriff von den Nationalsozialisten selbst geprägt wurde, um die Geschehnisse des Pogroms zu verharmlosen.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die ARD zu diesem Thema die höchste Beitrags- und Wiederholungsfrequenz aufweist und auch die meisten Hintergrundinformationen liefert. Dabei verteilen sich allerdings die verschiedenen Informationen auf die einzelnen Meldungen, so dass sich erst bei Betrachtung aller Beiträge ein umfassendes Bild von den Ereignissen zwischen Frankfurt und Istanbul ergibt.

Das Frauenmagazin *ML Mona Lisa* befasst sich in seiner Sendung mit dem Phänomen, dass immer mehr Frauen in rechtsextremistischen Parteien und Organisationen ihre politische Heimat finden. Im ersten Teil werden die ausländerfeindlichen Gewalttaten Anfang der neunziger Jahre in Bild und Ton in Erinnerung gerufen. Ziel der anschließenden ersten Reportage über die Opfer rechter Gewalt am Beispiel der Situation im Plattenbaugelände Jena-Lobeda ist laut Anmoderation, darauf aufmerksam zu machen, wie alltäglich Rechtsextremismus in der Gesellschaft inzwischen geworden ist. In der zweiten Reportage über Frauen in der rechtsextremistischen Szene werden sehr unterschiedliche Frauentypen porträtiert. Vorgestellt werden ein weibliches Mitglied der Skinheadszene aus Franken, eine erst 17-jährige NPD-Jungfunktionärin aus Weimar und eine DVU-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt. Die Motive dieser Frauen werden kurz angesprochen. Anschließend befragt die Moderatorin eine Sozialwissenschaftlerin zu dem Phänomen, dass rechtsextremistische Gruppen inzwischen auch von Mädchen und Frauen verstärkt Zuspruch erhalten.

In der Sendung wird die These aufgestellt, dass man den wachsenden Rechtsextremismus nur dann bekämpfen kann, wenn man entsprechende Gegenmaßnahmen so früh wie möglich ansetzt. In dem letzten Beitrag werden exemplarisch Möglichkeiten aufgezeigt zu verhindern, dass sich rechtsextreme Ideologien in den Köpfen von Jugendlichen festsetzen. Hierbei werden mehrere Frauen porträtiert, die sich in Mecklenburg-Vorpommern auf unterschiedliche Weise gegen Rechtsextremismus engagieren.

3.2.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Rechtsextremistische O-Töne

Der einzige äußere Berichterstattungsanlass, das Einreiseverbot für Mitglieder des Vereins *Deutsche Konservative* nach Israel, ist keines der typischen aktuellen Rechtsextremismus-Themen, so dass sich in keinem Beitrag etwaige Text-, Bild-, Tonstereotypen oder Aussagen von rechtsgerichteten Personen finden. Insgesamt kommt kein Mitglied der Reisegruppe bzw. des Vereins im O-Ton zu Wort. Lediglich bei RTL und in den ersten Sprechermeldungen der ARD wird eine Stellungnahme des Vereins zitiert, in der dem Vorwurf der israelischen Behörden widersprochen wird.

In dem Magazin *ML Mona Lisa* kommen drei weibliche Angehörige rechtsextremistischer Gruppierungen zu Wort. Dabei macht lediglich der weibliche Skinhead bzw. das sogenannte Skingirl einmal eine Aussage, die eindeutig als rassistisch zu bezeichnen ist. Zwar bleibt diese Äußerung im Off-Kommentar unwidersprochen, allerdings werden die Rechtfertigungen des Skingirls für ihre Mitgliedschaft bei den rechtsextremistischen „Hammerskins“ durch kritische Hintergrundinformationen über diese als besonders radikal, brutal und fanatisch bezeichnete Gruppe relativiert.

Aus dem Mund der Weimarer NPD-Jugendsprecherin lassen sich keinerlei rassistische oder ausländerfeindliche Kommentare vernehmen. Durch ihre Aussagen entsteht eher der Eindruck, dass sich die junge Frau ausschließlich aus Enttäuschung und Protest über die Nachwendepolitik der Bundesregierung in der NPD engagiert und in der Partei eine Art Familienersatz gefunden hat. Zwiespältig erscheint, dass in der Reportage kein Wort über die Ziele dieser rechtsextremistischen Partei verloren wird. Das Fazit des Beitrags lautet lediglich, dass das Erfolgsrezept der NPD – einfache Antworten auf soziale Probleme zu bieten – auch in Weimar immer mehr junge Leute anspreche.

Die DVU-Abgeordnete aus Sachsen-Anhalt äußert vor der Kamera nur sehr vage Allgemeinplätze und weicht Nachfragen aus. Da es den Autoren der Reportage darüber hinaus nicht gelingt, ein Interview mit der DVU-Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien im Landtag von Sachsen-Anhalt, Claudia Wiechmann, zu bekommen, werden entsprechende Titel aus diversen Presseerzeugnissen des Frey-Verlags eingeblendet, um die antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Einstellung der DVU zu belegen. Allerdings wird für die Behauptung, Wiechmann sei eine geistige Brandstifterin, die nichts von Multikultur halte, da ihr Kulturverständnis braun eingefärbt sei, kein Nachweis erbracht.

Rechtsextremistische Symbolik

In der einleitenden Bildsequenz von *ML Mona Lisa* werden Aufnahmen von marschierenden Skinheads mit Trommeln und Reichsbannern gezeigt, denen Bilder von den ausgebrannten Häusern in Mölln und Solingen sowie den Übergriffen in Rostock und Hoyerswerda gegenübergestellt werden. Diese Bilder sollen die Aussage unterstreichen, dass der Rechtsextremismus in Deutschland auch noch heute, mehrere Jahre nach den spektakulären Anschlägen Anfang der neunziger Jahre, aktuell sei. Am Anfang der zweiten Reportage über Frauen in rechtsextremistischen Organisationen werden ebenfalls Bilder von einer Demonstration von Skinheads gezeigt, wobei die Kamera auf mehrere weibliche Demonstrationsteilnehmerinnen gerichtet ist, um die Aussage zu untermauern, rund 25 Prozent der Mitglieder rechtsextremistischer Parteien seien inzwischen weiblich.

3.2.5 Zusammenfassung

Die Berichterstattung über das von Israel verhängte Einreiseverbot gegen Mitglieder des Vereins *Deutsche Konservative* fällt im Vergleich zu den Beiträgen aus anderen Stichproben in gewisser Weise aus dem Rahmen der üblichen Rechtsextremismus-Berichterstattung. Offenbar handelt es sich um ein Ereignis, über das den Sendern nur lückenhaft Informationen vorlagen. Dementsprechend unterschiedlich fällt die Berichterstattung aus. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sich der Sender Kabel 1 zu recht weitreichenden Schlussfolgerungen hinreißen lässt, indem er von einem rechtsextremistischen Verein spricht, obwohl diese Behauptung nach Lage der Dinge nicht eindeutig gesichert ist.

Auf den ersten Blick ist es nicht ungewöhnlich, wenn ein Frauenmagazin das Verhältnis von Frauen zum Rechtsextremismus in den Mittelpunkt einer Sendung stellt. Da diese Problemsicht allerdings sehr selten ist, nehmen die hierauf bezogenen Beiträge eine Ausnahmestellung im gesamten Untersuchungsmaterial ein. Aufgrund der Vorstellung von Einzelbeispielen personalisiert die Sendung das Problem auf der einen Seite relativ stark, sie versachlicht es jedoch auf der anderen Seite durch ein Expertengespräch. Insgesamt bezieht die Sendung eindeutig Stellung gegen rechts, unabhängig davon, dass die Argumentation rechtsextremistischer Frauen in den einzelnen Reportagen weitgehend unkommentiert wiedergegeben wird. Zweifellos handelt es sich bei dieser Sendung um eines der eher seltenen Beispiele einer fundierten Hintergrundberichterstattung über den aktuellen Rechtsextremismus in Deutschland.

3.3 Programmstichprobe Frühjahr 1999⁴³

3.3.1 Ereignishintergrund

Kurz vor Aufzeichnung der Programmstichprobe, Anfang April 1999, spricht das Hamburger Landgericht den bekannten Rechtsextremisten Manfred Roeder, der wegen staatsfeindlicher Propaganda angeklagt ist, frei. Hintergrund für das Strafverfahren ist ein Beitrag des ARD-Magazins *Panorama* aus dem Jahr 1997. Dort hatte Roeder, der bereits mehrfach wegen Mordversuchs und Sprengstoffanschlägen vorbestraft ist, in einem Interview gesagt: „Diese Regierung ist entschlossen, Deutschland umzubringen und abzuschaffen. [...] Im Grunde haben die alle den Tod verdient als Vaterlandsverräter [...]“. Daraufhin hatten mehrere Zuschauer Anzeige gegen Roeder erstattet und die Staatsanwaltschaft Anklage wegen Verunglimpfung von Verfassungsorganen erhoben. Das Gericht begründet den Freispruch sinngemäß so: *Panorama* habe durch die Art seiner Berichterstattung nicht zugelassen, dass Roeder erfolgreich staatsfeindliche Propaganda betreiben konnte. Daher seien Roeders Äußerungen letztlich nur als Versuch einer Straftat zu werten, der nach dem Gesetz nicht strafbar sei.

Am zweiten Aufzeichnungstag, dem 13. April 1999, entscheidet das Bundesverwaltungsgericht Berlin, dass die rechtsextremistische Wiking-Jugend auch weiterhin verboten bleibt. Das Gericht bestätigt damit das seit 1994 bestehende Verbot der Organisation, die in der Urteilsbegründung als „rassistisch, antisemitisch und verfassungsfeindlich“ bezeichnet wird.

Regionale Ereignisse (Berlin/Brandenburg/neue Bundesländer)

Am Samstag, den 10. April 1999, löst die Polizei in Bergfelde, Kreis Oberhavel, ein Zeltlager rechtsgerichteter Jugendlicher aus Berlin auf. Nach Angaben der Beamten sind neun der neunzehn Personen wegen Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole bekannt.

Das Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder hebt das Verbot für eine am 17. April geplante NPD-Kundgebung auf. Die Polizei hatte den Aufmarsch mit der Begründung untersagt, es bestehe möglicherweise eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

⁴³ 15. Kalenderwoche, 12. - 18. April 1999.

3.3.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Die Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus bleibt in dieser Programmstichprobe mit nur fünf thematisch einschlägigen Beiträgen marginal. Im Programm von ProSieben wird ein kurzer Nachrichtenfilm ausgestrahlt. Die ARD befasst sich in zwei Sprechermeldungen ihrer Regionalnachrichten sowie in einem (einmal wiederholten) Beitrag von *Panorama* mit rechtsextremistischen Themen.

Übersicht 3

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Frühjahr 1999

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
aktuell Berlin & Brandenburg	1				1		
Panorama				1	1		
ProSieben							
ProSieben Nachrichten		1					

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

3.3.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

In einem kurzen Nachrichtenfilm berichtet ProSieben am Dienstag, dass die rechtsextremistische Wiking-Jugend laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Berlin auch weiterhin verboten bleibt. Zwar wird mit der Aussage, die Gruppe sei rassistisch, antisemitisch und verfassungsfeindlich, eine kurze Begründung für das Verbot genannt. Die Hintergründe für den aktuellen Urteilsspruch bleiben allerdings unklar. Es lässt sich lediglich vermuten, dass ehemalige Mitglieder der Organisation Einspruch gegen das Verbot eingelegt haben, so dass das Gericht erneut über den Erlass verhandeln musste.

Zwei kurze Sprechermeldungen in den Regionalnachrichten der ARD berichten über die Auflösung eines Zeltlagers rechtsgerichteter Jugendlicher in Brandenburg durch die Polizei und über die Aufhebung des Verbots einer NPD-Kundgebung in Frankfurt/Oder. Auf die Hintergründe wird in beiden Berichten nicht weiter eingegangen.

Das politische Magazin *Panorama* der ARD befasst sich in einem Beitrag mit dem Freispruch des Rechtsextremisten Manfred Roeder. Interessant daran ist vor allem, dass die Redaktion in dieses Ereignis unmittelbar involviert ist, da ein früherer Beitrag von *Panorama* über Roeder als Beweismaterial für die Anklage wegen Verunglimpfung von Verfassungsorganen herangezogen wurde.

Die Gründe für das Strafverfahren werden ausführlich dargestellt und der umstrittene Interviewausschnitt, in dem Roeder die damalige Bundesregierung beschimpft und ihren Vertretern den Tod wünscht, wird noch einmal eingespielt. Außerdem befasst sich der Beitrag detailliert mit der Begründung des Freispruchs, die von einer Gerichtssprecherin umfassend dargelegt wird. Dabei bezieht die Redaktion eindeutig Stellung gegen Manfred Roeder und bringt ihr Unverständnis für den Freispruch offen zum Ausdruck.

3.3.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

In der Reportage von *Panorama* werden mehrere O-Töne des Rechtsextremisten Roeder eingespielt – insbesondere der Interviewausschnitt aus dem *Panorama*-Beitrag vom November 1997, der die Grundlage für die Anklage gegen Roeder darstellte. Außerdem wird Roeder mehrmals im Gerichtsgebäude interviewt. Äußerungen, wie „wenn ich erst einmal Reichskanzler bin, könnt ihr alle wiederkommen“ oder „*Panorama* ist ein ganz übler antideutscher Hetzsender“ werden eher ironisch kommentiert. Insgesamt distanziert sich die Redaktion aber sehr deutlich und mit scharfen Worten von Roeder, der mehrmals als „unverbesserlicher Neonazi“ und als „gefährlicher Krimineller“ bezeichnet wird. Ferner wird in dem Beitrag von ProSieben über die Wiking-Jugend eine Archivaufnahme eingespielt, die einen Aufmarsch dieser Organisation zeigt.

3.3.5 Zusammenfassung

In der Frühjahrsstichprobe 1999 finden sich im Vergleich zu den übrigen Stichproben die wenigsten Fernsehbeiträge zu der Problemstellung der Studie. Zumindest der Beitrag des Magazins *Panorama* ist jedoch von großem Interesse, weil hier weniger das Thema Rechtsextremismus als solches, sondern vielmehr die Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus das wesentliche Thema ist, und zwar in doppelter Hinsicht.

Zum einen führte der Beitrag von *Panorama* aus dem Jahr 1997 überhaupt erst zu dem Gerichtsverfahren gegen Roeder. Zum anderen wird wiederum die Art der Berichterstattung von *Panorama* über Roeder vom Gericht als wesentliches Argument für den Freispruch genannt. Denn gerade weil das Magazin die Äußerungen Roeders kritisch kommentierte und ihm nicht ein (neutrales) Forum für seine rechtsextremistischen Statements bereitstellte, kann dieser nach Auffassung des Gerichts nicht strafrechtlich verfolgt werden.

Der im ersten Kapitel dieses Berichts angesprochene, im öffentlichen Diskurs zwischen Politik und Journalismus weit verbreitete Vorwurf, die Medien böten mit ihrer Berichterstattung Rechtsextremisten bereitwillig ein Forum zur Verbreitung ihrer Weltanschauung, erscheint vor dem Hintergrund dieses Urteils zumindest in einem neuen Licht.

3.4 Programmtichprobe Herbst 1999⁴⁴

3.4.1 Ereignishintergrund

Im Frühjahr 1998, rund 18 Monate vor der Aufzeichnung dieser Programmtichprobe im Herbst 1999, erhielt die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent der Wählerstimmen und zog in den Magdeburger Landtag ein (vgl. Abschnitt 3.1.1). Seitdem sind sechs der ehemals sechzehn Abgeordneten aus der DVU-Fraktion ausgetreten. Der Grund dafür ist angeblich der umstrittene Führungsstil des Fraktionsvorsitzenden Helmut Wolf. Zu Beginn der Untersuchungswoche kommen Gerüchte auf, dass Partei-Chef Gerhard Frey Helmut Wolf offiziell entmachten und durch die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Claudia Wiechmann ersetzen wolle. Eine andere Version besagt, dass eine zweite DVU-Fraktion im Landtag gegründet werden soll, in der sich die fraktionslosen ehemaligen DVU-Abgeordneten zusammenschließen können.

In Schweden wird Mitte Oktober 1999 der Gewerkschaftsführer Söderberg erschossen – mutmaßlich von drei Neonazis. In der Untersuchungswoche beginnt der aufsehenerregende Prozess gegen die Tatverdächtigen. Die Staatsanwaltschaft bezeichnet die Tat als regelrechte Hinrichtung, da die Täter ihr Opfer aus nächster Nähe und mit mehreren Schüssen getötet hätten. Als Tatmotiv wird Rache für einen Gesinnungsgenossen vermutet, der seine Arbeitsstelle verloren hatte, weil er von Söderberg als führender Neonazi enttarnt worden war. Nachdem in den vergangenen Monaten Rechtsextremisten bereits mehrere Menschen, meist politische Gegner, ermordet hatten, räumt die schwedische Justizministerin öffentlich ein, dass Schweden den politischen Terrorismus im Lande habe.

Regionale Ereignisse (Berlin/Brandenburg/neue Bundesländer)

Der Staatsschutz ermittelt gegen vier Polizisten aus Bernau bei Berlin, die in der Nacht zum 13. Oktober 1999 rechtsradikale Parolen geäußert und einen Taxifahrer beleidigt und bedroht haben sollen. Auch in Eberswalde und Frankfurt/Oder sollen Polizeischüler auf einer privaten Feier rechtsextremistische Lieder gespielt und rechte Parolen geröhrt haben. Die Beamten werden bis auf Weiteres vom Dienst suspendiert. Bereits 1993 sollen Bernauer Polizeibeamte auf einer Wache vietnamesische Zigarettenhändler während eines Verhörs misshandelt haben.

Zielfahnder haben einen flüchtigen Straftäter aus der Hooligan- und Neonazi-Szene gefasst. Der Mann war im Juli 1999 kurz vor seiner Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung aus dem Gerichtsgebäude geflohen. Er wurde zu drei Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, weil er in einem Lokal zwei Gäste angeschossen hatte.

⁴⁴ 42. Kalenderwoche, 18. – 24. Oktober 1999.

3.4.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Lediglich vier Programme – außer ARD und ZDF noch SAT.1 und VOX – strahlen in dieser Untersuchungswoche Beiträge zum Thema Rechtsextremismus aus. Insgesamt sind es 17 Beiträge, darunter mehrere Filmberichte von *Spiegel TV*, bei denen es sich um Wiederholungen früherer Sendungen handelt.

Übersicht 4

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Herbst 1999

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
Tagesthemen	1						
aktuell Berlin & Brandenburg		2					
ZDF							
heute – in Europa			1				
drehscheibe Deutschland					1		
blickpunkt	1						1
Länderspiegel						1	
VOX / dctp							
dctp Nacht Club					3	1	
SAT.1							
SAT.1 Frühstücksfernsehen			3		2		

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

Obwohl die Zahl der Beiträge in der Untersuchungswoche insgesamt nicht sehr hoch ist, fällt auf, dass es sich dabei überwiegend um längere Berichte handelt. So strahlt SAT.1 im Rahmen seines Frühstücksfernsehens einen Filmbericht und zwei Studiointerviews aus. Die ARD sendet neben zwei kurzen Sprechermeldungen in den Regionalsendungen einen längeren Filmbericht in den Tagesthemen, das ZDF bringt ausschließlich längere Filmberichte in verschiedenen Nachrichtensendungen und -magazinen.

3.4.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Über die Krise der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt berichten SAT.1 und das ZDF. Im Frühstücksfernsehen interviewt der Moderator von SAT.1 einen Magdeburger Journalisten, der Auskunft über die Hintergründe der Fraktionsaustritte gibt. Die rechtsextreme Partei wird in diesem Interview durchgehend negativ charakterisiert. Die im Parlament vertretenen Abgeordneten werden als „Loser-Truppe“ bezeichnet, die zu keiner sinnvollen politischen Arbeit fähig sei und zudem durch von Parteichef Frey installierte Hintermänner aus München gesteuert werde.

Das ZDF bringt gleich zwei Beiträge zum Thema DVU, in denen jeweils unterschiedliche Akzente gesetzt werden. Der kürzere Filmbericht, der im Ländermagazin *Drehscheibe Deutschland* ausgestrahlt wird, berichtet im Stil einer Glosse über die Magdeburger Ereignisse. Im Mittelpunkt stehen die Gerüchte über Wolfs baldige Absetzung durch Parteichef Gerhard Frey.

Demgegenüber versucht der *ZDF-Länderspiegel* in einem längeren Filmbericht in erster Linie zu vermitteln, dass die DVU in den vergangenen 18 Monaten ihrer Oppositionstätigkeit vor allem mit sich selbst beschäftigt gewesen sei und keine nennenswerte politische Arbeit für ihre Wähler geleistet habe. Dementsprechend geht ein in dem Beitrag befragter Experte davon aus, dass die 12,9 Prozent der Wähler, die 1998 der DVU ihre Stimme schenkten, inzwischen eines Besseren belehrt worden seien und sich der Wahlerfolg der Partei nicht noch einmal wiederholen werde. Fazit des Beitrags: die DVU demontiert sich selbst.

Mit den rechtsextremistischen Terroranschlägen in Schweden befassen sich ARD und ZDF in ihren jeweiligen Nachrichtensendungen. Die Beiträge ähneln sich dabei weitgehend. Beispielsweise kommt in beiden Filmberichten der in dem Mordfall Söderberg ermittelnde Staatsanwalt zu Wort, der von einer „regelrechten Hinrichtung Söderbergs“ spricht. Auch der Mord an zwei Polizisten bei einem Banküberfall von Neonazis und ein Anschlag auf zwei Journalisten werden von beiden Sendern erwähnt. Während allerdings die ARD das liberale Vorgehen der schwedischen Regierung gegen Neonazis mehr oder weniger explizit kritisiert, kommentiert das ZDF die Vorgänge selbst nicht, sondern lässt mehrere Vertreter der schwedischen Regierung und der Gewerkschaften zu Wort kommen, die sich für oder wider ein Verbot rechtsextremistischer Organisationen aussprechen.

Darüber hinaus strahlt das ZDF in zwei Ausgaben der Sendung *blickpunkt* zwei Filmberichte zum Thema Rechtsextremismus aus, ohne dass hierzu ein aktueller Anlass ersichtlich ist. In dem einen Beitrag geht es um Geschäfte im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, deren Angebot an Kleidung aus Militärbeständen oder der Marke

*Lonsdale*⁴⁵ besonders bei Rechtsradikalen hohen Absatz findet. Neben dieser legalen Ware fände die Polizei bei Durchsuchungen in den Geschäften jedoch auch immer wieder verbotene Accessoires wie SS-Gürtelschnallen und Hakenkreuze sowie Tonträger mit rassistischem Liedgut.

Der andere Beitrag berichtet über die Arbeit einer mobilen Einsatzgruppe der Polizei gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern. Dabei wird auf einen Überfall von mehreren Jugendlichen in Eggesin zwei Monate zuvor eingegangen, bei dem zwei Vietnamesen verprügelt und schwer verletzt wurden. Mit dem gleichen Ereignis beschäftigt sich ebenfalls SAT.1. Im Frühstücksfernsehen wird eine Initiative von Schülern aus Eggesin vorgestellt, die mit einer Spendenaktion für die beiden Opfer ein Zeichen gegen rechte Gewalt setzen wollen. Zwei der Initiatoren werden im Studio interviewt.

Sowohl SAT.1 als auch die ARD berichten über rechtsextremistische Vorfälle bei der Polizei in Brandenburg. SAT.1 befasst sich in einem Filmbericht mit den Vorgängen in Bernau. In den Regionálnachrichten der ARD wird in einer Sprechermeldung der brandenburgische Innenminister Schönbohm zitiert, der seine Empörung über das Verhalten der Eberswalder und Frankfurter Polizeischüler bekundet und Konsequenzen ankündigt. Außerdem vermeldet die ARD in den gleichen Regionálnachrichten die Verhaftung eines entflohenen rechtsradikalen Straftäters.

In den im Nachtprogramm von VOX (*dctp Nacht Club*) wiederholten Reportagen von *Spiegel-TV* werden folgende Themen behandelt:

In einem Beitrag werden in einer Art Chronik die gewalttätigen Übergriffe auf ein Ausländerwohnheim in Rostock-Lichtenhagen 1992 dargestellt. Dabei wird die These vertreten, dass die Eskalation der Gewalt zu einem Gutteil darauf zurückzuführen ist, dass die bundesdeutsche Regierung den Osten nach der Wende sich selbst überlassen habe. In der zweiten Reportage geht es ebenfalls im Stil einer Chronik um die wochenlangen Ausschreitungen aufgebrachtter türkischer Einwohner von Solingen nach dem Brandanschlag im Jahr 1993, bei dem mehrere türkische Frauen starben.

Die dritte Reportage lief erstmals in der Frühjahrsstichprobe 1998 und wurde dort bereits analysiert. Es handelt sich um einen Beitrag über gewalttätige Übergriffe von Rechtsradikalen bzw. fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern.

⁴⁵ Verdeckt man die ersten und letzten beiden Buchstaben des Schriftzugs, der auf den T-Shirts und Pullovern der Marke aufgedruckt ist, erscheinen die Buchstaben „NSDA“, die an die NSDAP erinnern.

3.4.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Rechtsextremistische O-Töne

In den Beiträgen dieser Untersuchungswoche finden sich keine rechtsextremistischen bzw. ausländerfeindlichen Äußerungen.⁴⁶ Wie schon in der Frühjahrsstichprobe 1998 kommen in den Beiträgen, die sich mit der DVU befassen, zwar teilweise deren Parteimitglieder zu Wort, allerdings ohne dass diese explizit rechtsextreme oder ausländerfeindliche Statements äußern. Da es den Fernsehjournalisten offensichtlich vorwiegend darum geht, die politische Inkompetenz der DVU-Abgeordneten im Landtag von Sachsen-Anhalt herauszustellen, werden einerseits – wie in dem Interview bei SAT.1 oder dem Filmbericht des *ZDF-Länderspiegel* – Außenstehende, Experten und Parlamentarier anderer Fraktionen zum Erscheinungsbild der Fraktion befragt. Andererseits werden in den beiden ZDF-Berichten diverse O-Töne des Fraktionsvorsitzenden Wolf eingespielt, welche die Einschätzungen, die innerhalb der Beiträge getroffen werden, verdeutlichen sollen. Dabei handelt es sich um Zwischenrufe des DVU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag und eine Äußerung, die dieser kurz nach der Wahl abgegeben hatte und in der er ankündigte, dass die DVU nach vier Jahren Opposition die Regierung übernehmen werde. Neben Wolf kommt auch das inzwischen fraktionslose DVU-Parteimitglied Kannegießer zu Wort sowie der Sohn von Gerhard Frey, dessen Aussagen zur Zukunft der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt allerdings wenig informativ sind.

In der VOX-Reportage über die Ereignisse in Rostock 1992 kommen mehrere aufgebrachte Anwohner des Stadtteils Lichtenhagen zu Wort, die sich über die dortigen Zustände beschwerten, ohne dass man die Äußerungen im engeren Sinne als ausländerfeindlich bezeichnen könnte. Ferner werden einige Leute gezeigt, die versucht hatten, den eingeschlossenen Menschen in dem brennenden Gebäude zu helfen, und emotional aufgerührt ihre Verzweiflung und ihr Entsetzen über die Vorgänge ausdrücken.

Rechtsextremistische Symbolik

In den beiden Beiträgen von ARD und ZDF zu Schwedens Problemen mit Rechtsextremisten werden mehrmals Bilder von Neonazi-Aufmärschen gezeigt. Zum Teil tragen die Teilnehmer SA-Uniformen, zeigen den Hitlergruß, rufen „Heil Hitler“ und tragen Bilder von Rudolf Heß bei sich. Außerdem zeigt die ARD Bilder von den Folgen rechtsextremistischer Anschläge, beispielsweise von einem ausgebrannten Autowrack, brennenden Sportstadien und umgestürzten Grabsteinen auf einem jüdischen Friedhof.

⁴⁶ Mit Ausnahme der bereits erwähnten Beitragswiederholung von *Spiegel-TV* (VOX) über fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten von Jugendlichen in den neuen Bundesländern (vgl. hierzu 3.1).

In dem Filmbericht von SAT.1 über die vier Bernauer Polizeibeamten kommen am Schluss des Beitrags ohne inhaltlichen Bezug mehrere herumstehende glatzköpfige Jugendliche ins Bild.

In dem Filmbericht des ZDF über Berliner Ausstatter für Rechtsradikale werden diverse, von der Polizei sichergestellte verfassungsfeindliche Accessoires wie SS-Gürtelschnallen und Hakenkreuze gezeigt. In dem Bericht über spezielle Einsatztruppen der Polizei gegen rechte Gewalt suchen die Beamten einen Skinhead-Treffpunkt in Eggesin auf. Die Kamera filmt eine Reichsflagge, ein Transparent mit der Aufschrift „Skinheads – Kämpfer für Deutschland“ sowie ein Mitglied der Szene.

Während der Sprechermeldung über die Festnahme eines rechtsradikalen Straftäters in den ARD-Regionalnachrichten wird ein Bild mit Springerstiefeln eingeblendet.

Die Filmaufnahmen von den gewalttätigen Übergriffen in Rostock-Lichtenhagen zeigen nur wenige optisch eindeutig identifizierbare Rechtsradikale. In der zweiten Reportage über die Situation in Solingen nach dem Brandanschlag finden sich ausschließlich Filmausschnitte von dem ausgebrannten Haus, verbarrikadierten Läden in der Innenstadt sowie türkischen Einwohnern, die ihre Wut vor der Kamera ausdrücken. Die Bilder vermitteln insgesamt sehr viel Emotionen und fangen die Atmosphäre vor Ort ein.

3.4.5 Zusammenfassung

Lässt man die Beitragswiederholungen auf VOX außer Acht, dann berichtet SAT.1 in dieser Untersuchungswoche als einziger privater Sender neben den öffentlich-rechtlichen Programmen über Ereignisse aus dem Themenumfeld Rechtsextremismus. Auffallend ist, dass sich die Berichterstattung mit Ausnahme der Beiträge über Führungsprobleme innerhalb der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt hauptsächlich auf rechtsextremistische Gewalttaten bzw. Übergriffe konzentriert.

Im Gegensatz zu anderen Stichproben dominieren in dieser Woche journalistische Beitragsformen, die über die sonst vorherrschende Spotlight-Berichterstattung hinausgehen.

3.5 Programmmstichprobe Frühjahr 2000⁴⁷

3.5.1 Ereignishintergrund

Einen Tag vor den Programmaufzeichnungen, am Sonntag, den 12. März 1999, demonstrieren rund 500 Anhänger der NPD in Berlin. Die Demonstration erregt bundesweit Aufsehen, weil erstmals seit 1945 wieder organisierte Rechtsextremisten durch das Brandenburger Tor marschieren. Zudem handelt es sich bei diesem Datum um den 62. Jahrestag des Hitler-Einmarsches in Österreich. Genau auf dieses Ereignis spielen die NPD-Anhänger mit ihrem Motto „Wir sind ein Volk“ an. Auf der anderen Seite des Brandenburger Tors beteiligen sich mehrere Tausend Menschen an einer Anti-Rassismus-Demonstration. Dabei kommt es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, 18 Personen werden festgenommen. Der Berliner Innensenator Werthebach hatte im Vorfeld vergeblich versucht, den Aufmarsch zu verbieten. Sowohl das Verwaltungs- als auch das Oberverwaltungsgericht hoben das Verbot wieder auf.

Am Montag stellt Bayerns Innenminister Beckstein einen Verfassungsschutzbericht vor. Danach sei die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten im vergangenen Jahr deutlich gestiegen.

Am Donnerstag berichtet Verfassungsschutzchef Vermander vor dem zuständigen Parlamentsausschuss, dass sich die NPD zunehmend zu einem Sammelbecken für bislang unorganisierte Neonazis entwickle. Zudem strebe die Partei die Meinungsführerschaft innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums an.

Ebenfalls am Donnerstag stellt die Konrad-Adenauer-Stiftung eine Studie zum Thema rechtsradikale Musikgruppen vor. Danach gebe es immer mehr Musikbands in Deutschland, die mit ihren Liedern neonazistisches Gedankengut verbreiteten.

3.5.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Wie in der Frühjahrsstichprobe 1999 findet man auch in der Frühjahrsstichprobe 2000 nur wenige, insgesamt 7 Beiträge zum Thema Rechtsextremismus. Mit Ausnahme der NPD-Demonstration in Berlin gibt es kein Ereignis, über das mehrere Sender parallel berichten.

Vier der sieben Beiträge werden vom ZDF ausgestrahlt, darunter sind zwei Filmberichte zu nicht im engeren Sinn tagesaktuellen Themen. Dabei geht es einmal um die Schändung jüdischer Friedhöfe und das andere Mal um den Rechtsextremismus in Belgien.

⁴⁷ 11. Kalenderwoche, 13. - 19. März 2000.

Von den privaten Vollprogrammen bringen nur Kabel 1 und SAT.1 je einen relevanten Beitrag in Form von Nachrichtenfällen, bei SAT.1 ergänzt durch einen Kommentar. Der Nachrichtenfäll bei Kabel 1 befasst sich mit der NPD-Demonstration, der SAT.1-Beitrag mit einer Studie über rechtsradikale Musikgruppen.

Übersicht 5

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Frühjahr 2000

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
aktuell Berlin & Brandenburg				1			
ZDF							
heute – in Europa		1					
drehscheibe Deutschland	2						
Länderspiegel	1						
SAT.1							
17:30 live aus ...				1			
Kabel 1							
K1 Nachrichten - Newsticker	1						

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

3.5.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Die Berichterstattung von Kabel 1 und dem ZDF über den NPD-Aufmarsch in Berlin setzt formal und inhaltlich völlig unterschiedliche Schwerpunkte. Kabel 1 interessiert sich in seinem kurzen Nachrichtenfäll über die Ereignisse in Berlin am Sonntag weniger für den Aufmarsch der NPD als für die Ausschreitungen der Gegendemonstranten. Diese rücken auch visuell ins Zentrum der Berichterstattung, wobei die Bilder emotional aufgeladen sind und zum Teil bürgerkriegsähnliche Szenen zeigen. Die NPD-Anhänger kommen nur zweimal ganz kurz ins Bild. Über die Vorgänge im Vorfeld der NPD-Großkundgebung finden sich in dem kurzen Bericht keine Informationen.

Das ZDF setzt sich dagegen mit den Hintergründen und Konsequenzen der Ereignisse vom 12. März 1999 auseinander. In einem informativen Bericht fasst die Moderatorin eingangs noch einmal kurz die Ereignisse des Vortages zusammen und erläutert insbesondere den Zusammenhang zwischen dem Demonstrationstext „Wir sind ein Volk“ und der Anspielung auf den Einmarsch Hitlers in Österreich. In dem folgenden Interview mit Innensenator Werthebach geht es um die Gründe für das Scheitern des Ver-

botsantrags und die Möglichkeiten, künftig derartige Aufmärsche von Rechtsextremen zu verhindern. Die Moderatorin stellt kritische Fragen und bezieht in der Anmoderation explizit Stellung gegen die NPD.

Bei den übrigen tagesaktuellen Beiträgen geht es durchgängig um Veröffentlichungen von Studien zum Thema Rechtsextremismus, die mit den Themenfeldern rechtsextremistisch motivierte Straftaten, Parteien und rechtsextremistische Milieus ein breites Spektrum abdecken. Allerdings sind diese Beiträge allesamt sehr kurz gehalten, so dass die Informationen über kurze Zusammenfassungen der Studienergebnisse nicht hinausgehen. Lediglich der SAT.1-Kommentar beschäftigt sich mit den Ursachen für die wachsende Popularität von rechtsradikalen Musikgruppen und macht dafür gesellschaftliche Fehlentwicklungen verantwortlich.

In seinen beiden Reportagen behandelt das ZDF den Antisemitismus in Deutschland sowie den Rechtsextremismus im Ausland. Im Fall der Grabschändungen auf jüdischen Friedhöfen geht es den Autoren des Beitrags nach eigener Aussage vor allem darum, auf ein alltägliches Problem aufmerksam zu machen, das in der überregionalen Presse kaum noch Beachtung findet. In dem Bericht wird dieses Problem hauptsächlich durch Zahlen und die Dokumentation ausgewählter Straftaten verdeutlicht. Zwei Justizmitarbeiter geben in einem Interview an, dass die Aufklärungsquote derartiger Strafsachen beschämend gering sei. Während der Dreharbeiten auf einem jüdischen Friedhof wird das Fernsteam Zeuge eines antisemitischen Übergriffs von mehreren Schülern auf einen Rabbiner. Aufgrund dieses Vorfalls wirft der Kommentar die – rhetorische – Frage auf, ob Antisemitismus in Deutschland tatsächlich nur als gesellschaftliches Randphänomen bezeichnet werden könne. Darüber hinaus werden Maßnahmen vorgeschlagen, um dieses Problem in den Griff zu bekommen.

Ähnlich gestaltet ist auch der Beitrag über den Rechtsextremismus in Belgien. Es handelt sich ebenfalls um einen Hintergrundbericht über ein wenig beachtetes Thema. Kernaussage der Reportage ist, dass immer mehr Belgier für rechtsextremistisches Gedankengut anfällig seien. Als Beispiel wird der Aufstieg des rechtsextremen Vlaams Blok angeführt, der inzwischen mit 10 Prozent der Abgeordneten im belgischen Parlament vertreten ist und einen unabhängigen flämischen Staat anstrebt. Allerdings gibt es keinerlei Informationen, aus welchen Gründen eine rechtsextreme Partei ausgerechnet beim flämischen Teil der belgischen Bevölkerung auf wachsenden Zuspruch stößt.

3.5.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Rechtsextreme und Sympathisanten der rechten Szene kommen nur in den beiden ZDF-Reportagen zu Wort. Zu nennen sind hier in erster Linie die Äußerungen des Generalsekretärs des Vlaams Blok zur Ausländerpolitik seiner Partei, die im Kommentar als ausländerfeindlich bezeichnet werden. Bei einer Demonstration gegen ein Asylbewerberheim bezeichnet eine Teilnehmerin Asylbewerber als Kriminelle, ohne dass diese Aussage kommentiert wird.

Den Übergriff von Schülern auf dem jüdischen Friedhof sowie deren Beschimpfungen kommentiert der Journalist mit den Worten: „Szenen, die einem die Sprache verschlagen“. Außerdem wird die Tatsache, dass bereits Halbwüchsige antisemitische Parolen verinnerlicht haben, als Hinweis dafür interpretiert, wie alltäglich der Antisemitismus in der bundesdeutschen Gesellschaft immer noch ist.

In keinem der Beiträge der Untersuchungswoche gibt es typische Bilder von Neonazis oder Nazi-Symbolik. Bilder von der NPD-Demonstration werden in den Beiträgen von Kabel 1 und ZDF nur ganz kurz gezeigt, wobei die Teilnehmer lediglich NPD-Plakate tragen und durch ihre Kleidung nicht eindeutig als Rechtsradikale erkennbar sind. Lediglich in dem SAT.1-Beitrag über rechte Musikgruppen werden CD's von rechten Gruppen vor einer Hakenkreuzflagge sowie Bilder von einem Skinheadkonzert gezeigt.

3.5.5 Zusammenfassung

Da in der Stichprobenwoche nur von einzelnen Sendern über singuläre Ereignisse der Rechtsextremismusproblematik berichtet wird, fällt eine Zusammenfassung der dargestellten Ergebnisse schwer. Bemerkenswert ist jedoch die Tatsache, dass der NPD-Aufmarsch in Berlin in der Fernsehberichterstattung auf nicht allzu große Resonanz stößt, obwohl dieser ersten Großkundgebung einer rechtsextremistischen Partei im Regierungsviertel der bundesdeutschen Hauptstadt und vor dem Brandenburger Tor unzweifelhaft eine – zwiespältige – symbolische Funktion zukommt. Zwar liegt das Ereignis einen Tag vor der Untersuchungswoche. Andererseits stieß die Maikundgebung der NPD in Leipzig zwei Jahre zuvor auch noch Tage danach auf eine deutlich höhere Medienaufmerksamkeit (vgl. Abschnitt 3.1).

Die beiden ZDF-Reportagen sind immerhin ein Indikator dafür, dass das Thema Rechtsextremismus auch in Zeiten, in denen spektakuläre Ereignisse mit hohem Nachrichtenwert fehlen, einen gewissen Stellenwert in der Fernsehberichterstattung hat (bzw. genauer: haben kann).

3.6 Programmtichprobe Herbst 2000⁴⁸

3.6.1 Ereignishintergrund

Durch die Überlegung, seine Partei könne die Zuwanderung nach Deutschland zum Thema ihres Wahlkampfs 2002 machen, löst der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, eine heftige Debatte aus, die vor den Aufzeichnungen der Herbststichprobe 2000 beginnt und sich durch die Berichterstattung der gesamten Woche zieht.⁴⁹ Einige Politiker der Unionsparteien wie der CSU-Generalsekretär, Thomas Goppel, äußern sich unterstützend zu diesem Vorschlag. Es gebe in Deutschland ein Problem mit der Zuwanderung, das die Menschen beschäftige und daher von der Politik aufgegriffen werden müsse. Andere Politiker der Union sowie Politiker anderer Parteien und Vertreter gesellschaftlicher Gruppen wie der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Paul Spiegel, nehmen dazu Gegenpositionen ein, die von dem Versuch zu beschwichtigen bis zu harscher Kritik reichen. Ihr wichtigstes Argument lautet, dass es sich bei der Zuwanderung um ein Thema handele, das in Wahlkampfzeiten nicht sensibel genug behandelt werden könne. Einige Personen äußern zudem die Befürchtung, diese Debatte spiele rechten Parteien oder Rechtsextremen in die Hände. Merz verteidigt seinen Standpunkt mehrfach und formuliert schließlich das Schlagwort von der deutschen Leitkultur.

In der zweiten Hälfte der Aufzeichnungswoche, am Freitag, den 20. Oktober 2000, findet eine Sonderkonferenz der Innenminister von Bund und Ländern in Berlin statt. Zweck des Treffens sind Beratungen über einen geplanten Antrag auf ein Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht. Die Idee, einen solchen Antrag zu stellen, war nach Anschlägen gegen Ausländer und jüdische Einrichtungen zuerst von Bayerns Innenminister Beckstein (CSU) in die Diskussion gebracht worden. Bundesinnenminister Schily und mit ihm die Bundesregierung schlossen sich dieser Forderung an. Die Bundesregierung, die einen solchen Antrag auch allein beim Bundesverfassungsgericht einreichen könnte, ist bestrebt, den Antrag gemeinsam mit den beiden anderen antragsberechtigten Verfassungsorganen – dem Bundesrat als Vertretung der Länder und dem Bundestag als unmittelbar demokratisch legitimierter Volksvertretung – einzureichen, um ihm durch die Einbeziehung der Opposition mehr Gewicht zu verleihen.

Im Vorfeld der Innenministerkonferenz, in der es zunächst um die Zustimmung der Länder zum Antrag gehen sollte, melden einige CDU-regierte Länder Bedenken an. Sie bemängeln, dass sie das von Schily gesammelte Material, welches die verfassungsfeindliche Einstellung der NPD und ihre aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung belegen soll, zu spät übermittelt

⁴⁸ 42. Kalenderwoche, 16. – 22. Oktober 2000.

⁴⁹ Allerdings wird in den untersuchten Fernsehprogrammen nur selten ein Zusammenhang zwischen der Leitkultur- und der Rechtsextremismus-Debatte hergestellt (vgl. dazu auch Abschnitt 2.2.1).

bekommen und nicht genug Zeit gehabt hätten, es hinreichend genau zu prüfen.⁵⁰ Außerdem fehle eine rechtliche Bewertung, in der Chancen auf eine Verbotsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts anhand des vorliegenden Materials geprüft werden. Zum Teil werden auch Zweifel an der Verhältnismäßigkeit eines Parteienverbots angemeldet. Das Verbot als ultima ratio im Parteienkampf könne angesichts der fortwährenden Misserfolge der NPD bei Wahlen und der geringen Mitgliederzahl der NPD übertrieben sein. Es wird befürchtet, dass die NPD, sollte der Verbotsantrag beim Bundesverfassungsgericht scheitern, künstlich aufgewertet wird. Letztlich wird die endgültige Entscheidung der Innenminister über den NPD-Verbotsantrag auf die folgende Woche verschoben.

Die NPD veranstaltet aus Anlass der Innenministerkonferenz am Brandenburger Tor eine Mahnwache gegen das Parteiverbot. Es wird ein Stand aufgebaut, an dem Mitglieder – darunter einige Frauen – Flugblätter verteilen. Am Rande der Mahnwache gibt es Rangeleien der Polizei mit Gegendemonstranten.

Am Samstag findet unter dem Motto „Fremde sind Freunde“ in Dortmund eine Demonstration gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit statt, an der mehr als zehntausend Menschen teilnehmen. Anlass für die vom Rat der Stadt initiierte Demonstration ist ein gleichzeitig stattfindender Aufmarsch von Neonazis, der ursprünglich verboten worden war, dann aber doch noch in letzter Minute vom Oberlandesgericht Münster genehmigt wurde. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Wolfgang Clement (SPD), nimmt an der Demonstration teil und spricht sich dort für ein NPD-Verbot aus. Am Rande der Demonstration kommt es zu Ausschreitungen zwischen der Polizei und linken Demonstranten, als diese versuchen, die Sperren zu durchbrechen, mit denen der Neonazi-Aufmarsch abgeschildert wird. Mehrere Polizisten werden verletzt. Außerdem kommt es am Abend zu einer Schlägerei zwischen linken und rechten Gruppen auf dem Dortmunder Bahnhof.

Am Donnerstag werden in Weimar zwei Jugendliche aus der rechten Szene zu Bewährungsstrafen verurteilt. Sie hatten am 3. Oktober 2000 in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald Hakenkreuze geschmiert und Steine gegen Fensterscheiben geworfen.

Am Donnerstag kommt der Film „Oi!Warning“ in die deutschen Kinos. Er ist das Werk zweier deutscher Regisseure und erzählt eine Geschichte aus dem Skinheadmilieu.

⁵⁰ Die Kriterien der Verfassungsfeindlichkeit und der aggressiv-kämpferische Grundhaltung wurden vom Bundesverfassungsgericht als Voraussetzung für ein Parteienverbot benannt.

Regionale Ereignisse (Berlin/Brandenburg/neue Bundesländer)

Brandenburgs Generalstaatsanwalt Rautenberg fordert am Montag eine Verschärfung des Strafrechts für rechte Gewalttäter.

Eine Gedenktafel für die Euthanasieopfer der Nazizeit in Berlin ist am Montag geschändet worden. Die Täter sind unbekannt.

Im sogenannten Gubener Hetzjagd-Prozess um den Tod des Asylbewerbers Omar Ben Noui hält die Nebenklage am Montag ihr Plädoyer. Am Donnerstag folgt das Plädoyer der Verteidigung.

Am Dienstag findet eine Senatssitzung der Hochschulrektorenkonferenz in Frankfurt/Oder statt. Das Gremium verabschiedet eine Erklärung gegen Fremdenfeindlichkeit.

Ebenfalls am Dienstag wird in Magdeburg ein Afrikaner bei einem ausländerfeindlichen Überfall in Magdeburg verletzt.

Zwei Polizeischüler werden am Mittwoch in Brandenburg wegen angeblicher „Sieg Heil“-Rufe vom Dienst suspendiert. Der letzte Innenminister der DDR und Rechtsanwalt, Peter Michael Diestel, kritisiert Brandenburgs Innenminister Schönbohm heftig wegen der Suspendierung. Schönbohm habe – so Diestel – seine Loyalitätspflicht verletzt, da er ohne Überprüfung der Vorwürfe vorgegangen sei. Diestel stellt im Auftrag der Gewerkschaft der Polizei Strafanzeige wegen falscher Verdächtigung. Die beiden Betroffenen weisen die gegen sie erhobenen Vorwürfe zurück.

Fünf junge Männer aus der rechten Szene werden am Freitag nach Überfällen auf eine Gruppe von Vietnamesen in Mecklenburg-Vorpommern zu Haft- und Bewährungsstrafen verurteilt. Sie hatten im April 2000 neun Vietnamesen, darunter zwei Kinder, überfallen und dabei zwei Männer verletzt. Einer der Täter muss für 18 Monate in Haft.

In Mecklenburg-Vorpommern werden von Unbekannten zwei Gedenkstätten für Opfer des Nazi-Regimes (ehem. Konzentrationslager) geschändet. Die Täter beschmierten Gedenksteine mit Nazi-Parolen und -Symbolen und schändeten ein Massengrab.

3.6.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Die Herbststichprobe 2000 ist – neben der Frühjahrsstichprobe 1998 – für die Fragestellung der Studie am ergiebigsten. Alle untersuchten Programme berichten über rechtsextremistische Themen. Insgesamt werden 178 Beiträge zu diesem Thema ausgestrahlt. Dazu kommen mehr als hundert (im Zusammenhang der vorliegenden

Studie *nicht* analysierte) Beiträge zur Zuwanderungs- und Integrationsproblematik in Deutschland, die im Wesentlichen auf die von Friedrich Merz angestoßene Leitkultur-Debatte zurückzuführen sind, jedoch keinen expliziten Zusammenhang zwischen dieser Debatte und dem Rechtsextremismus in Deutschland herstellen.⁵¹

Über den Buchenwald-Prozess am Donnerstag, die Innenministerkonferenz zum NPD-Verbot am Freitag und die Dortmunder Demonstration am Samstag werden in fast allen Programmen Beiträge ausgestrahlt. Mit mehr als fünfzig Beiträgen wird der Nachrichtenhöhepunkt am Freitag erreicht, d.h. am Tag der Konferenz der Innenminister zum NPD-Verbot.

In allen Programmen dominieren Sprechermeldungen und Nachrichtenfilm von weniger als einer Minute Länge. Davon abgesehen ist die Vielfalt der Präsentationsformen in den öffentlich-rechtlichen Programmen und hier wiederum insbesondere beim ZDF am größten. So bringt das ZDF am Freitag neben den (Kurz-)Nachrichten auch längere Filmbeiträge, Studiointerviews und Studiozuschaltungen mit Reportern und Politikern zur Innenministerkonferenz. Außerdem finden sich in beiden Programmen längere Hintergrundberichte zum NPD-Verbot.

Auch SAT.1 zeigt mehrere längere Filmberichte und berichtet, ebenso wie die öffentlich-rechtlichen Sender, am Freitag im Frühstücksfernsehen relativ intensiv über die bevorstehenden Beratungen zum Verbotsantrag. Allerdings handelt es sich um einen einzigen Beitrag, der insgesamt sieben Mal in weitgehend identischer Form ausgestrahlt wurde. Zusätzlich bringt SAT.1 Beiträge zum Rechtsextremismus in Deutschland, die nur entfernt mit einem tagesaktuellen Anlass in Verbindung stehen. Neben einem mehrmals ausgestrahlten Spot gegen rechte Gewalt wird u.a. ein Bericht über eine BerlinerIn gezeigt, die in ihrer Freizeit rechte Schmierereien beseitigt.

⁵¹ Vgl. Anhang I, Tabelle 1.

Übersicht 6

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Herbst 2000

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
Tagesschau			2	1	3	4	2
Tagesschau um drei			1		1		
Tagesschau um fünf			1		1		
Tagesthemen			1	3		2	
Bericht aus Belin					1		
Nachtmagazin	1	1	1	2	2		
Tagesschau mit Wochenspiegel							3
aktuell Berlin & Brandenburg	3	1	1	2	2		
ZDF							
heute			3		5	4	3
heute journal			1	1	1	1	2
heute - in Deutschland					4		
heute - in Europa			1		1		
heute nacht			1	2	1		
drehscheibe Deutschland		2		1			
Berlin direkt							2
frontal			1				
Länderspiegel						1	
Politbarometer					1		
TOP 7 - Das Wochenendmagazin						2	2
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm							
Morgenmagazin	1	2		4	5		
heute					9		
heute mittag			1		1		
ZDF-Mittagsmagazin		1	1		1		
RTL / dctp							
RTL aktuell			1		1	1	
Punkt Zwölf					1		
SPIEGEL TV	1						
RTL II							
RTL II News				1	1	1	
VOX / dctp							
Hauptnachrichten			2	1	1		
Spätnachrichten					1		

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
SAT.1							
18:30			1		1		
Früh-News					7		
SAT.1 Nachrichten						1	
17:30 live aus ...		1	1	2			
ProSieben							
ProSieben Nachrichten			1		1	1	1
taff					1		
Kabel 1							
K 1 Nachrichten			2	1	2	3	2

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

Innerhalb der Untersuchungswoche sind mehrfach auffällige Parallelen in der Berichterstattung der beiden zur Kirchgruppe gehörenden Sender ProSieben und Kabel 1 zu beobachten. In den Berichten über den Buchenwald-Prozess werden die gleichen Bilder verwendet und der erste Bericht auf Kabel 1 über die Innenministerkonferenz wird in identischer Fassung später auch auf ProSieben gezeigt.

Auch eine Meldung, in welcher der Grüne Volker Beck dem Unionspolitiker Friedrich Merz vorwirft, mit dem Begriff der deutschen Leitkultur eine ausländerfeindliche Kampagne zu starten, wird nahezu identisch von beiden Sendern ausgestrahlt. Ferner heben sie bei ihrer Berichterstattung über die Dortmunder Demonstration die Ausschreitungen von teilnehmenden Linksextremisten gleichermaßen stark heraus und rücken den Anlass der Demonstration, den Neonazi-Aufmarsch, eher in den Hintergrund.

Auf der anderen Seite fällt bei der Senderfamilie der RTL Group auf, dass in der von Spiegel TV unter der Lizenz von dctp produzierten Hauptnachrichtensendung von VOX ein zuvor im *Spiegel TV Magazin* auf RTL ausgestrahlter Beitrag über rechte Jugendliche in Delitzsch ein zweites Mal gezeigt wird.

3.6.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Themenschwerpunkt Buchenwald-Prozess

Mit Ausnahme von VOX und RTL II berichten alle Sender über den Buchenwald-Prozess am Donnerstag. SAT.1 nutzt darüber hinaus das Thema zu einem Beitrag über den Vorschlag des bayerischen Justizministers, ein Fahrverbot für rechte Straftäter einzuführen. Während die Berichterstattung der übrigen Sender überwiegend sachlich gehalten ist, wird das Urteil in der Spätausgabe der Kabel 1-Nachrichten offen kritisiert. Auch in der Berichterstattung des ZDF findet man journalistische Kritik an der Entscheidung des Gerichts.

Die beiden Sender, die nicht über den Buchenwald-Prozess berichten – VOX und RTL II – senden jeweils einen Filmtipp zum Start von „Oi!Warning“. Außerdem gibt es im gemeinsamen Vormittagsprogramm von ARD und ZDF zu diesem Film einen Studiogespräch mit den beiden Regisseuren.

Themenschwerpunkt NPD-Verbot

Über die Innenministerkonferenz zum NPD-Verbotsantrag berichten alle Sender, wenngleich die Häufigkeit der Berichterstattung zwischen den einzelnen Sendern stark variiert. RTL II und Kabel 1 bringen dazu nur eine einzige, RTL, VOX und ProSieben je zwei Meldungen. ARD und ZDF berichten den ganzen Tag hinweg über die Konferenz. SAT.1 hat seinen Berichterstattungsschwerpunkt im Frühstücksfernsehen.

Bis auf RTL II gehen alle Sender in Wort und Bild auf die Mahnwache der NPD vor dem Brandenburger Tor ein. Sie steht im Mittelpunkt der regionalen Nachrichtensendung *aktuell Berlin & Brandenburg* (ARD).

Die tagesaktuellen Beiträge zur Innenministerkonferenz bzw. zum NPD-Verbot gehen selten über die Information über die wichtigsten Eckdaten hinaus. Lediglich die öffentlich-rechtlichen Sender setzen sich in ihrem gemeinsamen Vormittagsprogramm detaillierter mit dem Thema auseinander. Außerdem behandelt der *Bericht aus Berlin* (ARD) in mehreren Hintergrundbeiträgen verschiedene Aspekte des NPD-Verbots, beispielsweise die Verbindung der Partei zu gewalttätigen Skinhead-Organisationen. Ferner nehmen die Tagesthemen die Verbotsdiskussion zum Anlass für einen Bericht über den Landtagswahlkampf der Republikaner in Baden-Württemberg.

Das ZDF befasst sich in unterschiedlichen nicht-tagesaktuellen Programmformaten mit dem Thema NPD-Verbot. Unter den insgesamt fünf Beiträgen befinden sich ein Bericht über eine Meinungsumfrage, ein Studiogespräch und drei Reportagen. In den Repor-

tagen werden Argumente für und gegen einen Verbotsantrag thematisiert, ein Stimmungsbild der Bürger einer Stadt in Ostdeutschland (wo ein NPD-Mitglied im Stadtrat sitzt) gezeichnet sowie ein Berliner NPD-Mitglied porträtiert.

Während die Hintergrundberichterstattung in *Bericht aus Berlin* (ARD) in der Gesamttendenz eher die Argumentation der Verbotsbefürworter stützt, wird in zwei ZDF-Beiträgen deutlich gegen ein NPD-Verbot argumentiert. Beispielsweise wird in einem Beitrag der Magazinsendung *Frontal* in der Abmoderation gegen ein solches Verbot Stellung genommen. Während in *Frontal* ebenso wie in einem Beitrag des *Länderspiegel* als Begründung gegen ein Verbot der Tenor überwiegt, ein Verbot löse das Problem Rechtsextremismus nicht, liefert die Reportage in *Berlin direkt* noch ein weiteres Argument: die Schwierigkeit, der NPD eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung zweifelsfrei nachzuweisen. In einem anschließenden Studiogespräch mit Verbotsbefürworter Clement werden diese Bedenken noch einmal durch die Fragen des Moderators thematisiert.

Themenschwerpunkt Demonstration in Dortmund

Über die Ereignisse in Dortmund berichten außer VOX ebenfalls alle Sender. ARD, SAT.1 und ProSieben stellen einen Bezug zum geplanten NPD-Verbot her, indem sie Clement mit einem entsprechenden Statement zitieren. Ansonsten stehen bei ProSieben wie auch bei Kabel 1 die Ausschreitungen von linken Gegendemonstranten im Vordergrund. Nach Angaben der Kabel 1-Nachrichten wurden kaum Rechte in der Stadt gesichtet.

SAT.1 widmet der Dortmunder Demonstration keinen gesonderten Beitrag, sondern berichtet darüber im Rahmen eines Filmberichts, in dessen Mittelpunkt die Anregung von Bayerns Innenminister Beckstein steht, neben der NPD weitere rechtsextremistische Parteien zu verbieten. Durch die Information, dass Teilnehmer der Dortmunder Gegendemonstration von Beteiligten am Neonazi-Aufmarsch angegriffen wurden, durch den Verweis auf kürzlich begangene rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten und durch den abschließenden Kommentar unterstützt der Bericht ganz offensichtlich Becksteins Vorstoß. Auch in dem Beitrag von RTL über die Demonstration werden die Äußerungen des bayerischen Innenministers erwähnt, hier allerdings nur in einem Nebensatz.

Als einziger Sender berichtet das ZDF über Anschläge auf KZ-Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern. In den Programmen von ARD und ZDF gibt es regionale Meldungen zum Rechtsextremismus in Deutschland sowie bei SAT.1 Filmberichte zu nicht im engeren Sinn tagesaktuellen Themen, die sich in keinem anderen Programm finden.

3.6.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Rechtsextremistische O-Töne

In einem Beitrag des *Spiegel TV Magazins* (RTL) über Übergriffe auf russische Aussiedler äußern sich mehrere junge Neonazis abwertend gegenüber Russlanddeutschen und verharmlosen die Waffen-SS. Mit einer Ausnahme wird ihnen nicht widersprochen oder kritisch nachgefragt.

Auf SAT.1 sind in drei von vier Beiträgen rechte Parolen wie „Deutschland den Deutschen“ deutlich zu verstehen, allerdings finden sich diese Äußerungen überwiegend in einem Spot gegen rechte Gewalt.

In einem Beitrag der *Tagesthemen* (ARD) über die Republikaner in Baden-Württemberg kommt deren Vorsitzender Schlierer zu Wort. Seinen Aussagen wird im Sprechertext und durch andere O-Töne widersprochen.

Ein *Frontal*-Beitrag im ZDF zeigt Ausschnitte aus Reden von NPD-Politikern und Unterstützern wie Udo Voigt und Horst Mahler. Der NPD-Vorsitzende Voigt kommt zusätzlich auf einer Pressekonferenz und in einem Interview zu Wort. Sofern die O-Töne nicht nur Fakten enthalten, kommentiert sie der Sprecher des Beitrags und distanziert sich deutlich davon. In den anderen ZDF-Beiträgen über die Stimmung zum NPD-Verbot in Fürstenwalde und über die NPD allgemein kommen ein an seiner Kleidung erkennbarer rechtsradikaler Jugendlicher und ein NPD-Mitglied zu Wort. Beide äußern sich positiv über die NPD bzw. verteidigen diese gegen die Vorwürfe der Verbotsbefürworter. Als Kontrast dazu werden kritische journalistische Kommentare gesetzt und eine Aussage des Bundesinnenministers eingespielt.

Rechtsextremistische Symbolik

In den Beiträgen über den Buchenwald-Prozess werden zum Teil Bilder von Hakenkreuz-Schmierereien eingeblendet. In den Meldungen der ARD, die auf diese Bilder verzichtet, sind während der Anmoderation einige Male Hintergrundbilder mit rechter Symbolik, wie Stiefel und Fahnen, zu sehen.

Die Filmbeiträge zur Innenministerkonferenz verknüpfen den Konferenzbericht, entsprechend dem Inhalt der Meldungen, meistens auch visuell mit der NPD-Mahnwache. SAT.1, ProSieben, Kabel 1, ARD und ZDF greifen zusätzlich auf Archivmaterial von früheren NPD-Demonstrationen zurück. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede im Erscheinungsbild der NPD. Während die Archivaufnahmen früherer NPD-Aufmärsche

reichlich rechtsextremistische Symbole, wie Fahnen, Trommeln, glatzköpfige Teilnehmer sowie im Fall von SAT.1 gewalttätige Auseinandersetzungen auf einer dieser Demonstrationen zeigen, sind auf der Mahnwache vor dem Brandenburger Tor vorwiegend zivil gekleidete Parteimitglieder und -anhänger zu sehen, die lediglich Flugblätter mit dem Slogan „Argumente statt Verbote“ verteilen und allenfalls die Deutschlandfahne schwenken.

Auch die Bilder von der Demonstration in Dortmund vermitteln über alle Sender hinweg einen überwiegend friedlichen Eindruck. Bilder von dem Neonazi-Aufmarsch werden meist nur kurz in die Bilder über die Gegendemonstration eingeblendet. Lediglich das Bildmaterial von SAT.1, das den Übergriff von Neonazis auf Gegendemonstranten zeigt, fällt aus dem Rahmen. Ohnehin sind die von SAT.1 in dieser Woche zum Thema Rechtsextremismus gezeigten Bilder relativ gewalthaltig. Sowohl der Beitrag zum Buchenwald-Prozess als auch der Spot gegen rechte Gewalt zeigen prügeln- und brandschatzende Neonazis und geschmierte Hakenkreuze. Bilder von demonstrierenden Neonazis, Fahnen, Stiefeln, Hitlergruß und deutlich zu verstehende „Deutschland den Deutschen“-Rufe finden sich in fast allen Beiträgen.

Auch im *Spiegel TV Magazin* auf RTL (und in der Wiederholung des Beitrags in den VOX-Nachrichten) sind Videoaufnahmen von Krawallen sowie Poster von der SS und Hitler zu sehen und ist rechte Musik zu hören.

Die Beiträge im *Bericht aus Berlin* (ARD) zeigen Archiv-Bilder von marschierenden Skins und tätowierten Glatzen, Aufnahmen von rechten Symbolen im Alltag der Gemeinde Kittlitz (NPD-Aufkleber, Autoaufkleber der Skin-Organisation *Odins Legion* und die Zahl „88“ auf Autokennzeichen als Symbol für den „Heil Hitler“-Gruß) sowie Flugblätter und Schriften der NPD. Generell vermittelt diese Darstellung marschierender Skinheads und rechter Massenveranstaltungen einen bedrohlichen Eindruck.

Dasselbe gilt für im ZDF gezeigte Bilder von einem verbotenen Skinhead-Konzert. Hier entsteht dieser Eindruck zum einen durch die gruppenweise gezeigten Hitler-Grüße, sehr viel stärker aber noch durch die eingespielte, aggressive Musik.

3.6.5 Zusammenfassung

Die Berichterstattung über den NPD-Verbotsantrag beschränkt sich überwiegend auf mehr oder weniger ausführliche Beiträge über die Innenministerkonferenz. Auch anhand dieses Themenkomplexes zeigt sich einmal mehr, dass Hintergrundberichte nahezu ausschließlich bei den öffentlich-rechtlichen Sendern zu finden sind. Insbesondere das ZDF thematisiert ausführlich die Gründe für oder wider ein Parteienverbot, porträtiert die NPD und liefert Antworten auf die Frage, warum überhaupt über einen NPD-Verbotsantrag beraten wird.

Interessant ist, dass in fast allen Berichten über die Innenministerkonferenz zum NPD-Verbotsantrag auch über die NPD-Mahnwache berichtet wird. Anhand der von mehreren Sendern zusätzlich verwendeten Archivbilder von früheren NPD-Demonstrationen zeigen sich – vermutlich, ohne dass dieser Effekt beabsichtigt war – deutliche Veränderungen im öffentlichen Erscheinungsbild der NPD.

Dass hinter der Mahnwache mehr steckt als ein einfacher öffentlicher Auftritt, wird lediglich in dem NPD-Porträt des ZDF in *Berlin direkt* angedeutet. Dort wird darauf hingewiesen, dass die NPD mit ihrem im Vergleich zu früher wesentlich moderateren Auftreten eine klare Strategie verfolge. Dadurch solle das Argument der Verbotsbefürworter entscheidend entkräftet werden, die Partei vertrete eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung gegen die bestehende Staatsordnung. Inwieweit die Strategie der NPD aufgegangen ist, sich durch die Mahnwache als Opfer zu stilisieren, lässt sich an dieser Stelle nicht beurteilen. Zumindest aber ist ihre Aktion auf eine breite publizistische Resonanz gestoßen und kann wenigstens in dieser Hinsicht als Erfolg gewertet werden.

Weiter fällt auf, dass die Berichterstattung über rechtsextremistische Straf- und Gewalttaten innerhalb dieser Untersuchungswoche eine relativ große Rolle spielt. Dies zeigt nicht nur die intensive Berichterstattung über den Buchenwald-Prozess, sondern auch die im Vergleich zu den übrigen Stichproben hohe Zahl an Einzelberichten innerhalb der Regionalberichterstattung über entsprechende Übergriffe sowie der von SAT.1 mehrfach ausgestrahlte Spot gegen rechte Gewalt. Auch hier lässt sich nur vermuten, dass die im Sommer 2000 begangenen Anschläge gegen Ausländer und jüdische Einrichtungen, die letztlich auch zu der NPD-Verbotdiskussion führten, die Medien wieder verstärkt für derartige Gewalttaten sensibilisiert haben.

3.7 Programmstichprobe Frühjahr 2001⁵²

3.7.1 Ereignishintergrund

Etwa drei Wochen vor Beginn der Aufzeichnungen für die Frühjahrsstichprobe 2001, am 12. März, sagt Bundesumweltminister Jürgen Trittin in einem Radiointerview auf WDR 5 über den CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer: „Laurenz Meyer hat die Mentalität eines Skinheads und nicht nur das Aussehen. Laurenz Meyer hat selber bekundet, dass er stolz darauf sei, dass er ein Deutscher ist. Das ist so die Flachheit, der geistige Tiefflug, der jeden rassistischen Schläger dieser Republik auszeichnet.“ Damit löst Trittin nicht nur eine Debatte über seine eigene Person aus, sondern auch einen öffentlichen Streit darüber, ob man als Deutscher auf sein Land stolz sein dürfe.

Am Wochenende vor den Programmaufzeichnungen entdecken zwei schwarze Musiker bei der Rückkehr in ihre Wohnung in Obertshausen bei Frankfurt am Main, dass dort eingebrochen wurde. Die Täter raubten die Wohnung aus, verwüsteten sie und schmiereten Hakenkreuze und rassistische Parolen an die Wände.

Am Montag, dem ersten Tag der Untersuchungswoche, stellen die Innenminister der norddeutschen Küstenländer ein gemeinsames Programm vor, mit dem Rechtsextremisten der Ausstieg aus der Szene erleichtert werden soll.

Am Mittwoch wird dem Künstler Marius Müller-Westernhagen das Bundesverdienstkreuz für sein gemeinnütziges Engagement, unter anderem gegen Rassismus und Rechtsextremismus, verliehen.

Ebenfalls am Mittwoch wird ein gebürtiger Marokkaner für den Brandanschlag auf die Düsseldorfer Synagoge im Oktober 2000 verurteilt. Er wollte nach eigenen Angaben gegen die Gewalt in Nahost protestieren. Der Anschlag war zunächst Rechtsextremisten zugeschrieben worden.

Am Donnerstag verbietet das sächsische Innenministerium drei Neonazi-Gruppierungen: die *Skinheads Sächsische Schweiz*, deren Jugendorganisation sowie den *Nationalen Widerstand Pirna*. Alle drei Gruppierungen waren aus der verbotenen *Wikingjugend* hervorgegangen. Das Verbot wird damit begründet, dass die Gruppen verfassungsfeindliche Ziele verfolgte, sich offen zum Nationalsozialismus bekenne und Ausländer und Andersdenkende bedrohte. Bei einer Razzia waren Waffen und Sprengstoff gefunden worden. Gegen mehrere Mitglieder ermittelt die Staatsanwaltschaft.

⁵² 15. Kalenderwoche, 2. - 8. April 2001.

Am Samstag demonstrieren in Frankfurt am Main mehrere hundert Menschen gegen eine Kundgebung von etwa 60 Neonazis. Die Demonstration der Neonazis, zu der ursprünglich mehr Teilnehmer erwartet worden waren, war zunächst vom hessischen Verwaltungsgerichtshof verboten, dann aber vom Bundesverfassungsgericht erlaubt worden. Auch im niedersächsischen Uelzen finden eine Kundgebung von Neonazis und eine Gegendemonstration statt, bei denen es zu Auseinandersetzungen kommt.

Regionale Ereignisse (Berlin/Brandenburg/neue Bundesländer)

In Berlin legt am Montag Innensenator Werthebach die Kriminalitätsstatistik der Bundeshauptstadt für das Jahr 2000 vor. Die Zahl rechtsextremer Straftaten ist danach im Vergleich zum Vorjahr um etwa 40 Prozent angestiegen.

Am Donnerstag findet eine Aktuelle Stunde des Brandenburger Landtags statt. Dabei warnt die oppositionelle PDS vor der Gefahr, die rechtsextremistische Gewalttaten für den Tourismus im Lande darstellten.

3.7.2 Strukturen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

In der Frühjahrsstichprobe 2001 werden insgesamt gesehen relativ viele Fernsehbeiträge über Erscheinungsformen und Probleme des Rechtsextremismus in Deutschland ausgestrahlt, obwohl es dafür – wie der vorstehende Abschnitt zeigt – keine herausragenden Anlässe gibt. Dabei ist die Rechtsextremismus-Berichterstattung nicht auf die tagesaktuellen Programmformate der Fernsehpublizistik beschränkt. Insgesamt neun Magazine: vier im ZDF, drei im Ersten Programm der ARD und je ein dctp-Magazin auf RTL (*Spiegel TV*) und VOX (*Süddeutsche TV*) senden in dieser Woche thematisch einschlägige Filmberichte.

3.7.3 Inhalte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Am Donnerstag ist das Verbot der Skinheadgruppierungen in Sachsen das herausragende Thema in der Berichterstattung. Alle Sender – mit Ausnahme von RTL II – berichten über das Verbot, ARD und SAT.1 über den ganzen Tag hinweg. Während ProSieben, Kabel 1 sowie das ZDF alle drei Gruppierungen erwähnen, berichten RTL, VOX und die ARD nur über das Verbot der *Skinheads Sächsische Schweiz*. SAT.1 erwähnt in seinen Berichten teilweise noch die Gruppe *Nationaler Widerstand Pirna*. Bei ProSieben, Kabel 1 und in den beiden öffentlich-rechtlichen Sendern wird auch auf die Begründung des Verbots eingegangen.

Übersicht 7

Sendungen mit Beiträgen zur Rechtsextremismus-Berichterstattung¹

Stichprobe: Frühjahr 2001

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ARD							
Tagesschau				1			
Tagesschau um drei				1			
Tagesschau um fünf				1			
Tagesthemen				1			
Nachtmagazin				1			
Polylux	1						
Report aus München	2	2					
Weltspiegel							1
aktuell Berlin & Brandenburg	1			1			
ZDF							
heute				1		1	
heute nacht			4				
aspekte					1	1	
Frontal 21		1					
ML Mona Lisa							1
TOP 7 - Das Wochenendmagazin						1	
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm							
heute	4						
RTL / dctp							
RTL aktuell						1	
Guten Abend - RTL	1			1			
SPIEGEL TV							1
RTL II							
RTL II News						1	
VOX / dctp							
Der Tag (Spätnachrichten)				1			
Süddeutsche TV	3						3
SAT.1							
18:30				1			
Früh-News	5			3			
Schlagzeilen	2			1			
SAT.1 Nachrichten						1	
Die Nacht				1			

	Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
ProSieben							
ProSieben Nachrichten				1			
Kabel 1							
K 1 Nachrichten				1			
K 1 Nachrichten - Newsticker				1	1	1	1

(1) Die Zahlen bezeichnen die Anzahl der (nicht durch Werbung unterbrochenen) Sendungsbeiträge.

Besonders erwähnenswert ist die Berichterstattung der untersuchten Fernsehprogramme über eine Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Frankfurt am Main. Denn das ZDF berichtet lediglich frühmorgens über das Verbot der Neonazi-Kundgebung, danach findet man in beiden öffentlich-rechtlichen Programmen nichts mehr über die dann doch noch stattfindende Demonstration und die Gegenkundgebung. Anders ist die Nachrichtenlage bei RTL und RTL II sowie SAT.1 und Kabel 1, die am Abend über den tatsächlichen Verlauf der Demonstration berichten. Dabei erwähnt SAT.1 als einziger Sender auch die Demonstrationen in Uelzen.

Auch andere Ereignisse werden nur von einzelnen Programmen aufgegriffen, wie etwa das Ausstiegsprogramm norddeutscher Bundesländer für Neonazis (RTL), der Düsseldorfer Synagogen-Prozess sowie die Auszeichnung von Marius Müller-Westernhagen (ZDF) oder Meldungen über regionale Ereignisse aus Berlin und Brandenburg (ARD).

Im Bereich der nicht im engeren Sinn tagesaktuellen Berichterstattung bringt das *Spiegel TV Magazin* (RTL/dctp) einen Beitrag über den deutschen Neonazi Hendrik Möbus, der in den USA in Auslieferungshaft sitzt. Eine Sendung von *Süddeutsche TV* (VOX/dctp) beschäftigt sich mit Frauen in der rechtsradikalen Szene. Hierbei wird eine größere Anzahl meist jüngerer Frauen porträtiert, die in ausführlichen O-Tönen ihr rechtsextremistisches Weltbild darlegen.

Interessant an der Sendung von *Süddeutsche TV* ist vor allem, dass in der Anmoderation darauf hingewiesen wird, wie schwierig es sei, über Rechtsextremisten zu berichten, ohne ihnen zugleich ein öffentliches Forum für ihre zweifelhafte Weltanschauung zu bieten. Unabhängig davon ginge es vor allem darum, die „andere, bürgerliche Seite des Rechtsextremismus“ darzustellen, da sich die meisten Medienbeiträge auf die Darstellung „dummer und glatzköpfiger Nazis“ beschränkten. Die Reportage versteht sich als

„Warnsignal aus anderer Richtung“ und als Dokument des alltäglichen, bürgerlichen Rechtsextremismus, der inzwischen auch von immer mehr Frauen verinnerlicht worden sei.

Mit der Frage, wie man adäquat über Rechtsextremisten berichtet, befasst sich auch ein Beitrag des Zeitgeistmagazins *Polylux* (ARD). Anlass ist laut Moderation die Forderung des Publizisten Klaus Bölling nach einer „Quarantäne für Neonazis auf dem Bildschirm“. Durch die satirische Auseinandersetzung mit diesem Standpunkt lässt sich der Beitrag dahingehend interpretieren, dass die Autoren der Auffassung sind, ein medialer Boykott von Rechtsextremisten würde nichts zur Lösung der realen Rechtsextremismus-Problematik in Deutschland beitragen.

In zwei, am Folgetag wiederholten Beiträgen beschäftigt sich *Report München* (ARD) Anfang der Woche mit der sogenannten Nationalstolzdebatte, die durch die Äußerungen Trittins über Laurenz Meyer ausgelöst wurde. In einem dieser Beiträge werden Trittins Worte im O-Ton eingespielt und in der Abmoderation eindeutig negativ bewertet. In dem anderen Beitrag wird die These aufgestellt, Deutschland würde in der EU aus mangelndem Nationalstolz heraus seine Interessen nicht ausreichend vertreten. Tenor beider Beiträge ist die Auffassung, dass die Diskussion über den Nationalstolz der Deutschen auch im bürgerlichen Lager geführt werden müsse, um das Feld nicht den Rechtsextremisten zu überlassen.

Das ZDF enthüllt in der Sendung *Frontal 21*, dass diverse rechte Organisationen trotz bescheinigter Verfassungsfeindlichkeit von den Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt werden und damit offenbar in den Genuss von Steuervergünstigungen kommen. Außerdem berichtet das Kulturmagazin *aspekte* über den Einbruch bei schwarzen Musikern. Im Frauenmagazin *ML Mona Lisa* wird für einen Wettbewerb gegen Fremdenfeindlichkeit geworben.

3.7.4 Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Rechtsextremistische O-Töne

In Interviews zu Wort kommen Rechte in den zwei Beiträgen des *Spiegel TV Magazin* (RTL/dctp) und *Süddeutsche TV* (VOX/dctp). Im *Spiegel TV Magazin* äußern sich der Neonazi Möbus und ein Neonazi-Führer aus den USA in O-Tönen mit antisemitischem Inhalt, wobei u.a. die Ermordung von Juden unter dem Nationalsozialismus geleugnet wird. In *Süddeutsche TV* lassen sich mehrere rechtsextremistische Frauen abwertend über Multikultur und Ausländer in Deutschland aus. Während sich das *Spiegel TV Magazin* meist deutlich von dem Gesagten distanziert, geschieht dies bei *Süddeutsche TV* innerhalb des Filmberichts nur gelegentlich. Allerdings wird in der An- und Zwischenmoderation mehrmals betont, dass der Beitrag insgesamt gesehen als Warnsignal und Zeichen dafür zu verstehen ist, dass Rechtsextremisten längst keine gesellschaftliche Randgruppe mehr darstellen. Einen O-Ton und ein Zitat mit staatsfeindlichem Inhalt sendet das ZDF-Magazin *Frontal 21*.

Die Parolen von Rechtsextremisten sind darüber hinaus in mehreren Beiträgen im Hintergrund zu hören: In je einem Beitrag von SAT.1 und der ARD zum Verbot der *Skinheads Sächsische Schweiz*, im *Spiegel TV Magazin* und in *Süddeutsche TV* sowie in der Satire von *Polylux* (ARD).

Rechtsextremistische Symbolik

In nahezu allen Beiträgen der Untersuchungswoche finden sich Bilder von demonstrierenden Neonazis, auf denen teilweise der Hitlergruß gezeigt wird, von Stiefeln, Fahnen, Trommeln und sonstigen rechtsextremistischen Attributen sowie von geschmierten Hakenkreuzen und Parolen. Dies mag damit zusammenhängen, dass sich diese Berichte, wie beispielsweise im Fall des Verbots von Skinhead-Organisationen oder im Fall des Neonazis Hendrik Möbus, ganz überwiegend mit Personen aus dem rechtsextremistischen Milieu befassen.

Der Beitrag im *Spiegel TV Magazin* bringt Bilder von einem Konzert, das von Rechtsextremisten besucht ist, die den Hitlergruß zeigen, und von demonstrierenden Neonazis in den USA mit Hakenkreuzfahnen. Hakenkreuze sind auch auf abgebildeten Internetseiten und rechtem Propagandamaterial zu sehen. Außerdem wird das Computerspiel *KZ Rattenjagd* vorgeführt.

In *Süddeutsche TV* werden Bilder von rechten Parteitreffen, rechtem Propagandamaterial und historischen Aufnahmen von Frauen zur Zeit des Nationalsozialismus gezeigt.

In einem Bericht von SAT.1 über das Verbot der *Skinheads Sächsische Schweiz* zielt ein maskierter Skin mit einer Schusswaffe in die Kamera.

Während solche Bilder in der Regel, wie übrigens in den anderen Stichproben auch, nicht kritisch kommentiert werden, distanzieren sich ARD und ZDF zumindest einmal deutlich von den gezeigten Symbolen. Erwähnenswert ist auch, dass der Aufruf zu einem Wettbewerb gegen Fremdenfeindlichkeit im ZDF von Bildern von zwei Skinheads begleitet wird, die von eingreifenden Bürgern zum Aussteigen aus einem Zug gezwungen werden.

3.7.5 Zusammenfassung

Auffallend ist, dass sich die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung in der Frühjahrsstichprobe 2001 und in der Herbststichprobe 2000 relativ stark ähneln. Im Herbst 2000 wurde vor allem über das geplante NPD-Verbot und eine Demonstration gegen Rechts berichtet. Im Frühjahr 2001 konzentrieren sich die Fernsehprogramme vor allem auf das Verbot von Skinhead-Organisationen und Demonstrationen gegen Neonazi-Kundgebungen.

Auch wenn die Zahl der Berichte über Themen aus dem Umfeld des Rechtsextremismus in der Frühjahrsstichprobe wesentlich geringer ist als in der vorangegangenen Herbststichprobe, zeigt sich anhand der Berichte von einzelnen Sendern über rechtsextremistische Übergriffe bzw. Maßnahmen gegen rechte Gewalt, dass die untersuchten Fernsehprogramme im Frühjahr 2001 offenbar wieder stärker Ereignisse aus diesem Themenumfeld aufgreifen als in den Jahren zuvor. Dafür sprechen nicht zuletzt auch die Magazinbeiträge und Reportagen, denen allesamt keine unmittelbar tagesaktuellen Ereignisse zugrunde liegen.

Interessant ist, dass die öffentliche und journalistisch-professionelle Kritik an der Forumsfunktion des Fernsehens für Rechtsextremisten, die in der Einleitung zu diesem Bericht referiert wurde, gleich in zwei Beiträgen der Untersuchungswoche, nämlich in *Polylux* (ARD) und in *Süddeutsche TV* (VOX/dctp), aufgegriffen wird.

Besonders zu erwähnen ist auch der Anspruch des Beitrags von *Süddeutsche TV* (VOX/dctp) über Frauen in der rechtsradikalen Szene, mit dieser Reportage darauf aufmerksam zu machen, dass sich eine rechtsextremistische Weltanschauung keineswegs nur in kahlgeschorenen Köpfen, sondern in der gesamten deutschen Gesellschaft findet. Unter dem Motto „Es gibt genug Filme über marschierende Neonazis – wir senden ein Warnsignal aus der anderen Richtung“ belegt der Beitrag eindrucksvoll, dass auch bei modernen, emanzipierten und gut ausgebildeten Frauen rechtsextremistisches Gedankengut verstärkt Zuspruch findet.

Damit zählt dieser Beitrag zu den wenigen, die das Thema Rechtsextremismus einmal abseits der gängigen Stereotypen und Klischees zum Gegenstand der Fernsehberichterstattung machen. Dass er in einem privaten Programm ausgestrahlt wurde, ist andererseits eine berichtenswerte Randnotiz zu den, zum größten Teil wohlbegründeten Stereotypen über die unterschiedlichen fernsehpublizistischen Leistungen privater und öffentlich-rechtlicher Fernsehprogramme.

4. Strukturen, Inhalte und Formen der Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland 1998-2001

Die Ergebnisse der sieben Fallstudien, die in Kapitel 3 vorgestellt wurden, dokumentieren *Ausschnitte* der Rechtsextremismus-Berichterstattung im deutschen Fernsehen Ende der neunziger Jahre bis in die Anfänge dieses Jahrzehnts. Mit dieser Einschränkung ist erstens gemeint, dass sich die Beobachtungen, Beschreibungen und Analysen der Rechtsextremismus-Berichterstattung auf einen bestimmten Programmtyp beziehen, nämlich private und öffentlich-rechtliche Fernsehvollprogramme, und dass ihnen zweitens eine begrenzte Anzahl von Programmstichproben zugrunde liegt.

Man kann diese Ausschnitte insofern als Beispiele für die Fernsehberichterstattung über den alltäglichen Rechtsextremismus in Deutschland bezeichnen, als die Stichprobenlogik der Primärerhebung, der kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der Landesmedienanstalten, ihrerseits darauf angelegt ist, den *Fernsehalltag in Deutschland* zu repräsentieren. Tatsächlich sind die sieben Untersuchungszeiträume der Rechtsextremismus-Studie nur durch wenige Höhepunkte rechter Gewalt, rechter Wahlerfolge oder politischer und gesellschaftlicher Aktivitäten gegen den aktuellen Rechtsextremismus gekennzeichnet. In der Folge konnte auch nur in drei Stichproben (Frühjahr 1998, Herbst 2000 und Frühjahr 2001) eine größere Anzahl von thematisch einschlägigen Beiträgen identifiziert und analysiert werden.

Trotz dieser Einschränkung ist die Studie dazu geeignet, an die Befunde anzuknüpfen, die in der ersten *GöfaK*-Studie über die Rechtsextremismus-Berichterstattung deutscher Fernsehprogramme zu Beginn der neunziger Jahre ermittelt worden sind.⁵³ Denn auch in dieser Studie wurde nicht nur die Fernsehberichterstattung über spektakuläre Ereignisse wie zum Beispiel den Brandanschlag in Solingen analysiert. Vielmehr wurde auch dort die alltägliche Berichterstattung privater und öffentlich-rechtlicher Fernsehvollprogramme über den Rechtsextremismus in Deutschland auf der Grundlage von Programmdokumentationen und Programmstichproben beobachtet und beschrieben.

Die Ergebnisse der quantitativen Analysen, die in Ergänzung zu den qualitativen Analysen durchgeführt worden sind, geben in diesem Zusammenhang einen guten, zusammenfassenden Überblick über den Status quo der Rechtsextremismus-Berichterstattung im deutschen Fernsehen. Sie lösen sich etwas von den begrenzten Perspektiven der sieben Fallstudien und richten den Blick auf längerfristige Entwicklungen der Strukturmerkmale, Inhalte und Formen der Fernsehsendungen und Fernsehbeiträge, die sich mit dieser Thematik befassen.⁵⁴

⁵³ Vgl. Weiß u.a. 1995.

⁵⁴ Die Daten, die in den folgenden Abschnitten dargestellt und diskutiert werden, sind im Tabellenanhang zu diesem Bericht dokumentiert (Anhang I).

4.1 Strukturmerkmale der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Stichprobencharakteristik

Grundlage der in der vorliegenden Studie durchgeführten, qualitativen wie quantitativen Analysen der Rechtsextremismus-Berichterstattung in deutschen Fernsehvollprogrammen zwischen dem Frühjahr 1998 und dem Frühjahr 2001 sind insgesamt $n = 457$ Beiträge mit einem Sendevolumen von knapp 16 Stunden, die in sieben Untersuchungswochen ausgestrahlt worden sind (Tabelle 1 bis 4).⁵⁵ Dazu zählen zusätzlich zu den Originalbeiträgen sowohl Sendungs- und Beitragswiederholungen innerhalb der untersuchten Programme als auch die Parallelausstrahlung von Beiträgen des ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramms auf den beiden öffentlich-rechtlichen Kanälen.

Etwa 85 Prozent des Untersuchungsmaterials, mehr als 400 Beiträge im Umfang von über 13 Sendestunden, wurde in den drei Stichprobenwochen ausgestrahlt, die im Mittelpunkt der qualitativen Programmanalysen stehen: im Frühjahr 1998, Herbst 2000 sowie im Frühjahr 2001. Die Daten für diese drei Untersuchungszeiträume können somit auch im Rahmen der quantitativen Analysen separat ausgewiesen werden.

Fernsehprogramme

Angesichts der Ergebnisse der kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der Landesmedienanstalten⁵⁶ verwundert es nicht, dass die Fernsehvollprogramme mit dem generell höchsten Anteil an politischer und Sachpublizistik, das Erste Programm der ARD und das ZDF, auch diejenigen Programme sind, die zum spezifischen Problemfeld des Rechtsextremismus in Deutschland die meisten Informationsbeiträge senden und dieser Thematik im Programmvergleich die umfangreichste Sendezeit einräumen (Tabelle 5 und 6). Mehr als zwei Drittel aller Beiträge und knapp 60 Prozent der Sendezeit der in den sieben Stichproben ermittelten Rechtsextremismus-Berichterstattung sind in diesen beiden Programmen ausgestrahlt worden.

Im direkten Vergleich unterscheiden sich dabei das Erste Programm der ARD und das ZDF kaum. Ein großes Gewicht haben in beiden Fällen die vom frühen Morgen bis zum Mittag gemeinsam ausgestrahlten Informationssendungen (konkret: das Frühstücksfernsehen, das Mittagsmagazin und die dazwischen ausgestrahlten Nachrichtensendungen), in denen 2 x 16 Prozent, insgesamt also ein Drittel aller Beiträge gesendet wurden, die in der vorliegenden Studie ermittelt und untersucht worden sind.

⁵⁵ Vgl. Kapitel 2, Abschnitt 2.2.1.

⁵⁶ Vgl. zuletzt Weiß 2001.

Gemessen an der Zahl der Beiträge steht SAT.1 (14 Prozent), gemessen an der Sendezeit stehen VOX (16 Prozent) und RTL (13 Prozent) an der Spitze der Rechtsextremismus-Berichterstattung der privaten Programme. Dabei ist das Informationsangebot von VOX weitgehend identisch mit Sendungen, die wie *Spiegel TV* oder *Süddeutsche TV* unter der Lizenz von dctp ausgestrahlt werden. Die Informationsleistung der restlichen drei privaten Fernsehvollprogramme ist in diesem Themensektor marginal.

Fernsehjournalistische Formate

Mehr als drei Viertel aller Beiträge zur Rechtsextremismus-Problematik werden in Nachrichtensendungen und Morgenmagazinen ausgestrahlt, sind also im Grundsatz der tagesaktuellen Fernsehpublizistik zuzurechnen (Tabelle 7 bis 10):

- Fast die Hälfte der Beiträge zur Rechtsextremismus-Thematik, 44 Prozent, wird im Rahmen von Nachrichtensendungen produziert und gesendet. Dabei handelt es sich zum weitaus größten Teil um Sprechermeldungen und kurze Nachrichtenfilme (zusammen 33 Prozent). Deutlich seltener sind ausführlichere Filmberichte (11 Prozent).
- Dazu kommen an zweiter Stelle Beiträge, die im Rahmen von Morgenmagazinen, einschließlich der in diese Magazine integrierten Nachrichtenblöcke, ausgestrahlt werden (35 Prozent). Hier dominiert noch stärker als in den Nachrichtensendungen die Kurzform. Knapp zwei Drittel der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung in den Morgenmagazinen sind kurze Sprechermeldungen.

Unter dem Gesichtspunkt des Sendevolumens liegt das Hauptgewicht der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen mit über 50 Prozent auf Magazinbeiträgen. Der kleinere Teil (23 Prozent) entfällt dabei auf die tagesaktuellen Morgenmagazine, der größere auf die übrigen Magazinsendungen (33 Prozent).

Sendezeiten

Knapp 40 Prozent der Beiträge wurden zwischen 5 und 9 Uhr morgens ausgestrahlt (Tabelle 11 bis 16), insbesondere in den Morgenmagazinen und den in diese Magazine integrierten Nachrichtenblöcken. Lediglich ein Fünftel der Beiträge, die in den sieben Programmstichproben zur Rechtsextremismus-Berichterstattung ermittelt worden sind, wurde in der Hauptsendezeit, der Prime Time zwischen 18 und 23 Uhr, gesendet. Allerdings deutet sich seit dem Herbst 2000 eine leichte Verschiebung der Rechtsextremismus-Berichterstattung in Richtung auf die Prime Time an.

Wiederholungsquoten

Etwa drei Viertel der Beiträge, die in den sieben Programmstichproben zur Rechtsextremismus-Berichterstattung ermittelt wurden, kann man als Originalbeiträge bezeichnen (Tabelle 17 bis 22). In den anderen Fällen handelt es sich um Wiederholungen innerhalb der untersuchten Programme bzw. um Parallelausstrahlungen im gemeinsamen ARD/ZDF-Programm.

4.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Themenschwerpunkte

Im Frühjahr 1998 stand der überraschende Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit, im Herbst 2000 war es vor allem der politische Diskurs über das Für und Wider eines NPD-Verbotes. Das spiegelt sich unmittelbar in der thematischen Schwerpunktsetzung der Rechtsextremismus-Berichterstattung in den beiden Programmstichproben wider, die im Frühjahr 1998 und im Herbst 2000 aufgezeichnet worden sind. Fast drei Viertel der Beiträge und über 80 Prozent der Sendezeit der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Frühjahr 1998 sowie über 60 Prozent der Beiträge und zwei Drittel der Sendezeit der Berichterstattung im Herbst 2000 beziehen sich auf den formal organisierten Rechtsextremismus in Deutschland (Tabelle 23 bis 28).

In den übrigen Stichproben, insbesondere im Frühjahr 2001, sind die thematischen Gewichte der Rechtsextremismus-Berichterstattung anders verteilt. So geht es im Frühjahr 2001 in der Hälfte der Beiträge und in zwei Drittel der Sendezeit der Rechtsextremismus-Berichterstattung um Formen, Ereignisse und Probleme des nicht in Parteien, Verbänden etc. formal organisierten Rechtsextremismus in Deutschland.

Die Themenschwerpunkte der gesamten Programmstichprobe – ca. 60 Prozent organisierter, ca. 30 Prozent nicht organisierter Rechtsextremismus sowie ca. 10 Prozent Nebenthemen – finden sich ohne große formatspezifische Abweichungen auch in den verschiedenen fernsehjournalistischen Darstellungsformen (Kurznachrichten / längere Nachrichten- und Magazinfilme / sonstige journalistische Formate wie Diskussions-sendungen, sonstige Studiosendungen etc.) wieder (Tabelle 27 und 28). Dagegen fällt im Vergleich der Sendergruppen auf, dass die Programme der RTL Group überdurchschnittlich stark über Erscheinungsformen, Ereignisse und Probleme des informellen, nicht organisierten Rechtsextremismus in Deutschland berichten (Tabelle 25 und 26). Hier fallen insbesondere die auf VOX unter der Lizenz von dctp ausgestrahlten Sendungen von *Spiegel TV* ins Gewicht.⁵⁷

⁵⁷ Dieses Ergebnis stimmt mit den Befunden über die (damals allerdings im Programm von RTL ermittelten) Beiträge zum Themenkomplex Rechtsextremismus überein, die Anfang der neunziger Jahre von Spiegel TV ausgestrahlt worden sind (vgl. Weiß u.a. 1995, insbesondere S. 103-109).

Akteurshintergründe

Zwei Gruppen von Akteuren dominieren in der Rechtsextremismus-Berichterstattung der deutschen Medien. Das sind auf der einen Seite Rechtsextremisten: rechtsextremistische Parteien und Organisationen und deren Vertreter sowie Personen, die in der Regel dem nicht formal organisierten rechtsextremistischen Milieu in Deutschland zuzurechnen sind (zum Beispiel rechtsextremistisch motivierte Einzeltäter oder Tätergruppen). Auf der anderen Seite sind es gesellschaftliche und politische Institutionen, Organisationen, Verbände und Bewegungen und deren Vertreter, die gegen den Rechtsextremismus in Deutschland agieren.

Beide Seiten haben, wenn man die Analyseergebnisse zusammenfasst, in den untersuchten Fernsehbeiträgen etwa das gleiche Gewicht. In ca. zwei Drittel bis drei Viertel der untersuchten Beiträge der Rechtsextremismus-Berichterstattung wird über sie berichtet, werden sie zitiert oder sie kommen zu Wort.

In der Fernsehberichterstattung über rechtsextremistische Akteure dominiert deutlich die Bezugnahme auf das nicht organisierte Milieu bzw. die pauschale Erwähnung von Rechtsextremisten (wie zum Beispiel in den Fernsehbeiträgen über die Vorstellung von Verfassungsschutzberichten). Ca. 40 Prozent der Beiträge sind durch diese Akteursperspektive charakterisiert, weniger als 20 Prozent beziehen sich auf rechtsextremistische Parteien, Organisationen und deren Vertreter (Tabelle 35 bis 40).

Die drei zentralen Teilstichproben der Studie sind allerdings, zum Teil bedingt durch ihren jeweiligen Ereigniskontext, durch ganz unterschiedliche Akteursprofile gekennzeichnet. Im Frühjahr 1998 konzentrierte sich die Hälfte der Beiträge aus Anlass der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichtes auf das nicht organisierte rechtsextremistische Milieu bzw. pauschal auf Rechtsextremisten. Nur 10 Prozent bezogen sich, trotz des Wahlerfolgs der DVU in Sachsen-Anhalt, auf rechtsextremistische Organisationen. Im Herbst 2000 wurde im Vergleich zu allen anderen Stichproben am intensivsten über rechtsextremistische Organisationen berichtet. Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stand die Diskussion über das NPD-Verbot. Nur im Frühjahr 2001 gingen die Beiträge etwa im gleichen Verhältnis auf beide Akteursfelder des Rechtsextremismus in Deutschland ein.

In der Berichterstattung über die Reaktionen der deutschen Gesellschaft auf den Rechtsextremismus dominieren Institutionen, Organisationen und Vertreter des politisch-administrativen Systems (Tabelle 29 bis 32). Am stärksten ist das in der Herbststichprobe 2000 der Fall in deren Zentrum die Konferenz der Innenminister zum NPD-Verbot steht. In mehr als drei Viertel der Beiträge und der Sendezeit der Rechtsextremismus-Berichterstattung in dieser Untersuchungswoche wird auf Vertreter des Staates und der Parteien eingegangen.

Akteure aus anderen Bereichen der Gesellschaft kommen vergleichsweise am stärksten in der Rechtsextremismus-Berichterstattung der Fernsehvollprogramme der RTL Group zur Geltung (Tabelle 31 und 32). Außerdem sind es vor allem Formate, die nicht dem klassischen Nachrichten- und Magazinjournalismus zuzurechnen sind, in denen die Dominanz politischer Akteure etwas zurückgedrängt wird. Das heißt umgekehrt, dass die Bezugnahme auf das politisch-administrative System in der Rechtsextremismus-Berichterstattung vor allem eine Domäne des tagesaktuellen Fernsehjournalismus ist (Tabelle 33 und 34).

4.3 Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Zwei Drittel der in den sieben Teilstichproben ermittelten Fernsehbeiträge, die sich in irgendeiner Weise mit den aktuellen Erscheinungsformen und Problemen des Rechtsextremismus in Deutschland befassen, enthalten wertende Stellungnahmen zu rechtsextremistischen Positionen, Organisationen, Aktivitäten etc., die wir im Folgenden als *Argumentationen*⁵⁸ bezeichnen (Übersicht 8, Tabelle 41 bis 46). Dabei sind zwei Formen zu unterscheiden. Im einen Fall handelt es sich ausschließlich um die *indirekte* Wiedergabe von Stellungnahmen zum Rechtsextremismus: über Aussagen von Politikern, Experten etc., aber auch von Rechtsextremisten selbst wird – zum Beispiel in Nachrichtenbeiträgen – berichtet (35 Prozent der Beiträge). Im anderen Fall geht es um Stellungnahmen, die direkt in Form von O-Tönen in Diskussionssendungen, Nachrichten- und Magazinbeiträgen etc. ausgestrahlt werden (32 Prozent).

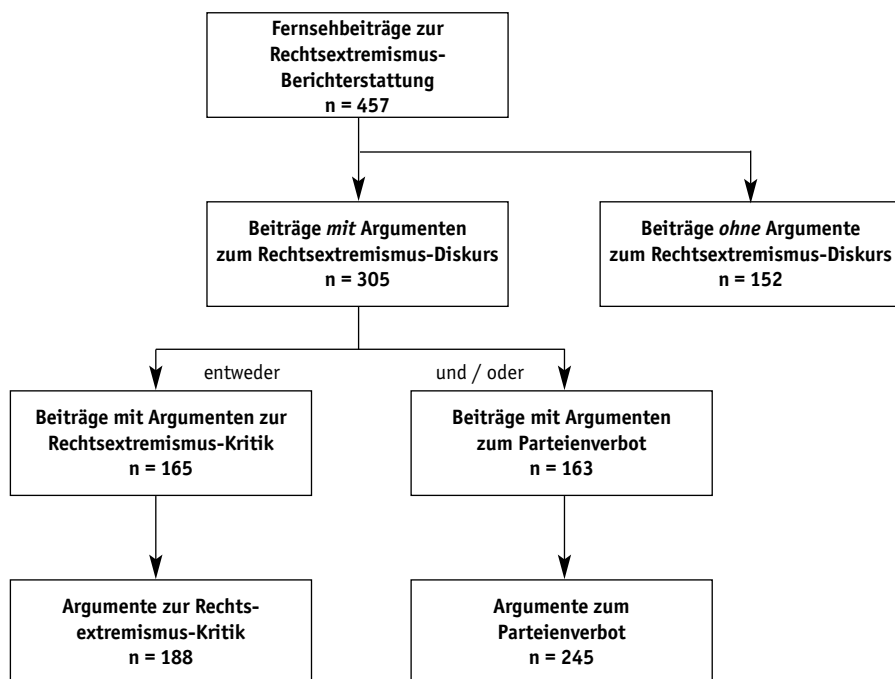
Die Daten der quantitativen Beitragsanalyse deuten darauf hin, dass für den generellen Argumentationsgehalt und die formale Struktur der Argumentationen, die im Rahmen der Rechtsextremismus-Berichterstattung durch das Fernsehen vermittelt werden, weniger der Programmtyp (öffentlich-rechtlich vs. privat) als vielmehr die journalistischen Formate entscheidend sind, in denen die Beiträge produziert und ausgestrahlt werden (Tabelle 45):

- Nur in etwas mehr als der Hälfte der Kurznachrichten der Rechtsextremismus-Berichterstattung findet man auf dieses Thema bezogene Wertungen und Argumente. Dabei dominiert das Zitat, d.h. die indirekte Wertung.
- Dagegen vermitteln drei Viertel der Filmbeiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung in Nachrichten- und Magazinsendungen direkte Wertungen in Form von O-Tönen.
- Sie werden darin nur noch durch solche Formate übertroffen, die wie zum Beispiel Diskussionssendungen ganz generell argumentativ konzipiert sind.

⁵⁸ Vgl. Weiß, Hans-Jürgen: Öffentliche Streitfragen und massenmediale Argumentationsstrukturen. Ein Ansatz zur Analyse der inhaltlichen Dimension im Agenda Setting-Prozess. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1989, Sonderheft 30, S. 473-489.

Übersicht 8

Basis der Argumentationsanalyse: Beiträge und Argumente



Die öffentliche Diskussion über den Rechtsextremismus in Deutschland konzentrierte sich in der letzten Zeit vor allem auf zwei Argumentationsfelder. Auf der einen Seite geht es um die generelle Frage, wie sich die deutsche Gesellschaft und Politik gegenüber dem Rechtsextremismus positionieren, wobei die („politisch korrekte“) Antwort von vornherein vorgegeben ist. Auf der anderen Seite wird um das Für und Wider eines Verbots rechtsextremer Parteien gestritten.

Natürlich spiegelt sich dieser Diskurs auch in der Rechtsextremismus-Berichterstattung der untersuchten Fernsehprogramme zwischen 1998 und 2001 wider. Jeweils ein gutes Drittel (36 Prozent) der in den sieben Teilstichproben ermittelten Beiträge enthält Argumente zur Rechtsextremismus-Kritik sowie Stellungnahmen zum Parteienverbot. Der Rechtsextremismus-Kritik sind insgesamt 188 Argumente, dem Parteienverbot insgesamt 245 Argumente zuzuordnen.⁵⁹

⁵⁹ Die Tabellen 47 bis 49 (Rechtsextremismus-Kritik) und 53 bis 55 (Parteienverbot) beziehen sich auf die Zahl der Beiträge, die Tabellen 50 bis 52 (Rechtsextremismus-Kritik) und 56 bis 58 (Parteienverbot) auf die Zahl der Argumente.

Neben der Konkretisierung und der Tendenz dieser Argumente interessiert im Folgenden auch die Frage nach der Argumentationstiefe der Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen. Ein ebenso schlichter wie aussagekräftiger Indikator dafür ist die Überprüfung der Frage, ob die durch das Fernsehen vermittelten Positionen zur Rechtsextremismus-Kritik und zum Parteienverbot überhaupt in irgendeiner Weise begründet werden oder nicht.

Rechtsextremismus-Kritik

Allgemein gesehen findet man in den Beiträgen der untersuchten Fernsehprogramme zur Rechtsextremismus-Berichterstattung häufiger pauschal gegen den Rechtsextremismus in Deutschland gerichtete Stellungnahmen als Aussagen, die sich konkret mit einzelnen rechts-extremistischen Organisationen und Gruppierungen kritisch auseinandersetzen (Tabelle 47 bis 49).

Das ist für die Argumentationsmuster der Rechtsextremismus-Kritik im Fernsehen insofern folgenreich, weil sich diese beiden Kritikformen in ihrer Argumentationstiefe deutlich voneinander unterscheiden (Tabelle 50 bis 52). Während die konkret auf bestimmte rechtsextremistische Parteien und Organisationen gerichtete Kritik immerhin in 57 Prozent der untersuchten Fälle mit einer inhaltlichen Begründung verbunden ist, wird die pauschale Rechtsextremismus-Kritik im Fernsehen in aller Regel ohne jede weitere Begründung in den öffentlichen Raum gestellt (90 Prozent).

Beide Trends haben zusammengekommen den Effekt, dass nur 35 Prozent der in der Studie ermittelten kritischen Argumente zum Rechtsextremismus in Deutschland mit einer Begründung dieser Kritik untermauert werden.

Im geringen Konkretisierungsgrad der durch das Fernsehen vermittelten Rechtsextremismus-Kritik unterscheiden sich die unterschiedlichen Programmsysteme, Programmfamilien und auch die verschiedenen fernsehpublizistischen Sendungsformate kaum. Anders ist es jedoch mit der Argumentationstiefe dieser Kritik. Denn hier zeigt sich zumindest die Bedeutung der fernsehjournalistischen bzw. fernsehpublizistischen Form der Berichterstattung (Tabelle 52):

So werden in den Kurznachrichten kritische Stellungnahmen zum Rechtsextremismus in der Regel (das heißt in ca. vier Fünftel der untersuchten Nachrichtenbeiträge) nicht begründet. Allerdings überwiegt auch in den übrigen Formaten der Fernsehpublizistik diese oberflächliche Form der Rechtsextremismus-Kritik (knapp 60 Prozent).

Parteienverbot

Zwei der Teilerhebungen dieser Studie sind durch die öffentliche Diskussion über ein Verbot rechtsextremistischer Parteien geprägt.⁶⁰ Im Frühjahr 1998 war es eher eine allgemeine Debatte in Folge des Wahlerfolgs der DVU in Sachsen-Anhalt. Im Herbst 2000 stand dagegen die konkrete politische Entscheidung im Raum, beim Bundesverfassungsgericht ein Verbot der NPD zu beantragen, da angenommen wird, dass sich diese zur Organisationsplattform rechtsextremistisch motivierter Gewalttäter entwickelt hat. Dieser im Grundsatz ähnliche, konkret aber dann doch unterschiedliche Ereignishintergrund macht sich auch im Umfang der Fernsehbeiträge bemerkbar, in denen ein Verbot rechtsextremistischer Parteien thematisiert wird. Im Frühjahr 1998 sind es nur vier, im Herbst 2000 dagegen sechs von zehn Beiträgen der Rechtsextremismus-Berichterstattung, in denen Verbotsargumente zu finden sind (Tabelle 53).

Während 1998 die Argumente gegen ein Verbot noch klar überwogen, stehen sie im Herbst des Jahres 2000 am Ende der Argumentationsskala (18 Prozent). Am häufigsten findet man im Herbst 2000 in der Fernsehberichterstattung eine zweiseitige, Pro- und Contra-Stellungnahmen kontrastierende Argumentation (32 Prozent). Fast ebenso häufig wird ein Verbot eindeutig befürwortet (29 Prozent).

Im Vergleich der Programmsysteme zeigt sich erstens, dass die Verbotsdiskussion, gemessen an der absoluten Zahl der Beiträge und dem relativen Anteil der Verbotsargumente, am ausgeprägtesten in den beiden öffentlich-rechtlichen Programmen geführt wurde und dass hierbei zweitens die Argumente für ein Verbot überwogen (Tabelle 54). Die wichtigste fernsehjournalistische Form, in der diese Debatte den Fernsehzuschauern vermittelt wird, sind Filmbeiträge in Nachrichten- und Magazinsendungen (Tabelle 55).

Auch hier ist wiederum die Tiefenschärfe der Verbotsdiskussion im Fernsehen von Interesse – das heißt die Frage, ob die im O-Ton vorgetragenen bzw. referierten Argumente für oder gegen ein Verbot rechtsextremistischer Parteien auch inhaltlich begründet werden. In dieser Hinsicht gibt es zwischen der Verbotsdiskussion im Frühjahr 1998 und im Herbst 2000 keinen Unterschied. Jeweils etwa 60 Prozent der Verbotsargumente werden begründet, ca. 40 Prozent nicht (Tabelle 56).

Eine Veränderung zwischen 1998 und 2000 ist aber ganz offensichtlich hinsichtlich der Begründungsbedürftigkeit der Pro- und der Contra-Positionen eingetreten. Im Frühjahr 1998 musste man die Befürwortung eines Verbots rechtsextremistischer Parteien kaum begründen, die Gegenargumentation jedoch schon. Gemessen an den Daten für den

⁶⁰ Vgl. dazu Kapitel 3, Abschnitt 3.1 und 3.6.

Herbst 2000 ist der Begründungsdruck in diesem Diskussionsfeld inzwischen deutlich angestiegen. Er nimmt zwar immer noch in dem Maße zu, in dem man unentschieden bzw. gegen ein Verbot argumentiert. Jedoch wurde in der Programmstichprobe für den Herbst 2000 auch jedes zweite Argument *für* ein Verbot inhaltlich erläutert.

Ansonsten lassen sich die zuvor referierten Beobachtungen zur Rechtsextremismus-Kritik auch auf die durch das Fernsehen vermittelte Verbotsdiskussion übertragen. Sie wird einerseits vor allem in den öffentlich-rechtlichen Programmen geführt (Tabelle 57) und hat andererseits ihre größte Tiefenschärfe im fernsehjournalistisch-professionellen Kontext von Filmbeiträgen in Nachrichten- und Magazinsendungen (Tabelle 58).

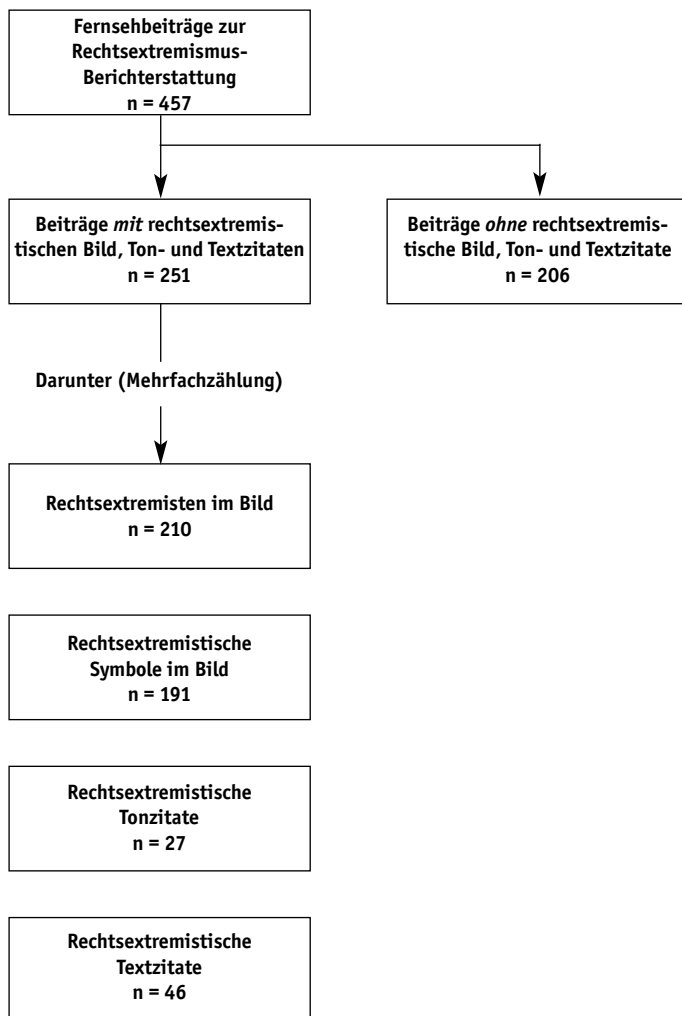
Insgesamt gesehen ist festzuhalten, dass die Vermittlung der öffentlichen Diskussion über das Verbot rechtsextremistischer Parteien und hier wiederum insbesondere der Diskussion über das Verbot der NPD durch das Fernsehen argumentativ deutlich besser fundiert ist als die allgemeine Kritik gegenüber rechtsextremistischen Entwicklungen in Deutschland. Ob das an der Qualität des gesellschaftlichen und politischen Diskurses oder an der Verarbeitung dieser Diskurse durch das Fernsehen liegt, sei dahingestellt.

4.4 Formale Besonderheiten der Rechtsextremismus-Berichterstattung

In Rahmen der Einführung in die Problemstellung der Studie wurde auf die weit verbreiteten Befürchtungen hingewiesen, die Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen könne rechtsextremistischen Parolen und Symbolen eine Plattform bieten. Dieser Problematik wurde schon bei der qualitativen Beschreibung und Analyse der Fernsehbeiträge besondere Aufmerksamkeit geschenkt und soll nun abschließend auch im Rahmen der quantitativen Analyse noch einmal aufgegriffen werden. Dabei geht es zum einen um die Untersuchung der verschiedenen medialen Möglichkeiten des Fernsehens, den Rechtsextremismus auditiv und visuell, das heißt in Ton und Bild öffentlich zu machen, zum anderen aber auch darum, wie die Fernsehjournalisten damit umgehen: ob sie diese Bilder und Töne so stehen lassen oder ob sie sie in irgendeiner Weise kommentieren.

Übersicht 9

Rechtsextremistische Bild-, Ton- und Textzitate in der Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland



Rechtsextremisten kommen derzeit im Fernsehen nur noch selten persönlich zu Wort. Lediglich in jedem zehnten Beitrag der untersuchten Rechtsextremismus-Berichterstattung finden sich O-Töne oder Zitate von Rechtsextremisten (Tabelle 59 bis 61). Andererseits verzichtet mehr als die Hälfte der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung im Fernsehen nicht auf die einschlägigen Bild- oder Ton-Zitate (55 Prozent). Die häufigste Form dieser Zitate ist die Abbildung bzw. das Abfilmen von Versammlungen und Aufmärschen (46 Prozent) sowie rechtsextremistische Symbole wie Glatzen, Fahnen oder Stiefel (42 Prozent), seltener noch als Originalaussagen von Rechtsextremisten sind Tonzitate wie Trommeln, Musik etc. (6 Prozent).

Alle Formen der Direktvermittlung des Rechtsextremismus durch das Fernsehen sind besonders stark in den Programmen der RTL Group ausgeprägt. Dahinter steht vor allem der Stil der Rechtsextremismus-Berichterstattung von *Spiegel TV* unter der Lizenz von dctp auf VOX:

In 38 Prozent der insgesamt 55 analysierten Beiträge kommen Rechtsextremisten zu Wort. In 80 Prozent sind Rechtsextremisten, in 58 Prozent rechtsextremistische Symbole im Bild. Und selbst rechtsextremistische Tonzitate (Trommeln etc.) sind mit 18 Prozent deutlich häufiger als in der Rechtsextremismus-Berichterstattung anderer Sender (Tabelle 60).

Unter professionellen, fernsehjournalistischen Gesichtspunkten ist anzumerken, dass es wiederum vor allem in Nachrichten- und insbesondere in Magazinsendungen ausgestrahlte Filmbeiträge sind, denen diese Plattformfunktion zukommt (Tabelle 61).

Die überwiegende Zahl dieser Bild- und Tonzitate, 80 bis 90 Prozent, bleibt unkommentiert (Tabelle 62 bis 64). Mit anderen Worten: diese Zitate werden ganz selbstverständlich als ein Stilmittel der Rechtsextremismus-Berichterstattung genutzt, um bei den Fernsehzuschauern rasch die thematisch einschlägigen Stereotypen zu aktivieren. Lediglich ein Teil der O-Ton-Aussagen von Rechtsextremisten wird innerhalb bzw. am Rande der jeweiligen Fernsehbeiträge von Reportern, Redakteuren, Moderatoren, Experten etc. kommentiert. Im Durchschnitt aller Textzitate von Rechtsextremisten sind es ca. 40 Prozent. Der Stil der Rechtsextremismus-Berichterstattung in den beiden öffentlich-rechtlichen Programmen (58 Prozent Kommentierung) und in den Programmen der RTL Group (33 Prozent Kommentierung) unterscheidet sich in dieser Hinsicht erheblich (Tabelle 63).

5. Schlussbemerkung

Die öffentliche und ebenso die berufsinterne, journalistisch-professionelle Diskussion erweckt den Anschein, die Rechtsextremismus-Berichterstattung in den Medien und hier wieder insbesondere im Fernsehen folge ganz eigenen, zum Teil kritikwürdigen Gesetzmäßigkeiten.⁶¹ Schon die Ergebnisse der ersten *GöfaK*-Studie zur Rechtsextremismus-Berichterstattung von ARD/Erstes Programm, ZDF, RTL, SAT.1 und ProSieben in der ersten Hälfte der neunziger Jahre sprachen gegen diese Sichtweise: „Die Studie liefert [...] empirisch gut abgesicherte Hinweise darauf, dass die Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus [...] den Normalfall dessen darstellt, was unter den Rahmenbedingungen der privaten und der öffentlich-rechtlichen Programmformate in der dualen Rundfunkordnung derzeit fernsehjournalistisch möglich und üblich ist.“⁶² Dieselbe Tendenz spiegelt sich nun auch in den Ergebnissen der zweiten *GöfaK*-Studie zur Rechtsextremismus-Berichterstattung von ARD/Erstes Programm und ZDF, RTL, RTL II und VOX sowie SAT.1, ProSieben und Kabel 1 in den vier Jahren zwischen 1998 und 2001 wider.

Die Formatierung dieser Programme entscheidet generell darüber, in welchem Ausmaß und in welcher Form politische und gesellschaftlich relevante Themen wie die Entwicklung des Rechtsextremismus in Deutschland aufgenommen und fernsehjournalistisch aufgearbeitet werden. Die ungleiche Verteilung der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung auf die acht Programme, die in jeder der sieben Programmstichproben zwischen dem Frühjahr 1998 und dem Frühjahr 2001 festgestellt werden konnte, dokumentiert nichts anderes als den unterschiedlichen Stellenwert der politischen Fernsehpublizistik in diesen Programmen.

Dasselbe gilt für den Befund, dass der überwiegende Anteil der ermittelten Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung erstens dem tagesaktuellen Fernsehjournalismus zuzurechnen ist und zweitens vorwiegend aus kurzen Sprechermeldungen und Nachrichtenfilmen besteht, die in Nachrichtensendungen und Tageszeitmagazinen, insbesondere im Frühstückfernsehen, ausgestrahlt werden.

Diese beiden Untersuchungsergebnisse sind ebenso schlicht wie folgenreich:

- Programme mit einer hohen bis mittleren Programmkapazität für die verschiedenen tagesaktuellen Sendungsformate wie insbesondere ARD/Erstes Programm und ZDF, aber auch RTL und SAT.1 leisten einen sichtbaren Beitrag zur Information der Gesellschaft über aktuelle Entwicklungen des Rechtsextremismus in Deutschland und hierauf bezogene gesellschaftliche und politische Reaktionen.

⁶¹ Vgl. Kapitel 1, S. 7ff.

⁶² Weiß u.a. 1995, S. 197.

- Programme mit einer geringen Programmkapazität in diesem Bereich, der sich im übrigen vor allem durch einen Verzicht auf Informationssendungen in der ersten Tageshälfte bemerkbar macht, leisten (wie RTL II, ProSieben und Kabel 1) einen sehr geringen Beitrag zur Rechtsextremismus-Berichterstattung, sofern sie dieses Defizit nicht (wie zum Beispiel VOX) durch informationsorientierte Magazin- und Reportage-sendungen kompensieren.
- Der zentrale Stellenwert kurzer fernsehjournalistischer Beitragsformen in der tagesaktuellen Rechtsextremismus-Berichterstattung gibt allerdings Anlass zur Skepsis. Mehr als verkürzte Darstellungen von Ereignissen und Aussagen ist von ihnen nicht zu erwarten. Das ist, wie die vorliegende Studie zeigen konnte, dann folgenreich, wenn es um die Berichterstattung über wertende Stellungnahmen zum Rechtsextremismus in Deutschland geht, die in diesem formalen Kontext nur selten inhaltlich begründet werden (können).

Insgesamt betrachtet ist die nicht dem tagesaktuellen Informationsgeschäft verpflichtete Beschäftigung der untersuchten Fernsehprogramme mit den Erscheinungsformen und Zusammenhängen des organisierten und informellen Rechtsextremismus in Deutschland in den untersuchten sieben Stichprobenwochen nur schwach entwickelt. Man kann das programmextern, das heißt mit den themenspezifisch nicht besonders stark profilierten Ereigniskontexten der sieben Stichprobenwochen begründen. Man kann jedoch dagegen halten, dass dies eben ein Beleg dafür ist, dass es einen binnen-gesteuerten, von den Programmverantwortlichen kontinuierlich verfolgten Rechtsextremismus-Diskurs im deutschen Fernsehen nicht gibt.

Generell zeigt sich, was nicht überraschen dürfte, dass die nichttagesaktuellen Formen der Rechtsextremismus-Berichterstattung nur in denjenigen Programmen Platz haben, die überhaupt Sendungsformate für nichttagesaktuelle Informationsleistungen vorhalten. Neben den beiden öffentlich-rechtlichen Programmen treten hier vor allem die auf der Frequenz von VOX ausgestrahlten dctp-Formate wie *Spiegel TV* und *Süddeutsche TV* in den Vordergrund.

Derartige, allgemeine Formatentscheidungen sind natürlich auf die Systemzugehörigkeit der Programme (öffentlich-rechtlich vs. privat) und bei den privaten Programmen auf ihre strategische Positionierung innerhalb der jeweiligen Senderfamilie zurückzuführen. Daraus resultieren im Fall der vorliegenden Studie die großen Unterschiede in dem, was die untersuchten acht Fernsehvollprogramme zur Rechtsextremismus-Berichterstattung beitragen.

Sieht man hiervon ab und stellt einzelne Sendungen oder Beiträge direkt gegeneinander, kann man nicht – ebenso wenig wie in der ersten *GöfaK*-Studie – von eindeutigen, generalisierbaren Unterschieden zwischen Programmen, Programmsystemen oder Programmfamilien sprechen. Es gibt zwar bestimmte, unverkennbare Perspektiven und Berichterstattungsstile wie zum Beispiel in der Rechtsextremismus-Berichterstattung von *Spiegel TV* (deren ironisch-sarkastischer Grundton hier nicht zu kommentieren ist). Andererseits findet man eben nicht nur im Ersten Programm der ARD in einer Sendung von *ML Mona Lisa*, sondern auch in einer Sendung von *Süddeutsche TV* auf VOX komplexere Berichterstattungsformen (in beiden Fällen über Frauen in der rechtsextremen Szene).

Insofern kann man sich abschließend dann doch unter qualitativen Gesichtspunkten einigen allgemeinen, weitgehend programmunabhängigen Erscheinungsformen der derzeitigen Fernsehberichterstattung über den Rechtsextremismus in Deutschland zuwenden. Drei Aspekte halten wir für besonders erwähnenswert.

Erstens fehlt es in dieser Berichterstattung nicht an – ‚politisch korrekten‘ – Stellungnahmen gegen den Rechtsextremismus in Deutschland. Ihre Überzeugungskraft ist allerdings deswegen in Frage zu stellen, weil pauschale und inhaltlich nicht begründete Aussagen die Regel, differenzierte und begründete Argumente die Ausnahme sind. Zweitens kann man im Vergleich zur Fernsehberichterstattung Anfang der neunziger Jahre festhalten, dass die Rolle des Fernsehens als Plattform für die Parolen von Rechtsextremisten weitgehend unerheblich geworden ist.

Während in dieser Hinsicht also möglicherweise ein Lernprozess der Fernsehjournalisten gegenüber den Usancen der Rechtsextremismus-Berichterstattung Anfang der neunziger Jahre eingetreten ist, scheint sich drittens im Hinblick auf die Visualisierung des Rechtsextremismus im Fernsehen nicht viel geändert zu haben. Die Befunde der vorliegenden Studie sprechen eher für das Gegenteil. Die Unterlegung auch der einfachsten Meldung zu einem rechtsextremistischen Thema mit mehr oder weniger martialischen Schlüsselbildern ist in den öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehprogrammen längst zur Routine geworden.

Das Umdenken in den Fernsehredaktionen ist beim Text der Rechtsextremismus-Berichterstattung anscheinend angekommen, bei den Fernsehbildern jedoch offensichtlich noch nicht.

6. Literatur

Albes, Andreas:

Die Behandlung der Republikaner in der Presse. Frankfurt/Main 1999.

Bundesamt für Verfassungsschutz:

Deutsche Volksunion (DVU). Strukturanalyse einer rechtsextremistischen Partei. Köln 1998.

Bundesministerium des Innern:

Verfassungsschutzberichte, zuletzt: Verfassungsschutzbericht 2000. Köln 2001.

Butterwege, Christoph:

Ambivalenzen der politischen Kultur, intermediäre Institutionen und Rechtsextremismus. In: Schubarth, Wilfried und Richard Stöss (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz. Bonn 2000, S. 292-313.

European Research Centre on Migration and Ethnic Relations/ERCOMER (Hg.):

Racism and cultural diversity in the mass media. An overview of research and examples of good practice in the EU Member States, 1995-2000. Wien 2002.

Koopmans, Ruud:

Schlüsselbefunde der wissenschaftlichen Forschung zum Rechtsextremismus in Deutschland in den letzten zehn Jahren. Berlin 2000 (unveröff. Manuskript, erstellt für das Bundesministerium für Bildung und Forschung).

Kühnl, Reinhard, Rainer Rilling und Christine Sager:

Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Frankfurt/Main 1969.

Neidhardt, Friedhelm (Hg.):

Öffentlichkeit, öffentliche Meinung, soziale Bewegungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34/1994, S. 7-41.

Pfahl-Traughber, Armin:

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. München 1999.

Pfahl-Traughber, Armin:

Die Entwicklung des Rechtsextremismus in Ost- und Westdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000.

Scholl, Armin (Hg.):

Systemtheorie und Konstruktivismus in der Kommunikationswissenschaft. Konstanz 2002.

Schubarth, Wilfried und Richard Stöss (Hg.):

Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland – Eine Bilanz. Bonn 2000.

Stöss, Richard:

Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. Berlin 2000 (3. Aufl.).

Trebbe, Joachim und Tobias Köhler:

Racism and cultural diversity in the mass media in Germany. In: European Research Centre on Migration and Ethnic Relations/ERCOMER (Hg.): Racism and cultural diversity in the mass media. An overview of research and examples of good practice in the EU Member States, 1995-2000. Wien 2002, S. 125-147.

Weiß, Hans-Jürgen:

Auf dem Weg zu einer kontinuierlichen Fernsehprogrammforschung der Landesmedienanstalten. Eine Evaluations- und Machbarkeitsstudie. Berlin 1998 (Schriftenreihe der Landesmedienanstalten, Bd. 12).

Weiß, Hans-Jürgen:

Programmalttag in Deutschland. Das Informations- und Unterhaltungsangebot der deutschen Fernsehvollprogramme 1999-2001. In: Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten in der Bundesrepublik Deutschland - ALM (Hg.): Programmbericht zur Lage und Entwicklung des Fernsehens in Deutschland 2000/01. Konstanz 2001, S. 115-174.

Weiß, Hans-Jürgen, Martina Feike, Walter Freese, Peter Funk und Joachim Trebbe:

Gewalt von Rechts – (k)ein Fernsehthema? Opladen 1995 (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen, Bd. 11).

Weiß, Hans-Jürgen und Joachim Trebbe:

Öffentliche Streitfragen in privaten Fernsehprogrammen. Zur Informationsleistung von RTL, SAT 1 und ProSieben. Opladen 1994 (Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Rundfunk Nordrhein-Westfalen, Bd. 15).

Weiß, Hans-Jürgen und Joachim Trebbe:

Fernsehen in Deutschland 1998 - 1999. Berlin 2000 (Schriftenreihe der Landesmedienanstalten, Bd. 18).

Weiß, Hans-Jürgen und Joachim Trebbe:

Fernsehinformation. Zur Methode kontinuierlicher Programmanalysen in einem medienpolitisch aufgeladenen Forschungsfeld. In: Wirth, Werner und Edmund Lauf (Hg.): Inhaltsanalyse: Perspektiven, Probleme, Potentiale. Köln 2001, S. 49-71.

Zabka, Gisela:

Was tun? – Die Tagung „Rechtsradikalismus und Medienrealität“. In: epd - Kirche und Rundfunk Nr. 7 vom 27. Januar 1993, S. 3-5.

Zabka, Gisela:

Was tun? – 20. Tutzinger Medientage: Rechtsextremismus im Fernsehen. In: epd - medien Nr. 26 vom 4. April 2001, S. 7-9.

Anhang I

Tabellen zur quantitativen Programmanalyse

TABELLENVERZEICHNIS

Basisdaten der Programmstichprobe

Tabelle 1/2	Themenstruktur der erfassten Beiträge (n/t)
Tabelle 3/4	Verteilung der untersuchten Beiträge (n/t)
Tabelle 5/6	Anteil der Programme an der Rechtsextremismus-Berichterstattung (n/t)

Das journalistische Profil der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Tabelle 7/8	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 9/10	Programmcharakteristik (n/t)

Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Tabelle 11/12	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 13/14	Programmcharakteristik (n/t)
Tabelle 15/16	Formcharakteristik (n/t)

Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung

Tabelle 17/18	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 19/20	Programmcharakteristik (n/t)
Tabelle 21/22	Formcharakteristik (n/t)

Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Tabelle 23/24	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 25/26	Programmcharakteristik (n/t)
Tabelle 27/28	Formcharakteristik (n/t)

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung

Tabelle 29/30	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 31/32	Programmcharakteristik (n/t)
Tabelle 33/34	Formcharakteristik (n/t)

Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus in der Fernsehberichterstattung

Tabelle 35/36	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 37/38	Programmcharakteristik (n/t)
Tabelle 39/40	Formcharakteristik (n/t)

Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung

Tabelle 41/42	Stichprobencharakteristik (n/t)
Tabelle 43/44	Programmcharakteristik (n/t)
Tabelle 45/46	Formcharakteristik (n/t)

Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung

Tabelle 47	Stichprobencharakteristik
Tabelle 48	Programmcharakteristik
Tabelle 49	Formcharakteristik

Begründung der Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung

Tabelle 50	Stichprobencharakteristik
Tabelle 51	Programmcharakteristik
Tabelle 52	Formcharakteristik

Tendenz der Argumentation zum Verbot rechtsextremistischer Parteien

Tabelle 53	Stichprobencharakteristik
Tabelle 54	Programmcharakteristik
Tabelle 55	Formcharakteristik

Begründete vs. unbegründete Argumentation zum Verbot rechtsextremistischer Parteien

Tabelle 56	Stichprobencharakteristik
Tabelle 57	Programmcharakteristik
Tabelle 58	Formcharakteristik

„Direktvermittlung“ des Rechtsextremismus durch das Fernsehen

Tabelle 59	Stichprobencharakteristik
Tabelle 60	Programmcharakteristik
Tabelle 61	Formcharakteristik

Kommentierung rechtsextremistischer Bilder, Töne und Texte durch das Fernsehen

Tabelle 62	Stichprobencharakteristik
Tabelle 63	Programmcharakteristik
Tabelle 64	Formcharakteristik

Tabelle 1
Stichprobencharakteristik
Zahl und Themenstruktur der *erfassten* Beiträge
(Vorerhebung)

Themenschwerpunkte	Frühj. 1998	Herbst 1998	Frühj. 1999	Herbst 1999	Frühj. 2000	Herbst 2000	Frühj. 2001	Gesamt
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	117	3	2	5	3	111	25	266
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	38	1	3	12	2	53	32	141
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	3	-	-	-	-	14	3	20
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	5	19	-	-	2	-	4	30
Zwischensumme (1)	163	23	5	17	7	178	64	457
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - ohne expliziten Rechtsextremismusbezug	14	33	3	3	10	121	10	194
Deutsche NS-Vergangenheit und deren Aufarbeitung	5	41	22	14	5	17	51	155
Zwischensumme (2)	19	74	25	17	15	138	61	349
Gesamt	182	97	30	34	22	316	125	806

Tabelle 2
Stichprobencharakteristik
Zeitungsumfang und Themenstruktur der *erfassten* Beiträge¹
(Vorerhebung)

Themenschwerpunkte	Frühj. 1998	Herbst 1998	Frühj. 1999	Herbst 1999	Frühj. 2000	Herbst 2000	Frühj. 2001	Gesamt
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	5:06	0:20	0:01	0:22	0:05	3:04	0:22	9:20
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	1:01	0:07	0:08	0:54	0:10	1:05	1:46	5:11
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - <i>mit</i> explizitem Rechtsextremismusbezug	0:01	-	-	-	-	0:28	0:05	0:34
Sonstige Themen - <i>mit</i> explizitem Rechtsextremismusbezug	0:03	0:08	-	-	0:04	-	0:29	0:44
Zwischensumme (1)	6:11	0:35	0:09	1:16	0:19	4:37	2:42	15:49
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - <i>ohne</i> expliziten Rechtsextremismusbezug	0:57	1:10	0:44	0:49	0:08	2:55	1:10	7:53
Deutsche NS-Vergangenheit und deren Aufarbeitung	0:48	0:49	0:58	0:17	1:31	2:40	3:07	10:10
Zwischensumme (2)	1:45	1:59	1:42	1:06	1:39	5:35	4:17	18:03
Gesamt	7:56	2:34	1:51	2:22	1:58	10:12	6:59	33:52

(1) Stunden : Minuten.

Tabelle 3
Stichprobencharakteristik
Zahl und Verteilung der *untersuchten* Beiträge

Programme	Frühj. 1998	Herbst 1998	Frühj. 1999	Herbst 1999	Frühj. 2000	Herbst 2000	Frühj. 2001	Gesamt
ARD	55	8	4	3	1	68	17	156
ARD-Programm	16	3	4	3	1	42	13	82
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ¹	39	5	-	-	-	26	4	74
ZDF	50	8	-	5	4	68	15	150
ZDF-Programm	9	6	-	5	4	43	11	78
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ¹	41	2	-	-	-	25	4	72
RTL	16	1	-	-	-	5	4	26
RTL-Programm	16	1	-	-	-	4	3	24
dctp-Programm	-	-	-	-	-	1	1	2
SAT.1	25	3	-	5	1	14	14	62
VOX	7	-	-	4	-	5	7	23
VOX-Programm	4	-	-	-	-	-	-	4
dctp-Programm	3	-	-	4	-	5	7	19
ProSieben	3	-	1	-	-	5	1	10
RTL II	2	-	-	-	-	3	1	6
Kabel 1	5	3	-	-	1	10	5	24
Gesamt	163	23	5	17	7	178	64	457

(1) Die zwischen ARD und ZDF unterschiedliche Anzahl der Beiträge des ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramms ergibt sich daraus, dass das Gemeinschaftsprogramm nicht immer vollständig parallel von beiden Programmen ausgestrahlt wird.

Tabelle 4
Stichprobencharakteristik
Zeitungsumfang und Verteilung der untersuchten Beiträge¹

Programme	Frühj. 1998	Herbst 1998	Frühj. 1999	Herbst 1999	Frühj. 2000	Herbst 2000	Frühj. 2001	Gesamt
ARD	2:01	0:04	0:08	0:04	0:01	1:53	0:45	4:56
ARD-Programm	1:23	0:02	0:08	0:04	0:01	0:53	0:44	3:15
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ²	0:38	0:02	-	-	-	1:00	0:01	1:41
ZDF	1:06	0:28	-	0:18	0:17	1:56	0:19	4:24
ZDF-Programm	0:20	0:27	-	0:18	0:17	0:59	0:18	2:39
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ²	0:46	0:01	-	-	-	0:57	0:01	1:45
RTL	1:41	0:01	-	-	-	0:13	0:10	2:05
RTL-Programm	1:41	0:01	-	-	-	0:03	0:02	1:47
dctp-Programm	-	-	-	-	-	0:10	0:08	0:18
SAT.1	0:34	0:01	-	0:21	0:01	0:12	0:05	1:14
VOX	0:27	-	-	0:33	-	0:12	1:20	2:32
VOX-Programm	0:04	-	-	-	-	-	-	0:04
dctp-Programm	0:23	-	-	0:33	-	0:12	1:20	2:28
ProSieben	0:17	-	0:01	-	-	0:04	0:01	0:23
RTL II	0:02	-	-	-	-	0:02	0:00	0:04
Kabel 1	0:03	0:01	-	-	0:00	0:05	0:02	0:11
Gesamt	6:11	0:35	0:09	1:16	0:19	4:37	2:42	15:49

(1) Stunden : Minuten.

(2) Der zwischen ARD und ZDF unterschiedliche Zeitumfang der Beiträge des ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramms ergibt sich daraus, dass das Gemeinschaftsprogramm nicht immer vollständig parallel von beiden Programmen ausgestrahlt wird.

Tabelle 5
Stichprobencharakteristik
Der Anteil der untersuchten Programme an der
Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Programme	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
ARD	34	38	25	31	35
ARD-Programm	10	23	19	21	19
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ¹	24	15	6	10	16
ZDF	31	37	23	32	33
ZDF-Programm	6	23	17	28	17
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ¹	25	14	6	4	16
RTL	10	3	7	2	5
RTL-Programm	10	2	5	2	5
dctp-Programm	-	1	2	-	0
SAT.1	15	8	22	17	14
VOX	4	3	11	8	5
VOX-Programm	2	-	-	-	1
dctp-Programm	2	3	11	8	4
ProSieben	2	3	2	2	2
RTL II	1	2	2	-	1
Kabel 1	3	6	8	8	5
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) Die zwischen ARD und ZDF unterschiedliche Anzahl der Beiträge des ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramms ergibt sich daraus, dass das Gemeinschaftsprogramm nicht immer vollständig parallel von beiden Programmen ausgestrahlt wird.

Tabelle 6
Stichprobencharakteristik
Der Anteil der untersuchten Programme an der
Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Programme	Frühjahr 1998 t=6:11 ¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
ARD	33	42	28	13	31
ARD-Programm	23	19	27	11	20
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ²	10	23	1	2	11
ZDF	17	42	12	45	28
ZDF-Programm	5	22	11	44	17
ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm ²	12	20	1	1	11
RTL	27	4	6	0	13
RTL-Programm	27	1	1	0	11
dctp-Programm	-	3	5	-	2
SAT.1	9	4	3	17	8
VOX	7	4	50	24	16
VOX-Programm	1	-	-	-	0
dctp-Programm	6	4	50	24	16
ProSieben	5	1	0	0	2
RTL II	1	1	0	-	1
Kabel 1	1	2	1	1	1
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

(2) Der zwischen ARD und ZDF unterschiedliche Zeitumfang der Beiträge des ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramms ergibt sich daraus, dass das Gemeinschaftsprogramm nicht immer vollständig parallel von beiden Programmen ausgestrahlt wird.

Tabelle 7**Stichprobencharakteristik****Das journalistische Profil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Journalistisches Profil	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Nachrichtensendungen	29	58	39	44	44
Kurze Sprechermeldungen	9	18	13	21	15
Kurze Nachrichtenfilme	9	24	20	17	18
Filmberichte	10	15	6	6	11
Kommentare	1	1	-	-	0
Früh-Magazine¹	53	25	30	21	35
Kurze Sprechermeldungen	36	12	25	8	21
Kurze Nachrichtenfilme	1	-	5	4	2
Filmberichte	10	6	-	4	7
Sonstiges (Interviews etc.)	6	7	-	5	5
Sonstige Magazinsendungen	12	16	22	35	18
Kurze Sprechermeldungen	2	3	-	2	2
Kurze Nachrichtenfilme	2	5	8	-	4
Filmberichte	7	5	11	27	10
Kommentare	-	1	-	2	0
Sonstiges (Interviews etc.)	1	2	3	4	2
Reportagen/Dokumentationen	-	-	9	-	1
Studiosendungen	6	1	-	-	2
Talk/Diskussion	6	-	-	-	2
Sonstiges	-	1	-	-	0
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) Einschließlich der Nachrichten im Frühstücksfernsehen.

Tabelle 8
Stichprobencharakteristik
Das journalistische Profil der Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Journalistisches Profil	Frühjahr 1998 t=6:11¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
Nachrichtensendungen	17	36	11	13	21
Kurze Sprechermeldungen	2	5	2	4	3
Kurze Nachrichtenfilme	3	7	3	3	4
Filmberichte	11	23	6	6	14
Kommentare	1	1	-	-	0
Früh-Magazine²	26	35	4	17	23
Kurze Sprechermeldungen	6	3	3	1	4
Kurze Nachrichtenfilme	0	-	1	1	0
Filmberichte	14	14	-	4	10
Sonstiges (Interviews etc.)	6	18	-	11	9
Sonstige Magazinsendungen	22	26	36	70	33
Kurze Sprechermeldungen	0	1	-	0	0
Kurze Nachrichtenfilme	0	2	2	-	1
Filmberichte	21	20	31	62	30
Kommentare	-	1	-	1	0
Sonstiges (Interviews etc.)	1	2	3	7	2
Reportagen/Dokumentationen	-	-	49	-	8
Studiosendungen	35	3	-	-	15
Talk/Diskussion	35	-	-	-	14
Sonstiges	-	3	-	-	1
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

(2) Einschließlich der Nachrichten im Frühstücksfernsehen.

Tabelle 9**Programmcharakteristik****Das journalistische Profil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Journalistisches Profil	ARD und ZDF n=238¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Nachrichtensendungen	54	48	42	50
Kurze Sprechermeldungen	24	5	5	16
Kurze Nachrichtenfilme	16	23	29	20
Filmberichte	13	20	8	13
Kommentare	1	-	-	1
Früh-Magazine²	24	4	44	26
Kurze Sprechermeldungen	15	-	27	15
Kurze Nachrichtenfilme	-	4	5	2
Filmberichte	5	-	8	5
Sonstiges (Interviews etc.)	4	-	4	4
Sonstige Magazinsendungen	21	22	14	19
Kurze Sprechermeldungen	3	-	1	2
Kurze Nachrichtenfilme	4	5	4	4
Filmberichte	11	17	4	10
Kommentare	-	-	2	1
Sonstiges (Interviews etc.)	3	-	2	2
Reportagen/Dokumentationen	-	11	-	2
Studiosendungen	1	15	-	3
Talk/Diskussion	1	15	-	3
Sonstiges	0	-	-	0
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

(2) Einschließlich der Nachrichten im Frühstückfernsehen.

Tabelle 10**Programmcharakteristik****Das journalistische Profil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Journalistisches Profil	ARD und ZDF t=7:42¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
Nachrichtensendungen	28	14	24	23
Kurze Sprechermeldungen	5	1	2	3
Kurze Nachrichtenfilme	4	3	10	4
Filmberichte	18	10	12	16
Kommentare	1	-	-	0
Früh-Magazine²	18	0	51	16
Kurze Sprechermeldungen	3	-	12	3
Kurze Nachrichtenfilme	-	0	2	0
Filmberichte	8	-	19	7
Sonstiges (Interviews etc.)	7	-	18	6
Sonstige Magazinsendungen	43	27	25	35
Kurze Sprechermeldungen	1	-	1	0
Kurze Nachrichtenfilme	1	1	1	1
Filmberichte	36	26	19	31
Kommentare	-	-	3	0
Sonstiges (Interviews etc.)	5	-	1	3
Reportagen/Dokumentationen	-	28	-	9
Studiosendungen	11	31	-	17
Talk/Diskussion	9	31	-	16
Sonstiges	2	-	-	1
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

(2) Einschließlich der Nachrichten im Frühstücksfernsehen.

Tabelle 11**Stichprobencharakteristik****Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Tageszeitprofil	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
05 - 09 Uhr	56	26	36	26	38
09 - 14 Uhr	10	13	6	13	11
14 - 18 Uhr	11	21	9	23	16
18 - 23 Uhr	11	25	25	23	20
23 - 01 Uhr	5	5	16	2	6
01 - 05 Uhr	7	10	8	13	9
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 12**Stichprobencharakteristik****Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Tageszeitprofil	Frühjahr 1998 t=6:11¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
05 - 09 Uhr	29	39	14	26	28
09 - 14 Uhr	18	10	25	9	16
14 - 18 Uhr	15	12	3	11	12
18 - 23 Uhr	13	32	27	26	23
23 - 01 Uhr	7	3	29	10	10
01 - 05 Uhr	18	4	2	18	11
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 13
Programmcharakteristik
Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Tageszeitprofil	ARD und ZDF n=238¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
05 - 09 Uhr	27	13	44	30
09 - 14 Uhr	16	9	-	11
14 - 18 Uhr	21	9	19	19
18 - 23 Uhr	22	36	19	23
23 - 01 Uhr	5	20	5	7
01 - 05 Uhr	9	13	13	10
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 14
Programmcharakteristik
Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Tageszeitprofil	ARD und ZDF t=7:42¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
05 - 09 Uhr	25	6	50	22
09 - 14 Uhr	19	16	-	16
14 - 18 Uhr	10	16	17	13
18 - 23 Uhr	36	11	19	25
23 - 01 Uhr	4	28	2	11
01 - 05 Uhr	6	23	12	13
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 15**Formcharakteristik****Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Tageszeitprofil	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
05 - 09 Uhr	40	29	47	38
09 - 14 Uhr	12	9	12	11
14 - 18 Uhr	18	12	15	16
18 - 23 Uhr	16	33	12	20
23 - 01 Uhr	5	7	8	6
01 - 05 Uhr	9	10	6	9
Gesamt	100	100	100	100

Tabelle 16**Formcharakteristik****Das Tageszeitprofil der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Tageszeitprofil	Kurz- nachrichten t=2:02¹	Nachrichten- u. Magazinfilme t=8:08	Sonstige journ. Formate t=5:39	Gesamt t=15:49
05 - 09 Uhr	38	27	27	29
09 - 14 Uhr	13	8	27	16
14 - 18 Uhr	19	8	14	12
18 - 23 Uhr	17	36	7	23
23 - 01 Uhr	6	9	13	10
01 - 05 Uhr	8	11	12	11
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 17**Stichprobencharakteristik****Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Wiederholungen	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Erstausstrahlung	68	80	64	83	74
Wiederholungen	32	20	36	17	26
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 18**Stichprobencharakteristik****Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Wiederholungen	Frühjahr 1998 t=6:11 ¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
Erstausstrahlung	72	87	60	90	77
Wiederholungen	28	13	40	10	23
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 19
Programmcharakteristik
Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Wiederholungen	ARD und ZDF n=238 ¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Erstausstrahlung	69	80	63	69
Wiederholungen	31	20	37	31
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 20
Programmcharakteristik
Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Wiederholungen	ARD und ZDF t=7:42 ¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
Erstausstrahlung	81	66	70	74
Wiederholungen	19	34	30	26
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 21**Formcharakteristik****Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Wiederholungen	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Erstausstrahlung	70	77	83	74
Wiederholungen	30	23	17	26
Gesamt	100	100	100	100

Tabelle 22**Formcharakteristik****Wiederholungen der Beiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Wiederholungen	Kurz- nachrichten t=2:02 ¹	Nachrichten- u. Magazinfilme t=8:08	Sonstige journ. Formate t=5:39	Gesamt t=15:49
Erstausstrahlung	71	81	74	77
Wiederholungen	29	19	26	23
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 23**Stichprobencharakteristik****Die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Themen	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	72	62	39	25	58
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	23	30	50	35	31
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	2	8	5	-	4
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	3	-	6	40	7
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 24**Stichprobencharakteristik****Die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Themen	Frühjahr 1998 t=6:11 ¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	83	67	14	34	58
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	16	23	65	57	33
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	0	10	3	-	4
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	1	-	18	9	5
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 25**Programmcharakteristik****Die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Themen	ARD und ZDF n=238 ¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	56	49	56	54
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	32	45	30	34
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	5	2	4	5
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	7	4	10	7
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 26**Programmcharakteristik****Die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Themen	ARD und ZDF t=7:42 ¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	63	41	66	57
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	23	59	26	35
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	6	0	2	3
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	8	0	6	5
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 27**Formcharakteristik****Die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Themen	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	59	57	53	58
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	30	31	37	31
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	3	6	8	4
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	8	6	2	7
Gesamt	100	100	100	100

Tabelle 28**Formcharakteristik****Die Themenschwerpunkte der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Themen	Kurz- nachrichten t=2:02 ¹	Nachrichten- u. Magazinfilme t=8:08	Sonstige journ. Formate t=5:39	Gesamt t=15:49
Legal, formal organisierter Rechtsextremismus	60	57	63	58
Illegal, informell organisierter Rechtsextremismus	29	33	33	33
Zuwanderung, gesellschaftliche Integration - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	3	3	4	4
Sonstige Themen - mit explizitem Rechtsextremismusbezug	8	7	0	5
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 29**Stichprobencharakteristik**

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung
(Beiträge, in Prozent)

Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Politisch administratives System	55	78	50	55	64
Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	1	8	11	10	6
Politik und Gesellschaft	7	5	-	8	5
Trifft nicht zu	37	9	39	27	25
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 30**Stichprobencharakteristik**

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung
(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	Frühjahr 1998 t=6:11 ¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
Politisch administratives System	34	78	77	43	55
Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	0	8	4	18	6
Politik und Gesellschaft	28	3	-	8	13
Trifft nicht zu	38	11	19	31	26
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 31**Programmcharakteristik**

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung
(Beiträge, in Prozent)

Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	ARD und ZDF n=238 ¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Politisch administratives System	65	57	67	64
Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	5	7	11	7
Politik und Gesellschaft	4	16	4	6
Trifft nicht zu	26	20	18	23
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 32**Programmcharakteristik**

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung
(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	ARD und ZDF t=7:42 ¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
Politisch administratives System	59	48	57	55
Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	6	1	15	6
Politik und Gesellschaft	5	31	7	14
Trifft nicht zu	30	20	21	25
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 33**Formcharakteristik**

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung
(Beiträge, in Prozent)

Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Politisch administratives System	69	63	42	64
Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	6	3	12	6
Politik und Gesellschaft	2	6	19	5
Trifft nicht zu	23	28	27	25
Gesamt	100	100	100	100

Tabelle 34**Formcharakteristik**

Stellenwert gesellschaftlicher Institutionen, Organisationen und Bewegungen gegen den Rechtsextremismus in der Fernsehberichterstattung
(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	Kurz- nachrichten t=2:02 ¹	Nachrichten- u. Magazinfilme t=8:08	Sonstige journ. Formate t=5:39	Gesamt t=15:49
Politisch administratives System	72	61	42	55
Gesellschaftliche Institutionen, Organisationen und Bewegungen	6	4	8	6
Politik und Gesellschaft	3	4	30	13
Trifft nicht zu	19	31	20	26
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 35
Stichprobencharakteristik
Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus
in der Fernsehberichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Rechtsextreme Organisationen und Milieus	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	11	28	2	15	17
Nicht organisierte rechtsextreme Milieus	49	35	34	37	40
Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Milieus	9	2	9	4	6
Trifft nicht zu	31	35	55	44	37
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 36
Stichprobencharakteristik
Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus
in der Fernsehberichterstattung
 (Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Rechtsextreme Organisationen und Milieus	Frühjahr 1998 t=6:11 ¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	22	38	0	14	21
Nicht organisierte rechtsextreme Milieus	42	24	12	64	36
Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Milieus	9	6	50	10	15
Trifft nicht zu	27	32	38	12	28
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 37
Programmcharakteristik
Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus
in der Fernsehberichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Rechtsextreme Organisationen und Milieus	ARD und ZDF n=238 ¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	15	15	14	15
Nicht organisierte rechtsextreme Milieus	36	49	50	40
Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Milieus	4	25	3	7
Trifft nicht zu	45	11	33	38
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 38
Programmcharakteristik
Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus
in der Fernsehberichterstattung
 (Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Rechtsextreme Organisationen und Milieus	ARD und ZDF t=7:42 ¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	23	6	35	19
Nicht organisierte rechtsextreme Milieus	22	59	46	37
Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Milieus	10	34	4	17
Trifft nicht zu	45	1	15	27
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 39
Formcharakteristik
Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus
in der Fernsehberichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Rechtsextreme Organisationen und Milieus	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	10	36	10	17
Nicht organisierte rechtsextreme Milieus	44	31	40	40
Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Milieus	2	10	15	6
Trifft nicht zu	44	23	35	37
Gesamt	100	100	100	100

Tabelle 40
Formcharakteristik
Stellenwert rechtsextremer Organisationen und Milieus
in der Fernsehberichterstattung
 (Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Rechtsextreme Organisationen und Milieus	Kurz- nachrichten t=2:02 ¹	Nachrichten- u. Magazinfilme t=8:08	Sonstige journ. Formate t=5:39	Gesamt t=15:49
Rechtsextreme Parteien und Organisationen	9	35	7	21
Nicht organisierte rechtsextreme Milieus	42	33	35	36
Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Milieus	4	11	25	15
Trifft nicht zu	45	21	33	28
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 41**Stichprobencharakteristik****Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Argumentationsgehalt	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Argumenten zur Rechtsextremismus-Problematik	67	80	40	56	67
Mindestens ein referiertes Argument (aber kein 0-Ton-Argument)	37	46	13	19	35
Mindestens ein 0-Ton-Argument (ggf. zusätzlich auch referierte Argumente)	30	34	27	37	32
Beiträge ohne Argumente zur Rechtsextremismus-Problematik	33	20	60	44	33
Gesamt	100	100	100	100	100

Tabelle 42**Stichprobencharakteristik****Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Argumentationsgehalt	Frühjahr 1998 t=6:11 ¹	Herbst 2000 t=4:37	Frühjahr 2001 t=2:42	Restliche Stichproben t=2:19	Gesamt t=15:49
Beiträge mit Argumenten zur Rechtsextremismus-Problematik	86	88	88	67	84
Mindestens ein referiertes Argument (aber kein 0-Ton-Argument)	10	17	2	9	10
Mindestens ein 0-Ton-Argument (ggf. zusätzlich auch referierte Argumente)	76	71	86	58	74
Beiträge ohne Argumente zur Rechtsextremismus-Problematik	14	12	12	33	16
Gesamt	100	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 43
Programmcharakteristik
Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Beiträge, in Prozent)

Argumentationsgehalt	ARD und ZDF n=238 ¹	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Beiträge mit Argumenten zur Rechtsextremismus-Problematik	67	71	65	67
Mindestens ein referiertes Argument (aber kein 0-Ton-Argument)	34	20	41	34
Mindestens ein 0-Ton-Argument (ggf. zusätzlich auch referierte Argumente)	33	51	24	33
Beiträge ohne Argumente zur Rechtsextremismus-Problematik	33	29	35	33
Gesamt	100	100	100	100

(1) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 44
Programmcharakteristik
Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung
 (Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent)

Argumentationsgehalt	ARD und ZDF t=7:42 ¹	RTL, VOX und RTL II t=4:41	SAT.1, Pro7 und K1 t=1:48	Gesamt t=14:11
Beiträge mit Argumenten zur Rechtsextremismus-Problematik	87	83	75	84
Mindestens ein referiertes Argument (aber kein 0-Ton-Argument)	13	3	18	10
Mindestens ein 0-Ton-Argument (ggf. zusätzlich auch referierte Argumente)	74	80	57	74
Beiträge ohne Argumente zur Rechtsextremismus-Problematik	13	17	25	16
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten. Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 45**Formcharakteristik****Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Beiträge, in Prozent)

Argumentationsgehalt	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilm n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Argumenten zur Rechtsextremismus-Problematik	56	81	92	67
Mindestens ein referiertes Argument (aber kein 0-Ton-Argument)	53	6	10	35
Mindestens ein 0-Ton-Argument (ggf. zusätzlich auch referierte Argumente)	3	75	82	32
Beiträge ohne Argumente zur Rechtsextremismus-Problematik	44	19	8	33
Gesamt	100	100	100	100

Tabelle 46**Formcharakteristik****Argumentationsgehalt der Rechtsextremismus-Berichterstattung**

(Zeitumfang der Beiträge, in Prozent)

Argumentationsgehalt	Kurz- nachrichten t=2:02 ¹	Nachrichten- u. Magazinfilm t=8:08	Sonstige journ. Formate t=5:39	Gesamt t=15:49
Beiträge mit Argumenten zur Rechtsextremismus-Problematik	60	80	100	84
Mindestens ein referiertes Argument (aber kein 0-Ton-Argument)	56	4	4	10
Mindestens ein 0-Ton-Argument (ggf. zusätzlich auch referierte Argumente)	4	76	96	74
Beiträge ohne Argumente zur Rechtsextremismus-Problematik	40	20	0	16
Gesamt	100	100	100	100

(1) In Stunden : Minuten.

Tabelle 47
Stichprobencharakteristik
Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung
 (Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹⁾)

Rechtsextremismus-Kritik	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Rechtsextremismus-Kritik	42	28	39	44	36
Pauschal gegen Rechtsextremismus	27	21	25	27	24
Gegen DVU und/oder NPD	23	7	-	8	12
Gegen sonstige rechtsextremistische Parteien, Organisationen, Gruppen	4	3	16	15	7
Beiträge ohne Rechtsextremismus-Kritik	58	72	61	56	64

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Ausprägungen* der Rechtsextremismus-Kritik.

Tabelle 48
Programmcharakteristik
Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung
 (Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹⁾)

Rechtsextremismus-Kritik	ARD und ZDF n=238 ²	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Beiträge mit Rechtsextremismus-Kritik	38	49	37	39
Pauschal gegen Rechtsextremismus	25	44	23	27
Gegen DVU und/oder NPD	11	24	8	12
Gegen sonstige rechtsextremistische Parteien, Organisationen, Gruppen	9	2	6	7
Beiträge ohne Rechtsextremismus-Kritik	62	51	63	61

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Ausprägungen* der Rechtsextremismus-Kritik.

(2) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 49**Formcharakteristik****Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung**(Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹⁾)

Rechtsextremismus-Kritik	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Rechtsextremismus-Kritik	23	50	75	36
Pauschal gegen Rechtsextremismus	15	32	58	24
Gegen DVU und/oder NPD	3	22	35	12
Gegen sonstige rechtsextremistische Parteien, Organisationen, Gruppen	5	11	8	7
Beiträge ohne Rechtsextremismus-Kritik	77	50	25	64

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die konkreten Ausprägungen der Rechtsextremismus-Kritik.

Tabelle 50**Stichprobencharakteristik****Begründung der Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung**(Beiträge, in Prozent¹⁾)

Begründung	Frühjahr 1998	Herbst 2000	Frühjahr 2001	Restliche Stichproben	Gesamt
Pauschale Kritik am Rechtsextremismus	n=44	n=37	n=16	n=14	n=111
mit Begründung	23	5	19	43	20
ohne Begründung	77	95	81	57	80
Kritik an DVU, NPD oder sonstigen rechtsextremistischen Parteien	n=39	n=17	n=10	n=11	n=77
mit Begründung	54	47	100	45	57
ohne Begründung	46	53	-	55	43
Gesamt	n=83	n=54	n=26	n=25	n=188
mit Begründung	37	19	50	44	35
ohne Begründung	63	81	50	56	65

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der kritischen Argumente.

Tabelle 51**Programmcharakteristik****Begründung der Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung**
(Beiträge, in Prozent¹)

Begründung	ARD und ZDF	RTL, VOX und RTL II	SAT.1, Pro7 und K1	Gesamt
Pauschale Kritik am Rechtsextremismus	n=60	n=24	n=22	n=106
mit Begründung	18	33	9	20
ohne Begründung	82	67	91	80
Kritik an DVU, NPD oder sonstigen rechtsextremistischen Parteien	n=41	n=14	n=14	n=69
mit Begründung	59	7	100	57
ohne Begründung	41	93	-	43
Gesamt	n=101	n=38	n=36	n=175
mit Begründung	35	24	44	35
ohne Begründung	65	76	56	65

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der kritischen Argumente.

Tabelle 52**Formcharakteristik****Begründung der Rechtsextremismus-Kritik in der Fernsehberichterstattung**
(Beiträge, in Prozent¹)

Begründung	Kurz- nachrichten	Nachrichten- u. Magazinfilme	Sonstige journ. Formate	Gesamt
Pauschale Kritik am Rechtsextremismus	n=42	n=39	n=30	n=111
mit Begründung	7	15	40	20
ohne Begründung	93	85	60	80
Kritik an DVU, NPD oder sonstigen rechtsextremistischen Parteien	n=23	n=35	n=19	n=77
mit Begründung	39	71	47	57
ohne Begründung	61	29	53	43
Gesamt	n=65	n=74	n=49	n=188
mit Begründung	22	42	41	35
ohne Begründung	78	58	59	65

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der kritischen Argumente.

Tabelle 53**Stichprobencharakteristik****Tendenz der Argumentation zum Verbot rechtsextremistischer Parteien
(DVU und NPD)**(Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹)

Tendenz der Argumentation	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Gesamt n=457²
Beiträge mit Verbotsargumenten	39	56	36
Für ein Verbot	26	29	21
Unentschieden / zweiseitig	2	32	13
Gegen ein Verbot	36	18	20
Beiträge ohne Verbotsargumente	61	44	64

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Tendenzen* der Verbotsargumente.

(2) In den nicht gesondert ausgewiesenen Stichproben wurden keine Verbotsargumente gefunden.

Tabelle 54**Programmcharakteristik****Tendenz der Argumentation zum Verbot rechtsextremistischer Parteien
(DVU und NPD)**(Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹)

Tendenz der Argumentation	ARD und ZDF n=238²	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Beiträge mit Verbotsargumenten	37	22	32	34
Für ein Verbot	22	18	18	20
Unentschieden / zweiseitig	15	7	4	11
Gegen ein Verbot	18	13	26	19
Beiträge ohne Verbotsargumente	63	78	68	66

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Tendenzen* der Verbotsargumente.

(2) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 55

Formcharakteristik

Tendenz der Argumentation zum Verbot rechtsextremistischer Parteien
(DVU und NPD)(Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹⁾)

Tendenz der Argumentation	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Verbotsargumenten	35	41	27	36
Für ein Verbot	17	31	15	21
Unentschieden/zweiseitig	12	17	12	15
Gegen ein Verbot	21	23	10	13
Beiträge ohne Verbotsargumente	65	59	73	64

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Tendenzen* der Verbotsargumente.

Tabelle 56

Stichprobencharakteristik

Begründete vs. unbegründete Argumentation
zum Verbot rechtsextremistischer Parteien(Beiträge, in Prozent¹⁾)

Parteiverbot: Begründung	Frühjahr 1998	Herbst 2000	Gesamt ²
Für ein Verbot	n=42	n=52	n=94
mit Begründung	12	50	33
ohne Begründung	88	50	67
Unentschieden/zweiseitig	n=3	n=57	n=60
mit Begründung	n.a.	54	55
ohne Begründung	n.a.	46	45
Gegen ein Verbot	n=59	n=32	n=91
mit Begründung	88	88	88
ohne Begründung	12	12	12
Gesamt	n=104	n=141	n=245
mit Begründung	57	60	59
ohne Begründung	43	40	41

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der Verbotsargumente.

(2) In den nicht gesondert ausgewiesenen Stichproben wurden keine Verbotsargumente gefunden.

Tabelle 57
Programmcharakteristik
Begründete vs. unbegründete Argumentation
zum Verbot rechtsextremistischer Parteien
 (Beiträge, in Prozent¹⁾)

Parteiverbot: Begründung	ARD und ZDF	RTL, VOX und RTL II	SAT.1, Pro7 und K1	Gesamt
Für ein Verbot	n=52	n=10	n=17	n=79
mit Begründung	35	30	18	30
ohne Begründung	65	70	82	70
Unentschieden/zweiseitig	n=36	n=4	n=4	n=44
mit Begründung	64	n.a.	n.a.	66
ohne Begründung	36	n.a.	n.a.	34
Gegen ein Verbot	n=43	n=7	n=25	n=75
mit Begründung	91	n.a.	80	87
ohne Begründung	9	n.a.	20	13
Gesamt	n=131	n=21	n=46	n=198
mit Begründung	61	52	59	60
ohne Begründung	39	48	41	40

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der Verbotsargumente.

Tabelle 58
Formcharakteristik
Begründete vs. unbegründete Argumentation
zum Verbot rechtsextremistischer Parteien
 (Beiträge, in Prozent¹)

Parteiverbot: Begründung	Kurz- nachrichten	Nachrichten- u. Magazinfilme	Sonstige journ. Formate	Gesamt
Für ein Verbot	n=48	n=38	n=8	n=94
mit Begründung	2	61	n.a.	33
ohne Begründung	98	39	n.a.	67
Unentschieden/zweiseitig	n=33	n=21	n=6	n=60
mit Begründung	39	67	n.a.	55
ohne Begründung	61	33	n.a.	45
Gegen ein Verbot	n=58	n=28	n=5	n=91
mit Begründung	88	93	n.a.	88
ohne Begründung	12	7	n.a.	12
Gesamt	n=139	n=87	n=19	n=245
mit Begründung	47	72	84	59
ohne Begründung	53	28	16	41

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der Verbotsargumente.

Tabelle 59
Stichprobencharakteristik
„Direktvermittlung“ des Rechtsextremismus durch das Fernsehen
 (Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹)

Formen der „Direktvermittlung“	Frühjahr 1998 n=163	Herbst 2000 n=178	Frühjahr 2001 n=64	Restliche Stichproben n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Formen der „Direktvermittlung“	49	58	72	42	55
Rechtsextremisten im Bild: Versammlungen, Demonstrationen etc.	48	48	44	37	46
Rechtsextreme Symbole im Bild: Fahnen, Stiefel, Glatzen etc.	38	43	67	19	42
Rechtsextreme „Tonzitate“: Trommeln, (Marsch-) Musik, Gesänge etc.	1	6	20	6	6
Rechtsextreme Textzitate (vorwiegend im O-Ton)	14	6	11	14	10
Beiträge ohne Formen der „Direktvermittlung“	51	42	28	58	45

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die konkreten Formen der „Direktvermittlung“.

Tabelle 60

Programmcharakteristik

„Direktvermittlung“ des Rechtsextremismus durch das Fernsehen

(Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹)

Formen der „Direktvermittlung“	ARD und ZDF n=238 ²	RTL, VOX und RTL II n=55	SAT.1, Pro7 und K1 n=96	Gesamt n=389
Beiträge mit Formen der „Direktvermittlung“	50	84	59	57
Rechtsextremisten im Bild: Versammlungen, Demonstrationen etc.	41	80	45	47
Rechtsextreme Symbole im Bild: Fahnen, Stiefel, Glatzen etc.	36	58	49	42
Rechtsextreme „Tonzitate“: Trommeln, (Marsch-) Musik, Gesänge etc.	3	18	9	7
Rechtsextreme Textzitate (vorwiegend im O-Ton)	8	38	3	11
Beiträge ohne Formen der „Direktvermittlung“	50	16	41	43

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Formen* der „Direktvermittlung“.

(2) Die parallel ausgestrahlten Beiträge im ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm werden in den Tabellen zur Programmcharakteristik nicht doppelt ausgewiesen.

Tabelle 61**Formcharakteristik****„Direktvermittlung“ des Rechtsextremismus durch das Fernsehen**(Beiträge, in Prozent, Mehrfachnennung¹⁾)

Formen der „Direktvermittlung“	Kurz- nachrichten n=281	Nachrichten- u. Magazinfilme n=124	Sonstige journ. Formate n=52	Gesamt n=457
Beiträge mit Formen der „Direktvermittlung“	48	76	46	55
Rechtsextremisten im Bild: Versammlungen, Demonstrationen etc.	35	71	46	46
Rechtsextreme Symbole im Bild: Fahnen, Stiefel, Glatzen etc.	41	51	25	42
Rechtsextreme „Tonzitate“: Trommeln, (Marsch-) Musik, Gesänge etc.	1	12	19	6
Rechtsextreme Textzitate (vorwiegend im O-Ton)	1	24	27	10
Beiträge ohne Formen der „Direktvermittlung“	52	24	54	45

(1) Die Mehrfachnennung bezieht sich auf die *konkreten Formen* der „Direktvermittlung“.

Tabelle 62**Stichprobencharakteristik****Kommentierung rechtsextremistischer Bilder, Töne und Texte durch das Fernsehen**(Zeitungsumfang der Beiträge, in Prozent¹)

Kommentierung	Frühjahr 1998	Herbst 2000	Frühjahr 2001	Restliche Stichproben	Gesamt
Rechtsextremisten im Bild:					
Versammlungen, Demonstrationen etc.	n=78	n=85	n=28	n=19	n=210
kommentiert	13	18	11	32	16
unkommentiert	87	82	89	68	84
Rechtsextreme Symbole im Bild:					
Fahnen, Stiefel, Glatzen etc.	n=62	n=76	n=42	n=10	n=191
kommentiert	8	11	7	20	9
unkommentiert	92	89	93	80	91
Rechtsextreme ‚Tonzitate‘:					
Trommeln, (Marsch-) Musik, etc.	n=1	n=10	n=13	n=3	n=27
kommentiert	n.a.	30	8	n.a.	15
unkommentiert	n.a.	70	92	n.a.	85
Rechtsextreme Textzitate (vorwiegend im 0-Ton)	n=22	n=10	n=7	n=7	n=46
kommentiert	14	50	n.a.	n.a.	39
unkommentiert	86	50	n.a.	n.a.	61
Gesamt	n=163	n=181	n=91	n=39	n=474
kommentiert	11	17	15	28	16
unkommentiert	89	83	85	72	84

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der Bilder, Töne bzw. Texte.

Tabelle 63

Programmcharakteristik

Kommentierung rechtsextremistischer Bilder, Töne und Texte durch das Fernsehen

(Beiträge, in Prozent¹)

Kommentierung	ARD und ZDF	RTL, VOX und RTL II	SAT.1, Pro7 und K1	Gesamt
Rechtsextremisten im Bild: Versammlungen, Demonstrationen etc.	n=97	n=44	n=43	n=184
kommentiert	19	14	23	18
unkommentiert	81	86	77	82
Rechtsextreme Symbole im Bild: Fahnen, Stiefel, Glatzen etc.	n=86	n=32	n=47	n=165
kommentiert	12	12	9	11
unkommentiert	88	88	91	89
Rechtsextreme ‚Tonzitate‘: Trommeln, (Marsch-) Musik, etc.	n=8	n=10	n=9	n=27
kommentiert	n.a.	-	n.a.	15
unkommentiert	n.a.	100	n.a.	85
Rechtsextreme Textzitate (vorwiegend im O-Ton)	n=19	n=21	n=3	n=43
kommentiert	58	33	n.a.	42
unkommentiert	42	67	n.a.	58
Gesamt	n=210	n=107	n=102	n=419
kommentiert	20	16	15	18
unkommentiert	80	84	85	82

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der Bilder, Töne bzw. Texte.

Tabelle 64**Formcharakteristik****Kommentierung rechtsextremistischer Bilder, Töne und Texte**(Beiträge, in Prozent¹)

Kommentierung	Kurz- nachrichten	Nachrichten- u. Magazinfilme	Sonstige journ. Formate	Gesamt
Rechtsextremisten im Bild:				
Versammlungen, Demonstrationen etc.	n=98	n=88	n=24	n=210
kommentiert	2	31	21	16
unkommentiert	98	69	79	84
Rechtsextreme Symbole im Bild:				
Fahnen, Stiefel, Glatzen etc.	n=115	n=63	n=13	n=191
kommentiert	2	22	15	9
unkommentiert	98	78	85	91
Rechtsextreme ‚Tonzitate‘:				
Trommeln, (Marsch-) Musik, etc.	n=2	n=15	n=10	n=27
kommentiert	n.a.	20	10	15
unkommentiert	n.a.	80	10	85
Rechtsextreme Textzitate				
(vorwiegend im 0-Ton)	n=2	n=30	n=14	n=46
kommentiert	n.a.	40	43	39
unkommentiert	n.a.	60	57	61
Gesamt	n=217	n=196	n=61	n=474
kommentiert	2	29	23	16
unkommentiert	98	71	77	84

(1) Die Prozente beziehen sich auf die Anzahl der Bilder, Töne bzw. Texte.

Anhang II

Codeplan zur quantitativen Programmanalyse

ID1	Fall-Nummer siehe Liste
ID2	ALM-ID siehe ALM-Codierung
V1	Teilung des Falls der ALM-Codierung
0	Fall bleibt wie in der ALM-Codierung
1, 2, ..	Neuer Fall
Ä anf	Neue Anfangszeit in hh/mm/ss
Ä end	Neue Endzeit in hh/mm/ss
String	Kurzbezeichnung (alphanumerisch) Nur bei neuem bzw. geändertem Fall
V2	Coder
W1	Art der Wiederholung
0	Keine Wiederholung
1	Doppelung ARD/ZDF-Gemeinschaftsprogramm
2	Sendungswiederholung
3	Beitragswiederholung
W2	Lfd. Nr. des Ursprungsfalls Lfd. Nr. des wiederholten Falls

V3 Hauptthema des Beitrags

- 1 „Legal“/formal organisierter Rechtsextremismus
Rechte Organisationen als Akteure und als Gegenstand von Aktivitäten und Diskussionen (insbesondere NPD und hier wiederum NPD-Verbot als Themenschwerpunkt bzw. DVU, ihr Wahlerfolg und Verbot).
- 2 „Illegal“/informell bzw. in Kleingruppen organisierter Rechtsextremismus
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten; insbesondere Gewalttätigkeit gegenüber Ausländern und anderen Minderheiten: Taten, Ermittlungen, Prozesse, Urteile (ggf. auch ohne expliziten Bezug auf rechtsextremistischen Hintergrund). Hier auch symbolische rechte Straftaten wie Heil Hitler-Rufe, Hakenkreuz-Fahnen etc. oder KZ-Schändung sowie allgemeiner Beiträge zum rechten Milieu. **HIER NICHT:** allgemeine rechte Alltagstendenzen und diffuse Ausländerfeindlichkeit in Deutschland (siehe 4 bzw. 6)
- 3 Deutsche NS-Vergangenheit und deren Aufarbeitung
- 4 Zuwanderung/gesellschaftliche Integration – *mit* explizitem Rechtsextremismusbezug
- 5 Sonstiges – *mit* explizitem Rechtsextremismusbezug
- 6 Zuwanderung/gesellschaftliche Integration – *ohne* expliziten Rechtsextremismusbezug
- 9 Keiner der Codes 1 bis 6 trifft zu

FILTER

Die Beiträge der Themengruppen 1, 2, 4 und 5 werden ausführlich qualitativ und quantitativ analysiert.

Die Beiträge der Themengruppen 3 und 6 werden als solche erfasst und nicht weiter analysiert.

Die Beiträge der Themengruppe 9 werden aus dem Datensatz der Rechtsextremismusstudie entfernt.

V4 Journalistische Form des BeitragsNachrichtenformen

- 01 Sprechermeldung
- 02 Nachrichtenfilm (kurz, Sprecher im Off)
- 03 Filmbericht (länger, häufig mit O-Tönen)
- 04 Zuschaltung ins Nachrichtenstudio (Interview, Gespräch)
- 05 Gespräch im Nachrichtenstudio (Studiogast)
- 06 Eigenständige Nachrichtenmoderation
(in der Regel wird die Moderation allerdings dem entsprechenden Hauptbeitrag der Themensequenz zugeordnet)
- 09 Sonstiges

10 KommentarMagazinformen

- 23 Filmbericht, Reportage (ggf. plus Zuschaltung und/oder Gespräch im Studio)
- 24 Zuschaltung ins Studio
- 25 Gespräch im Magazinstudio (Studiogast)
- 26 Eigenständige Magazinmoderation (analog zu 06)
- 29 Sonstiges
- 30 Reportage / Dokumentation (als eigenständige Sendungsform)

Studiosendungen

- 41 Diskussionsrunde
- 42 Talk
- 43 Interview
- 44 Pro-/Contra-Arrangement
- 45 Mischform („Brennpunkt-Arrangement“)
- 49 Sonstiges

90 Sonstige Sendungsformen**Rechte Organisationen, Gruppen und Milieus in Deutschland als Handelnde bzw. Argumentierende („aktive“ Analyseperspektive)****V5 Konkret explizierte rechtsextremistische Parteien und Organisationen**

- 0 Trifft nicht zu
- 1 NPD
- 2 NPD und andere Parteien bzw. Organisationen
- 3 Sonstige rechtsextremistische Parteien bzw. Organisationen
- 4 Pauschal: rechtsextremistische Parteien bzw. Organisationen

- 5 DVU
- 6 DVU *und* andere Parteien bzw. Organisationen
- 7 DVU und NPD
- 9 Sonstiges

V6 Sonstige rechtsextremistische Milieus und Gruppen - Rechtsext. allgemein

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Skinheads
- 2 Skinheads *und* andere Milieus, Gruppen
- 3 Sonstige Milieus, Gruppen
- 4 Pauschal: Rechtsextremisten/Neonazis (und andere Synonyme für ‚Rechte‘)
- 9 Sonstiges

Rechtsextremismus in Deutschland als Objekt/Gegenstand politischen und gesellschaftlichen Handelns bzw. Argumentierens (‚passive‘ Analyseperspektive)

V7 Handlungsfeld: Politisch administratives System (Parteien, Exekutive, Legislative, Justiz)

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Gegen NPD
(hier auch: Aktivitäten/Argumente pro und (!) contra ‚NPD-Verbot‘)
- 2 Gegen NPD und andere rechtsext. Parteien bzw. Organisationen
- 3 Gegen NPD und sonstige rechtsext. Entwicklungen
(Code 3 schließt ggf. Code 2 ein!)
- 4 Gegen rechtsext. Parteien / Organisationen in Deutschland
- 5 Pauschal: Gegen rechtsext. Entwicklungen in Deutschland
- 6 Gegen DVU
(hier auch: Aktivitäten/Argumente pro und (!) contra ‚DVU-Verbot‘)
- 7 Gegen DVU und andere rechtsext. Parteien bzw. Organisationen
- 8 Gegen DVU und sonstige rechtsext. Entwicklungen
(Code 8 schließt ggf. Code 7 ein!)
- 9 Sonstiges

V8 Handlungsfeld: Gesellschaftliche Institutionen (Gewerkschaften, Kirchen) und Bewegungen (freie Aktionsbündnisse etc.)

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Gegen NPD („NPD-Verbot“)
- 2 Gegen NPD und andere rechtsextr. Parteien bzw. Organisationen
- 3 Gegen NPD und sonstige rechtsextr. Entwicklungen
(Code 3 schließt ggf. Code 2 ein!)
- 4 Gegen rechtsextr. Parteien / Organisationen in Deutschland
- 5 Pauschal: Gegen rechtsextr. Entwicklungen in Deutschland
- 6 Gegen DVU („DVU-Verbot“)
- 7 Gegen DVU und andere rechtsextr. Parteien bzw. Organisationen
- 8 Gegen DVU und sonstige rechtsextr. Entwicklungen
(Code 8 schließt ggf. Code 7 ein!)
- 9 Sonstiges

Argumentationen und Argumentationsstile (unabhängig davon, wer argumentiert – Journalisten, Politiker etc. – und unabhängig davon, ob es O-Ton-Argumente oder zitierte Argumente sind)

V9 Argumentationsgehalt des Beitrags

- 0 Der Beitrag enthält *kein Argument* zum Thema Rechtsextremismus in Deutschland
- 1 Mindestens ein zitiertes Argument
- 2 Mindestens ein O-Ton-Argument (ggf. zusätzlich zu zitierten Argumenten)

V10 Pauschale Argumentation gegen den Rechtsextremismus

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Trifft zu – ohne Begründung
- 2 Trifft zu – mit Begründung

V11 Argumentation gegen NPD oder DVU

- 0 Trifft nicht zu

NPD

- 1 Trifft zu – ohne Begründung
- 2 Trifft zu – mit Begründung

DVU

- 3 Trifft zu – ohne Begründung
- 4 Trifft zu – mit Begründung

V12 Argumentation pro NPD- oder DVU-Verbot

- 0 Trifft nicht zu

NPD

- 1 Trifft zu – ohne Begründung
- 2 Trifft zu – mit Begründung

DVU

- 3 Trifft zu – ohne Begründung
- 4 Trifft zu – mit Begründung

V13 Argumentation contra NPD- oder DVU-Verbot

- 0 Trifft nicht zu

NPD

- 1 Trifft zu – ohne Begründung
- 2 Trifft zu – mit Begründung

DVU

- 3 Trifft zu – ohne Begründung
- 4 Trifft zu – mit Begründung

V14 Unentschiedene Argumentation zum NPD- oder DVU-Verbot

- 0 Trifft nicht zu

NPD

- 1 Trifft zu – ohne Begründung
- 2 Trifft zu – mit Begründung

DVU

- 3 Trifft zu – ohne Begründung
- 4 Trifft zu – mit Begründung

V15 Argumentation gegen andere rechtsextreme Parteien/Organisationen

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Trifft zu - ohne Begründung
- 2 Trifft zu - mit Begründung

Darstellungsaspekte**V16 Rechtsextreme bzw. rechte Sympathisanten kommen zu Wort**

(„Kommentiert“: Explizite Kritik, Widerspruch, Distanzierung)

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Im Zitat - unkommentiert
- 2 Im Zitat - kommentiert
- 3 Im O-Ton - unkommentiert
- 4 Im O-Ton - kommentiert

V17 Rechtsextreme bzw. rechte Sympathisanten kommen ins Bild

(„Kommentiert“: Explizite Kritik, Widerspruch, Distanzierung)

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Trifft zu - unkommentiert
- 2 Trifft zu - kommentiert

V18 Rechtsextreme Symbolik kommt ins Bild

(„Rechtsextreme Symbolik“: Fahnen, Glatzen, Stiefel, Gebärden etc.)

(„Kommentiert“: Explizite Kritik, Widerspruch, Distanzierung)

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Trifft zu - unkommentiert
- 2 Trifft zu - kommentiert

V19 Rechtsextreme Symbolik wird durch O-Töne vermittelt

(„Rechtsextreme Symbolik“: Musik, Rufe/Gesänge, Marschgeräusche etc.)

(„Kommentiert“: Explizite Kritik, Widerspruch, Distanzierung)

- 0 Trifft nicht zu
- 1 Trifft zu - unkommentiert
- 2 Trifft zu - kommentiert

Anhang III

**Fernsehbeiträge zur Rechtsextremismus-Berichterstattung
von RTL, RTL II und VOX, SAT.1, ProSieben und Kabel 1 sowie
ARD/Erstes Programm und ZDF**

Wochenüberblicke zu den sieben Fallstudien der qualitativen Programmanalyse

Programmstichprobe Frühjahr 1998

Montag, 4. Mai 1998

In den Abendnachrichten zeigt **VOX** einen Nachrichtenfilm über die Koalitionsverhandlungen zwischen SPD und CDU in Sachsen-Anhalt, bei denen es auch um den Umgang mit der DVU im Landtag geht. In der Anmoderation wird darüber informiert, dass die DVU nach ihrem Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt auch bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern antreten wird. Nach Meinungsumfragen liege das Wählerpotential in diesem Bundesland bei 16 Prozent. Ferner will die Partei in Kürze beschließen, ob sie sich auch an den Bundestagswahlen und an den bayerischen Landtagswahlen am 13. September beteiligen wird. In den Spätnachrichten wird diese Information in einer Sprechermeldung wiederholt.

Unter dem Motto „Der Osten sieht braun“ befasst sich das *Spiegel TV Magazin* auf VOX mit dem Aufstieg der beiden rechtsextremistischen Parteien DVU und NPD. Der DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt wird in der Anmoderation als vorläufiger Höhepunkt einer Entwicklung angesehen, die sich bereits in der Vergangenheit in unzähligen Übergriffen auf Ausländer und der Entstehung von rechtsextremistischen Organisationen manifestiert habe, offenbar aber von niemandem wahrgenommen wurde. Als Gründe für den „phönixhaften Aufstieg“ der DVU werden „eine fatale Mischung aus Einheitsfrust, Arbeitslosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und Protestpotential“ gemutmaßt.

In der Reportage wird versucht, drei der neuen DVU-Landtagsabgeordneten, deren Kompetenz in der Anmoderation in Zweifel gezogen wurde, zu interviewen. Der 19-jährige Mirko Mokry ist zwar wegen Hakenkreuzschmierereien vorbestraft, sieht sich selbst aber nicht als Rechtsradikalen oder Neonazi, sondern als „Rechten, der deutsch denke und fühle und sehr gerne die deutschen Interessen vertreten will“. Die Antwort auf die Frage, was das konkret für ihn bedeute, bleibt er allerdings schuldig. Der Handelsvertreter Eberhard Lehnert hat sich dagegen von seiner Partei bereits wieder losgesagt. Er werde sein Mandat niederlegen, da er erst im Nachhinein erfahren haben will, wofür die DVU eigentlich stehe. Thorsten Miksch, gegen den laut Beitrag wegen mutmaßlicher Tierquälerei ein Verfahren läuft, will sich zu der Frage, wie er denn die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle, nicht äußern.

In Halle-Neustadt hat die DVU mit 17,2 Prozent mehr Stimmen erzielt als die CDU. Mehrere Bewohner, darunter auch zwei Skinheads, werden nach ihren Motiven für die Wahl gefragt. Dabei wird als Hauptgrund immer wieder die hohe Arbeitslosigkeit genannt. Zwei Passantinnen machen dafür „die Ausländer, die uns die Arbeit, deutsche Wagen und deutsche Frauen wegnehmen“, verantwortlich. Zwei Jugendliche bezeichnen sich selbst als Protestwähler, die neben der DVU mit der Erststimme auch PDS gewählt hätten.

Der Film über den Massenaufmarsch der NPD am 1. Mai in Leipzig fängt überwiegend die Stimmung vor Ort ein. Man sieht eine große Anzahl Neonazis, aber auch viele „unauffällig“ gekleidete Leute mit Fahnen in den Farben des Deutschen Reiches und der Reichskriegsflagge, die den NPD-Wahlspruch „frei-sozial-national“ skandieren. Verbotene Gesten oder Symbole sind nicht zu sehen. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt äußert sich auf der Abschlusskundgebung über die Ziele seiner Partei. Mit Bezug auf die Leipziger Montagsdemonstrationen 1989 kündigt er an: „Genauso werden wir auf die Straße gehen, bis das von den Westalliierten eingesetzte Regime kippt und es in Deutschland wieder eine nationale freie Regierung geben wird.“ Während die Teilnehmer ein deutsches Volkslied anstimmen, werden der Reporter und sein Kameramann von mehreren Rechten massiv bedrängt und aufgefordert, „sich zu verpissen“.

Filmisch dokumentiert wird auch die Straßenschlacht am Rande der Gegendemonstration zwischen einigen Autonomen und der Polizei. Im Unterschied zu allen anderen Beiträgen über die Maidemonstrationen in Leipzig wird hier aber auch über Randalen mehrerer NPD-Sympathisanten berichtet, die von der Polizei an einem Marsch Richtung Innenstadt gehindert wurden. Am Rande dieser Ausschreitungen kommentiert der ehemalige Vorsitzende der inzwischen verbotenen rechtsextremistischen Partei FAP, Friedhelm Busse, unter tosendem Applaus der Umstehenden den Einsatz der Ordnungskräfte: „Wir müssen den Mut haben, so stark zu werden, dass wir diese Staatsmacht überrollen, und wenn das so weitergeht, werden wir das auch.“

Von den Ereignissen auf der Maidemonstration distanzieren sich die Autoren zum Teil direkt, beispielsweise indem sie die NPD und ihre Sympathisanten u.a. als „rechte Rattenfänger“, „altgediente Naziführer“ und „militante Neonazis“ bezeichnen. Ansonsten dominiert eine für das Spiegel-Magazin typische ironische Distanzierung vor oder nach einer Sequenz. Bei der Befragung von DVU-Abgeordneten und -Wählern wird häufig nachgefragt, aber nicht direkt widersprochen.

Das Boulevardmagazin *taff* auf **ProSieben** interessiert sich vor allem für das Privatleben des sachsen-anhaltinischen DVU-Fraktionsvorsitzenden Helmut Wolf. Der Filmbericht setzt sich im Wesentlichen aus Aussagen seiner Ex-Frau zusammen. Diese berichtet, dass Wolf sie jahrelang verprügelt und misshandelt habe. Nach der Scheidung habe er sich geweigert, Unterhalt für sie und die gemeinsamen Kinder zu zahlen, und sie mit einer Pistole bedroht. Der Beitrag schließt mit dem Kommentar, dass die Forderungen der DVU nach einer Stärkung der Familie vor dem Hintergrund dieser Informationen „blanker Hohn“ sei.

Im Mittelpunkt des **ZDF**-Magazins *blickpunkt* (Wiederholung von Sonntag) stehen die bislang noch nicht öffentlich in Erscheinung getretenen 16 Landtagsabgeordneten der DVU in Sachsen-Anhalt. Ziel des Beitrags ist es offensichtlich, die DVU-Mitglieder als

politisch unfähig darzustellen. Dies erfolgt durch einen durchgehend ironischen Kommentar und unter Hinweis auf die bisherigen Berufe (Inhaber eines Getränkemarkts, Verkäuferin in einer Fleischerei, Landwirt) der Neuparlamentarier. Bis auf eine Ausnahme verweigern die Abgeordneten ein Gespräch. Beispielsweise begrüßt die Ehefrau eines Abgeordneten den Journalisten mit: „Hau ab, Du Arschloch.“ Eine andere Jungparlamentarierin lässt ihren Freund für sich sprechen. Dieser gibt an, dass den Abgeordneten „auf Anweisung von oben“ Pressekontakte untersagt seien. Allein der Abgeordnete Horst Mertens stellt sich auf seinem Bauernhof dem Reporter, reagiert aber recht unbeholfen auf dessen Fragen. Zwischen die einzelnen Sequenzen werden Wahlwerbespots der DVU geschaltet mit Parolen wie: „Lass Dich nicht zur Sau machen“ oder „Für jeden DVU'ler im Landtag muss ein Politbonze raus“. Im Anschluss an diese revolutionären Töne legt der Sprecher des Landtags von Sachsen-Anhalt dar, dass die DVU-Fraktion den Steuerzahler insgesamt 270.000 DM pro Monat kosten werde. Allein Helmut Wolf stünden in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzenden ein Salär von insgesamt 17.000 DM monatlich zu.

In dem anschließenden gemeinsamen Vormittagsprogramm von **ARD** und **ZDF**, das in dieser Woche der Mainzer Sender produziert, wird der *blickpunkt*-Beitrag innerhalb des *Morgenmagazins* noch zweimal wiederholt. Dabei wurden allerdings die ironischen Kommentare innerhalb der Reportage herausgeschnitten. Einmal wird der Kommentar durch einen O-Ton von Parteichef Frey ersetzt, bei den DVU-Abgeordneten handle es sich um „erstklassige Leute, deren Politik eine Zierde des Landtags“ sein werde. In der zweiten Wiederholung wird bereits in der Anmoderation die Kompetenz der DVU'ler explizit angezweifelt. Später strahlt auch das *ZDF-Mittagsmagazin* die gekürzte Fassung mit einer ähnlichen Anmoderation aus.

In einem anderen Beitrag befasst sich das *Morgenmagazin* mit der Situation von Jugendlichen im Osten Deutschlands. Anlass sind der DVU-Wahlerfolg vor allem bei Jung- und Erstwählern sowie der NPD-Aufmarsch in Leipzig, an dem ebenfalls überproportional viele Jugendliche teilgenommen hatten. Der Beitrag ist insofern bemerkenswert, als er versucht, ein differenziertes Bild der Jugendkultur in den neuen Bundesländern zu zeichnen. In dem als ersten Teil einer neuen Serie mit dem Titel „Jung in Deutschland“ angekündigten Filmbericht kommen überwiegend nicht rechts gerichtete Jugendliche aus Neuruppin (Brandenburg) zu Wort. Beklagt wird vor allem das mangelnde Freizeitangebot für Jugendliche. Daneben nennt der Kommentar noch die Jugendarbeitslosenquote von 24 Prozent als Grund dafür, dass die Parolen der Rechten in dieser Gegend auf fruchtbaren Boden fallen. Als Beleg dafür wird ein O-Ton von zwei Jugendlichen eingespielt, die behaupten, dass die Ausländer ihnen die Arbeitsplätze wegnähmen und nur Ärger machten. Ein anderer Jugendlicher, der sich selbst als PDS-Sympathisant bezeichnet, sieht den Erfolg der DVU ebenfalls in der hohen Arbeitslosigkeit begründet und macht dafür die beiden großen Volksparteien verantwortlich.

Sein Freund fügt hinzu: „Die rechten Parteien sprechen doch genau das an, was den Leuten im Kopf rumgeht.“ Weiter werden drei Mitglieder des Jugendbeirats der Stadt vorgestellt, die in Eigeninitiative eine Skatebahn sowie ein Café für ihre Altersgenossen eingerichtet haben. Diese glauben, dass in der Sachsen-Anhalt-Wahl das hohe Protestpotential im Osten – von rechter wie von linker Seite – zum Ausdruck gekommen sei. Sie kritisieren dabei aber auch das fehlende Eigenengagement sowohl von Jugendlichen als auch von Erwachsenen. Außerdem fürchten sie, dass man bei den kommenden Kommunalwahlen in Brandenburg ebenfalls eine rechte Überraschung erleben werde. Dieser Beitrag wird im Laufe des Frühstücksfernsehens noch zwei weitere Male ausgestrahlt.

Die **ARD** übernimmt im Rahmen des gemeinsamen *Morgenmagazins* die Berichterstattung des ZDF am Vormittag. Im *Nachtmagazin* berichtet das Erste, dass die Zahl der fremdenfeindlichen Straftaten in Nordrhein-Westfalen „nach einer Phase des Terrors von Rechts“ Anfang der 90er Jahre erstmals wieder angestiegen sei. Entsprechend äußert sich auch der nordrhein-westfälische Innenminister. Mit Verweis auf den Brandanschlag in Solingen 1993 und auf frühere Wahlkämpfe von DVU und NPD in den alten Bundesländern wird betont, dass Rechtsextremismus kein ostdeutsches Phänomen sei. Der Verfassungsschutz konstatierte eine zunehmende Radikalisierung der rechtsextremistischen Parteien, deren Parolen immer aggressiver würden. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzpräsident hält es für möglich, dass die DVU nach der Wahl in Sachsen-Anhalt mit dem ehemaligen Republikaner-Chef Schönhuber als Spitzenkandidaten auch bei den Bundestagswahlen die 5-Prozent-Hürde nehmen könnte. Abschließend beschäftigt sich der Kommentar kurz mit dem Linksextremismus, aus dessen Ecke nach der Selbstauflösung der RAF keine Gefahr mehr drohe. Der Filmbericht wird begleitet von Bildern aus Solingen, von Skinheads, einem Neonazi-Aufmarsch, auf dem u.a. auch der Hitlergruß gezeigt wird, rechten Schmierereien sowie einem Filmausschnitt von einem DVU-Parteitag und DVU-Wahlplakaten.

Das MDR-Magazin *Fakt* befasst sich in einer Reportage mit den Aktivitäten der NPD in Sachsen. Dort habe die Partei inzwischen fast flächendeckend Orts- und Kreisverbände eingerichtet. Ihre Mitgliederzahl habe sich seit 1996 vervierfacht, so dass die NPD in Sachsen zahlenmäßig stärker vertreten sei als die Grünen und die FDP. Nachdem die NPD bereits am 1. Mai unter Beteiligung von 6000 Rechtsextremisten aus ganz Deutschland ihre Stärke demonstriert hat, sieht Parteimitglied Frank Schwedt, vorbestraft wegen Volksverhetzung und NS-Propaganda, beste Chancen für seine Partei bei der Landtagswahl in Sachsen kommenden Jahr. Das Erfolgsrezept der NPD bestehe, so der Kommentar, vor allem in eingängigen Parolen und einem im Osten populären Gemisch aus Nationalismus und Kommunismus, wie auch ein Ausschnitt aus einer Rede von Parteichef Voigt illustriert. Der Verfassungsschutzpräsident von Sachsen bezeichnet die NPD als Sammelbecken für Neonazis, gewaltbereite Skinheads und Mitgliedern

verbotener Organisationen auf der einen, aber auch ehemaligen NVA-, SED- und Stasi-Mitgliedern auf der anderen Seite.

Daneben setzt die Partei offenbar verstärkt auf Jugendarbeit. Bereits ab 16 Jahren besteht für die Jugendlichen die Möglichkeit zur Mitgliedschaft. Diesen biete die NPD neben einfachen Antworten feste Strukturen und ein großes Gemeinschaftsgefühl. In Wurzen bei Leipzig unterhält die Partei nicht nur ihr einziges offizielles – wie ein Hochsicherheitstrakt abgesichertes – Parteizentrum in Sachsen, sondern nach Angaben des NPD-Landesvorsitzenden als einzige Partei auch ein Jugendkulturzentrum. Seine Behauptung, die Eltern seien froh, dass ihre Kinder durch das Angebot der NPD von der Straße weggämen, wird aus dem Off mit der Aussage kommentiert, dass in Wurzen die rechte Szene besonders gefährlich und gewaltbereit sei. Wie zum Beweis geht während einer Polizeikontrolle einer der Skinheads auf die Kamera zu und tritt – im Beisein eines Polizisten – nach dem Kameramann.

In Dresden werden drei Mitglieder der Partei-Untergliederung Junge Nationale (JN) interviewt, die in einem Plattenbaugebiet Flugblätter verteilen. Der aus Westdeutschland stammende JN-Geschäftsführer erzählt, dass die Bundesgeschäftsstelle kürzlich von Bochum nach Dresden verlegt wurde, da es „in Mitteldeutschland ein viel größeres Potential an Leuten gibt, die für unsere Argumente offen sind, als im Westen“.

Über die eigentlichen Ziele der NPD lässt der Bericht keine Zweifel: Nach außen wolle sie die Partei der Arbeitslosen und Wendeopfer sein, verfolge aber intern viel weiterreichende Ziele. Dazu der Verfassungsschutzpräsident: „Die NPD strebt ein neues deutsches Reich in seinen alten Grenzen an mit einer neuen Ordnung, die mit der jetzigen Verfassung nichts mehr zu tun hat.“ Dass sich die NPD neuerdings „so unverfroren selbstbewusst“ präsentiert (O-Ton Voigt: „Kameraden! 1999 wird zurückgeschossen.“), interpretiert der Kommentar als Alarmsignal an alle demokratischen Parteien und Gerichte, diesen Vormarsch noch rechtzeitig zu stoppen. Insgesamt distanziert sich der Beitrag deutlich von den Äußerungen der NPD-Mitglieder, allerdings nicht von den Aussagen der Jungen Nationalen. Auch die Aufnahmen von der NPD-Kundgebung in Leipzig mit den üblichen Skinheads, Fahnen sowie Transparenten mit Aufschriften wie „Arbeit zuerst für Deutsche“, die die Reportage einrahmen, werden kritisch kommentiert.

Dienstag, 5. Mai 1998

In seinem Morgenmagazin *Guten Morgen Deutschland* befasst sich **RTL** in einem kurzen Nachrichtenfilm mit der Affäre um Werder Bremen.

In der wochentäglich ausgestrahlten Talkshow *Ilona Christen* lautet das Motto aus Anlass des DVU-Wahlerfolges in Sachsen-Anhalt an diesem Tag: Ist die rechte Gewalt in Deutschland wieder auf dem Vormarsch? Dabei geht es um die Gründe für den enormen Erfolg der DVU bei den Jung- und Erstwählern und um die gestiegene Gewaltbereitschaft rechtsextremer Jugendlicher. Es diskutieren acht Gäste auf dem Podium, darunter Politiker, Sozialarbeiter, ein anerkannter Asylbewerber aus Nigeria und zwei Aussteiger aus der neonazistischen Szene. Die Zuschauer werden teilweise in das Gespräch mit einbezogen.

Einer der ehemaligen Skinheads schildert, wie er 1990 zu der rechtsextremistischen Szene stieß. Als Hauptgrund nennt er mangelnde Freizeitperspektiven nach der Wende. Der andere Aussteiger, der eine Gefängnisstrafe wegen Schlägereien verbüßte, berichtet, dass ein sogenanntes Antagonisten-Training, bei dem sich die Teilnehmer in die Rolle des Opfers hinein versetzen müssen, wesentlich dazu beigetragen habe, dass er sich heute von Gewalt distanzieren. Zu seinen Freunden von früher habe er aber noch gelegentlich Kontakt. Es wird nicht deutlich, inwieweit sich die beiden heute generell von rechtsextremistischem Gedankengut distanzieren.

Der in Eberswalde wohnende Nigerianer berichtet von gelegentlichen Pöbeleien auf der Straße. Bestimmte Stadtviertel meide er, besonders abends. Seine deutsche Ehefrau wurde selbst schon einmal Zeugin eines Überfalls von Skinheads auf eine Diskothek. Sie selbst habe wegen ihrer beiden Kinder oft Angst vor Übergriffen. Aus Eberswalde wegziehen möchte sie aber nicht, da es woanders auch nicht besser zugehe.

Ein ehemaliger Bundeswehrsoldat gibt an, dass in der Bundeswehr sehr viele Soldaten rechte Auffassungen vertreten würden. Er selbst habe rechtsextremistische Vorfälle erlebt, gegen die nichts unternommen worden sei. Um welche Vorfälle es sich dabei konkret gehandelt haben soll, wird nicht hinterfragt. Die politische Bildung beim Bund werde sehr oberflächlich und unmotiviert betrieben.

Cem Özdemir von Bündnis 90/Die Grünen fordert einen starken Staat gegen Rechtsextremisten und spricht sich für ein härteres Durchgreifen gegenüber jugendlichen Gewalttätern aus. Politik und Gesellschaft müssten kompromisslos zum Ausdruck bringen, dass Gewalt kein Mittel zur Lösung von Problemen sei. Diese Auffassung müssten aber auch die Eltern bei ihrer Erziehung viel stärker vertreten.

Ähnlich, wenngleich weniger vehement, äußert sich Christoph Matschie (SPD), MdB aus Thüringen. Er plädiert für mehr präventive Maßnahmen von Seiten der Politik. Seiner Auffassung nach war der Wahlerfolg der DVU in dieser Größenordnung nicht vorhersehbar, da die rechtsextremistische Szene in Sachsen-Anhalt längst nicht so groß sei wie die Menge der Bürger, die am 26. April die Frey-Partei gewählt hätten.

Dem widerspricht ein Sozialarbeiter, der in Angermünde (Brandenburg) offene Jugendarbeit betreibt. Er habe lange vor der Landtagswahl das Zentrum für demokratische Kultur gewarnt, dass im Osten 30 Prozent der Jugendlichen eine rechtsextremistische Wertorientierung verinnerlicht hätten. Es handele sich daher in Sachsen-Anhalt nicht um eine Protestwahl, da die DVU lediglich diese bereits bestehende Wertorientierung verbalisiert habe. Die demokratischen Parteien dürften nach dem Wahlerfolg nicht den Fehler begehen, die Themen der Rechten zu übernehmen, wie dies in Bayern diskutiert werde, sondern sie müssten sich klar abgrenzen. Schuld an dem wachsenden Zulauf rechtsradikaler Parteien und Gruppierungen sei aber auch das gesellschaftliche Klima. Die Kinder übernähmen lediglich die Argumente der Eltern. Der Sozialarbeiter sieht Rechtsextremismus definitiv nicht als reines Jugendproblem an, da viele Erwachsene ausländerfeindliche Übergriffe ihrer Kinder stillschweigend billigten.

Diese Auffassung bestätigen auch zwei Schülerinnen aus Angermünde. In ihrer Stadt äußerten viele Erwachsene regelmäßig die gleichen Parolen, die auch die DVU in ihrem Wahlkampf plakatiert habe. Arbeitslosigkeit als Ursache für die rechtsextreme Orientierung bei den Jugendlichen in ihrem Umfeld scheide ihrer Ansicht nach aus, da die meisten eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz besäßen. Dennoch sei die Auffassung, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeit weg, weit verbreitet.

Ein Filmbeitrag wird eingespielt, mit dem demonstriert werden soll, was in den Köpfen der Skinheads vorgeht. Mehrere Jugendliche äußern ausländerfeindliche Parolen. In einem zweiten Filmbeitrag werden mehrere Erwachsene interessanterweise von einem farbigen Reporter befragt, der sich ähnliche Äußerungen anhören muss. In beiden Beiträgen ist immer wieder das Vorurteil zu hören, Ausländer nähmen den Deutschen Arbeitsplätze und Wohnungen weg.

Anschließend werden die Zuschauer im Studio gefragt, ob Deutschland eine Partei wie die DVU brauche. Allerdings hat niemand von den Befragten eine Meinung dazu. Auf hartnäckige Nachfragen äußern schließlich zwei Frauen Verständnis für die Jugendlichen. Auf der einen Seite gäbe es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, auf der anderen Seite würden ausländische Arbeitskräfte eingestellt. Dieser Argumentation widerspricht einer der beiden Sozialarbeiter.

Die Moderatorin ist entsetzt über die Gleichgültigkeit des Publikums und zieht Parallelen zum Niedergang der Weimarer Republik. Der zweite Sozialarbeiter, selbst ein Aussteiger aus der Skinheadszene, schließt sich dieser Meinung an. Für ihn ist der Wahlerfolg der DVU ein alarmierendes Zeichen dafür, dass die Rechtsextremen anfangen – ähnlich wie die NSDAP – sich mit den Waffen der Demokratie auszurüsten, um diese auszuhebeln. Er setzt sich dafür ein, das Bewusstsein der Bürger für die Bedeutung dieser Vorgänge zu stärken. Hierbei seien in erster Linie die Eltern gefordert. Zustimmung erhält er dafür von einem der beiden ehemaligen Neonazis.

Abschließend werden einige der Teilnehmer zu einem kurzen Schlusswort aufgefordert. Eine Gesamtzusammenfassung der Diskussionsinhalte durch die Moderatorin erfolgt allerdings nicht. Insgesamt unterscheidet sich die Sendung von ähnlichen Formaten, in denen es weniger um Inhalte als um Emotionen und Krawall geht. Allerdings bleiben die meist kurzen Statements der Teilnehmer in der Regel im Raum stehen. Es wird selten nachgefragt oder in anderer Weise auf den Gesprächspartner eingegangen. Dennoch wird deutlich, dass die Gesprächsteilnehmer einhellig der Meinung sind, einfache Erklärungen wie Arbeitslosigkeit und Protest taugten nicht zur Lösung des Problems Rechtsextremismus.

Der Sender **SAT.1** bringt in seinem Frühstücksprogramm *Deutschland heute morgen* mehrere Beiträge zum Thema Rechtsextremismus. In den Sportnachrichten gibt es einen Filmbericht zu den Vorfällen bei Werder Bremen. Mehrere Spieler sowie der Trainer nehmen zu den Vorwürfen Stellung. Der Auslöser der Affäre, Hany Ramzy, bezeugt, er habe nur Spaß machen wollen und sich nichts Böses bei dem Hitlergruß gedacht. Andere Werderaner bezeichnen die Geschichte als „große Dummheit“ und geben an, dass einige Mitspieler Ramzy sofort zurechtgewiesen hätten. Außerdem bestreiten sie, dass irgend jemand auf der Party die erste Strophe des Deutschlandliedes angestimmt habe. Der Trainer distanziert sich ebenfalls von den Vorfällen, verteidigt Ramzy aber mit der Begründung, dieser kenne als Ägypter die deutsche Vergangenheit doch gar nicht. Um Abhilfe zu schaffen, schlägt er vor, im Verein den Film „Schindlers Liste“ anzuschauen und anschließend darüber zu diskutieren. Der Moderator selbst meint, dass man den Verein oder einzelne Spieler nicht vorschnell in die „braune Ecke“ stellen dürfe, auch wenn man nach diesem Vorfall nicht einfach zur Tagesordnung zurückkehren könne. Der Beitrag wird im Frühstücksfernsehen später noch einmal gezeigt.

In einem anderen Filmbericht geht es um Maßnahmen zur Bekämpfung rechtsextremistisch motivierter Straftaten. In Brandenburg, das in der Anmoderation als eine Hochburg des Rechtsextremismus bezeichnet wird, hat das LKA zu diesem Zweck vor drei Monaten das mobile Sondereinsatzkommando MEGA gegründet. Der Reporter begleitet eines der insgesamt acht Teams, die vor allem nachts und am Wochenende unterwegs

sind, Treffpunkte von Neonazis aufspüren und stichprobenartig Kontrollen durchführen. Die Zivilfahnder folgen dabei nach eigenen Angaben dem Prinzip der präventiven Deeskalation, d.h. jede Konfrontation mit den Jugendlichen soll vermieden werden. In der Asservatenkammer eines Polizeireviere wird vorgeführt, was die Beamten bei ihren Kontrollen bereits beschlagnahmt haben: Baseballschläger, angespitzte Messingstangen, Messer und gelegentlich sogar eine Schusswaffe. Der Reporter beurteilt den Erfolg dieses Pilotprojektes eher skeptisch. In einem ehemaligen Bunker, beliebter Treffpunkt für rechte Jugendliche, haben die Skinheads Schießübungen abgehalten. Sicherstellen kann das MEGA-Team in diesem Fall nur eine zerlöchernte Bierdose. Kommentar: „Volltreffer, nur leider nicht für die Fahnder.“ Der Beitrag wird sowohl im Frühstücksfernsehen als auch im Regionalmagazin *17:30 live aus Berlin* noch einmal wiederholt.

Anlässlich des DVU-Wahlerfolgs in Sachsen-Anhalt befasst sich der dritte Beitrag zum Thema im Frühstücksfernsehen mit den 16 neuen Landtagsabgeordneten. Dazu interviewt die Moderatorin einen Journalisten vom Berliner Tagesspiegel, der versucht hat, Personen und Programm hinter den Parolen der DVU aufzuspüren. In dem Gespräch wird die DVU als Phantompartei dargestellt, die außer ihren Wahlkampfparolen keinerlei Konzepte vorzuweisen habe, deren Mitglieder quasi als Marionetten von Frey dirigiert würden und nicht in der Lage seien, fundierte politische Statements abzugeben. Dabei kommt mit Bezug auf andere Medienquellen zur Sprache, dass einige Abgeordnete nicht einmal den Namen des letzten Bundespräsidenten kennen würden und der Spitzenkandidat Helmut Wolf seine Frau geschlagen und seine Kinder mit einer Pistole bedroht haben soll. Außerdem sei einer der Abgeordneten wegen Hakenkreuzschmierereien angeklagt worden. Der Journalist ist der Meinung, dass die Wähler nicht wussten, wem sie da eigentlich ihre Stimme gaben, und den etablierten Parteien lediglich einen Denkkzettel verpassen wollten. Angeblich täte es einigen dieser Protestwähler schon wieder leid, dass die DVU ein derart hohes Wahlergebnis erzielt habe. Der Partei selbst, deren Erfolg einzig auf ihrer effektiven Wahlkampfstrategie beruhe, spricht er insgesamt ihre Politikfähigkeit ab.

Auch das Magazin *Focus TV* auf **ProSieben** geht der Frage nach, wer die 16 DVU-Abgeordneten sind, „die vorher nie jemand zu Gesicht bekam“.¹ Daneben befasst sich die Reportage noch mit Freys Führungsstil und den Motiven der DVU-Wähler. Einem Statement von Frey, der seine Truppe als „Zierde des Parlaments bezeichnet“, werden die Aussagen einiger DVU-Abgeordneter gegenüber gestellt und ironisch kommentiert. Zwei der Befragten können die Frage nach dem letzten Bundespräsidenten nicht beantworten. Auch die Antwort auf die Frage, wie die DVU denn die Arbeitslosigkeit bekämpfen wolle, bleibt offen. Man wolle erst einmal abwarten, wie sich die Sache entwickle, ein Programm gebe es noch nicht. Die Abgeordnete Veronika Brandt gibt zu, dass sie sich bislang nicht für Politik interessiert habe, es sei aber nicht so, dass man gänzlich ahnungslos sei. Der Reporter fragt immer wieder kritisch nach und treibt die

¹ Es handelt sich hier um eine Sendungswiederholung von Sonntag.

Befragten damit in die Enge. So auch bei dem bereits mehrfach erwähnten 19-jährigen Mirko Mokry, der als verurteilter Hakenkreuzschmierer und als loyal und unbedarft bezeichnet wird. Nach einem ersten, im Vergleich zu seinen Kollegen fast professionellem Statement zur Arbeitsmarktpolitik entpuppt er sich als ebenso sprachlos. Auf die Nachfrage, wie er die Industrie dazu bringen will, neue Arbeitsplätze zu schaffen, antwortet er: „Das ist eigentlich nicht meine Aufgabe.“

Nach Ansicht des Reporters sind die Abgeordneten sowie der Fraktionsvorsitzende Helmut Wolf nur Staffage für den eigentlichen Wahlsieger, den DVU-Chef Gerhard Frey, der in seiner Partei „nach Gutsherrenart“ herrsche. Ein ehemaliger Kieler DVU-Abgeordneter beschreibt den Führungsstil seines früheren Vorgesetzten als autoritär. Frey sei nicht fähig, menschlich zu führen, die Mitglieder würden zu reinen Befehlsempfängern degradiert. Im Zusammenhang mit dem zwei Millionen Mark teuren Briefkastenwahlkampf wird auch über dubiose Spendentransfers von Gerhard Frey berichtet. Dazu äußert sich ein Politiker der Grünen.

Den Motiven der DVU-Wähler geht der Reporter in dem Dorf Schieren auf den Grund, wo die Partei laut Kommentar mit 33 Prozent der Stimmen Spitzenwerte erzielte. Die befragten Einwohner sind verärgert, dass ihr Ort nun als braunes Nest durch die Presse geistere, da es in dem Dorf nicht einen einzigen Rechtsradikalen gebe. Sie bezeichnen sich selbst als Protestwähler, die der Regierung einen Denkmalt verpassen wollten. Dieser Meinung schließt sich der Kommentar an, distanziert sich aber gleichzeitig von der Kampagne der DVU, die mit rechten Hetzparolen und fremdenfeindlichen Slogans ausgerechnet in dem Land mit dem geringsten Ausländeranteil auf Stimmenfang gegangen sei. Kommentar zu einem entsprechenden Plakat: „Feindbilder aus Pappe, die ins Braune treffen.“ Konfrontiert mit dem Hinweis auf Sachsen-Anhalts Ausländeranteil von 1,8 Prozent erwidert der DVU-Alterspräsident Wiechmann sinngemäß, dass es Aufgabe seiner Partei sei, einen weiteren Zuzug von Ausländern zu verhindern. Er sieht Magdeburg im Geiste schon überschwemmt mit Minaretten und Muezzins, die die Stadt mit ihren Gebeten überschallen. Auch hier fragt der Reporter kritisch nach.

Frey selbst begründet seinen Wahlerfolg so: „Die Menschen im Osten sind wesentlich normaler als in der alten Bundesrepublik, informierter und weniger umerzogen.“ Darauf setzt anscheinend auch die NPD, die durch den Wahlerfolg der DVU einen enormen Auftrieb bekommen habe. Der Parteichef Udo Voigt bezeichnet Frey als „Door Opener“ für eine neue nationale Welle bei den nächsten Wahlen. Hierzu werden Aufnahmen von der Mai-Kundgebung der Partei in Leipzig gezeigt und kritisch kommentiert. In der Abmoderation zieht die Moderatorin in Anspielung auf die vorgestellten DVU-Abgeordneten ein ironisches Fazit. Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit könne die DVU einen ersten Etappensieg vermelden. 16 Menschen hätten für die nächsten vier Jahre einen sicheren Arbeitsplatz mit einem Monatslohn von 6.500 DM.

Innerhalb des *Morgenmagazins* von **ARD** und **ZDF** sendet die ZDF-Nachrichtensendung *heute* zweimal eine Sprechermeldung, in der Bundestags-Vizepräsident Burkhard Hirsch (FDP) die Union vor einem Rechtsruck warnt. Unter Bezugnahme auf ein Interview mit den Bremer Nachrichten wird Hirsch mit den Worten zitiert, die CSU würde mit ausländerfeindlichen Parolen rechtsextremistische Tendenzen eher fördern. Nach dem DVU-Erfolg hatten die Christsozialen angekündigt, die von der DVU angesprochenen Themen verstärkt selbst zu besetzen. Auch im *ZDF-Mittagsmagazin* erscheint diese Meldung noch einmal leicht variiert.

Im Gegensatz zu den privaten Vollprogrammen SAT.1 und ProSieben interessiert sich das Magazin *Frontal* im **ZDF** nur am Rande für die 16 DVU-Abgeordneten, von denen einige „einen leicht debilen Eindruck machen und teilweise nicht einmal der deutschen Sprache mächtig“ seien. Im Mittelpunkt der Reportage stehen die eigentlichen Ziele der Partei hinter der plakatierten Propaganda. Nach eigenen Angaben hat *Frontal* erstmals recherchiert, dass der Verleger und DVU-Strippenzieher Gerhard Frey schon immer Kontakte zur Neonaziszene unterhalte und diese auch finanziell unterstütze. Dafür werden im Beitrag mehrere Beispiele angeführt. So habe Frey dem Anführer der Wehrsportgruppe Hoffmann, einem Zusammenschluss von militanten Extremisten, finanziell unter die Arme gegriffen, als dieser aufgrund des Uniformverbots zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Außerdem biete der DVU-Chef in seiner National Zeitung Holocaust-Leugnern wie David Irving, dem Amerikaner Thies Christoffersen sowie dem Rechtsanwalt Jürgen Rieder, der schon öfter Altnazis vor Gericht vertreten hat und die Überlegenheit der germanischen Rasse predigt, bereitwillig ein Forum für ihre antisemitischen Pamphlete. Verschiedene Verfassungsschützer bestätigen, dass die Leugnung des Holocausts in Freys Medien ein zentrales Thema darstelle. Dass man diesem Mann bislang gerichtlich noch nicht zur Verantwortung ziehen konnte, so der Kommentar, liege daran, dass Frey seinerseits hohen juristischen Beistand genieße. Zu seinen Unterstützern sollen der ehemalige bayerische Innenminister Seise ebenso wie der bekannte Mitverfasser des Grundgesetzkommentars Dr. Theodor Maunz gehört haben.

Weiterhin werden auch die dubiosen Geschäftspraktiken des DVU-Gründers beleuchtet. Beispielsweise nutze Frey seine Doppelrolle als Parteichef und Verleger dazu, die DVU beliebig in seine Privatgeschäfte einzubinden. Durch eine Reihe von „In-Sich-Geschäften“ sowie Finanzschiebereien zwischen Verlag und Partei habe Frey bislang 150.000 DM an Steuergeldern einnehmen können. In der Reportage, die sich überwiegend auf eigene Recherchen sowie Experten-Statements stützt, kommen nur zweimal Rechtsextreme zu Wort, beispielsweise Gerhard Frey zur Ausländerpolitik: „Wir haben nicht vor 300 Jahren die Türken vor Wien geschlagen, um ihnen heute die ganze Bundesrepublik auszuliefern.“ Und der bereits erwähnte Christoffersen behauptet, dass es „in den Konzentrationslagern selbstverständlich Gaskammern gegeben habe – für Läuse.“ Beide Äußerungen werden im Anschluss sehr deutlich kritisiert. Ebenso deutlich wird der

Kommentar in der Abmoderation: „Nach unseren Recherchen muss der DVU das Parteienprivileg aberkannt werden. Das ist keine demokratische Partei, sondern eine Ein-Mann-Show mit Firmencharakter, die Steuergelder für ihre braune Propaganda missbraucht.“

In den Regionalnachrichten *aktuell Berlin & Brandenburg* zitiert die **ARD** in einer Sprechermeldung Brandenburgs Innenminister Ziel, der sich nach dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt für ein konsequentes Vorgehen gegen die Partei ausspricht. Dabei bedauert er die fehlende Möglichkeit von Sanktionen, da über ein etwaiges Verbot vom Bundesverfassungsgericht entschieden werden müsste. Um den rechten Parteien das Wasser abzugraben, solle die Politik den Jugendlichen mehr Perspektiven in Form von Ausbildung und Arbeitsplätzen bieten.

Mittwoch, 6. Mai 1998

In dem Morgenmagazin *Punkt Sieben* kündigt **RTL** an, dass heute in Bonn der Verfassungsschutzbericht 1997 vorgelegt werde. Unter Berufung auf einen Bericht der BILD-Zeitung werden bereits die wichtigsten Zahlen genannt. Dazu laufen Bilder von der Maikundgebung der NPD in Leipzig. Man sieht Demonstranten mit Reichskriegsflaggen vor dem Völkerschlachtdenkmal. Einer der Teilnehmer hält seine Fahne so, dass sein Arm quasi zum Hitlergruß ausgestreckt ist. In dem gleichen Beitrag geht es auch um die Debatte zum Thema DVU-Verbot. Zitiert wird der CDU-Rechtsexperte Horst Eylmann, der sich gegen entsprechende Forderungen des niedersächsischen Innenministers Glogowski (SPD) wendet. Ein Verbot treibe die DVU-Anhänger in den Untergrund und mache sie schwerer kontrollierbar. Der Beitrag wird bis um 9 Uhr halbstündig wiederholt und später noch mit dem Zusatz versehen, dass sich der US-Präsident Bill Clinton besorgt über den Wahlerfolg der DVU gezeigt habe. Wie sein Sprecher mitteilte, wolle Clinton in der kommenden Woche das Thema mit Bundeskanzler Helmut Kohl aus Anlass seines Deutschlandbesuchs zum 50. Jahrestag der Berliner Luftbrücke besprechen.

In seiner Hauptnachrichtensendung *RTL aktuell* widmet der Sender dem Thema Verfassungsschutzbericht einen etwas längeren Filmbericht. Die Anmoderation enthält die Aussage, dass seit 1945 noch nie so viele rechtsextremistische Straftaten begangen wurden wie im vergangenen Jahr. Die Äußerung von Bundesinnenminister Kanther, die rechte Szene sei augenblicklich sehr in Bewegung, illustriert der Beitrag durch marschierende Neonazis mit Trommeln und Fahnen in den alten Reichsfarben. Diese Bilder werden aus dem Off kritisch kommentiert. Nach Nennung der wichtigsten Zahlen – hier werden auch die linksextremistischen Straftaten erwähnt – äußert sich Kanther zu dem diskutierten DVU-Verbot: „Parteien verbietet man nicht, Parteien be-

kämpft man durch den Wähler – indem man die Aufgaben löst.“ Der SPD-Politiker Otto Schily gibt indirekt der Regierung die Schuld an den im Bericht dokumentierten Entwicklungen, da sie für die Jugendlichen nicht genug Ausbildungsplätze zur Verfügung stelle. Der Bericht schließt mit dem Kommentar, dass sich die etablierten Parteien mit den angekündigten Gegenmaßnahmen beeilen müssten, da DVU-Chef Frey künftig mit den Republikanern zusammenarbeiten wolle und die Rechtsextremen dadurch noch gefährlicher würden.

Das *RTL-Nachtjournal* beschäftigt sich noch ausführlicher mit dem Thema Rechtsextremismus. Während der Anmoderation wird eine Deutschlandkarte eingeblendet, auf der ein Neonazi steht, der den Hitlergruß zeigt und einen Schatten in Form eines Hakenkreuzes auf den östlichen Teil der Republik wirft. Die im Verfassungsschutzbericht veröffentlichten Daten werden als Beleg dafür interpretiert, dass der DVU-Wahlerfolg kein Betriebsunfall gewesen sei. Auch die NPD verzeichne einen regen Zulauf, während die gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Rechts- und Linksextremen als einen gefährlichen Trend ausgemacht werden. Dies wird durch Szenen vom NPD-Aufmarsch und den Ausschreitungen von Autonomen in Leipzig dokumentiert.

Eine Reporterin begleitet in Magdeburg einige Polizisten, die nachts in Zivil durch die Straßen patrouillieren, um Gewalttaten zu verhindern. Eine Polizistin bestätigt, dass die Brutalität der Übergriffe erschreckend zugenommen habe. Kürzlich seien zwei Punks von Neonazis angegriffen worden, wobei einer erschlagen, der andere schwer verletzt wurde. Um die Jugendlichen von der Straße zu holen, bietet die Magdeburger Polizei inzwischen für Rechte zwei Mal wöchentlich Mitternachtsfußball an, für die linke Szene stellte die Stadt eine Skatinghalle zur Verfügung. Der Magdeburger Oberbürgermeister glaubt allerdings nicht, dass die Stadt dadurch stellvertretend Erziehungsfunktionen wahrnehmen könne. In dem Zusammenbruch der Institution Familie, gerade in den von hoher Arbeitslosigkeit gebeutelten Gebieten, so der Beitrag, liege der eigentliche Erklärungs- und Lösungsansatz des Problems. Abschließend wird zu einer innovativen Arbeits- und Sozialpolitik aufgerufen, da diese Ursachen selbst von einer noch so motivierten Polizeiarbeit nicht bekämpft werden könnten.

Auch **VOX** widmet in seinen Abendnachrichten dem Verfassungsschutzbericht einen Filmbericht, in dem die wichtigsten Ergebnisse kurz vorgestellt werden. Dazu strahlt der Sender Bilder von Ausschreitungen sowohl von verummten Autonomen als auch von Neonazis auf nicht näher benannten Aufmärschen aus. Für den Berichtersteller liegen die Gründe für die deutliche Zunahme rechter Gewalt und Gesinnung besonders in den Neuen Ländern vor allem in der verheerenden Massenarbeitslosigkeit. Diese raube vor allem der Jugend ihre Zukunftschancen, so dass nachzuvollziehen sei, dass sie sich extrem abreagieren und extrem wählen. In Abgrenzung zu Kanthers Statement, das Problem der Rechtsextremen in den Parteien müsse der Wähler lösen, hält der Kom-

mentator es für sinnvoller, den Nährboden, der den Rechtsextremen ihren Zulauf beschert, also die desolate wirtschaftliche Lage im Osten, anzugehen, und plädiert dafür, die Politik nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

In den Spätnachrichten sind die Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts noch einmal Thema eines Nachrichtenfilms, wobei hier der Sender von „Terror von Rechts“ spricht. Es werden die gleichen Bilder wie in der Hauptnachrichtensendung gezeigt. Zusätzlich erfolgt die Information, dass Kanther ein Verbot rechtsextremer Parteien ablehne.

RTL II nimmt in den Abendnachrichten die Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts zum Anlass, sich mit den Argumenten für und wider ein DVU-Verbot auseinanderzusetzen. In dem Filmbericht kommen sowohl der Befürworter Glogowski als auch der Gegner Kanther zu Wort. Glogowski spricht sich dafür aus, ein Parteienverbot nicht grundsätzlich zu tabuisieren und macht darauf aufmerksam, „dass wir es hier mit einer Partei zu tun haben, die wir uns in Deutschland eigentlich nicht erlauben können“. Kanther dagegen ist der Meinung, dass ein Verbot nichts bewirke, will sich mit den Rechtsextremen politisch auseinandersetzen und zieht Parallelen zur Bekämpfung des linksextremistischen Terrors in den 70er und 80er Jahren. Der Beitrag selbst liefert eine weitere Begründung für ein Parteienverbot, bei der nicht klar ist, ob es sich hier um eine zitierte Äußerung Glogowskis handelt. Unter Hinweis auf die angekündigte Beteiligung der DVU an den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern sowie der NPD in Sachsen spräche für ein Verbot, dass so der Einzug rechtsextremer Parteien in weitere Landesparlamente verhindert werden könne. Weiter wird auf die Innenministerkonferenz am Freitag hingewiesen, auf der auch über ein DVU-Verbot beraten werden solle. Der Beitrag schließt mit dem Hinweis, dass die Rechtsradikalen in Deutschland unstreitig auf dem Vormarsch sind, was durch die im Verfassungsschutzbericht ausgewiesene Zahl rechtsextremistischer Straftaten und durch Bilder vom NPD-Aufmarsch in Leipzig belegt wird.

In den *Früh-News* innerhalb des Frühstücksfernsehens sendet **SAT.1** eine kurze Sprechermeldung zur Verbotsdiskussion. Auch hier wird der CDU-Rechtsexperte Eylmann zitiert, der sich gegen das von Glogowski geforderte Verbot ausspricht mit der Begründung, dadurch entstehe der Eindruck, die demokratischen Parteien werden mit dem Problem nicht fertig. Außerdem erfolgt ein Hinweis auf die für diesen Tag einberufene Pressekonferenz zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichts, nach dem die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten um 34 Prozent zugenommen habe. Der Beitrag wird innerhalb des Frühstücksfernsehens anfangs viertelstündlich, später halbstündlich wiederholt. Dabei wird er teilweise leicht gekürzt, teilweise mit der Zusatzinformation versehen, dass zwei Drittel der Straftaten von Jugendlichen aus dem Osten begangen worden seien.

Auch im Regionalmagazin *17:30 live aus Berlin* findet der Verfassungsschutzbericht Erwähnung. In einem Nachrichtenfilm sieht man marschierende Neonazis mit Reichskriegsflaggen und dem Reichsbanner, die den Hitlergruß zeigen, sowie vermummte Rechte mit Fackeln in einem Waldstück. In der gleichen Sendung informiert der Sprecher über mehrere Razzien bei Neonazis aus Potsdam und Magdeburg. Bei der groß angelegten Aktion gegen mutmaßliche Angehörige rechtsextremistischer Organisationen wurden größere Mengen Waffen und Sprengstoff sichergestellt. Im Hintergrund wird das Bild von einem Springerstiefel eingeblendet.

In den Hauptnachrichten *18:30* behandelt der Sender in einem Filmbericht gleich mehrere Aspekte des Themas Rechtsextremismus. Nach nochmaligem Hinweis auf die bereits erwähnte Razzia werden die wichtigsten Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts zur Entwicklung des Rechtsextremismus vorgestellt. Zu der Information, dass die Anhängerschaft von NPD und Republikanern im letzten Jahr stark angestiegen sei, laufen Bilder von der Maikundgebung der NPD vor dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig und noch einmal die Aufnahmen von vermummten Rechten mit Fackeln. Ein Experte nennt als Gründe für die hohe Jugendgewalt die hohe Arbeitslosigkeit. Abschließend befasst sich der Beitrag noch mit dem Wahlerfolg der DVU und den Reaktionen der Politiker. Dabei werden Bilder von DVU-Wahlplakaten mit den Slogans „Deutsches Geld für deutsche Arbeit“ und „Diesmal Protest wählen“ sowie eine Flugzeugwerbung eingespielt. In einem O-Ton sagt Glogowski, dass er die DVU verbieten lassen wolle, weil sie seit den Wahlen in Hamburg und Sachsen-Anhalt aggressiv-kämpferischer auftrete als früher. Diesen Aussagen wird das bereits bekannte Kanther-Zitat gegenübergestellt. Am Schluss steht der Verweis auf die übermorgen anberaumte Innenministerkonferenz, auf der auch über den künftigen Umgang mit den Rechtsparteien beraten wird.

Auch die **ProSieben-Nachrichten** um 19:30 Uhr berichten über die beiden Razzien in Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Im Hintergrund wird das Foto eines Skinheads mit Baseballschläger eingeblendet, der sich SS-Runen auf den Hinterkopf rasiert hat. Der Kommentar „die Rechten rüsten auf“ leitet über zu den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts, die in einer Statistik zusammengefasst werden. Diese wird begleitet durch Filmaufnahmen von der NPD-Massenkundgebung in Leipzig und Bildern von mit antisemitischen Hetzsprüchen beschmierten Grabsteinen. Anschließend werden Äußerungen Kanthers zitiert, der nicht von einem rechtsextremistischen Terrorismus sprechen wolle und im Gegensatz zu Glogowski ein DVU-Verbot ablehne, was mit dem bereits erwähnten Kanther-Zitat im O-Ton unterstrichen wird. Er plädiere für eine politische Auseinandersetzung mit den Themen der Rechten, so der Kommentar, wobei er vor einer Anbiederung an deren fremdenfeindliches Vokabular im Wahlkampf warne.

Die Ausgabe der **Kabel 1**-Nachrichten am Vorabend widmet der Veröffentlichung des Verfassungsschutzberichts eine kurze Sprechermeldung, in der nur dessen Kernaussage, dass die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten in der Geschichte der Bundesrepublik 1997 einen Höchststand erreicht habe, erwähnt wird. Kanther wird mit der Aussage zitiert, dass die DVU eine verfassungsfeindliche Partei sei, er aber trotzdem gegen ein Verbot sei. In den Spätnachrichten wird dieser Beitrag wiederholt, diesmal aber als Nachrichtenfilm mit Ausschnitten von der Maikundgebung der NPD.

In den Hauptnachrichten sendet Kabel 1 einen Filmbericht zum Verfassungsschutzbericht, der in Struktur und Bildmaterial über weite Strecken dem Bericht in den ProSieben-Nachrichten gleicht. Der Bildkommentar zur NPD-Demonstration ist allerdings reißerischer formuliert. Kanthers Begründung gegen das DVU-Verbot fällt etwas ausführlicher aus. Am Schluss erfolgt der Hinweis, dass auch die PDS vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestuft werde.

In der ersten Ausgabe von *heute um 5:30* Uhr bringt das **ZDF** unter Bezugnahme auf die Neue Osnabrücker Zeitung eine Sprechermeldung. Vor dem Hintergrund des DVU-Wahlerfolgs wird der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, Horst Eylmann (CDU), mit den Worten zitiert, ein Verbot der DVU sei das Dümme, was man jetzt tun könne. Dadurch entstünde der falsche Eindruck, die etablierten Parteien seien mit dem Problem überfordert. Er bezieht sich dabei auf einen entsprechenden Vorstoß des niedersächsischen Innenministers Glogowski (SPD). In der anschließenden Sprechermeldung wird unter Hinweis auf die in wenigen Stunden stattfindende Pressekonferenz in Bonn vorab vermeldet, dass die Rechtsextremisten im vergangenen Jahr wieder mehr Zulauf erhalten hätten und ihre Zahl um 7 Prozent auf rund 48.000 gestiegen sei. Hierbei beruft sich der Sender auf eine Meldung der BILD-Zeitung. Im Hintergrund ist ein Bild von Armen, die zum Hitlergruß erhoben sind, eingeblendet. Beide Meldungen werden im Laufe des Vormittags bis um 9 Uhr viertelstündlich wiederholt. Dabei wird die Meldung zur DVU-Verbotsdebatte später nur noch alle halbe Stunde und teilweise ohne die Erwähnung von Glogowski ausgestrahlt.

Im *Morgenmagazin* wird im Rahmen einer Presseschau ein Artikel des Schriftstellers Stefan Heym aus der Berliner Zeitung zitiert, der sich mit dem aktuellen Rechtsextremismus in Deutschland befasst. „Der braune Ungeist“, so Heym, „war nie eliminiert worden, er war immer unter uns gewesen.“ Der Moderator bezieht diese Wort anschließend auf den staatlich verordneten Antifaschismus der DDR.

Im Anschluss an eine der bereits oben erwähnten Meldungen zu den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts führt der Moderator des *Morgenmagazins* mit dem bayerischen Innenminister Günther Beckstein (CSU) ein Interview via Zuschaltung ins Studio. Darin geht es um den Umgang mit den rechtsextremistischen Parteien nach dem Wah-

erfolg der DVU. Beckstein äußert sich skeptisch zu einem etwaigen Verbot. Grundsätzlich sei er zwar nicht abgeneigt, wenn die Fakten stimmen und ein schnelles Verbot möglich wäre. Zum einen könnten die Probleme dadurch nicht kurzfristig gelöst werden, da ein solches Verfahren sechs bis acht Jahre dauere. Zum anderen sei bereits ein Verfahren gegen Frey zur Aberkennung seine politischen Grundrechte vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Der DVU-Chef besitze sehr guten juristischen Beistand und beherrsche die Kunst, rassistische und antisemitische Formulierungen in seinen Publikationen so geschickt zwischen den Zeilen zu platzieren, dass ihm generell juristisch nur schwer beizukommen sei.

Neben einem konsequenten Vorgehen gegen Straftaten von Rechts- wie Linksextremisten gleichermaßen und mehr politischer Bildungsarbeit bei Jugendlichen plädiert Beckstein vor allem für die Bekämpfung der Ursachen dafür, dass die Leute rechtsextrem wählen. Dabei wirbt er für die CSU-Strategie, in Zukunft verstärkt Themen wie Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Ausländerpolitik aufzugreifen. Eine Gefahr, dadurch die Rechtsextremen erst recht hoffähig zu machen, sehe er nicht. Man könne wichtige Themen nicht deswegen ausklammern, nur weil sie von diesen Parteien als Sprungbrett für die Durchsetzung ihrer eigentlichen Ziele instrumentalisiert werden. Becksteins Skepsis gegenüber einem DVU-Verbot wird in den folgenden Meldungen zur Verbotsdebatte neben Eylmann noch mehrfach zitiert.

In den ab 11 Uhr ausgestrahlten *heute*-Sendungen, also nach der Pressekonferenz, wird detaillierter über die Ergebnisse der Verfassungsschutzberichts berichtet und durch Bilder, Zitate und O-Töne von Kanther auf der Pressekonferenz ergänzt. Es handelt sich überwiegend um ausführlichere Filmberichte, zusätzlich um zwei kürzere Nachrichtenfilmchen und eine Sprechermeldung. In den ersten Beiträgen wird nahezu gleichgewichtig über Links- und Rechtsextremismus berichtet. Einmal wird besonders betont, dass die Straftaten von Links und Rechts gleichermaßen angestiegen seien. Außerdem wird ein O-Ton von Kanther eingespielt, der „eine betrübliche Zunahme im Umkreis Links gegen Rechts“ konstatiert, wobei von den Linksextremisten mehr Gewaltdelikte, von den Rechtradikalen dagegen überwiegend Propagandadelikte erfasst worden seien.

In einem Filmbericht im *ZDF-Mittagsmagazin* ändert sich erstmals der Tenor der Berichterstattung. Zwar wird auch hier relativ ausführlich auf die Verfassungsschutzergebnisse betreffend den Linksextremismus eingegangen. Allerdings stellt der Beitrag auch einen Zusammenhang her zwischen den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts und der Diskussion um ein DVU-Verbot. Der O-Ton von Kanther, in dem er sich gegen ein Verbot rechtsextremistischer Parteien ausspricht und Parallelen zur Bekämpfung des Linksextremismus in den 70er Jahren zieht, wird eingespielt. Anschließend folgt ein Interview mit Horst Eylmann via Zuschaltung ins Studio. Der Verbotsgegner ist der Auffassung, dass die bestehenden Gesetze zur Bekämpfung des

Extremismus ausreichend seien und bezeichnet Glogowskis Vorschlag als reine Wahlkampfaktik. Wie Beckstein plädiert er für eine politische Auseinandersetzung mit dem Gegner, wendet sich aber implizit gegen die CSU-Strategie, selbst stärker die Themen der Rechten zu bedienen. Eylmann setzt eher auf Aufklärung, da er der Ansicht ist, die Wähler hätten aus Unwissenheit und Enttäuschung für die DVU gestimmt.

Die nachfolgenden *heute*-Beiträge ähneln dem Filmbericht im *Mittagsmagazin*. Kanther kommt noch zweimal mit der Auffassung zu Wort, er halte nichts von einem Verbot, obwohl er die DVU für eine verfassungsfeindliche Partei halte. In heute nacht zitiert die Anmoderation neben Kanther auch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Scharping, der sich ebenfalls gegen ein DVU-Verbot ausspricht.

Bis auf die Sprechermeldung werden alle Beiträge begleitet von Bildern marschierender Neonazis und von der NPD-Maikundgebung in Leipzig sowie von Bildern verummelter Autonome. In einem Beitrag kommen auch einige DVU-Wahlplakate ins Bild.

Im Rahmen ihrer Berichterstattung zum Verfassungsschutzbericht beschäftigt sich die **ARD** in den verschiedenen Ausgaben der *Tagesschau* vor allem mit diversen Statements des Bundesinnenministers auf der Pressekonferenz. Kanthers Ablehnung eines Parteienverbots wird explizit nicht nur auf die DVU, sondern auch auf NPD und Republikaner bezogen. Diese werden mit Bezug auf den Verfassungsschutzbericht als verfassungsfeindliche Parteien bezeichnet, die ausländerfeindliche und antisemitische Ressentiments schüren, den Holocaust verharmlosen und das demokratische System diffamieren. Einmal relativiert Kanther seine Position zum Parteienverbot. Sein auch in den Beiträgen der anderen Sender immer wieder eingespielte Zitat „Parteien verbietet man nicht, Parteien schlägt man durch den Wähler“ wird in einen größeren Zusammenhang gestellt und in Bezug zum linksextremistischen Terror der 70er und 80er Jahre gebracht. Interessant ist, dass in der Hauptausgabe der *Tagesschau* an erster Stelle die Zunahme linksextremistischer Straftaten ausführlich erwähnt wird. Auf der anderen Seite wird in den verschiedenen Beiträgen immer wieder auf die in Zukunft noch weiter steigende Gefahr von Rechts verwiesen, beispielsweise mit der Information, dass es bei den Parteien Bestrebungen gebe, sich nach dem Vorbild des französischen Front National zusammenschließen, wobei allerdings noch eine entsprechende Führungs- und Integrationsfigur fehle.

Die *Tagesthemen* schließen entgegen Kanthers Einschätzung aus den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts 1997, dass die Bereitschaft zu terroristischen Anschlägen von Rechtsextremisten gestiegen sei, und verweisen auf die Entdeckung von Waffenlagern mit Rohrbomben und selbstgebauten Sprengkörpern. In einem Kommentar von Jürgen Kellermeier (NDR) im Anschluss an den Filmbericht plädiert dieser für eine Politik der „Null Toleranz gegenüber den Feinden der Demokratie“ und schließt dabei

auch ein Parteienverbot nicht generell aus. Die von Kanther geforderte politische Auseinandersetzung mit den Rechten hält der Kommentator für eine Binsenweisheit. Neben harten staatlichen Repressionen gegen rechtsextremistische Gewalttäter müsse der Staat aber auch mit der Bewältigung der Arbeitsmarktkrise die sozialen Ursachen in den Griff bekommen.

Die Berichterstattung der ARD endet mit einer Sprechermeldung zu den wichtigsten Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts im *Nachtmagazin*.

In den meisten Beiträgen finden sich Filmausschnitte von Neonazi-Aufmärschen, die zum Teil durch Zeitraffer verfremdet werden und auf denen verfassungsfeindliche Symbole und typische Skinhead-Accessoires gezeigt werden. An der Tür zu einem privaten Neonazi-Treff hängt ein Schild mit der Aufschrift „Ausländer unerwünscht“. Neben Kanther sprechen sich in einem Beitrag auch je ein Vertreter der FDP und der Grünen gegen ein Parteienverbot aus, wobei der Grünenvertreter darauf verweist, dass frühere Verbote von rechtsextremistischen Organisationen nichts bewirkt hätten, weil sich diese Leute immer wieder neu organisieren. Der Verbotsbefürworter Glogowski kommt ebenfalls zweimal zu Wort. In der Nachmittagsausgabe der Tagesschau wird im Anschluss an den Filmbericht der Vizepräsident des Landesamtes für Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt interviewt. Dieser sieht in der Arbeitslosigkeit, den sozialen Problemen und der allgemeinen Verunsicherung im Osten den Hauptgrund für die gestiegene Anziehungskraft des Rechtsextremismus.

In den Regionálnachrichten zitiert *aktuell Berlin & Brandenburg* erneut in einer Sprechermeldung Innenminister Ziel mit der Forderung nach schärferen Strafgesetzen gegen Neonazis. Dabei wird auf den Verfassungsschutzbericht, den DVU-Wahlerfolg und den NPD-Aufmarsch in Leipzig Bezug genommen.

Donnerstag, 7. Mai 1998

Im **SAT.1**-Frühstücksfernsehen versuchen zwei Journalisten in einem Filmbericht, die Ursachen für den Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt zu ergründen. In Werben bei Bitterfeld soll die Partei mit 33 Prozent von 71 Wahlberechtigten ihr bestes Ergebnis erzielt haben. Dort hängen noch zwei Wochen nach der Wahl die DVU-Plakate. Deren Parolen wie „Die D-Mark muss bleiben“ oder „Kriminelle Ausländer raus“ werden kritisch kommentiert. Die beiden Reporter interviewen in Werben einen DVU-Wähler, der sich selbst als Protestwähler bezeichnet und glaubt, dass sich kein DVU-Wähler mit den randalierenden Rechtsradikalen identifiziere. Das „Ausländerproblem“ stehe nicht an erster Stelle, das gehöre bei den Rechten eben dazu. Die meisten Leute im Ort hätten die DVU wegen der hohen Arbeitslosigkeit gewählt. Diese Aussage wird durch die Information, dass in dem Dorf fast jeder Arbeit hat, so auch der Befragte selbst, entkräftet.

Ein Ausschnitt aus der Sendung *Talk im Turm* mit Erich Böhme wird eingespielt. Dort behauptet der DVU-Wahlkampfmanager Heinrich Gerlach, dass die DVU eine tolerante, demokratische Partei sei. Diese Äußerung wird im Publikum mit Gelächter quittiert. Der Kommentator vermutet diese Toleranz der DVU vor allem gegenüber ihren eigenen Abgeordneten und spielt auf deren mangelnde Kompetenz an. Deren politisches Format scheint dem befragten DVU-Wähler nicht so wichtig zu sein. Er habe sich „den Worten anvertraut, nicht den Menschen, die diese Worte geschrieben haben“, würde die Partei aber nicht noch einmal wählen. In dem abschließenden Kommentar wird die DVU unter Bezugnahme auf den Verfassungsschutzbericht als antisemitische und fremdenfeindliche Partei bezeichnet. Eine Verbindung zwischen der DVU und der Neonazi-Szene wird durch die Aussage, dass Frey mit seinem Verlag und der Nationalzeitung Altnazis, Fremdenhasser und militante Skinheads mit ideologischer Munition versorge, hergestellt. Dazu laufen Bilder von einer DVU-Veranstaltung, auf der einige Teilnehmer die Reichskriegsflagge schwenken. Der Beitrag wird in der folgenden Stunde noch einmal gezeigt.

In den Regionalnachrichten berichtet der Sender in einem Nachrichtenfilm über Bubis' Besuch einer Berliner Kaserne aus Anlass der jüngsten rechtsextremistischen Vorfälle in der Bundeswehr, ohne diese im einzelnen zu benennen.

Auch die **ARD** berichtet in ihren Regionalnachrichten am Vorabend über den Besuch von Bubis in der Büchner-Kaserne und erwähnt drei „geringfügige Vorfälle“ mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Im Nachgang zur Pressekonferenz vom Vortag stellt das *Morgenmagazin* von **ARD** und **ZDF** in seiner Presseschau zwei Artikel zum Thema vor. Während die Berliner Zeitung in ihrem Aufmacher die wichtigsten Ergebnisse des Verfassungsschutzberichts zusammenfasst und Kanthers Ablehnung eines DVU-Verbots erwähnt, kritisiert die Frankfurter Rundschau vor allem das Verhalten des Innenministers. Dieser halte die wirklich interessanten Details unter Verschluss und mache zu wenig eindringlich auf die wachsenden Gefahren des Rechtsextremismus aufmerksam. Die Presseschau wird später einmal wiederholt, ohne dass der Kommentar der Frankfurter Rundschau noch einmal berücksichtigt wird.

Freitag, 8. Mai 1998

Als einziger Sender berichtet **RTL II** in einem kurzen Nachrichtenfilm von der Innenministerkonferenz in Kaiserslautern, auf der beschlossen wurde, in Zukunft härter gegen rechtsradikale Straftäter vorzugehen. Eine Arbeitsgemeinschaft soll dazu konkrete Vorschläge ausarbeiten. Es wird noch einmal darauf verwiesen, dass die Zahl rechtsextremistischer Straftaten im Vorjahr auf Rekordniveau gestiegen sei. Hierzu werden wieder Bilder von der NPD-Massendemonstration eingelegt.

In 17:30 live aus Berlin berichtet **SAT.1** in einer Sprechermeldung, dass rechtsextremistische Kreise in Thüringen offenbar im Besitz einer kompletten Fotokartei der Polizei seien und diese dem Innenministerium zum Kauf angeboten haben. Wie die Gruppe in deren Besitz kam, ist unklar, die Ermittlungen laufen. Zwei Neonazis wurden festgenommen.

Vor dem Hintergrund des DVU-Wahlerfolgs und den Ergebnissen des Verfassungsschutzberichts beschäftigt sich das ARD-Nachrichtenmagazin *Bericht aus Bonn* in einem Filmbericht mit den verschiedenen Konzepten zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Dabei kommen mehrere Politiker sowie ein Experte zu Wort. Der Politikwissenschaftler Peter Lösche spricht sich gegen ein Parteienverbot aus und nennt dafür mehrere Gründe. Der Kommentar schließt sich dieser Auffassung an mit dem Hinweis, dass es bis zur Entscheidung durch das Bundesverfassungsgerichts mehrere Jahre dauern würde und mit Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst politische Antworten gefragt seien. Die SPD setze vor allem auf das Thema Arbeitslosigkeit und, so Generalsekretär Müntefering, auf Aufklärung, während Wolfgang Schäuble von der CDU für eine Politik der inneren Sicherheit und auf Prävention setze. Der CSU-Vorsitzende Stoiber verdeutlicht die Strategie seiner Partei mit einem Zitat von F.J. Strauß: „Rechts von der CSU darf es keine demokratisch legitimierte Partei geben.“ Themen wie Ausländerkriminalität und Nationalstolz dürfe man nicht den Rechtsextremisten überlassen, indem man sie tabuisiere. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden Ignaz Bubis ist dagegen der Ansicht, dass man die rechten Parteien erst dadurch hoffähig mache, wenn man sich deren Themen zu eigen mache. Bubis' Auffassung wird in dem anschließenden Korrespondentenkommentar sowie in der Abmoderation unterstützt.

Im Anschluss an den Filmbericht veröffentlicht das Stimmungsbarometer auch Umfragedaten zum Thema DVU. Unter anderem äußerte die Mehrzahl der Befragten die Ansicht, dass es sich in Sachsen-Anhalt in erster Linie um eine Protestwahl gehandelt habe. Bei den nächsten Bundestagswahlen wollen jeweils 1 Prozent der Befragten DVU oder Republikanern ihre Stimme geben, je 4 Prozent sind sich noch nicht sicher.

Samstag, 9. Mai 1998

Spiegel TV Special auf **VOX** beschäftigt sich mit rechter Jugendgewalt in den östlichen Bundesländern. Mit den Worten „1997 war man auf Campingplätzen im Osten so sicher wie ein Weißer in der New Yorker Bronx“ spielt die Moderatorin auf einen aktuellen Vorfall an. In der vergangenen Woche hatten etwa 50 Skinheads eine evangelische Jugendgruppe aus dem Rheinland auf einem Campingplatz in Leisten (Mecklenburg-Vorpommern) überfallen und mehreren Personen zum Teil schwere Kopfverletzungen zugefügt, wie der Jugendleiter der Gruppe bestätigt. Bei den Festgenommenen fand die Polizei ein umfangreiches Waffenarsenal sowie rechtsextremistisches Propagandamaterial.

Einige Jugendliche aus dem Ort werden zu den Vorgängen befragt, ihre Gesichter werden im Film unkenntlich gemacht. Sie stellen die Tat als einen Akt der Selbstverteidigung dar. Einer von ihnen, der die Täter offensichtlich persönlich kennt, berichtet, dass seine Kumpel auf dem Zeltplatz „nur mal Weiber gucken“ wollten und dabei ertappt und verscheucht worden seien, wobei einem der Skinheads mit einem Brett in den Bauch geschlagen worden sein soll. Bei dem folgenden Überfall habe es sich daher „nur“ um einen Racheakt gehandelt, was „unter Kameraden“ üblich sei. Ein anderer begründet die Tatsache, dass die Täter schwer bewaffnet waren, als reine Schutzmaßnahme gegen angebliche Autodiebstähle durch Ausländer. Dann schwadronieren die drei über den Nationalsozialismus, dessen Ziel doch lediglich „ein eigenes reinrassiges Deutschland“ gewesen sei. Einer bezeichnet Adolf Hitler als „meinen Führer“.

Ortswechsel: Mahlow in Brandenburg. Hier wurde vergangenen Monat Noel Martin von rechten Jugendlichen angegriffen und so schwer verletzt, dass er seitdem im Koma liegt.² Nach anfänglichen Pöbeleien kam es zu einer Autoverfolgungsjagd, bei der der Brite jamaikanischer Herkunft gegen einen Baum prallte, nachdem die Verfolger einen Stein in sein Auto geworfen hatten. Eine Jugendclique hat den Bahnhofsvorplatz des Berliner Vorortes zu einer „verbotenen Zone für Ausländer“ erklärt. Als die Journalisten auf dem Bahnhofsvorplatz drehen wollen, werden sie von einem kaum 16-jährigen Jugendlichen angepöbelt und verscheucht. Später treffen sie dort auf eine Gruppe stark angetrunkenen Halbwüchsiger, die die gewalttätigen Übergriffe ihrer Altersgenossen rechtfertigen. Einer ist besonders redselig. Seiner Meinung nach würden solche Vorfälle in der Presse viel zu sehr aufgebauscht, während Gewalttaten von Ausländern gegen Deutsche heruntergespielt würden. Hitler sei für ihn ein ganz normaler Mensch, den er für seine Leistungen bewundere. Der Autor kommentiert dies mit der Aussage, dass der staatlich verordnete Antifaschismus in den Köpfen der aus der DDR entlassenen Kinder offenbar nur wenig hinterlassen habe. Die Seelenlage der ostdeutschen Jugend fasst der Reporter wie folgt zusammen: „Anderen Angst einjagen, rasen, saufen – und wenn man gerade Bock hat, auch richtig zuschlagen. Mehr ist manchen

² Noel Martin ist seit dem Überfall vom Halswirbel abwärts gelähmt. Dies war aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt.

im Osten nicht geblieben.“ In der Abmoderation wird mit Bezug auf einen nachfolgenden Beitrag noch darauf hingewiesen, dass vagabundierende Jugendliche längst nicht nur ein „Ostprodukt“ seien.

Wie schon der *Spiegel TV*-Beitrag am Montag zeichnet sich die Sendung durch einen ironisch bis sarkastischen Grundton aus, mit dem die Aussagen der Jugendlichen in der Regel vorab kommentiert werden.

Sonntag, 10. Mai 1998

In seiner Hauptnachrichtensendung zitiert **SAT.1** den CDU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble, der die Union davor warnt, nach dem DVU-Wahlerfolg in einen „Wettlauf des Radikalismus“ einzutreten. Hintergrund sind Überlegungen innerhalb der CSU, die mit einem harten Kurs in der Rechts- und Ausländerpolitik verstärkt um Wähler am rechten Rand werben will. Der gleiche Beitrag läuft noch einmal in der Hauptausgabe der Kabel-1-Nachrichten, wenn auch mit leicht verändertem Text.

Das **ZDF** widmet in der Mittagsausgabe der Nachrichtensendung heute dem Schäuble-Zitat ebenfalls eine Sprechermeldung. Allerdings fehlt hier der Verweis auf den geplanten Kurswechsel der CSU in der Ausländerpolitik.

Im **ARD-Presseclub** diskutieren sechs Journalisten unter der Leitung des WDR-Intendanten Fritz Pleitgen unter dem Motto „Hilflos gegen rechts?“ über Ursachen für und Maßnahmen gegen den Anstieg des Rechtsextremismus in Deutschland.

Die Berliner Journalistin Liane von Billerbeck wendet sich gegen die These von einer Protestwahl in Sachsen-Anhalt und bezieht sich dabei auf eine Studie, nach der ein Drittel der Ostdeutschen anfällig für rechtsradikales Gedankengut seien. Diese rechte Einstellung sei durch das zweistellige Ergebnis der DVU nur zum ersten Mal öffentlich zum Ausdruck gekommen. Ein derartiges Wahlergebnis könne sich auch in Brandenburg wiederholen, wo der Rechtsextremismus inzwischen alltäglich geworden sei und die NPD feste Strukturen etabliert und andere verbotene Organisationen aufgesaugt habe. Als Gründe für die hohe Ausländerfeindlichkeit und die Akzeptanz des Rechtsextremismus im Osten nennt sie eine diffuse Angst der Menschen vorm Scheitern und vor den Unwägbarkeiten der Moderne. Einerseits würden sich immer mehr Leute nicht mehr mit den etablierten Parteien identifizieren, andererseits habe sie bei ihren Recherchen wiederholt festgestellt, dass es vielen von ihnen auch völlig an politischem und historischen Bewusstsein fehle und sie daher leichtfertig der Demokratie „vor’s Schienbein“ getreten hätten. Insgesamt ist sie der Meinung, dass die Probleme in den eingefahrenen Wegen der alten Bundesrepublik nicht gelöst werden könnten und man nach neuen Konzepten suchen müsse.

Die Focus-Redakteurin Nicola Brüning hält ein Wahlergebnis wie in Sachsen-Anhalt grundsätzlich auch im Westen für möglich. In der Bundesrepublik gebe es eine konstante Größe von potentiellen Wählern rechtsextremistischer Parteien von 15 Prozent. Diese verteile sich momentan noch auf drei Parteien bzw. konnte noch nicht vollständig aktiviert werden, da in Deutschland bislang eine Integrationsfigur wie Haider in Österreich oder Le Pen in Frankreich fehle. Für gefährlicher als Freys DVU, die eine Briefkastenfirma sei und hauptsächlich auf einfache Parolen in einer komplexen Welt setze, schätzt Brüning die NPD ein. Diese habe in jüngster Zeit viele neue Mitglieder gewonnen und strukturiere sich als junge Partei. Die Schuld für den wachsenden Zulauf der Rechtsextremen liege in erster Linie bei den etablierten Parteien, die zuviel falsche Versprechungen machten und zuwenig Entscheidungen trafen. Der Erfolg der DVU sei vor allem ein Menetekel für die SPD, deren klassisches Wählerpotential, also kleine Arbeitnehmer und Arbeitslose, in Bundeskanzler Schröder nicht den Repräsentanten fände, den es brauchte. Zudem seien gerade die Jungwähler im Osten nicht so parteiengebunden und hätten daher überproportional DVU gewählt. Andererseits möchte die Journalistin die Wähler auch nicht aus ihrer persönlichen Verantwortung entlassen, da es genügend andere Möglichkeiten für legalen Protest gebe, als DVU zu wählen.

Der Chefredakteur der Rheinzeitung, Martin Lohmann, glaubt nicht, dass ein Verbot rechtsextremistischer Parteien zur Lösung der Probleme beitrage, sondern im Gegenteil deren Reiz für junge Leute eher noch erhöhen werde. Auch er wendet sich gegen Bestrebungen, die Sachsen-Anhalt-Wahl als Protestwahl herunterzuspielen und bezeichnet das Argument, die Leute hätten nicht gewusst, wen sie da wählen, als intellektuelle Arroganz, da die Wahlkampfparolen eindeutig gewesen seien. Für ihn liegen die Gründe für den wachsenden Zulauf der Rechtsradikalen in der allgemeinen Unzufriedenheit und Machtlosigkeit gegenüber der Politik. Immer wieder zieht er Parallelen zwischen der DVU und der PDS, die für ihn ein gleichgewichtiges Problem darstellt. Insgesamt setzt er sich für eine politische Auseinandersetzung mit den „Extremisten beider Lager“ ein und übernimmt dabei die Argumente der CSU.

Der französische Journalist Jean-Marc Gonin vergleicht den Aufstieg der DVU quasi aus dem Nichts mit den ersten Wahlerfolgen des Front National in Frankreich und prophezeit den Rechtsextremisten einen ähnlich dauerhaften Erfolg, wenn die etablierten Parteien keinen grundsätzlichen Kurswechsel vollziehen. Er hält es für einen Fehler, das Phänomen nur auf die hohe Arbeitslosigkeit zu schieben. Das Problem läge hauptsächlich bei den konservativen Parteien, die hauptsächlich das Primat der Ökonomie propagierten und die Probleme und Ängste der kleinen Leute, gerade in Zeiten der Globalisierung, weitgehend ignorierten. Auch er wendet sich gegen die These von der Protestwahl.

Heinzgeorg Oette von der Volksstimme Magdeburg dagegen ist sehr wohl der Meinung, dass unter den knapp 13 Prozent DVU-Wählern sehr viele Protestwähler gewesen seien. Genau darauf habe auch die DVU mit ihrer professionell exzellent gemachten Wahlkampagne gesetzt. Andererseits will auch er den Wählern ihre politische Verantwortung nicht absprechen. Er fordert eine Grundsatzdiskussion über den Rechtsextremismus und seine Ursachen und betont mit Blick auf Lohmann, dass nicht die PDS, sondern die Rechtsradikalen zur Zeit das wichtigste Problem in der gesamten Bundesrepublik darstellen würden. Bezüglich der Verantwortung der demo-kratischen Parteien argumentiert er ähnlich wie sein französischer Kollege.

Übereinstimmung herrscht bei allen Teilnehmern, dass die Arbeitslosigkeit nicht das einzige Motiv für die Unterstützung rechtsextremistischer Ideologien sei. Auch das Argument Protestwahl sei die falsche Entschuldigung, da die rechtsextremistischen Ränder immer dann gestärkt würden, wenn die Parteien der Mitte versagten. Gefährlich sei es zudem zu hoffen, das Problem DVU erledige sich von selbst. Gefragt sei vielmehr ein konsequenter Kurswechsel der demokratischen Parteien, deren Konzepte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus überwiegend als unbefriedigend eingestuft werden. Bis auf Lohmann wenden sich die übrigen Teilnehmer auch gegen eine Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus.

Programmstichprobe Herbst 1998

Dienstag, 10. November 1998

Der Sender **RTL** berichtet in seiner Abendnachrichtensendung *RTL aktuell* über das unfreiwillige Ende der Reise der Deutschen Konservativen nach Israel. In dem Nachrichtenfilm wird berichtet, dass die „als ultrarechts eingestufte Gruppe“ ausgerechnet am Tag der Reichspogromnacht versucht habe, nach Israel einzureisen. Der Verein selbst wird mit den Worten zitiert, dass der Termin von der israelischen Reiseagentur vorgegeben worden sei. Weiter weisen die deutschen Konservativen den Vorwurf zurück, unter den Reisenden hätten sich Altnazis befunden. Die eingespielten Bilder, offenbar vom Istanbuler Flughafen, zeigen mehrere ältere Herrschaften sowie Heinrich Lummer und ein Informationsblatt mit der Aufschrift: „Reise ins heilige Land – Israel-Reise der Deutschen Konservativen“.

In der Hauptaussage der **SAT.1**-Nachrichten werden die Hintergründe für das Einreiseverbot konkretisiert. Nach Angaben des israelischen Außenministeriums habe sich das Einreiseverbot nur auf den Vorsitzenden des Vereins „Deutsche Konservative“ Joachim Siegerist bezogen. Dieser sei wegen Aufstachelung zum Rassenhass vorbestraft. Allerdings habe er nicht an der Reise teilgenommen. Die Lufthansa habe laut SAT.1 die Reisegruppe nur vorsorglich von Bord geschickt. Die Bilder ähneln denen von RTL, außerdem kommt Siegerist ins Bild.

Auch **Kabel 1** berichtet mehrfach über den Vorfall. Der Text des Nachrichtenfilms ist sehr reißerisch formuliert. Der Name Siegerist taucht nicht auf, dafür wird der gesamte Verein als rechtsextremistisch bezeichnet. Die geplante Einreise am Tag der Reichskristallnacht (sic!) habe in Israel heftige Proteste ausgelöst, die Lufthansa habe ihre Maschine auf Druck der Israelis in Istanbul zwischenlanden müssen. In der Spätausgabe werden die Proteste nicht mehr erwähnt. In dem Film wird der Aufmacher einer israelischen Tageszeitung eingeblendet mit dem Titel: „Neo-Nazis kept out of Israel“. Ansonsten ähneln die Bilder ebenfalls dem RTL-Beitrag.

Die **ARD** berichtet im Laufe des Tages mehrfach über den Vorfall. Es handelt sich dabei durchgängig um längere Sprechermeldungen, die mehrfach verändert und aktualisiert werden. Die größtenteils identischen Meldungen in den Morgen- und Mittagsausgaben der *Tagesschau* sind sehr zurückhaltend formuliert. Der Vereinsname bleibt unerwähnt, es wird lediglich von einer „Gruppe von Deutschen“ gesprochen, denen die Einreise nach Israel verweigert wurde. Als Begründung habe das israelische Innenministerium angegeben, zu den Reisenden gehörten Neonazis, die in Israel nicht willkommen seien. Diesen Vorwurf habe Heinrich Lummer zurückgewiesen. Zusätzlich erfährt man, dass der Gruppe bereits vor Abflug in Frankfurt mitgeteilt worden war, sie seien in Israel

nicht erwünscht. Die sechzig bis achtzig Jahre alten Mitglieder hatten aber zunächst auf ihrer Reise bestanden. Daraufhin habe sich die Lufthansa für den außerplanmäßigen Stopp in Istanbul entschieden, um den Konflikt zu entschärfen.

In den Abendnachrichtensendungen werden die Reisenden erstmals als „rechts gerichtete Deutsche“ bzw. die Gruppe als „rechts gerichteter Verein“ bezeichnet. Hier wird ebenfalls erstmals erwähnt, dass sich das Einreiseverbot eigentlich nur auf Siegerist bezogen habe und Israel nicht gewusst habe, dass sich dieser gar nicht an Bord befunden habe. In der Hauptausgabe der *Tagesschau* verweist die Meldung auf Siegerists Vorstrafe „unter anderem“ wegen Volksverhetzung.

Die Regionalnachrichtensendung *aktuell Berlin & Brandenburg* wird deutlicher und bezeichnet Siegerist als bekannten Rechtsextremisten. Dieser habe ursprünglich tatsächlich an der Reise teilnehmen wollen, dann aber kurz vor dem Start darauf verzichtet. Ansonsten ähnelt der Beitrag inhaltlich den Abendausgaben der *Tagesschau*.

Das **ZDF** übernimmt im Rahmen des gemeinsamen Vormittagsprogramms in dieser Woche die Berichterstattung der ARD. Anschließend berichtet der Sender noch zweimal in der Vorabend- und Hauptausgabe von heute über das Einreiseverbot. Im Gegensatz zur ARD wird der Verein „Deutsche Konservative“ namentlich genannt und die Formulierung „Neonazis“ bei der Begründung des Einreiseverbots durch „Rechtsextremisten“ ersetzt und einmal durch den Zusatz „angeblich“ relativiert. Der Hinweis auf den Vereinsvorsitzenden Siegerist und seine Vorstrafe fehlt. Das Filmmaterial dieser Beiträge entspricht weitgehend dem der privaten Sender.

Sonntag, 15. November 1998

Die **RTL II-News** zitieren in einer Sprechermeldung Bundesinnenminister Otto Schily, der in einem nicht näher benannten Zeitungsinterview den sich ausbreitenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen als die größte Gefahr für die Grundordnung der Bundesrepublik bezeichnet hatte. Aufhänger für diese Nachricht war eigentlich Schilys ablehnende Äußerungen bezüglich eines weiteren Zuzugs von Ausländern.³

In der Dokumentationsreihe der **ARD** *Hundert deutsche Jahre* geht es um die Situation von Ausländern in Deutschland von Beginn des 20. Jahrhunderts bis heute. In dem Beitrag wird auch die zunehmende Ausländerfeindlichkeit seit Beginn der 80er Jahre thematisiert. Es wird berichtet, dass einige Parteien in dieser Zeit die steigende Fremdenangst mit Begriffen wie Heimat, Überfremdung und Asylmissbrauch zum Zwecke des Stimmenfangs instrumentalisiert hätten. Dazu wird ein Wahlplakat der Hessischen CDU eingeblendet, ein Titel der National Zeitung von DVU-Chef Gerhard Frey sowie Wandschmierereien mit ausländerfeindlichen Parolen.

³ Diese Meldung brachte einen Tag zuvor auch die ARD, allerdings ohne das Statement zum Rechtsextremismus. Daher fehlt dieser Beitrag im Wochenbericht.

Als Beispiel für die zunehmende Fremdenfeindlichkeit nach der Wende ruft der Film die gewalttätigen Übergriffe von jugendlichen Randalieren gegen ein von Vietnamesen bewohntes Heim in Rostock-Lichtenhagen in Erinnerung. Die Bilder zeigen das brennende Haus, Jugendliche werfen Molotow-Cocktails unter frenetischem Beifall der Umstehenden, gefolgt von Aufnahmen eines Fernsehtams, das sich zum Zeitpunkt der Anschläge im Inneren des Hauses befand und die Angst der Bewohner einfängt. Es folgt der Hinweis auf die Brandanschläge von Mölln und Solingen, bei denen mehrere türkische Frauen umkamen, sowie die darauf folgenden Protestreaktionen, wie Lichterketten und ein großangelegtes Popkonzert in Köln gegen Rassismus. Ziel der Reportage ist es zu vermitteln, dass Deutschland schon lange ein Einwanderungsland sei und ausländische Arbeitskräfte in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich zum Wirtschaftsaufschwung der Bundesrepublik beigetragen hätten.

Das Frauenmagazin *ML Mona Lisa* (ZDF) widmet am gleichen Tage seine gesamte Sendung dem Thema Rechtsextremismus. In der einleitenden Filmsequenz werden in Bild und Text noch einmal die schlimmsten gewalttätigen Übergriffe gegen Ausländer Anfang der 90er Jahre in Erinnerung gerufen. Man sieht, wie die Randalierer von Rostock und Hoyerswerda Molotow-Cocktails in die bereits brennenden Gebäude werfen, während einige Umstehende den Hitlergruß zeigen, sowie die ausgebrannten Häuser in Solingen und Mölln. Diese Bilder werden ergänzt durch marschierende Skinheads mit Trommeln und Reichsbannern und dem Kommentar: „Der rechte Mob marschiert weiter“. In der Anmoderation der folgenden Beiträge wird betont, dass das Problem Rechtsextremismus nichts von seiner Aktualität verloren habe, auch wenn der letzte spektakuläre Anschlag schon eine Weile zurückliege. Dabei wird unterschieden zwischen dem organisierten Rechtsextremismus, wobei auf den ein halbes Jahr zurückliegenden Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt verwiesen wird, und den gewaltbereiten rechtsextremistischen Gruppierungen, die bei Jugendlichen weiter an Zulauf gewöhnen.

Die erste Reportage befasst sich mit den Opfern rechter Gewalt. In dem heruntergekommenen Plattenbaugebiet Jena-Lobeda mit hohem Ausländeranteil sei die Gewalt bereits alltäglich geworden. Zwei ausländische Opfer schildern ihre Erlebnisse. Einer wurde in der Straßenbahn von Skinheads angepöbelt und geschlagen, der andere konnte nur mit Glück den rechten Schlägern entkommen. Aus dem Off erfolgt der Kommentar, wer es sich leisten könne, ziehe fort aus Lobeda, die anderen müssten mit der täglichen Angst vor Überfällen leben. Neben ausländischen Einwohnern seien auch Punks und Obdachlose verstärkt gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt, während die Mehrheit der Mitbürger wegsähe. Dies bestätigt auch eines der vorgestellten Opfer. Offenbar in Anspielung auf die weitverbreitete Ignoranz rechter Gewalt wurde an einem Gebäude in Lobeda die Leuchtschrift „Ich sehe was, was Du nicht siehst“ angebracht. Eine Jenaer Sozialarbeiterin berichtet, dass die rechte Gewalt mittlerweile auch das

Zentrum der Stadt erreicht habe. Dort machten einige Jugendliche in den Abendstunden regelmäßig Jagd vor allem auf Punks und Alternative. Auch der Jugendpfarrer der evangelischen Kirche wurde bereits von rechten Schlägern überfallen. Vor ein paar Wochen marschierten rechte Jugendliche durch die Innenstadt und versuchten, das Zentrum der Jungen Gemeinde zu stürmen, einen Treffpunkt linker, alternativer Jugendlicher, die regelmäßig Demonstrationen gegen Rechts organisieren. Der Überfall konnte durch schnelles Eingreifen der Polizei verhindert werden. Eingblendete Privatfotos einer Anwohnerin dokumentieren den Vorfall. In einer Diskussion beklagen Mitglieder der Jungen Gemeinde die Passivität der Bürger, aber auch der Polizei. Einer äußert aber auch Verständnis. Viele Leute hätten einfach Angst einzuschreiten und zu riskieren, selber verprügelt zu werden. Dem widerspricht eine junge Frau, Schweigen könne auch eine Art geheime Zustimmung bedeuten. Ihrer Meinung nach genieße der Rechtsextremismus inzwischen bereits einen Hauch von Salonfähigkeit in der Gesellschaft.

Die Erkenntnis des Verfassungsschutzes, dass in Jena Angehörige linker und rechter Gruppen regelrechte Bandenkriege führten, hält die Junge Gemeinde, so der Kommentar, für oberflächlich. Viele ihrer Mitglieder würden allein schon aufgrund ihres anderen Aussehens von Skinheads verfolgt. Abschließend legt ein Angehöriger des Verfassungsschutzes dar, dass die rechte Gewalt in Thüringen in letzter Zeit deutlich zurückgegangen sei. Sorge bereite ihm vielmehr die zunehmende Vernetzung der rechten Szene.

In der Abmoderation wird die vom Verfassungsschützer angedeutete neue Qualität des Rechtsextremismus wieder aufgegriffen und leitet zum folgenden Beitrag über. Neuerdings mischten nämlich auch immer mehr Frauen in der rechtsextremistischen Szene mit. Obwohl sich Frauen bislang kaum an Gewalttaten beteiligten – nur 5 Prozent aller Täter sind weiblich – seien sie in ihrem Denken genauso radikal wie die Männer und heizten diese oft bei ihren Übergriffen an, so dass der Mythos von der friedfertigen Frau nicht länger haltbar sei.

In der zweiten Reportage werden drei Frauen porträtiert, die bei Skinheads, DVU und NPD ihre politische Heimat gefunden haben. Zu Beginn werden Aufnahmen von der Großdemonstration gegen die Wehrmachtsausstellung 1997 in München eingespielt. Die Kamera fängt mehrere weibliche Skinheads ein sowie ein hochgehaltenes Transparent mit Eisernem Kreuz und der Aufschrift: „Starke Frauen braucht das Land – Frauenfront“. Rund 25 Prozent der Mitglieder rechtsextremistischer Parteien seien Frauen, so der Kommentar.

Anschließend wird das Skingirl Mandy aus Franken interviewt, wobei immer wieder erklärende Hintergrundinformationen aus dem Off eingeschoben werden. Zum Beispiel,

dass Mandy zu den Hammerskins gehöre, einer besonders radikalen Bewegung aus den USA, die sich die Herrschaft der weißen Arbeiterklasse auf die Fahnen geschrieben hat. Viele ihrer Mitglieder sollen bereits durch brutale Gewalttaten und einen fanatischen Rassismus aufgefallen seien. Deren Kampfparole „White Power“ wird von Mandy erläutert: Sie wollten ihre weiße Kultur pflegen wie andere Leute ihre Kultur auch. Während allerdings in den USA die Schwarzenbewegung „Black Power“ akzeptiert sei, kriegten Weiße für ihre Bestrebungen ständig Ärger. Die „Rassenmischung“ sei ihr ein Greuel, wenn sie einen schwarzen Mann mit einer weißen Frau sähe, würde ihr schlecht. Gewalttätige Übergriffe gegen Ausländer stellt die Skinfrau als reinen Akt der Selbstverteidigung dar. Der Kommentar bezeichnet ihr martialisches Auftreten als Protest gegen die Gesellschaft und ihr gutes Elternhaus. Das Gymnasium brach Mandy ab, schloss sich erst der Punk- und später der Skinheadszone an, weil die besser in ihr politisches Weltbild passte. Da sie einen festen Arbeitsplatz habe, führte sie eine Art Doppelleben; im Job kleide sie sich zivil, Skinhead sei sie nur in ihrer Freizeit.

Das zweite Porträt stellt die 17-jährige Franziska vor, seit kurzem Sprecherin der NPD im Weimarer Land. Diese lehnt, so der Kommentar, Gewalt gegen Staat und gegen Fremde ab und setzt auf politisches Engagement. Franziska gibt an, dass sie vom Westen bitter enttäuscht sei und „ihre Leute“ die Regierung allein durch ihre Existenz auf bestehende Mängel aufmerksam machen wollen. Sie versteht sich unter anderem als Teil einer Protestbewegung und sieht zwischen linkem und rechtem Protest durchaus Gemeinsamkeiten. Sie diskutiert ab und zu auch mit Punks und könnte sich eventuell selbst vorstellen, „links“ zu sein. Allerdings sei das rechte Lebensgefühl zur Zeit wesentlich angesagter bzw. gesellschaftsfähiger und biete ihr, die nie eine eigene Familie hatte und nach dem Tod der Großeltern in einem Heim aufwuchs, Wärme, Halt und das Gefühl dazuzugehören. Bei der NPD gelte sie als Sprachrohr der Jugend und werde immer wieder um Rat zu jugendpolitischen Fragen gebeten. Interessant ist in diesem Zusammenhang ihre Aussage: „Wenn der Staat da besser vorsorgen würde, müssten das nicht meine eigenen Leute machen.“

Im letzten Teil des Beitrags geht es um Frauen bei der DVU, die dort allerdings bislang kaum in politischen Ämtern vertreten seien. Anhängerinnen seien meist ältere, biedere Frauen, darunter viele Heimatvertriebene. Bei den letzten Wahlen habe die DVU aber auch verstärkt Zuspruch von jungen Wählerinnen bekommen. Sie alle verbinde die Angst vor Überfremdung. So auch Veronika Brandt, eine der drei weiblichen DVU-Abgeordneten im Landtag von Sachsen-Anhalt, die auf einer Großkundgebung der Partei in Passau interviewt wird. O-Ton Brandt: „Ich bin deutsch, möchte deutsch bleiben und will, dass auch meine Kinder in Deutschland deutsch leben können.“ Die als politische Anfängerin bezeichnete Brandt glänzte noch in der Reportage von *Focus TV* ein halbes Jahr zuvor durch unprofessionelle Statements, hat aber inzwischen offensichtlich dazugelernt. Auf die Frage, was sich denn in Deutschland ändern müsse,

erwidert sie, dass sie solche Fragen gerne im Landtag, aber nicht hier in der Pause beantworten werde. Dass es sich hier offensichtlich um leere Sprüche handele, so der Kommentar, beweisen die vergeblichen Bemühungen der ML-Redaktion um einen Interviewtermin mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Kultur und Medien in Sachsen-Anhalt, Claudia Wiechmann. Das Interview kam nicht zustande, weil Wiechmann sich vorbehalten hatte, den gesamten Beitrag vor Ausstrahlung zwecks Korrektur zu überprüfen. Ihr Kulturverständnis, so der Off-Kommentar, sei braun eingefärbt und nähre sich aus den dumpfen Slogans der Frey-Presse. Diese bestünden aus Hetze gegen Ausländer, blindem Nationalwahn und Antisemitismus. Zum Beweis werden diverse Ausgaben der National Zeitung und der Wochen-Zeitung eingeblendet, darunter Aufmacher wie: „Ausländer-Invasion – Deutschland droht Überfremdung“, „Ausländerkriminalität – Mio. Deutsche als Opfer“, „Juden als Seife? – Eine schmutzige Lüge“ oder „6 Mio – Lüge! Wie viele Juden starben wirklich?“. Abschließend werden Frauen wie Wiechmann als geistige Brandstifter bezeichnet.

Anschließend interviewt die Moderatorin im Studio eine Expertin, die sich seit längerem mit dem Phänomen Frauen und Rechtsextremismus auseinandersetzt. Diese bestätigt, dass rechte Gruppierungen, insbesondere die Skinheadszene, immer mehr Frauen anziehe. Deren Motivation unterscheide sich dabei nicht von den Männern: Gruppenzusammenhalt, Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit. Während die Frauen früher noch als „Bräute“ im Hintergrund standen und weiterhin in der Regel über ihren Partner in die rechte Szene hinein rutschten, habe sich die Emanzipation inzwischen auch in der rechten Szene Bahn gebrochen, allerdings im negativen Sinne. Zwar würden weibliche Mitglieder auch innerhalb der rechten Szene gegen Frauengewalt mobil machen, andererseits seien sie heute eher bereit, selbst zum Baseballschläger zu greifen und absolvierten Kampftrainingsprogramme nach dem Motto: „Wir befinden uns im Krieg gegen Ausländer und können genauso wie die Männer kämpfen.“ Leider habe die Politik dieses Problem bislang kaum zur Kenntnis genommen. Spezielle Frauenprogramme würden daher bislang nur wenig unterstützt. Der harte Kern der rechten Szene spreche aber generell nur gering auf die bestehenden Jugendprogramme an.

Dieses letzte Statement der Expertin nimmt die Moderatorin als Überleitung für den letzten Beitrag der Sendung, in der es um präventive Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus in Schwerin geht. Denn viele der sogenannten „Kiddy-Faschos“, das heißt junge Teenager im Alter zwischen 11 und 15 Jahren, hätten mit brauner Ideologie noch wenig am Hut, sondern imitierten meist ältere Jugendliche, wenn sie anfangs aus falsch verstandenem Spaß Ausländer, Punks und Obdachlose jagten. Wichtig sei es daher, bereits in diesem Stadium gegenzusteuern. Denn gehörten diese Kinder erst einmal zum harten Kern der rechten Szene, sei es in der Regel schon zu spät.

In der Reportage werden mehrere Frauen aus Schwerin vorgestellt, die sich entsprechend engagieren. Zwar habe Mecklenburg-Vorpommern mit 1 Prozent bundesweit die niedrigste Ausländerquote, dennoch sei gerade in diesem Bundesland die Fremdenfeindlichkeit besonders stark ausgeprägt. Gerade die heruntergekommenen Plattenbauviertel hätten sich als rechte Hochburgen etabliert. Die zerstörte Vergangenheit, die unübersichtliche Gegenwart und die ungewisse Zukunft vieler Leute habe ein Wertevakuum hinterlassen und fördere die Angst vor allem Fremden. In einer solchen Plattenbausiedlung betreut eine Sozialarbeiterin der evangelischen Kirche Mädchen und Jungen aus dem Viertel. Sie versucht nach eigenen Angaben, gewaltbereite, rechts eingestellte und „normale“ Jugendliche an einen Tisch zu bringen und ihnen in Diskussionen und Einzelgesprächen ganz behutsam Werte wie Toleranz und Respekt für den Gegenüber zu vermitteln. Der Film zeigt die Jugendbetreuerin mit mehreren Mädchen im Gespräch über Ausländer. Ein Mädchen meint, es störe sie, dass diese sie auf der Straße immer „so eklig“ anschauen würden. Ein anderes Mädchen findet, dass viele Deutsche denken, die Ausländer nähmen ihnen die Arbeitsplätze weg, andererseits aber selbst oft zu faul seien, einen niedrig bezahlten Job anzunehmen. Ein Junge gibt zu, dass er eine rechte Meinung hat, die er aber vor der Kamera nicht näher erläutern möchte.

Der farbige Literaturwissenschaftler Koffi Yovogan trainiert in seiner Freizeit Jugendliche beim Basketball und hat es geschafft, dafür auch einige dieser Jungen mit einer rechten Meinung zu gewinnen. Renate Voss, die ehrenamtlich Ausländer in Schwerin betreut und diese Aktion initiiert hat, räumt ein, dass man nur solche rechtsorientierte Jugendliche für derartige Projekte gewinnen könne, deren Meinung noch nicht sehr gefestigt sei. An die harten Schläger komme man auf diese Weise nicht heran.

Die Pantomimin Dagmar Dark, Ehefrau des Ministerpräsidenten Harald Ringstorff, wehrt den braunen Anfängen mit Stücken zum Thema ausländerfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus, die sie regelmäßig in Schulen und Jugendeinrichtungen vorträgt. Sie begründet ihr Engagement damit, dass sich der Rechtsextremismus schon viel zu tief in der Gesellschaft etabliert habe. Nach der Aufführung eines ihrer Stücke mit anschließender Diskussion gibt ein Junge aus dem Publikum an, dass er eine neutrale Meinung gegenüber den Rechten vertrete. Zwar sei ihm klar, dass Deutschland Ausländer brauche, gut fände er das allerdings nicht. Außerdem störe ihn, dass immer nur über rechte, nicht aber über linke Gewalttäter geredet würde. Ein anderer Junge schildert, dass er und seine Freunde früher eine Art Mitläufer gewesen seien, die dachten, was die Großen machen, das sei schon richtig. Später hätten sie dann aber gemerkt, dass dem nicht so war, und sich dann doch noch ganz normal entwickelt.

Diese Aussage wird am Ende des Beitrag als Beleg dafür interpretiert, wie wichtig eine sinnvolle, engagierte Jugendarbeit bereits im frühen Stadium sei, bevor sich die rechte Gesinnung in den Köpfen der Kinder festsetze.

Programmstichprobe Frühjahr 1999

Montag, 12. April 1999

In einer Sprechermeldung der Regionalsendungen *aktuell Berlin & Brandenburg* (**ARD**) geht es um die Auflösung eines Zeltlagers rechtsgerichteter Jugendlicher durch die Polizei in der Region Oberhavel am vergangenen Wochenende.

Dienstag, 13. April 1999

Der Sender **ProSieben** berichtet in seinen Abendnachrichten, dass das seit 1994 bestehende Verbot der rechtsextremistischen Wiking-Jugend laut einem aktuellen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts auch weiterhin bestehen bleibe. Als Begründung wird angegeben, dass es sich bei der Wiking-Jugend um eine rassistische, antisemitische und verfassungsfeindliche Organisation handele. In dem Nachrichtenfilm werden Archivaufnahmen von einem Aufmarsch der Wiking-Jugend eingespielt.

Donnerstag, 15. April 1999

Das Magazin *Panorama* der **ARD** bringt aus aktuellem Anlass eine Reportage zum Freispruch des Rechtsextremisten Manfred Roeder. In der Anmoderation werden die Hintergründe, die zu dem Gerichtsverfahren gegen Roeder geführt haben und die Rolle, die der *Panorama*-Beitrag von 1997 dabei gespielt hat, erläutert. Dabei wird Roeder als „unbelehrbarer Rechtsterrorist“, „Nazi“ und „mehrfach vorbestrafter Krimineller, der sich selbst als Hitler-Dönitz-Erben sieht und für den Tod von mindestens zwei Menschen verantwortlich ist“, bezeichnet.

Innerhalb des Beitrags wird der relevante Ausschnitt des Interviews mit Roeder von 1997 noch einmal eingespielt. Außerdem kommt Roeder unmittelbar nach seinem Freispruch im Gerichtsgebäude mehrfach zu Wort. Er bezeichnet das Urteil als „Triumph des Rechtsstaats“ und *Panorama* als einen „ganz üblen antideutschen Hetzsender“. Diese Äußerungen werden zum Teil ironisch, zum Teil mit recht scharfen Worten aus dem Off kommentiert. Wie schon in der Anmoderation wird Roeder als „unverbesserlicher Neonazi“ bezeichnet und noch einmal auf seine Vorstrafen wegen versuchten Mordes und Sprengstoffanschlägen hingewiesen.

Außerdem setzt sich der Beitrag ausführlich mit den Urteilsgründen für den Freispruch auseinander. Dabei kommt mehrfach die Gerichtssprecherin des OLG Hamburg zu Wort. Da die Begründung des Gerichts recht bemerkenswert ist, sei die Gerichtssprecherin an

dieser Stelle wörtlich zitiert: „Das Gericht hat keinen Zweifel, dass Roeder ein ganz gefährlicher Rechtsextremist und Neonazi ist, der den Staat bekämpfen will und unverbesserlich ist. [...] In dem Kommentar von Panorama wurde Roeder so dargestellt, um ihn bloßzustellen und als ewig Gestrigen zu entlarven. Die Intention von Roeder, Propaganda zu machen, ging daher nach hinten los und wurde von Panorama ins Gegenteil verkehrt. [...] Selbst wenn er die Absicht hatte, das Ansehen des Staates zu gefährden, ist es tatsächlich durch die Art der Berichterstattung nicht dazu gekommen. Deshalb war es, wenn, nur ein Versuch, aber der Versuch ist nach dem Gesetz nicht strafbar.“

Die *Panorama*-Redaktion selbst bezeichnet den Freispruch als überraschend und kritisiert, dass die „rechtsradikale Hetze“ des Manfred Roeder bislang ohne Konsequenzen geblieben sei. In der Abmoderation wird erwähnt, dass die Staatsanwaltschaft gegen den Freispruch Revision eingelegt habe.

Freitag, 16. April 1999

In einer Sprechermeldung der **ARD**-Regionalnachrichten wird mitgeteilt, dass die für den kommenden Tag geplante NPD-Kundgebung in Frankfurt/Oder doch stattfinde, nachdem der Verwaltungsgericht das von der Polizei verhängte Verbot aufgehoben habe. Nach Angaben des Senders könnten die Behörden noch Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht gegen das Urteil einlegen.

Programmstichprobe Herbst 1999

Montag, 18. Oktober 1999

In seinem Nachrichtenmagazin *Blickpunkt* berichtet das **ZDF** über Geschäfte im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg, in denen sich Rechtsradikale ihre Accessoires kaufen. Dabei handele es sich zwar überwiegend um legale Artikel, beispielsweise Jacken des Herstellers Alpha, der wegen seines runenartigen Firmenzeichens bei Neonazis besonders beliebt ist oder Kleidung der Marke Lonsdale⁴. Allerdings habe die Polizei, so die Anmoderation zu diesem Filmbericht, kürzlich in einem dieser Läden „kistenweise Tonträger mit rassistischen und rechtsextremistischen Inhalten“ gefunden. Ein Mitarbeiter des Staatsschutzes erklärt, dass bei regelmäßigen Durchsuchungen immer wieder verfassungswidrige bzw. verbotene Artikel wie Hakenkreuze oder SS-Gürtelschnallen sichergestellt würden. Die Ermittlungen gegen die Ladenbesitzer seien aber oft schwierig, weil ihnen oft nicht nachzuweisen sei, dass sie gewusst haben, was sie da verkaufen.

Der Reporter versucht im Prenzlauer Berg mit einigen Inhabern dieser „Supermärkte für verbotene Symbole“ ins Gespräch zu kommen. Ein Verkäufer weiß angeblich nicht, welche Bedeutung der Schriftzug „Lonsdale“ für Neonazis besitze. Aber auch andere Gewerbetreibende in der Nachbarschaft haben nach eigenen Angaben bislang nicht bemerkt, dass sich ihr Kiez zu einer „Shoppingmeile für Hooligans und Rechtsradikale“ entwickelt haben soll. Der Kommentar sieht in der Existenz von Devotionaliengeschäften für Rechtsextreme in Prenzlauer Berg ein Zeichen dafür, dass es auch zehn Jahre nach der Wende immer noch große Unterschiede zwischen Ost und West gebe. Der bereits erwähnte Mitarbeiter des Staatsschutzes bestätigt auf Nachfrage diese Unterschiede, da zwei Drittel der rechtsextremistischen Straftaten im Osten Deutschlands begangen würden.

Die *Tagesthemen* der **ARD** berichten an diesem Tag über rechtsextremistische Terroranschläge in Schweden. In der Anmoderation wird darauf hingewiesen, dass Schweden seit längerer Zeit der größte europäische Umschlagplatz für rechtsextremistisches Schriftgut, rassistische Musik und nationalsozialistisches Propagandamaterial sein solle. Zwar hätten Gewerkschaftsvertreter, Journalisten und Schriftsteller schon länger auf die von neonazistischen Gruppen ausgehende Gefahr hingewiesen. Doch erst am vergangenen Wochenende habe die schwedische Justizministerin nach einer Serie von Mordanschlägen an politischen Gegnern durch Neonazis zugegeben, dass der politische Terrorismus ein Problem für das Land geworden sei.

⁴ Die mittleren vier Buchstaben des Markennamens „NSDA“ gelten in der rechtsextremen Szene als Code für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP).

In dem Filmbericht selbst werden sowohl der Mord an dem Gewerkschaftsführer Söderberg als auch weitere Anschläge, die von schwedischen Rechtsextremisten begangen wurden, erwähnt. Beispielsweise seien zwei Polizisten bei einem Banküberfall von Neonazis erschossen und zwei Journalisten, die über Geschäfte von Rechtsextremisten mit rassistischer Musik berichtet hatten, durch eine Autobombe lebensgefährlich verletzt worden. Auch zwei Brandanschläge auf Sportstadien im Jahr 1997 gehen nach Angaben des Off-Kommentars auf das Konto von Rechtsextremisten, mit denen diese die Bewerbung Schwedens für die Olympischen Spiele verhindern wollten. Die Filmaufnahmen zeigen jeweils Bilder von den entsprechenden Anschlägen. Außerdem kommt ein Staatsanwalt zu Wort, der den Mord an Söderberg als regelrechte Hinrichtung bezeichnet.

In dem Beitrag wird indirekt der liberale Umgang der schwedischen Regierung mit dem Rechtsextremismus im eigenen Lande kritisiert. Bilder von einer Demonstration von Neonazis in SA-Uniformen werden mit den Worten kommentiert, dass Rechtsextreme in Schweden an Hitlers Geburtstag sowie an Heß' Todestag öffentlich demonstrieren dürften, weil das Land dies für Liberalität halte. Außerdem hätten sich die Neonazis Fotos ihrer Opfer bei den Einwohnermeldeämtern besorgen können, was in Schweden auf legalem Wege möglich sei. Auf Druck der schwedischen Bevölkerung habe die Regierung mittlerweile zwar einige – nicht näher genannte – Gesetze verschärft, Verbote von rechtsextremistischen Organisationen lehne sie aber nach wie vor ab. Die schwedische Justizministerin begründet diese Haltung vor der Kamera damit, dass ein Verbot Rechtsterroristen lediglich zu Märtyrern machen würde. Abschließend wird zu Aufnahmen von einem weiteren nächtlichen Neonazi-Aufmarsch folgendes Fazit gezogen: „Viele Schweden zweifeln, ob die Regierung angesichts dieser Bilder und der jüngsten Mordserie die Lage wirklich im Griff hat.“

Dienstag, 19. Oktober 1999

In den Regionalnachrichten der **ARD** wird in einer Sprechermeldung berichtet, dass der brandenburgische Innenminister Schönbohm empört über die jüngsten rechtsextremistischen Vorfälle bei der Polizei sei und Konsequenzen für die Ausbildung von Polizeischülern angekündigt habe. Bei dem Vorfall handelt es sich um rechtsradikale Ausfälle mehrerer Polizeischüler aus Eberswalde und Frankfurt/Oder auf einer Privatfeier.

Weiter wird ebenfalls in einer Sprechermeldung die Festnahme eines flüchtigen Straftäters aus der Neonazi-Szene vermeldet.

Mittwoch, 20. Oktober 1999

Das Frühstücksfernsehen auf **SAT.1** befasst sich ebenso wie die ARD am Vortag mit rechtsextremistischen Vorfällen bei der brandenburgischen Polizei. In dem längeren Filmbericht geht es dabei um einen sieben Tage zurückliegenden Vorfall in Bernau. Das Opfer, ein Bernauer Taxifahrer, schildert den Hergang selbst. In der Nacht zum 13. Oktober habe er vier bereits angetrunkene Männer zu einem Nachtclub fahren müssen. Während der Fahrt hätten diese angefangen zu singen „Wir sind die Rechtsradikalen von Bernau“, den Taxifahrer beschimpft und bedroht und anschließend nicht den korrekten Fahrpreis entrichtet. Auf welche Weise festgestellt wurde, dass es sich bei den Männern um Polizeibeamte handelt, die zum Zeitpunkt des Vorfalls offensichtlich nicht im Dienst waren, bleibt unklar.

Der Reporter versucht vergeblich, einen der vier Beschuldigten zu sprechen und lässt sich dafür von einem Nachbarn des Beamten bestätigen, dass dieser schon einmal spät abends „härtere Musik“ gespielt und „irgend etwas mit ‚rechtsradikal‘ gegrölt“ habe. Ein Mitarbeiter der betreffenden Dienststelle sagt aus, dass die vier Beamten bislang als unauffällig galten und die Kollegen überhaupt kein Verständnis für ein derartiges Verhalten aufbrächten.

Mit dem Hinweis, dass bereits 1993 Bernauer Polizeibeamte bei einem Verhör vietnamesische Zigarettenhändler misshandelt haben sollen, deutet der Off-Kommentar an, dass der geschilderte Vorfall kein Einzelfall sein könnte. Abschließend äußert eine ehrenamtliche Mitarbeiterin der „Aktion Noteingang“ die Meinung, dass Polizei und Wachschutz attraktive Berufe für Menschen mit einer rechtsextremistischen Weltanschauung darstellten und sich die Sicherheitskräfte endlich mit diesem Problem auseinandersetzen müssten.

Daneben führt SAT.1 ebenfalls im Frühstücksfernsehen ein Interview mit einem Magdeburger Journalisten zur Situation der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. In einem kurzen Einführungsfilm wird noch einmal auf den spektakulären Wahlerfolg der Partei im Frühjahr 1998 verwiesen und berichtet, dass bereits im Februar 1999 drei Abgeordnete aus der Fraktion ausgetreten seien. Nachdem am Montag dieser Woche zwei weitere Abgeordnete die DVU-Fraktion verlassen hätten, sei „in Sachsen-Anhalt der Teufel los“.

Nach Angaben des befragten Journalisten Löblich deute vieles darauf hin, dass der Magdeburger DVU-Fraktionschef Helmut Wolf durch die Münchner Parteizentrale abgesetzt werde und der DVU-Abgeordnete Kannegießer eine neue Fraktion im Landtag gründen solle. Wolf führe seine Fraktion autoritär und lasse interne Kritik nicht zu. Die erste Austrittswelle sei das Ergebnis eines gescheiterten Putsches gegen den Fraktionsvorsitzenden gewesen.

Löblich bezeichnet Wolf als dumpfen Rechtsextremisten, dem die „geschliffene Intelligenz“ von Parteichef Gerhard Frey vollkommen fehle und der schon zu DDR-Zeiten ein rechtsradikales Weltbild vertreten habe. Insgesamt handele es sich bei den Mitgliedern der DVU-Fraktion in Sachsen-Anhalt überwiegend um Wendeverlierer und wenig intelligente Leute, die im Landtag bislang nur durch ausfallende Sprüche aufgefallen seien, politisch aber nichts bewegt hätten. Über den Umgang der anderen im Landtag vertretenen Parteien mit der DVU kann Löblich berichten, dass sich lediglich die PDS inhaltlich mit der rechtsextremen Partei auseinandersetze, während CDU und SPD die DVU mit Nichtachtung strafen würden.

Nach Ansicht des Journalisten werde die Fraktion aus München ferngesteuert, dass heißt Frey habe die eigentlichen „Strippenzieher“ in der zweiten Reihe als Fraktionsmitarbeiter platziert. Beispielsweise nehme der stellvertretende Bundesvorsitzende der DVU Heinrich Gerlach in Magdeburg die Funktion des Geschäftsführers der DVU-Fraktion wahr.

Auf die Frage, ob es wahrscheinlich sei, dass sich innerhalb des Magdeburger Landtags zwei DVU-Fraktionen bilden könnten, antwortet Löblich, dass dies nach der parlamentarischen Geschäftsordnung rechtlich möglich sei, dem Steuerzahler allerdings höhere Kosten verursachen würde, da jede Fraktion besondere Zuschläge erhalten würde.

Ebenso wie die ARD am Montag berichtet das **ZDF** in seiner Nachrichtensendung *heute – in Europa* über die rechtsextremistischen Terroranschläge in Schweden. In der Anmoderation wird die jüngste Äußerung der schwedischen Justizministerin: „Wir haben den politischen Terrorismus im Land“ vor dem Hintergrund der Ermordung des schwedischen Gewerkschaftsführers Söderberg zitiert. Dieses Zitat wird mit der Aussage kommentiert, dass der Terror durch Neonazis in Schweden mit diesem Anschlag eine neue Dimension erlangt habe. Nachdem in Schweden seit Jahren schon vorwiegend Ausländer und Asylbewerber Opfer rechtsradikaler Mordtaten gewesen seien, gerieten inzwischen verstärkt Andersdenkende und politische Gegner ins Visier der Rechtsextremisten.

In dem Filmbericht werden die näheren Umstände der Ermordung Söderbergs geschildert, die als regelrechte Hinrichtung bezeichnet wird. Es wird erwähnt, dass die Täter ihr Opfer über die Kartei des Einwohnermeldeamtes legal ausspionieren konnten. Daneben wird auf weitere Anschläge, wie die Ermordung von zwei Polizisten und das Attentat auf einen Journalisten durch eine Autobombe, verwiesen. Dazu laufen Bilder von mehreren Kundgebungen, auf der u.a. Männer in SA-Uniformen Bilder des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß und Hakenkreuze vor sich her tragen. Diese werden mit dem Hinweis kommentiert, dass Volksverhetzung in Schweden zwar strafbar sei, Neonazis aber ungestraft demonstrieren dürften.

In dem Beitrag spricht sich ein Vertreter der Gewerkschaften für ein Verbot neonazistischer Gruppen aus und ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit viel zu lange zu nachsichtig mit diesen Leuten umgegangen sei. Auch ein Kommunalpolitiker plädiert für ein Verbot. Seinen Namen fand die Polizei zusammen mit weiteren Politikern, Journalisten und anderen Vertretern der Öffentlichkeit auf einer sogenannten „schwarzen Liste“, die Neonazis ebenfalls über das Verzeichnis der Einwohnermeldeämter erstellt hatten. Außerdem kursiert im Internet ein Steckbrief mit dem Konterfei des Kommunalpolitikers, der im Beitrag kurz eingeblendet wird. Die schwedische Ministerin für Demokratie hält dagegen ein Verbot nicht für effektiv, da sich die Rechtsextremen dann neu organisieren und konspirative Netzwerke bilden könnten.

Freitag, 22. Oktober 1999

Im Frühstücksfernsehen bei **SAT.1** berichtet die Moderatorin, dass Ende August 1999 sieben Jugendliche auf einem Volksfest in Eggesin, einem Ort in Mecklenburg-Vorpommern, zwei Vietnamesen fast zu Tode geprügelt hätten. Als Motiv hätten die Täter Ausländerhass angegeben. Mehrere Schüler der Ernst-Thälmann-Schule, die auch einige der Tatbeteiligten besucht hatten, haben daraufhin eine Spendenaktion für die Opfer des ausländerfeindlichen Anschlags initiiert.

Zwei der Initiatoren werden im Studio interviewt. Die Jugendlichen berichten, was sie mit dem Geld machen wollen, wie sie die Tat empfunden haben und wie sie mit den Tätern bzw. deren Freunden, die ebenfalls zur rechten Szene in Eggesin gehören, umgehen. Die Moderatorin sieht die Spendenaktion als Beweis dafür, dass die häufig von Erwachsenen geäußerten Vorurteile über die angeblich gleichgültige Jugend nicht zuträfen. Im Laufe des Vormittags wird das Interview mit den gleichen Fragen und entsprechenden Antworten noch einmal durchgeführt.

In der Nacht von Freitag auf Samstag wiederholt der Sender **VOX** im *dctp-Nachtclub* mehrere Reportagen der ebenfalls von dctp produzierten Spiegel-TV Magazine. Darunter befinden sich auch drei Beiträge zum Thema Rechtsextremismus.

Die erste relevante Reportage befasst sich mit den ausländerfeindlichen Übergriffen von Rostock-Lichtenhagen am 25. August 1992. In einer Art filmischer Chronik werden die Vorgänge minutiös dokumentiert. Durch die Art der Darstellung und die Kommentierung der Ereignisse werden die Übergriffe folgendermaßen interpretiert: Nach Auffassung der Autoren galten die Gewalttaten nur vordergründig den Asylbewerbern. Vielmehr habe sich die Wut der Anwohner „gegen den neuen Staat, der viel versprach und nichts davon gehalten hat“ gerichtet. So werden beispielsweise zu Beginn der Reportage Bilder aus dem trostlosen Plattenbaubezirk Rostock-Lichtenhagen gezeigt mit

dem Kommentar, „mitten in dieses soziale Krisengebiet haben die Behörden eine zentrale Aufnahme­stelle für Asylbewerber gesetzt“. Aufgrund des hohen Ansturms von Asylsuchenden aus Rumänien und Polen sei die Aufnahme­stelle schon nach kurzer Zeit überfüllt gewesen. Die abgewiesenen Asylbewerber seien in Rostock geblieben und hätten mangels anderweitiger Unterkunft unter den Balkons und auf den Grünflächen des Bezirks campiert. Entsprechende Filmaufnahmen dokumentieren die chaotischen, unhaltbaren Zustände in Lichtenhagen. Mehrere Anwohner kommen zu Wort, die sich über das Verhalten der Asylbewerber beschweren, weil diese u.a. ihre Notdurft auf öffentlichen Plätzen verrichtet hätten.

Zwar wird durch diese Darstellung ein gewisses Verständnis für die ortsansässige Bevölkerung erzeugt, die laut Beitrag „ursprünglich nur eine mobile Toilette für die Asylbewerber durchsetzen wollten“. Die spätere Eskalation der Ereignisse wird aber eindeutig negativ gewertet. Dennoch wird auch in diesem Fall den Behörden eine Mitschuld eingeräumt, da diese viel zu spät eingeschritten sein sollen. Außerdem wird deutlich Kritik an der Reaktion einiger Politiker geübt, die – so der Kommentar – „die im Herbst 1992 tobende Welle der Gewalt gegen Ausländer“ instrumentalisiert hätten, um in der Verfassung garantierte Grundrechte außer Kraft zu setzen. In diesem Zusammenhang wird folgender O-Ton des damaligen Bundesinnenministers Seite eingespielt: „Diese Vorgänge machen deutlich, dass eine Reform des Asylrechts angezeigt ist, da die Bevölkerung durch den ungebremsten Zustrom von Ausländern offensichtlich überfordert ist.“ Entsprechend ihrer Interpretation, die gewalttätigen Übergriffe seien weniger ein Problem der Fremdenfeindlichkeit in Deutschland, sondern vielmehr ein Problem der deutsch-deutschen Vereinigung schließt die Reportage mit dem Fazit: „Die Probleme [in Ost-deutschland, d.V.] bleiben, auch wenn der letzte Asylbewerber aus Deutschland ausgewiesen worden ist.“

In der zweiten Reportage geht es um den Brandanschlag in Solingen auf ein von türkischen Familien bewohntes Mehrfamilienhaus, bei dem mehrere Menschen starben. Zwar wird die Tat in der Anmoderation durch die Aussage „auch 1993 reißt die Welle der Gewalt gegen Ausländer nicht ab“ entsprechend gewertet. Innerhalb des Filmbeitrags bleiben die Tatmotive aber eher im Unklaren. Der zum Zeitpunkt der Entstehung der Reportage offenbar einzig namentlich bekannte Tatverdächtige Christian R. soll jedenfalls nicht Mitglied einer rechtsextremistischen Organisation gewesen sein und wird als Mitläufer bezeichnet.

Im Mittelpunkt dieses Beitrags stehen die wochenlangen gewalttätigen Ausschreitungen von jugendlichen Türken in Solingen nach dem Brandanschlag, die im Beitrag mit den Rassenunruhen in den USA verglichen werden. Nach diversen ausländerfeindlichen Anschlägen Anfang der 90er Jahre fände, so der Beitrag, die Wut der teilweise in der zweiten oder dritten Generation in Deutschland lebenden Ausländer, die zwar in

Deutschland aufgewachsen, aber keinesfalls etabliert sind, in diesen Ausschreitungen ihr Ventil. Ähnlich wie in der ersten Reportage wird hier, dokumentiert durch eine Äußerung des PDS-Politikers Gregor Gysi gegen die Asylgesetzänderung, wiederum in erster Linie das Verhalten der Politik für die Vorgänge verantwortlich gemacht. Ebenso wie die Reportage über die Ausschreitungen in Rostock wird hier im Stil einer Chronik vor allem ein emotionsgeladenes Stimmungsbild der dargestellten Vorgänge vermittelt.

Die dritte Reportage über rechtsradikale jugendliche Gewalttäter in Mecklenburg-Vorpommern und Mahlow bei Berlin wurde bereits innerhalb der Stichprobe Frühjahr 1998 (9. Mai) ausgestrahlt. Daher wird der Inhalt dieses Beitrags hier nicht noch einmal dokumentiert.

In der Sendung *Drehscheibe Deutschland* berichtet das ZDF über den „Machtkampf bei der DVU in Sachsen-Anhalt“. Der kurze Filmbericht zeichnet sich durch einen durchgehend lockere, humoristische Wortwahl aus. So wolle nach Ansicht der Autoren Parteichef Frey „seine Fraktion offenbar austrocknen“, da Fraktionschef Wolf bereits sechs der sechzehn DVU-Abgeordneten im Parlament durch seinen „angeblich autoritären Führungsstil vergrault“ habe. Wolfs Markenzeichen im Landtag sei das „Pöbeln“, er galt bislang als „Günstling Freys“, sei jetzt aber „in Ungnade gefallen“. Weiter wird in dem Beitrag das Gerücht von der Gründung einer zweiten DVU-Fraktion unter Führung des „Abtrünnigen Kannegießer“ erwähnt, der in einem O-Ton seine Chancen als gut bezeichnet, da „die Festung bereits an allen Enden wackele“. Der Bericht schließt mit dem Hinweis, dass nach neuesten Informationen Wolf inzwischen einem Putsch innerhalb der bestehenden Fraktion zum Opfer gefallen sein und seine bislang engste Vertraute Claudia Wiechmann neue Fraktionschefin werden solle.

Samstag, 23. Oktober 1999

Auch im *Länderspiegel* des **ZDF** werden die Auseinandersetzungen innerhalb der DVU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt noch einmal thematisiert. In der Anmoderation wird berichtet, dass die Partei zentralistisch auf den Parteichef und Münchner Verleger Gerhard Frey ausgerichtet sei. Die rechtsextremistische DVU habe, seit sie am politischen Leben in Sachsen-Anhalt teilnehme, nicht viel Konstruktives zur politischen Alltagsarbeit beigetragen und lediglich durch einen permanenten Kleinkrieg innerhalb der Landtagsfraktion Aufsehen erregt.

Der Filmbericht erinnert in einem kurzen Rückblick an den Wahlerfolg der DVU im Frühjahr 1998. Dabei wird ein Fernsehwerbespot der DVU mit dem Slogan „Lass Dich nicht zur Sau machen“ zu der Aufnahme von einem grunzenden Schwein gezeigt, der mit den Worten kommentiert wird, dass der Erfolg der DVU auf einem Millio-nenaufwand und

„dumpfen Parolen“ beruhe. Ferner wird folgende Äußerung von Fraktionschef Wolf direkt nach der Wahl eingespielt: „Wir machen erst einmal vier Jahre Opposition und Sie werden sehen, wir übernehmen hinterher die Regierung.“

Der anschließende Kommentar entgegnet, dass sich „die Zierden des Parlaments, wie DVU-Chef Frey seine Magdeburger Marionetten nannte“, in der Folgezeit jedoch vor allem durch Skandale, Stasi-Affären und martialische Auftritte mit Bodyguards im Landtag, weniger aber durch inhaltliche politische Arbeit von sich reden machten. Je ein Mitglied der CDU- sowie der SPD-Landtagsfraktion bestätigen, dass die DVU vor allem für öffentlichkeitswirksame Auftritte im Parlament gesorgt habe, ansonsten aber zu systematischer politischer Arbeit, beispielsweise in den Ausschüssen oder durch Stellung sinnvoller Anträge, nicht fähig sei. Der Kommentar ergänzt, dass Helmut Wolf den Landtag in erster Linie als Bühne für seine Hetzreden gegen Ausländer, Homosexuelle und die amtierende Landesregierung nutzen würde. Dazu wird ein entsprechender Redeausschnitt von Wolf im Parlament eingespielt.

Der zweite Teil des Filmberichts befasst sich mit dem Austritt von sechs Abgeordneten aus der DVU-Fraktion und den Gerüchten um die Ablösung von Fraktionschef Wolf durch die DVU-Abgeordneten Kannegeiser oder Wiechmann. Der Sohn von Gerhard Frey, der nach Angaben des Senders von seinem Vater nach Magdeburg geschickt worden sei, um Wolf offiziell zu entmachten, sagt vor der Kamera aus, dass Wolf offenbar nicht den richtigen Führungsstil an den Tag gelegt habe und eine Neustrukturierung der DVU-Fraktion unabdingbar sei, will sich darüber hinaus aber nicht konkreter äußern. Zum Schluss kommt noch ein Universitätsprofessor aus Halle zu Wort, der der Ansicht ist, dass sich ein Großteil der Wähler, die seinerzeit meist aus Protest der DVU ihre Stimme gegeben hätten, inzwischen ein reales Bild von der Partei habe machen können und dieser nicht noch einmal ihre Stimme geben werde.

Sonntag, 24. Oktober 1999

Über Präventionsmaßnahmen der Polizei gegen rechtsextremistische Gewaltdelikte berichtet das Nachrichtenmagazin *Blickpunkt* im **ZDF**. In dem Filmbericht begleitet eine Reporterin in der Gegend um Anklam in Mecklenburg-Vorpommern Mitarbeiter einer besonderen „Aufklärungsgruppe Extremismus“ bei ihrem nächtlichen Einsatz. Aufgabe dieser insgesamt 33 sogenannten MEXX-Truppen in Mecklenburg-Vorpommern ist es, vor Ort zu agieren, um Straftaten der rechtsextremen Szene zu verhindern, da – so der Kommentar – in diesen Fällen geduldiges Ermitteln und scharfes Kombinieren nicht ausreiche. Es wird darauf hingewiesen, dass die Polizei im vergangenen Jahr über 700 Gewaltdelikte rechtsextremistischer Täter registrierte, wobei im Vergleich zur Bevölkerungsgröße die Zahl derartiger Straftaten im Osten drei Mal höher lag als im

Westen. In dem Beitrag wird der gewalttätige Übergriff von mehreren Jugendlichen auf zwei Vietnamesen in Eggesin erwähnt, der in der Untersuchungswoche bereits auf SAT.1 thematisiert wurde. Dort suchten die Beamten einen bekannten Treffpunkt von Skinheads auf.

Der Einsatzleiter erzählt, dass seine Mannschaft vor allem versuche, jüngere Leute und solche, die noch neu in der Szene seien, dort wieder herauszuholen. Bei diesen Jugendlichen finde man ab und zu Gehör, an die Älteren und in der Szene „Eingefleischten“ käme man dagegen mit Argumenten kaum heran. Die MEXX-Truppen verfolgten bei ihrem Einsatz eine Doppelstrategie: So lange die Jugendlichen friedlich seien, verhalte man sich freundlich und gesprächsbereit, Straftaten verfolgten die Einsatztruppen dagegen konsequent. Da es auf dem Land für Jugendliche kaum Freizeitangebote gebe und auf Langeweile und Abenteuerlust nicht selten Straftaten folgten, arbeiteten die Einsatztruppen daneben eng mit den örtlichen Jugendämtern zusammen, um mehr Angebote in dieser Richtung zu konzipieren.

Programmstichprobe Frühjahr 2000

Montag, 13. März 2000

In den frühen Morgenstunden bringen die **Kabel 1**-Nachrichten im Newsticker eine kurze Meldung über die NPD-Demonstration vom Vortag. Im Mittelpunkt des halbinütigen Nachrichtenfilms stehen die Ausschreitungen am Rande der NPD-Demonstration mit den üblichen Bildern: Aus der Menge heraus wird eine Flasche auf eine Gruppe Polizisten geworfen, Wasserwerfer sind im Einsatz, es gibt mehrere Festnahmen, bei denen die Personen starke Gegenwehr leisten und von mehreren Polizisten zu Boden gerungen werden. Ein Demonstrant wehrt sich besonders verzweifelt gegen seine Festnahme und schreit – wegen der unterlegten Musik kaum hörbar – „Nazis raus“ in Richtung NPD-Demo. Die Bilder vermitteln insgesamt einen sehr chaotischen, emotionsgeladenen Eindruck.

Das **ZDF** beschäftigt sich in seinem Ländermagazin *drehscheibe Deutschland* ebenfalls mit den Ereignissen vom 12. März. Die Moderatorin interviewt den Berliner Innenminister Werthebach (CDU) zu Hintergründen und Konsequenzen des NPD-Aufmarsches vom Sonntag. Dabei geht es um die Frage, warum der Verbotserlass wieder aufgehoben wurde und wie man künftig Aufmärsche von Rechtsextremen vor geschichtsbelasteten Orten wie dem Brandenburger Tor verhindern könne.

Werthebach argumentiert, dass er im Rahmen der bestehenden Gesetzeslage keine hinreichende Handhabe gegen den NPD-Aufmarsch gehabt habe. Ein von ihm nachgewiesener Verstoß gegen Verfassungsgrundsätze, das Völkerrecht sowie die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik sei vor Gericht nicht ausreichend gewesen. Aufgrund der Interpretation des Bundesverfassungsgerichts müsse einzig und allein nachgewiesen werden, dass aus dem Aufmarsch heraus konkret Straftaten begangen werden. Da die NPD aber inzwischen gelernt habe, genau das zu vermeiden, sieht er auch für ein Verbot der geplanten NPD-Demonstration am 1. Mai vor dem Brandenburger Tor wenig Chancen. Er plädiert vehement für eine Gesetzesänderung und appelliert an den Bundestag, sich der Diskussion um eine Beschränkung des Versammlungsrechts nicht länger zu verschließen.

Im Anschluss an das Interview folgt eine Sprechermeldung, dass der bayerische Innenminister Beckstein (CSU) einen Verfassungsschutzbericht vorgelegt habe. Danach sei die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Aber auch die Zahl politisch motivierter Straftaten durch Ausländer habe zugenommen.

Außerdem beschäftigt sich das ZDF am frühen Montagmorgen in seinem Magazin *Länderspiegel* mit der Schändung jüdischer Friedhöfe in Deutschland.⁵ Bestürzende Bilanz: Obwohl nahezu jede Woche irgendwo in der Bundesrepublik mindestens ein jüdischer Friedhof geschändet wird, bleiben die meisten dieser Vorfälle unaufgeklärt. Grund hierfür ist nach Aussagen von Angehörigen der Justiz und des BKA die Tatsache, dass die Polizei in den meisten Fällen keine Tatverdächtigen ermitteln kann. Exemplarisch werden in dem Beitrag der Sprengstoffanschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden Heinz Galinski 1998 und die Zerstörung von 103 Gräbern auf dem jüdischen Friedhof Berlin-Weißensee genannt. Auch in diesen beiden aufsehenerregenden Fällen verliefen die Ermittlungen im Sande.

Durch zwei Beispiele vermittelt die Reportage den Eindruck, dass die Regelmäßigkeit derartiger Anschläge nur die Spitze eines scheinbar immer noch tief in der Gesellschaft wurzelnden Antisemitismus darstellen: Zum einen wird darauf hingewiesen, dass einer der Steinmetze, die ehrenamtlich die Wiederherrichtung des Friedhofs in Weißensee übernommen hatten, anonyme Morddrohungen erhielt, nachdem über die Hilfsaktion in der Presse berichtet worden war. Zum anderen werden der Journalist und sein Kameramann bei den Dreharbeiten auf einem jüdischen Friedhof selbst Zeugen eines antisemitischen Übergriffs. Mehrere Schüler der benachbarten Sonderschule schmeißen mit Steinen nach einem Rabbiner und beschimpfen ihn. Ein Friedhofsgärtner bestätigt, dass sich seit ein paar Monaten derartige Vorfälle häuften. Der Journalist stellt abschließend die Frage in den Raum, ob der Antisemitismus in Deutschland tatsächlich nur ein Randphänomen sei, wenn schon 13-jährige Kinder antisemitische Parolen brüllten, und regt zur Stärkung für mehr Toleranz gegenüber der jüdischen Kultur an, Partnerschaften von Schulen für jüdische Friedhöfe einzurichten.

Dienstag, 14. März 2000

In der **ZDF**-Nachrichtensendung *heute - in Europa* geht es in einem Filmbericht um rechtsextremistische Tendenzen in Belgien. Während die EU Sanktionen gegen das Mitgliedsland Österreich wegen der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ verhängt, ist ausgerechnet in dem Land, in dessen Hauptstadt die Europäische Kommission ihren Sitz hat, der rechtsextreme Flams Blok massiv auf dem Vormarsch. Die Partei ist mit 10 Prozent der Abgeordneten im belgischen Parlament vertreten und strebt einen unabhängigen flämischen Staat an. Zu dessen künftiger Ausländerpolitik äußert sich eine der Leitfiguren der Partei, Generalsekretär Fillip de Winter: „Ausländer, die nicht bereit sind, ihrer Kultur und dem Islam abzuschwören, müssen gehen.“ Dass de Winter mit diesen ausländerfeindlichen Sprüchen, so der Kommentar der Korrespondentin, bei der flämischen Bevölkerung auf offene Ohren stößt, zeigt die

⁵ Es handelt sich hierbei um eine Sendungswiederholung. Die Originalsendung wurde am Samstag vor der Untersuchungswoche ausgestrahlt.

anschließende Befragung von Teilnehmern einer Demonstration gegen ein Asylbewerberheim. Zwei Frauen bezeichnen sich selbst als Nationalisten und Asylbewerber als Kriminelle.

Ein belgischer Politologe sieht im Flams Blok keinesfalls eine Randerscheinung, da die Partei mittlerweile zunehmend die Themenagenda der übrigen Parteien beeinflusse, auch wenn eine Zusammenarbeit bislang für die demokratischen Parteien noch tabu sei. Fazit des Beitrags: Zwar stellt der Flams Blok momentan noch einen „Machtfaktor ohne Regierungsbeteiligung“ dar. Doch das könne sich nach den Kommunalwahlen im Herbst rasch ändern.

Donnerstag, 16. März 2000

SAT.1 berichtet in seinem Regionalmagazin *17:30 live aus Berlin* über die Veröffentlichung einer Studie zum Thema rechtsradikale Rockmusik im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung. In der Anmoderation mit kurzem Nachrichtenfilm werden die Ergebnisse kurz zusammengefasst. Danach gebe es in Deutschland immer mehr derartiger Bands, die mit ihrer Musik braune Stimmungsmache betrieben. Die Polizei könne allerdings nur schwer gegen diese Gruppen vorgehen. Vor dem Hintergrund von Bildern von einem Skinhead-Konzert ohne Ton sowie sichergestellten Nazi-Devotionalien und Musik-CD's wird die Frage aufgeworfen, wo Kunst aufhöre und Demagogie anfangen.

In seinem anschließenden Kommentar sieht Georg Gafron die Gründe für die wachsende Anziehungskraft derartiger Gruppen in der zunehmenden Orientierungslosigkeit vieler Jugendlicher begründet, die keinen Halt in der Gesellschaft fänden. Er bezeichnet rechtsradikale Musikgruppen als Rattenfänger, die Jugendliche ganz subtil zu Gesinnungsgenossen formten, indem sie sich als Teil der sogenannten Gothic Rock und Black Metal Musikszene vordergründig einem heidnisch-germanischen Mystizismus verschrieben und erst allmählich ihren neonazistischen Hintergrund offenbarten. Sein Credo: „Die Polizei kann die Wurzeln des Übels nicht beseitigen. Wenn Jugendliche sich einsam und verlassen fühlen, Rattenfängern auf den Leim gehen, liegt die Schuld bei uns allen.“

Die **ARD** zitiert in der regionalen Nachrichtensendung *aktuell Berlin & Brandenburg* in einer Sprechermeldung Verfassungschef Vermander mit der Aussage, dass die NPD mit ihren jüngsten Demonstrationen versuche, sich für das gesamte rechtsextremistische Spektrum attraktiv zu machen. Zudem entwickle sich die Partei zu einem Sammelbecken für bislang unorganisierte Neonazis.

Programmstichprobe Herbst 2000

Montag, 16. Oktober 2000

In einer Reportage von *Spiegel TV Magazin* auf **RTL** (Wiederholung von Sonntag) geht es um rechte Jugendliche in Delitzsch bei Leipzig, die den dort lebenden Russlanddeutschen das Leben „zur Hölle“ machten. Der Beitrag besteht aus vor Ort aufgenommenen Bildern und O-Tönen. Dazu kommen Amateurvideoaufnahmen von Krawallen Rechtsradikaler in Delitzsch. Gezeigt wird Alltag in Delitzsch; der Film transportiert Stimmungen und kaum Fakten. Einwohner von Delitzsch – rechte Jugendliche, als „Einheimische“ bezeichnete Erwachsene, Russlanddeutsche – kommen zu Wort.

Dabei fragt der Reporter bis auf eine Ausnahme nicht kritisch nach, widerspricht nicht und distanziert sich nicht von dem Gesagten. Zwei Szenen sind besonders auffällig: Als deutsche Anwohner Vorurteile gegen die Russlanddeutschen äußern, sind im Hintergrund zustimmende und ermunternde Kommentare des Reporters zu hören („Das stimmt.“). In einem anderen Fall liest ein junger Neonazi einen „SS-Sinnspruch“ vor, bezeichnet die Waffen-SS als normale „kämpfende Einheit wie die Bundeswehr“ und Adolf Hitler als „unseren Führer“, ohne dass der Sprecher diese Aussagen während des Gesprächs oder danach aufgreift. Ein Poster von Hitler wird gezeigt, rechte Musik ist zu hören. Die Statements fast aller Beteiligten sind emotional und wenig gehaltvoll. Der Film versucht in erster Linie die Situation möglichst „farbig“ darzustellen und sucht nicht nach den Ursachen der Gewalt oder nach Lösungsansätzen. Der Beitrag wird in den VOX-Nachrichten am Donnerstag erneut ausgestrahlt.

Das **ZDF** weist in der Presseschau des *Morgenmagazins* auf eine Reportage über einen jungen Neonazi in der Sächsischen Zeitung hin. Der Artikel wird eingeblendet und von der Moderatorin gelobt.

Die **ARD** übernimmt im Rahmen des gemeinsamen Vormittagsprogramms das *Morgenmagazin*, das in dieser Woche vom ZDF produziert wird, und die Nachrichtensendungen des ZDF am Vormittag und Mittag.

Darüber hinaus zeigt die ARD am Montag in ihrem regionalen Fensterprogramm *aktuell Berlin & Brandenburg* (ORB/SFB) Sprechermeldungen über den „Gubener Hetzjagd-Prozess“ in Cottbus und über die Schändung einer Gedenktafel für die Euthanasieopfer in Berlin.

Dienstag, 17. Oktober 2000

SAT.1 zeigt in 17:30 *live* aus Berlin einen Spot „Gegen rechte Gewalt“. Er zeigt Bilder von Neonazis, die mit Fahnen im Gleichschritt marschieren, den Hitlergruß zeigen und „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“ rufen und mit Fahnen und Hitlergruß ergriffen einer rassistischen Rede zuhören. Es folgen Bilder von rechter Gewalt: Jagd auf einen Ausländer, ein Skinhead, der einen am Boden Liegenden gegen den Kopf tritt, eine Explosion, ein Verletzter im Krankenhaus, hakenkreuzbeschmierte Grabsteine, ein maskierter Skin, der mit einer Schusswaffe in die Kamera zielt. Alle Bilder sind mit einem Rotton unterlegt. Gegen Ende wird mehrmals das Bild invertiert. Der Tritt gegen den am Boden Liegenden und die Explosion sind mit Toneffekten unterlegt. Auch andere Töne erzeugen Spannung. Am Ende des Spots kommt eine Schwarzblende und in weißer Schrift die Botschaft: „Wer wegsieht, schlägt zu! Gegen rechte Gewalt!“ Während des Beitrags findet keine Distanzierung statt.

Im *Morgenmagazin* des **ZDF** findet ein Studiogespräch mit den beiden Regisseuren des Films „Oi!Warning“ statt. Dabei geht es primär um den Inhalt des Films und seinen Erfolg. In einer kurzen Filmsequenz werden Ausschnitte gezeigt. Zu einem Gespräch über das Thema des Films, Skinheads und Gewalt, kommt es fast nicht bzw. nur oberflächlich.

Das Ländermagazin *drehscheibe Deutschland* bringt zwei Meldungen über einen Angriff auf einen Afrikaner in Magdeburg und über den Bremer Schulsenator Lemke, der eine Behandlung der NPD-Debatte im Schulunterricht befürwortet. Bei den Meldungen von *Drehscheibe* ist jeweils ein Standbild zu sehen, der Sprechertext kommt aus dem Off.

Bereits an diesem Tage beschäftigt sich das ZDF-Magazin *Frontal* mit dem Für und Wider eines Verbotsantrags gegen die NPD. Der Filmbeitrag wird im Studio an- und auch abmoderiert. In der Anmoderation wird die Frage aufgeworfen, ob ein Verbotsantrag der richtige Weg im Umgang mit der NPD sei. Im Film wird die rechte Partei zunächst dargestellt. Otto Schily und Günter Beckstein begründen darauf das Vorhaben, die Partei vom Bundesverfassungsgericht verbieten lassen zu wollen. Verschiedene Wissenschaftler und Politiker äußern danach ihre Bedenken, warnen vor unerwünschten Nebeneffekten oder zweifeln an der Chance oder dem Nutzen eines Verbotsantrages. In der Abmoderation wird eindeutig gegen einen Verbotsantrag Stellung bezogen: „Ein Verbotsantrag mit ungewissem Ausgang löst derzeit kein einziges Problem.“ Stattdessen solle den Rechtsextremisten mit „professioneller Prävention und zügiger Repression“ begegnet werden.

Bemerkenswert an dem Beitrag ist, dass bereits in der Anmoderation auf das Problem hingewiesen wird, dass man mit der Berichterstattung über die Rechten ihnen zugleich eine Plattform zur öffentlichen Darstellung biete. Der folgende Beitrag versucht daher, der NPD möglichst keinen Raum zur Selbstdarstellung zu geben. Es werden einige Bilder von NPD-Anhängern gezeigt, etwa beim Aufmarsch am Brandenburger Tor. Es sind allerdings eher zurückhaltende Aufnahmen, die zusätzlich erklärt und kommentiert werden. Der Sprecher distanziert sich deutlich. Ebenso verhält es sich mit O-Tönen von NPD-Funktionären, die zum Beispiel als „unerträgliche Agitation“ bezeichnet werden. Im Gegensatz zu den Gegnern der Partei, die ihre Standpunkte ausführlich darlegen können, finden sich in O-Tönen von NPD-Seite keine Begründungen.

In den Regionalnachrichten der **ARD** läuft ein Nachrichtenfilm über eine Sitzung der Hochschulrektorenkonferenz, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit ausspricht.

Mittwoch, 18. Oktober 2000

In einem Nachrichtenfilm in *RTL aktuell* wird über die Urteile im Prozess um die Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald berichtet. Bei der Darstellung der Tat zeigt **RTL** dabei ein Bild von mit Hakenkreuzen beschmierten Grabsteinen, das nicht zu diesem Fall gehört.

Auf **VOX** läuft in den Hauptnachrichten ein Filmtipp über „Oi!Warning“. Dabei wird der Film in Ausschnitten gezeigt, sein Inhalt beschrieben und positiv bewertet. Auch die beiden deutschen Regisseure kommen zu Wort. Einer der beiden weist darauf hin, dass Gewalt als Lösungsmittel unter Jugendlichen angesagt sei und die Ursachen hierfür möglicherweise weniger in rechtem Gedankengut als in einer „beschissenen Lebenssituation“ liegen könnten.

SAT.1 berichtet in seinem Regionalmagazin *17:30 live aus Berlin* über die Berlinerin Irmela Schramm, die rechte Schmierereien übermalt und rechte Aufkleber entfernt. Dem Beitrag geht ein kurzer Spot voraus, der eine Szene aus dem „Gegen rechte Gewalt“-Film aufgreift: Neonazis mit Hitlergruß, die „Deutschland den Deutschen“ rufen. In diesem Fall findet jedoch eine klare Distanzierung vom Gezeigten statt: Das Bild wird angehalten und „Maulkorb für Neonazis“ eingeblendet. In dem Filmbericht selber wird Irmela Schramm bei der Arbeit gezeigt. Sie kommt mit mehreren Statements zu Wort. In einer Sequenz des Films werden Bilder von Neonazis gezeigt: die NPD vor dem Brandenburger Tor, Stiefel in Großaufnahme, Fahnen und Transparente, Neonazis mit Hitlergruß, die „Deutschland den Deutschen“ rufen.

In der Nachrichtensendung 18:30 nimmt der Sender den Buchenwald-Prozess zum Anlass, über den Vorschlag des bayerischen Justizministers Weiß zu berichten, der ein Fahrverbot für rechte Straftäter befürwortet. Eine Verkehrspsychologin unterstützt die Idee, SPD-Generalsekretär Müntefering zweifelt dagegen an ihrem Nutzen. Von Neonazis werden ähnliche Bilder wie im 17:30-Beitrag gezeigt. Auch das Hakenkreuz, das in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald geschmiert wurde, kommt ins Bild. Zum Schluss des Beitrags warnt der Sprecher, dass ohne härtere Strafen „die Terrorwelle kein Ende“ nehmen werde. Dazu laufen Bilder von Skinheads, die mit Molotowcocktails ein Haus in Brand setzen, und einem Schläger, der einem am Boden liegenden gegen den Kopf tritt.

ProSieben berichtet in den Abendnachrichten mit einem Nachrichtenfilm über den Buchenwald-Prozess. Der Text des Beitrags distanziert sich von den Tätern. Bei der Beschreibung der Tat wird nicht das geschmierte Hakenkreuz gezeigt.

Auch **Kabel 1** berichtet in den Nachrichten am Nachmittag mit einem Nachrichtenfilm über den Buchenwald-Prozess und benutzt dabei dieselben Bilder wie ProSieben, das geschmierte Hakenkreuz wird nicht gezeigt. Der Text ist sachlich und zurückhaltend.

In den Spätnachrichten wird der Beitrag mit neuem Text wiederholt. Der Sprecher distanziert sich diesmal wenig sachlich und sehr deutlich von den Tätern; die Urteile werden als „mild“ bezeichnet.

Das **ZDF** berichtet in *heute mittag* um 12 Uhr in einem Nachrichtenfilm erstmals über den Buchenwald-Prozess. Es werden Bilder aus dem Gericht und von der KZ-Gedenkstätte Buchenwald gezeigt. Dabei ist auch das dort geschmierte Hakenkreuz zu sehen. Der Beitrag wird im Mittagmagazin und allen folgenden Nachrichtensendungen bis heute nacht wiederholt. Der Text wird dabei laufend geändert und aktualisiert. Er wechselt zwischen sachlicher (Bezeichnung als „Angeklagte“) und distanzierender Behandlung des Themas (Bezeichnung als „Buchenwald-Schänder“).

Die **ARD** berichtet über den Buchenwald-Prozess, zum ersten Mal nach dem Ende des gemeinsamen Vormittagsprogramms mit dem ZDF, in der *Tagesschau* um 14 Uhr. Der kurze Filmbeitrag wird danach in allen Nachrichtensendungen wiederholt und mehrfach aktualisiert. Bei der Beschreibung der Tat wird nicht das geschmierte Hakenkreuz gezeigt. Der Text ist sehr sachlich.

Ebenfalls am Mittwoch läuft in *aktuell Berlin & Brandenburg* eine Meldung über die Suspendierung zweier Polizeischüler in Brandenburg wegen angeblicher „Sieg Heil“-Rufe.

Donnerstag, 19. Oktober 2000

In den **VOX**-Hauptnachrichten läuft eine Wiederholung des Beitrags des *Spiegel TV Magazins* über Neonazis in Delitzsch.

RTL II zeigt in den *RTL II-News* einen Filmtipp für „Oi!Warning“. Der Film wird beschrieben und empfohlen. Dabei ist durchgehende Argumentation des Beitrags, dass Skinheads nicht mit Rechten gleichzusetzen seien: „Oi!Warning“ handle von „jenen Glatzen, die gänzlich unpolitisch sind“. Der Skin-Sänger Michael Herbold erklärt, rechte Skins bildeten den kleinsten Teil der Szene. Einer der Regisseure, Benjamin Reding, sagt, man habe einen Film machen wollen, „der diesen Leuten auch gerecht wird“. Die Filmbilder, die gezeigt werden, stammen fast alle aus Filmszenen, in denen die Skinhead-Darsteller feiern und tanzen. Ein Ausschnitt mit Text kommt nicht vor. Bilder des Beitrags sind zum Teil visuell verfremdet und „aufgepeppt“.

Ohne auf das Thema NPD-Verbotsantrag Bezug zu nehmen, sendet **SAT.1** in 17:30 *live aus Berlin* einen Kommentar, der sich für die Einrichtung einer demonstrationsfreien Bannmeile im Berliner Regierungsviertel ausspricht. Eingeleitet wird der im Studio gesprochene Meinungsbeitrag durch den bereits am Dienstag gezeigten Spot „Gegen rechte Gewalt“ und Bilder von der NPD-Demonstration am Brandenburger Tor, von Gegendemonstranten und gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Im *Morgenmagazin* zeigt das **ZDF** einen Filmbericht, der die NPD darstellt, die Voraussetzungen für ein Parteienverbot benennt und die Chancen eines Verbotsantrags gegen die NPD diskutiert. Der Beitrag stützt sich vor allem auf die Meinung des Verfassungsrechtlers Hans Meyer, der in mehreren O-Tönen zu Wort kommt und bezweifelt, dass die Grundlagen für ein Verbot der NPD ausreichen. Bei der Beschreibung der NPD werden Bilder von Parteiveranstaltungen und Demonstrationen gezeigt. Trommeln, Fahnen und Transparente kommen ins Bild. Auch der NPD-Aufmarsch am Brandenburger Tor, Gegendemonstrationen und das Polizeiaufgebot sind zu sehen.

Der Beitrag wird zweimal im *Morgenmagazin* wiederholt. An die zweite Wiederholung schließt sich ein Gespräch mit dem Präsidenten des niedersächsischen Verfassungsschutzes Rolf Peter Minnier an, der live ins Studio zugeschaltet ist. Er bewertet im Gegensatz zu der im Film dargelegten Meinung einen Verbotsantrag gegen die NPD als richtig und aussichtsreich und befürwortet diesen entschieden.

Das *heute-journal* berichtet über den Beschluss der Innenminister der Länder, auf der am nächsten Tag folgenden Konferenz noch keine Entscheidung zum NPD-Verbotsantrag zu fällen. Dabei kommen mehrere Landesinnenminister und Bundesinnen-

minister Schily zu Wort, die die Verschiebung der Entscheidung begründen oder aber davor warnen, den Eindruck von inhaltlichen Meinungsverschiedenheiten entstehen zu lassen. Ein Statement von Schily wird dabei mit Bildern vom NPD-Aufmarsch am Brandenburger Tor unterlegt.

Das Ländermagazin *drehscheibe Deutschland* meldet die Schändung eines jüdischen Mahnmals in Hannover durch Rechtsradikale. Auf einem Bild sind vor dem Hintergrund des Mahnmals rasierte Köpfe zu sehen.

Die **ARD** berichtet in der *Tagesschau* um 20 Uhr ebenfalls über das Treffen der Innenminister, die sich am folgenden Tag noch nicht auf eine Entscheidung zum NPD-Verbotsantrag festlegen wollen. Es kommen die Landesinnenminister Schönbohm (Brandenburg, CDU) und Beckstein (Bayern, CSU) sowie Bundesinnenminister Schily (SPD) zu Wort. Sie erklären die Verschiebung (Schönbohm), warnen vor einer offenen Auseinandersetzung „zwischen den demokratischen Parteien“ (Schily) oder beschwichtigen (Beckstein). Auch der Reporter selber tritt vor die Kamera und erklärt und bewertet das Verhalten der Akteure. Anhänger der NPD sind lediglich während der Anmoderation auf einem Hintergrundbild zu sehen.

Die *Tagesthemen* nehmen das Innenministertreffen zum Anlass, über die Republikaner in Baden-Württemberg zu berichten, die ihren Landtagswahlkampf beginnen und von einem NPD-Verbot profitieren könnten. Der Bericht stellt die Republikaner dar, die in Baden-Württemberg im Landtag sitzen, und zeigt, wie die anderen Parteien mit den Rechten umgehen. Er lässt sowohl die Republikaner als auch deren Gegner zu Wort kommen. Besonderen Wert legt der Beitrag darauf, die Selbstdarstellung der Partei kritisch zu hinterfragen und mit der Realität zu vergleichen. Der Sprecher kommentiert das Gesagte und Gezeigte und distanziert sich deutlich aber sachlich. Von Aufmärschen und Wahlkampfveranstaltungen werden vergleichsweise nüchterne, undramatische Bilder gezeigt.

In den Regionalnachrichten gibt es zwei Meldungen: einmal über Brandenburgs Justizminister Schelter, der seine Bundesratsinitiative gegen Rechtsextremismus verteidigt, zum anderen über den „Gubener Hetzjagd-Prozess“.

Freitag, 20. Oktober 2000

RTL sendet in *Punkt 12* und *RTL aktuell* Nachrichtenfilme über die Innenministerkonferenz. Neben Bildern von der Konferenz werden auch Aufnahmen von der NPD-Demonstration gegen das geplante Verbot gezeigt, wobei einige Flugblattverteilende Aktivisten und ein Flugblatt mit dem Text „Argumente statt Verbote“ ins Bild kommen. In dem zweiten, ausführlicheren Nachrichtenfilm kommen verschiedene Politiker und ein Wissenschaftler in O-Tönen zu Wort.

VOX sendet zwei Beiträge über die Ereignisse des Tages im Zusammenhang mit dem NPD-Verbotsantrag. Der Filmbericht in den Hauptnachrichten wird etwas gekürzt in den Spätnachrichten wiederholt. In dem Beitrag wird versucht, die NPD-Mahnwache und die Partei insgesamt lächerlich zu machen.

RTL II sendet in seinen *News* um 20 Uhr einen kurzen Nachrichtenfilm. Es wird berichtet, dass die Innenminister in der nächsten Woche über den Verbotsantrag entscheiden wollen.

Die Berichterstattung bei **SAT.1** zur Innenministerkonferenz beginnt mit halbstündlich wiederholten ganz oder beinahe identischen Sprechermeldungen im Frühstücksfernsehen. Der letzte Beitrag wird in den Nachrichten 18:30 in Form eines kurzen Nachrichtenfilms gesendet.

In dem Boulevardmagazin *taff* auf **ProSieben** wird in einer kurzen Sprechermeldung gesagt, dass die Innenministerkonferenz stattfand und keine Einigung zustande kam. Die NPD-Mahnwache wird nicht erwähnt. In den ProSieben-Nachrichten um 20 Uhr wird ein längerer Nachrichtenfilm gezeigt. Es kommen verschiedene Politiker und ein Experte in O-Tönen zu Wort; der Off-Kommentar ist prononciert und distanziert sich sehr deutlich von der NPD.

Kabel 1 berichtet am Spätnachmittag einmal über die Innenministerkonferenz. Der Beitrag in den *Kabel 1-Nachrichten* ist identisch mit dem der *ProSieben-Nachrichten*. Nur die Anmoderation unterscheidet sich etwas.

Das **ZDF** befasst sich den ganzen Tag über mit den Ereignissen im Zusammenhang mit der Innenministerkonferenz und der NPD-Mahnwache. Dabei wird die Berichterstattung laufend aktualisiert und variiert. In den frühen Morgenstunden bringt *heute nacht* einen kurzen Filmbericht, gefolgt von kurzen Sprechermeldungen in den *heute*-Ausgaben innerhalb des Frühstücksfernsehens. Der Text wird einmal leicht variiert, ansonsten wird diese Meldung halbstündig unverändert verlesen. Zwischen diesen

Beiträgen setzt sich das *Morgenmagazin* des ZDF tiefergehend mit dem Thema NPD-Verbotsantrag auseinander. Zuerst wird nach einer kurzen Anmoderation ein Filmbeitrag gezeigt, der mit Hilfe von O-Tönen die unterschiedlichen Positionen von Schily, der CDU und der CSU zum Antrag vorstellt. Dieser Beitrag wird im Laufe der Sendung zweimal wiederholt. Später begrüßt die Moderatorin im Studio Cem Özdemir (Grüne) zu einem Gespräch über den Verbotsantrag. Außerdem findet im Studio ein Gespräch mit einer Journalistin der Süddeutschen Zeitung statt, weil das Thema die Schlagzeilen der Zeitungen bestimmt. Die Moderatorin kündigt mehrfach den bayerischen Innenminister Beckstein als Studiogast an. Beckstein ist jedoch verhindert und erscheint nicht.

Im *ZDF-Mittagsmagazin* wird ein Filmbericht mit Off-Kommentar gesendet. Er zeigt Bilder von der NPD-Mahnwache, von der Konferenz und O-Töne von Schily, CDU-, SPD- und CSU-Politikern. Nach dem Filmbeitrag interviewt die Moderatorin einen SPD-Politiker via Zuschaltung ins Studio. Im Laufe des Nachmittags sendet das ZDF in seinen *heute-Nachrichten* und in *heute - in Deutschland* Filmbeiträge und Interviews mit Reportern, die dem Stand der Beratungen angepasst sind. In der Hauptnachrichtensendung wird ein Beitrag aus den Nachmittags-Nachrichten wiederholt. Die Berichtserstattung schließt mit einer kurzen Sprechermeldung im *heute-journal*.

Das monatlich ausgestrahlte *Politbarometer* präsentiert die Ergebnisse einer monatlichen Bevölkerungsumfrage der Forschungsgruppe Wahlen und behandelt wesensgemäß viele Fragen. Das Thema Rechtsradikalismus kommt bei der Frage nach den wichtigsten Themen in Deutschland vor. Das *Politbarometer* berichtet, dass nach der neuesten Umfrage der Rechtsradikalismus als zweitwichtigstes Problem in Deutschland genannt wird. Gegenüber den Ergebnissen des Vormonats stellt dies eine starke Steigerung dar. Aus Anlass der Diskussion um das NPD-Verbot wurden die Bürger außerdem gefragt, ob ihrer Meinung nach die NPD verboten werden solle. Für ein Verbot sprechen sich 66 Prozent, dagegen 28 Prozent der Befragten aus. Der Moderator der Sendung präsentiert die Fragen und die Ergebnisse sachlich und verzichtet auf Kommentare. Zu sehen sind nur er und das grafisch aufbereitete Ergebnis.

In der *Tagesschau* um 14 Uhr verliest der Sprecher in der **ARD** eine Meldung zur Innenministerkonferenz und zitiert Äußerungen von Schily und Stoiber zum Thema. In den folgenden *Tagesschau*-Ausgaben werden jeweils kurze Sprechermeldungen verlesen.

Im regionalen Fensterprogramm der ARD bringt die Nachrichtensendung *aktuell Berlin & Brandenburg* eine Meldung, in der die NPD-Mahnwache im Vordergrund steht und die Innenministerkonferenz nur in einem Nebensatz erwähnt wird.

Das *Tagesthemen*-Pendant *Bericht aus Berlin* setzt sich in mehreren Beiträgen ausführlich mit verschiedenen Aspekten des NPD-Verbots auseinander. Der Sprecher im

Studio leitet zwei Filmberichte ein, in denen ein Off-Kommentator spricht und O-Töne von Politikern (CDU, Schily), einem Experten (Verfassungsrichter a.D.), Opfern rechter Gewalt, Eltern, die Angst haben, dem Bürgermeister einer Gemeinde, einem Sozialarbeiter und einem anonymen Antifa-Aktivisten vorkommen. Nazis, Skinheads oder Sympathisanten kommen nicht zu Wort. Besondere Effekte sind Bilder von marschierenden Skins und von tätowierten Glatzen und Geräusche von marschierenden Stiefeln. Der erste Filmbericht widmet sich den Schwierigkeiten eines NPD-Verbots. Der CDU-Politiker kritisiert, dass die CDU das Material und die rechtliche Bewertung erst am Vortag erhalten habe und äußert Bedenken, ob ein Verbot verhältnismäßig ist. Der Verfassungsrichter a.D. Mahrenholz bestätigt diese Bedenken. Schily hält das Verbot demgegenüber für gerechtfertigt. Ein Dossier des Verfassungsschutzes soll belegen, dass die NPD gegenüber der freiheitlich-demokratischen eine aggressiv-kämpferische Grundhaltung an den Tag legt. Der Film zeigt Bilder und Zitate von NPD-Flugblättern und Schriften. Das Fazit der Off-Kommentatorin: Die aggressiv-kämpferische Grundhaltung wird kaum bestritten.

Abschließend geht es noch um die Frage, ob geheime Materialien von V-Leuten und Abhöraktionen als weiteres Beweismaterial zur Begründung des Verbotsantrags verwendet werden sollen. Während sich Beckstein in dem Beitrag dafür ausspricht, ist Schily der Meinung, das vorliegende Material reiche aus.

Der Sprecher von *Bericht aus Berlin* betont, dass sich die NPD auch Hilfstruppen (Skinheads) bedienen kann, um aggressiv-kämpferisch gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorzugehen. Wie das Zusammenspiel funktioniert und wozu es führt, zeigt der zweite Filmbeitrag am Beispiel der sächsischen Gemeinde Kittlitz.

In diesem Beitrag kommen Jugendliche und Erwachsene, die Angst vor rechter Gewalt haben, zu Wort. Der Film zeigt die Zeichen rechtsextremer Umtriebe in der Gemeinde (NPD-Aufkleber an allen Straßenschildern, Autos mit 88 im Kennzeichen⁶). Eine Gruppe, die Infos über Nazis sammelt, sagt, Kittlitz sei eine rechtsextrem dominierte Gemeinde. Der Film zeigt einen Jugendtreff, in dem rechte Jugendliche und die NPD gemeinsame Veranstaltungen durchführen und weist auf die Verbindung der Skinhead-Organisation „Odins Legion“ zur NPD hin. Der Bürgermeister und ein Sozialarbeiter werden interviewt. Das Fazit des Off-Kommentars: In Kittlitz kümmere sich niemand um die Jugendlichen außer die NPD.

⁶ Die 8 ist das Zeichen für den achten Buchstaben des Alphabets, das H. 88 steht für HH = Heil Hitler.

Samstag, 21. Oktober 2000

RTL sendet in seiner Hauptnachrichtensendung am Abend einen kurzen Nachrichtenfيلم über die Dortmunder Demonstration gegen Rechts, in dem auch Clements Befürwortung eines NPD-Verbots erwähnt wird. In diesem Zusammenhang erfolgt die Information, dass Beckstein auch ein Verbot der Republikaner und der DVU für denkbar halte.

Auch **RTL II** berichtet in einem kurzen Nachrichtenfيلم am Abend über die Dortmunder Demonstrationen.

Ebenso wie RTL greifen auch die **SAT.1**-Nachrichten in der Anmoderation die Überlegungen Becksteins auf und stellen sie in den Mittelpunkt ihres ausführlichen Filmberichts. Als Begründung werden die Befürchtungen Becksteins sowie einiger Experten angeführt, dass gewaltbereite Rechtsextremisten nach einem erfolgreichen NPD-Verbot zu anderen rechtsextremistischen Parteien abwandern könnten. Auch Clement äußert sich in einem Statement sinngemäß.

Durch den Aufbau des Filmberichts werden diese Argumente unterstützt. Insbesondere wird die Gefährlichkeit der Skinhead-Bewegung durch die Art der Berichterstattung betont. Bei der Berichterstattung über die Ereignisse in Dortmund steht nicht die Anti-Rechts-Demo im Vordergrund, sondern eine Attacke von Teilnehmern des Neonazi-Aufmarsches gegen Anwohner, die sich ihnen in den Weg stellten. Bilder von der Rangelei werden mit der Aussage „Ohne Vorwarnung schlagen die Skinheads zu“ kommentiert. Die Opfer werden nach dem Übergriff kurz interviewt.

Weiter nimmt der Bericht Bezug auf die Gewalttaten der letzten Wochen und zeigt Bilder vom Brandanschlag auf den Leo-Baeck-Saal und von hakenkreuzbesmierten Grabsteinen. Es folgen Bilder von Protesten gegen den Landesparteitag der Republikaner in Bad Homburg, der laut Bericht ebenfalls an diesem Samstag stattgefunden hat, sowie von einer Veranstaltung der DVU mit Parteichef Gerhard Frey, auf der Neonazis Reichskriegsflaggen schwenken. Außerdem ziehen sich durch den Beitrag mehrfach Bilder von demonstrierenden Neonazis. Fazit des Korrespondenten: „Sollten auch Republikaner und DVU verboten werden, wäre es jedenfalls vorbei für die Rechten mit Wahlen und Geldern aus der Parteienfinanzierung“.

In einem Nachrichtenfيلم der **ProSieben-Nachrichten** werden die Ausschreitungen zwischen linken Gegendemonstranten und der Polizei besonders stark betont. Daneben wird das Statement von Clement zum NPD-Verbot eingespielt.

Der Sender **Kabel 1** sendet in den Abend- und Spätabendnachrichten zwei Kurzbeiträge zur Demonstration und stellt ebenfalls die Ausschreitungen von Linksextremisten in den Mittelpunkt seiner Nachrichtenfилme.

Die **ARD** berichtet den ganzen Tag über kontinuierlich über die Dortmunder Demonstration. Text, Filmmaterial und Aufmachung – mal als Nachrichtenfилm, mal als Sprechernachricht mit Foto im Hintergrund – variieren nur unwesentlich. Gegen Abend, nachdem die Demonstrationen zu Ende gegangen ist, gewinnt die Berichterstattung über die Ausschreitungen zwischen linken Gegendemonstranten und der Polizei etwas mehr Raum. In jedem Beitrag enthalten ist die Aussage, dass sich Clement auf der Demonstration für ein NPD-Verbot ausgesprochen habe, z.T. mit Begründung („die NPD zählt zu den Anstiftern der Gewalt und zu den Feinden der Demokratie“). Ein Bezug zur NPD-Verbotdiskussion wird zudem dadurch hergestellt, dass im ersten Beitrag um 15 Uhr die Teilnehmer des Neonazi-Aufmarschs als „NPD-Sympathisanten“ bezeichnet werden. Zudem wird berichtet, dass der Aufmarsch von dem Rechtsextremisten Borchert angemeldet wurde.

Die Bilder sind alles in allem unspektakulär: friedlich demonstrierende Massen auf der Anti-Rechts-Kundgebung, Polizisten mit Helmen und Schutzschilden, marschierende Neonazis – erkennbar lediglich an ihren Bomberjacken und kurzem Haarschnitt. Nazi-Symbolik wird nicht gezeigt.

In den *Tagesthemen* und der Spätausgabe der Tagesschau um 1 Uhr gibt es zusätzlich einen Kurzbeitrag zum NPD-Verbot. Es geht um die unterschiedlichen Auffassungen von Befürworter Beckstein (CSU) und Gegner Westerwelle (FDP), der befürchtet, dass sich Rechtsextreme nach einem Verbot als Märtyrer stilisieren könnten.

Das **ZDF** stellt konsequent keinen Bezug zwischen der Demonstration und dem NPD-Verbot her. Die Äußerungen von Clement werden nicht zitiert, es gibt lediglich einmal die Information, dass er an der Veranstaltung teilgenommen habe. Die Berichterstattung ist insgesamt knapper als in der ARD, es werden wirklich nur die wichtigsten Eckdaten (wer – wo – was) genannt. Das juristische Hin und Her um die Genehmigung der Neonazi-Demo wird nicht in allen Berichten erwähnt. Die Bilder ähneln den Beiträgen der ARD.

Thema neben der Demo ist in den Hauptnachrichten heute um 19 Uhr, im *heute-journal* sowie in den *Spätnachrichten* die Diskussion in der CDU/CSU über das Thema Zuwanderung bzw. die Kritik an Merz wegen seines Vorstoßes, Zuwanderung zum Wahlkampfthema zu machen. Ein Bezug zum Thema Rechtsextremismus wird allerdings hier nicht hergestellt.

Das Wochenendmagazin *Top 7* nimmt in seinem Wochenrückblick schlaglichtartig auf aktuelle Ereignisse der vergangenen Woche Bezug. Am Sonntag gab es einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim, bei dem jedoch niemand verletzt wurde. Die Polizei fahndet nach drei Unbekannten, ein möglicher rechtsextremistischer Hintergrund wird im Bericht nicht erwähnt. Weiter gibt es einen Kurzbericht über das Innenministertreffen von Freitag.

Das Magazin *Länderspiegel* bringt einen längeren Beitrag über die NPD-Verbotsdiskussion. Da im brandenburgischen Fürstenwalde ein NPD-Mitglied sogar im Stadtrat sitzt, wollen die Reporter wissen, wie die Bewohner zu der Verbotsdiskussion stehen. Es kommen zu Wort: Erwachsene und jugendliche Einwohner von Fürstenwalde, ein Rechtsextremismus-Experte und eine Sozialarbeiterin. Das NPD-Mitglied kommt zwar ins Bild, will aber vor der Kamera kein Statement abgeben. Während gleich zu Beginn zwei Fürstenwalder pro Verbot argumentieren („Wehret den Anfängen“, „Soll das wieder so werden wie vor 1945?“), überwiegen in diesem Beitrag letztlich aber die Contra-Argumente, die meist auch begründet werden. Während ein älterer Mann der Meinung ist, dass ein Verbot nichts bringe, „weil sich die Horden immer wieder neu organisieren“, ist eine Verkäuferin der Ansicht, dass man besser die Jugendlichen von der Straße holen und aktiv gegen Ausländerfeindlichkeit vorgehen solle. Ein Jugendlicher geht davon aus, dass es in Fürstenwalde zu Randalen kommen werde, falls der Verbotsantrag Erfolg habe, während andere auf dem Standpunkt stehen: „Ihr habt eure Parteien also lasst uns unsere Partei“.

Ein durch seine Kleidung erkennbar rechts orientierter Jugendlicher, dessen Gesicht unkenntlich gemacht wird, kann nicht erkennen, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei sei oder in irgendeiner Weise ausländerfeindliche Hetze betreibe. Er stellt zudem die Partei auf eine Stufe mit den Grünen und der PDS, die „von linken Steinschmeißern“ gewählt würden. Diese Äußerungen bleiben unkommentiert.

Durch den O-Ton des Rechtsextremismus-Experten wird zwar darauf hingewiesen, dass die NPD eine gefährliche Partei sei, weil sie in ländlichen Gegenden Strukturen für rechtsextremistische und verfassungsfeindliche Aktivitäten schaffe. Insgesamt überwiegt aber der Tenor, dass ein Verbot allein nichts bringe, weil die Partei vor allem den Frust der Jugendlichen ausnutze. Diesen müssten sinnvolle Perspektiven und Alternativen geboten werden. Hierzu fehle es aber an Geld und Personal. Ein Verbot dagegen koste kein Geld und sei daher ein reines Lippenbekenntnis. Der Beitrag schließt mit dem zwiespältigen Fazit: „Die NPD steht vor allem als Synonym für ein starkes Wir-Gefühl – nicht mehr, aber auch nicht weniger“.

Sonntag, 22. Oktober 2000

In ihren Hauptnachrichtensendungen bringen **RTL** und **VOX** je einen Kurzbericht über die Zuwanderungsdebatte ohne Rechtsextremismus-Bezug. In den Nachrichtensendungen von ProSieben und Kabel 1 wird im Zusammenhang mit dem Streit über Merz' Aussagen zur Zuwanderung der Rechtsexperte der Grünen Volker Beck mit den Worten zitiert: „Mit dem Gefasel von der deutschen Leitkultur hat Merz erste Raketen einer ausländerfeindlichen Kampagne gezündet.“ Beide Nachrichtenbeiträge sind nahezu identisch, lediglich die Beck-Äußerungen werden leicht unterschiedlich zitiert.

In der **ARD** werden in der *Tagesschau mit Wochenspiegel* die relevanten Themen der vergangenen Woche noch einmal aufgegriffen. An einen Kurzbericht über die Verurteilung von zwei Rechtsextremisten wegen des Anschlags auf die KZ-Gedenkstätte Buchenwald vom Mittwoch schließen sich nahtlos Berichte über die Dortmunder Demonstrationen vom Vortag, die Sonderkonferenz der Innenminister wegen des geplanten NPD-Verbots vom Freitag sowie die Zuwanderungsdebatte an. Die Themen werden durch die Anmoderation, in der eine Art Kurzchronik rechtsextremistischer Übergriffe der letzten Tage verlesen wird, sowie einen eingeblendeten NPD-Schriftzug zueinander in Beziehung gesetzt. Im Mittelpunkt des Beitrags über die Zuwanderungsdebatte steht die Frage, ob die Diskussion über Zuwanderung oder die Tabuisierung dieses Themas eher Ausländerfeindlichkeit erzeuge. Ein Bezug zu Rechtsextremismus wird lediglich durch das zitierte Argument der FDP hergestellt, die Diskussion komme vor allem den rechten Parteien zugute.

In den 18 Uhr-Nachrichten der *Tagesschau* erscheint ein Kurzbeitrag über die Einwanderungsdebatte in der CDU. In den Hauptnachrichten wird das Thema pro/contra Diskussion über Zuwanderung in einem Filmbericht ausführlicher behandelt und hier in einen Zusammenhang mit der Debatte um das NPD-Verbot gebracht. Thematisiert wird, untermauert durch O-Töne von Franz Müntefering (SPD) und Volker Beck (Grüne), der Vorwurf der Regierung, dass Merz mit seinen Äußerungen dem geplanten NPD-Verbot schade (Beck: „Merz' Äußerungen zielen auf den rechten Rand der Gesellschaft. Das ist unverantwortlich, während wir versuchen, mit dem NPD-Verbot die Gefahr von rechts einzudämmen.“). Auch der Kommentar bezieht eindeutig Stellung: „Die Republikaner begrüßen Merz' Äußerungen zur Leitkultur. Beifall von der falschen Seite also. Rot-Grün sieht sich bestätigt.“ Beide Beiträge werden in den Spätnachrichten wiederholt.

Die Diskussionsrunde der Sendung *Sabine Christiansen* steht unter dem Motto „Tabuthema Einwanderung?“. Aus Anlass der umstrittenen Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Merz wird über die Frage debattiert, wie die Zuwanderung in

Deutschland geregelt werden soll und vor allem, wie man mit dem Thema in der Öffentlichkeit umgehen sollte. Die Gastgeberin versucht bei der Anmoderation des einleitenden Filmbeitrags das Thema in Zusammenhang mit der zunehmenden rechtsradikalen Gewalt und dem geplanten NPD-Verbot zu bringen. Im Verlauf der Diskussion wird dieser Versuch mit der Frage „Ist Zuwanderung nicht ein Thema, dass sich hervorragend für rechte Parteien im Wahlkampf eignet?“ wiederholt. Der Ball wird von den Gesprächsteilnehmern jedoch nicht aufgegriffen, so dass die Diskussion insgesamt ohne Bezug zu Rechtsextremismus geführt wird.

Das **ZDF** widmet sich demgegenüber in der Hauptausgabe von *heute* um 19 Uhr nur einmal kurz dem NPD-Verbot. In einer Sprechermeldung wird Bayerns Ministerpräsident Stoiber zitiert, der die CDU zur Geschlossenheit in der Verbotsfrage auffordert. Mit der Einleitung „Die Befürworter des NPD-Verbots machen Druck“ ist die Zielrichtung dieser Aussage klar. Ansonsten berichtet dieser Sender als einziger über den Anschlag auf die Gedenkstätten in Mecklenburg-Vorpommern. Während in der ersten Sendung noch von „unbekannten Tätern“ die Rede ist, werden diese bei der zweiten – variierten – Wiederholung des Themas in der Nachtsendung als „Rechtsextremisten“ bezeichnet. Die Bilder zeigen die beschmierten Grabsteine der Gedenkstätte.

Ebenso wie die ARD am Samstag beschäftigt sich auch das ZDF-Magazin *Berlin direkt* mit der Einwanderungsdebatte. Im Mittelpunkt des Filmberichts steht ein junger Deutsch-Türke, dessen Meinung zur Integration von Ausländern den Äußerungen von Merz gegenübergestellt werden. Außer dem Hinweis auf allgemeine ausländerfeindliche Tendenzen in der Gesellschaft wird kein Bezug zu Rechtsextremismus hergestellt.

Im Anschluss folgt ein längerer Bericht zum NPD-Verbotsantrag. Vor dem Hintergrund der ergebnislosen Innenministerkonferenz thematisiert das Magazin vor allem die Schwierigkeiten, das Aggressiv-Kämpferische der NPD als Voraussetzung für ein erfolgreiches Verbot zweifelsfrei nachzuweisen. In dem Beitrag kommt das Berliner NPD-Mitglied Meyer zu Wort, dessen Lebensweg kurz porträtiert wird und dessen Äußerungen den Auffassungen von Innenminister Schily gegenüber gestellt werden. Eingeleitet wird der Bericht durch Bilder von einem Skinheadkonzert, bei dem mehrere Zuhörer den Hitlergruß zeigen. Der Kommentar weist darauf hin, dass derartige Konzerte wegen ihrer Lieder mit volksverhetzenden Texten verboten sind, aber dennoch stattfinden. Es wird ein entsprechendes Machwerk eingespielt, der Text – mehr gebrüllt als gesungen – ist deutlich zu verstehen („Gewalt, Gewalt ist unser Schrei [...] alles für Deutschland, schwarz-weiß-rot, Blut und Erde bis zum Tod“).

Im Folgenden versucht Meyer, der einen ruhigen, sachlichen Eindruck macht und nicht dem Stereotyp des Rechtsradikalen entspricht, sich und seine Partei von jeglichen gewaltbereiten rechtsextremistischen Gruppierungen und fremdenfeindlichen Gewalt-

taten zu distanzieren. Als Motivation für die aktive Arbeit in der Partei gibt er „den Erhalt des deutschen Volkes in seinem angestammten Lebensraum“ an. Im Übrigen habe sich die NPD schon immer gegen Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele ausgesprochen. Diese Aussagen werden nicht direkt kritisch hinterfragt, sondern durch entsprechende Kommentare konterkariert. Beispielsweise weist der Journalist darauf hin, dass andere mit dem Grundsatz vom „Erhalt des deutschen Lebensraums“ antisemitisch und fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten rechtfertigen. Dazu werden Bilder von der Verhaftung eines Skinheads gezeigt, der offensichtlich randaliert hat. Diese Einschätzung wird durch ein Statement von Schily untermauert, der die Partei als physischen und psychischen Rückhalt für rechtsextremistische Straftäter bezeichnet.

Weiter wird auf einen Artikel von Meyer in einer NPD-Zeitung hingewiesen, in dem dieser Einwanderer als „Barbaren der Neuzeit“ und die gegenwärtige Gesellschaft als „liberalistischen multikulturellen Misthaufen“ bezeichnet habe, der einer neuen völkischen Ordnung weichen müsse. Auf die Frage, ob er mit solchen Artikeln nicht rassistische Hetze betreibe, erwidert dieser, dass in den Artikeln doch niemand aufgefordert werde, ein Gewehr oder einen Stein in die Hand zu nehmen. Er gibt dann aber grinsend zu, dass seine Äußerungen dahingehend verstanden werden könnten, auch wenn sie nicht so gemeint seien.

Der Kommentar zu dieser Aussage lautet, dass Verfassungsschutz und Innenminister bei der Bewertung derartiger Publikationen zur gegenteiligen Meinung gelangt seien. Unterstützt wird dies wiederum durch einen O-Ton von Otto Schily, der der NPD eine Wesensverwandtschaft zur NSDAP attestiert.

Abschließend informiert der Kommentator darüber, dass ein Verbotsantrag nur dann Erfolg hat, wenn es gelingt, das „Aggressiv-Kämpferische“ der NPD zweifelsfrei zu belegen. Die Partei tue inzwischen alles dafür, um solchen Argumenten den Wind aus den Segeln zu nehmen, beispielsweise dadurch, dass gewaltbereite Neonazis bei Veranstaltungen nicht mehr teilnehmen dürften. Dazu werden Bilder von der sogenannten Mahnwache am Brandenburger Tor gezeigt.

Fazit: Über die Verfassungsfeindlichkeit seien sich alle Innenminister einig. Bis zu einer Entscheidung über ein NPD-Verbot in Karlsruhe sei es aber noch ein langer Weg, so dass die NPD vorerst also in den Schlagzeilen bleibe.

Es folgt ein Studiogespräch mit Clement über das geplante NPD-Verbot. Der Moderator stellt seinen Interviewpartner als Verbotsbefürworter vor und übernimmt selbst durch entsprechende Fragen den Contra-Part. Insgesamt überwiegt aber die Pro-Perspektive, weil die Antworten Clements unwidersprochen stehen bleiben. Im Kern geht es zum einen um die Frage, ob die Beweise für ein Verbot ausreichen, wofür Clement die

Teilnahme von gewaltbereiten Skins sowie Mitgliedern verbotener Gruppen an NPD-Veranstaltungen anführt. Außerdem weist er auf die Verbreitung der Auschwitz-Lüge via Internet hin. Zum anderen geht es um die Frage, ob das Verbot nicht nur an der Oberfläche des Problems Ausländerfeindlichkeit kratze. Clement meint hierzu, dass das NPD-Verbot nur eine Maßnahme sei, der noch weitere folgen müssten. Dazu gehöre vor allem eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Ursachen für Fremdenhass.

Programmstichprobe Frühjahr 2001

Montag, 2. April 2001

RTL berichtet mit einem Nachrichtenfilm in den Abendnachrichten über ein gemeinsames Programm, das die Innenminister der norddeutschen Küstenländer beschlossen haben, um Rechtsextremisten den Ausstieg aus der Szene zu erleichtern. Darin kommen auch Bilder von Neonazis vor: Skinheads stehen in einer Fußgängerzone; ein Transparent mit der Aufschrift „Nationaler Widerstand Celle“; ein Neonazi mit schwarz-weiß-roter Fahne vor einem Denk- oder Grabmal; ein Skinhead, der von der Polizei durchsucht wird. Auf den Bildern sind weder Gewalt noch verfassungsfeindliche Symbole zu sehen. O-Töne von Rechten kommen ebenfalls nicht vor.

Fast eine Dreiviertelstunde lang beschäftigt sich das von dctp produzierte *Magazin Süd-deutsche TV* auf **VOX** mit Frauen in der rechtsradikalen Szene. Es wird ein fortlaufender Filmbeitrag gezeigt, der zu Beginn und am Ende der Sendung sowie nach den Werbepausen im Studio an- und abmoderiert wird.

Die Moderation stellt dabei am Anfang der Sendung fest, dass es schwierig sei, über Neonazis zu berichten, da man diesen damit öffentliche Aufmerksamkeit verschaffe. Ein Verschweigen des Problems sei aber falsch, ebenso wie eine Beschränkung der Berichterstattung auf Skinheads, denn „nicht alle Nazis sind dumm und glatzköpfig“. Man wolle daher über Frauen in der rechtsradikalen Szene berichten, die sich dort zunehmend emanzipierten. In einer Zwischenmoderation wird noch einmal festgestellt, dass diese nicht in das Bild passten, dass „zur Propaganda über Neonazis“ gehöre und diese als „volltrunkene Deppen“ darstelle.

In dem Beitrag werden zahlreiche rechte Frauen vorgestellt, die in vielen ausführlichen O-Tönen ihr Mitwirken in der rechten Szene begründen und ihre rechtsextremen und rassistischen Einstellungen kundtun können. Der Sprecher des Beitrags distanziert sich gelegentlich, aber bei weitem nicht immer von dem Gesagten, indem er es etwa deutlich als Vorurteile oder Sprüche ohne sachliche Grundlage bewertet. Auch einige Politiker(innen) von den Republikanern oder der NPD kommen zu Wort. Verschiedene Verfassungsschützer äußern sich zu der Rolle, die die Frauen in der rechten Szene spielen.

Neben Bildern von den interviewten Frauen finden sich Aufnahmen von rechten Parteitreffen, auch Redeausschnitte und Trommeln, von Demonstrationen mit Fahnen und Transparenten, von rechtem Propagandamaterial und Kultgegenständen und historische Aufnahmen von Frauen in der Nazizeit. Rechte Parolen („Arbeit zuerst für Deutsche“, „Hoch die nationale Solidarität“, „Hier marschiert der nationale Widerstand“)

sind bei Parteitreffen oder Demonstrationen zu hören. Eine der interviewten Frauen ist Sängerin und eines ihrer Lieder mit nationalistischem und fremdenfeindlichem Text wird zweimal und ausführlich angespielt.

SAT.1 berichtet in den Früh-News über den Überfall in Düsseldorf, bei dem Skinheads einem Mädchen ein Hakenkreuz in den Arm geschnitten haben sollen. Dies geschieht zum einen mit einer „Schlagzeile“ im Studio, zum anderen mit einer Sprechermeldung vor einem Hintergrundbild, auf dem mehrere Glatzen zu sehen sind. Später erscheint auf dem Bild zusätzlich ein Glatzkopf mit eintätowiertem „Skinhead“-Schriftzug. Die Meldung wird in den Frühnachrichten mehrfach wiederholt und läuft um 8.30 Uhr zum letzten Mal.

Das **ZDF** sendet in den Morgenstunden ebenfalls eine Sprechermeldung über den Überfall auf ein Mädchen in Düsseldorf. Auf einem Hintergrundbild ist dabei ein Glatzkopf, ein Stiefel und ein Baseballschläger zu sehen. Der Text ist sehr vorsichtig formuliert: es habe „möglicherweise“ einen Überfall mit rechtsextremistischem Hintergrund gegeben. Die Meldung läuft zum ersten Mal in heute um sechs Uhr und wird danach bis acht Uhr in allen Nachrichtensendungen wiederholt.

Die **ARD** übernimmt im Rahmen des gemeinsamen Vormittagsprogramms, das in dieser Woche vom ZDF produziert wird, die Berichterstattung des ZDF am Vormittag. Dies betrifft die Meldungen der *heute*-Nachrichten zu dem Überfall auf ein Mädchen in Düsseldorf am Montag morgen.

Im regionalen Fensterprogramm der ARD (*aktuell Berlin & Brandenburg*, ORB/SFB) läuft eine Sprechermeldung zum Thema: Der Berliner Innensenator Werthebach legt die Kriminalitätsstatistik für 2000 vor, nach der die Zahl rechtsextremistischer Straftaten um 40 Prozent anstieg.

Das Magazin *Report* aus München beschäftigt sich in zwei Beiträgen mit der Trittin-Äußerung über Laurenz Meyer und der darauf folgenden Nationalstolzdebatte.⁷ Die Filmberichte werden im Studio kommentierend an- und abmoderiert.

Im ersten Beitrag geht es um die Trittin-Äußerung, die im O-Ton eingespielt wird. Auch andere Zitate von ihm werden eingeblendet und sollen Trittins Haltung verdeutlichen. Danach kommen mehrere Personen zu Wort, die sich zum Nationalstolz und zur laufenden Debatte äußern. Auch Umfrageergebnisse werden präsentiert. Die Argumentation des Beitrags ist, dass Trittin Probleme habe, „mit allen Begriffen, die das Wort deutsch beinhalten“ (Abmoderation), die meisten anderen in Deutschland Lebenden dagegen nicht.

⁷ Auch *Monitor* greift das Thema am Donnerstag auf. Der Beitrag dort dreht sich aber ausschließlich um die Person des Umweltministers und dessen „Pannenserie“.

Direkt auf das Thema Rechtsradikalismus nimmt der Grüne Cem Özdemir Bezug, als er eine Werbekampagne kommentiert, in der farbige Deutsche ein T-Shirt mit der Aufschrift „Ich bin stolz ein Deutscher zu sein“ tragen. Er sagt, es ginge darum, den Rechtsradikalen nicht die Definitionsgewalt darüber zu überlassen, wer Deutscher sei und wer nicht.

In dem folgenden Beitrag geht es darum, dass Deutschland aus mangelndem Nationalstolz seine Interessen in der EU nicht ausreichend vertrete. So habe etwa Belgien mehr Spitzenbeamte in der EU als Deutschland. In der Abmoderation wird auf das Thema Rechtsextremismus Bezug genommen: Wenn die Diskussion um Nationalstolz nicht geführt werde, überlasse man das Feld damit den Rechtsextremisten.

Satirisch setzt sich das Magazin *Polylux* mit dem Thema Rechtsradikalismus auseinander. Der Publizist Klaus Bölling hatte in der Süddeutschen Zeitung eine „Quarantäne für Neonazis auf dem Bildschirm“ gefordert. *Polylux* fragt sich nun, wie man „richtig“ über Rechtsextremismus berichten könne, um das „Ansehen Deutschlands in der Welt“ wiederherzustellen.

Zunächst werden einige „falsche“ Fernsehbilder gezeigt: von rechten Demonstrationen, unter anderem am Brandenburger Tor, mit Transparenten, Fahnen und Trommeln, von geschmierten Parolen und Hakenkreuzen sowie von Rechten mit Hitlergruß. Dabei sind gleich zu Beginn des Beitrags „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus“-Rufe zu hören. Einige der Szenen wirken wenig ernst, entweder weil sie mit Zeitlupe oder Zeitraffer verfälscht werden, oder aufgrund ihres Inhalts: Ein NPD-Anhänger winkt fröhlich in die Kamera und deutet auf sein Plakat, ein Transparent trägt die Aufschrift „Mein Freund ist Österreicher“. Die Bilder werden darüber hinaus begleitet von Kommentaren über „braune Horden“ und „deutsche Kerle in Bomberjacken und Springerstiefeln“, die „dämliche Parolen krakeelen“, so dass eine deutliche Distanzierung stattfindet.

Da diese Bilder dem Ansehen Deutschlands schaden, wird anschließend gezeigt, wie es „richtig“ wäre. Das Bild wird so weit verdeckt, dass nichts mehr zu erkennen ist. Weiter wird mit einem Darsteller in Neonazi-Aufmachung gearbeitet, der mit Hitlergruß vor Touristenattraktionen steht. Er wird vom Autor des Beitrags etwa mit einem roten Tuch verhüllt oder mit Rasta-Perücke und „Atomkraft? Nein Danke!“-Aufkleber „unkennlich“ gemacht. Die Bilder sind dabei mit Musik unterlegt und haben Tempo.

Der Schlusskommentar des Beitrags ist: „Wer jetzt noch behauptet, in Deutschland gebe es Rechtsradikale, schürt unnötig Panik.“ Die eigentliche Botschaft wird aber deutlich vermittelt: Das Problem lasse sich nicht damit lösen, dass die Medien nicht mehr über Rechtsextremismus berichten.

Dienstag, 3. April 2001

Im **ZDF** beschäftigt sich das Magazin *Frontal 21* in einer Reportage mit rechten Organisationen, die trotz Verfassungsfeindlichkeit von den Finanzbehörden als gemeinnützig anerkannt sind. Der Filmbericht stützt sich in erster Linie auf schriftliche Unterlagen, die eingeblendet werden, und O-Töne eines Verfassungsschützers. Die Finanzämter hätten ein Interview verweigert.

Von Rechten gibt es ein Zitat, in dem die eigene Verfassungsfeindlichkeit als „durchaus ehrenhaft“ bezeichnet wird, und einen O-Ton, in dem die deutsche Kriegsschuld bestritten wird. Auf Bildern sind harmlose Wahlbroschüren und ähnliche Materialien zu sehen.

Mittwoch, 4. April 2001

Das **ZDF** berichtet mit einem Nachrichtenfilm in *heute nacht* über das Urteil im Düsseldorfer Synagogen-Prozess. Es wird erwähnt, dass dieser Anschlag zunächst Rechtsradikalen zugeschrieben worden war. Der Beitrag wird am Samstag in dem Wochenrückblick des Wochenendmagazins *Top 7* wiederholt.

In der gleichen Sendung läuft ein Filmbericht über den Musiker und Schauspieler Marius Müller-Westernhagen, der das Bundesverdienstkreuz erhält. In der Anmoderation heißt es, der Künstler erhalte die Auszeichnung für sein Engagement unter anderem gegen Rechtsextremismus.⁸

Donnerstag, 5. April 2001

In den Abendnachrichten von **RTL** läuft ein kurzer Nachrichtenfilm zum Verbot der „Skinheads Sächsische Schweiz“. Die anderen verbotenen Gruppen werden nicht erwähnt. Es werden Bilder von Skinheads auf einem Foto und bei einer Demonstration gezeigt, auch deren Stiefel in Großaufnahme. Außerdem sind sichergestellte Waffen, Fahnen und Uniformen zu sehen.

Auch **VOX** berichtet über das Verbot mit einer Sprechermeldung in den Spätnachrichten. Dabei werden nur die „Skinheads Sächsische Schweiz“ erwähnt und das Verbot nicht begründet. Als Hintergrundbild dient eine der sichergestellten Fahnen.

⁸ Ein ausdrücklicher Bezug zum Rechtsextremismus findet sich nur in diesem Beitrag, obwohl auch andere Sender über das Ereignis berichten. Dort wird aber meist allgemeiner von einem Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit oder gegen Rassismus gesprochen.

Die Berichterstattung von **SAT.1** über das Verbot der Skinheadgruppen beginnt mit einer „Schlagzeile“ in den Frühnachrichten, die nur die „Skinheads Sächsische Schweiz“ erwähnt. In einer späteren Meldung wird auch der „Nationale Widerstand Pirna“ genannt. Der Beitrag wird zunächst von einem Sprecher vor einem Hintergrundbild gelesen, dann werden einige Filmbilder eingespielt. Als Hintergrundbild dient dieselbe Fotomontage wie bei dem Düsseldorfer Überfall: mehrere Glatzen, eine mit „Skinhead“-Tattoo. In einer ersten Version des Films sind Bilder von Skinheads an einer Tankstelle und in einem Garten zu sehen. Später werden sie ergänzt durch Aufnahmen von sichergestellten Waffen, Fahnen und Uniformen und von einem rechten Konzert mit Fahnen mit einem hakenkreuzähnlichen Zeichen. Dieser Beitrag wird noch einmal wiederholt.

Die Abendnachrichten 18:30 berichten über das Verbot mit einem kurzen Nachrichtenfilm, der wiederum nur die „Skinheads Sächsische Schweiz“ erwähnt. Es werden Bilder von der Pressekonferenz des sächsischen Innenministers und von sichergestellten Waffen, Fahnen und Uniformen gezeigt. Dazu kommen Aufnahmen von einem Neonaziaufmarsch mit Fahnen, Rufen und Hitlergruß und von einem maskierten Skinhead, der mit einer Schusswaffe in die Kamera zielt. In den Spätnachrichten wird dieser Beitrag wiederholt.

ProSieben sendet in seinen Hauptnachrichten eine Sprechermeldung zum Verbot der sächsischen Neonazi-Gruppen. Alle verbotenen Organisationen werden genannt und das Verbot in einem Zitat des sächsischen Innenministers begründet. Auf einem Hintergrundbild sind Glatzen zu sehen.

Kabel 1 widmet sich ebenfalls in den Abendnachrichten dem Verbot der Neonazi-Organisationen in Sachsen. In dem kurzen Nachrichtenfilm werden alle drei Gruppierungen erwähnt und das Verbot begründet. Im Film werden demonstrierende Skinheads und Fotos von Neonazis gezeigt – mutmaßlich Mitglieder der verbotenen Organisationen. Der Beitrag wird in einer gekürzten Version in den Spätnachrichten wiederholt.

In der *heute*-Sendung um 19 Uhr bringt das **ZDF** eine Sprechermeldung zum Verbot der Neonazi-Organisationen in Sachsen, die alle drei erwähnt werden. In einem Zitat von Sachsens Innenminister Hardraht wird das Verbot begründet. Auf einem Hintergrundbild sind Glatzen zu sehen.

In der *Tagesschau* der **ARD** um 15 Uhr läuft ein Filmbericht über das Verbot der „Skinheads Sächsische Schweiz“. Die anderen verbotenen Organisationen werden hier und auch in späteren Sendungen nicht erwähnt. In einem O-Ton und einem Zitat von Innenminister Hardraht werden die Gründe für das Verbot genannt. Als Hintergrund bei der Anmoderation dient eine Landkarte von Sachsen. Im Film sind unter anderem Bil-

der von demonstrierenden Neonazis, eine gewaltsame Verhaftung, Skinheads und Fahnen sowie sichergestellte Waffen, Fahnen und Uniformen zu sehen. Einmal ist der Ruf „Nationaler Widerstand“ zu hören.

In der Hauptausgabe der *Tagesschau* um 20 Uhr wird der Beitrag wiederholt. In der *Tagesschau* um fünf sowie in den Tagesthemen und dem Nachtmagazin finden sich Sprechermeldungen mit einer Landkarte als Hintergrundbild. Während *Tagesthemen* und Nachtmagazin wieder Sachsens Innenminister Hardraht zitieren, begründet die *Tagesschau* um fünf das Verbot nicht.

In den Regionalnachrichten *aktuell Berlin & Brandenburg* wird mit einem kurzen Nachrichtenfilm über eine Aktuelle Stunde des Brandenburger Landtags berichtet. Die PDS-Opposition warnt dabei vor der Gefahr, die rechte Gewalttaten für den Tourismus in Brandenburg darstellten.

Freitag, 6. April 2001

Das **ZDF**-Kulturmagazin *aspekte* greift in einem Nachrichtenfilm den Einbruch bei zwei schwarzen Musikern in Obertshausen auf. Die Presse habe von diesem kaum Notiz genommen. Die Bilder des Beitrags wurden fast ausschließlich in der verwüsteten Wohnung aufgenommen. Vor allem die geschmierten Hakenkreuze und „Nigger raus“-Parolen sind zu sehen. Die Meldung ist, wie der gesamte Nachrichtenüberblick, mit Musik unterlegt.

Samstag, 7. April 2001

In den Hauptnachrichten berichtet **RTL** von dem Frankfurter Neonazi-Aufmarsch und der Gegendemonstration. In dem Nachrichtenfilm kommen ein paar Rechte mit Schildern ins Bild.

Auch **RTL II** zeigt in den Abendnachrichten einen Nachrichtenfilm über die Demonstration gegen den Neonazi-Aufmarsch in Frankfurt am Main. Dabei sind ein paar rechte Demonstranten mit Schildern zu sehen.

SAT.1 berichtet in seinen Abendnachrichten über die Demonstrationen sowohl in Frankfurt (Main) als auch in Uelzen. Der Nachrichtenfilm beginnt vor einem Hintergrundbild im Studio, auf dem Glatzen und JN-Fahnen zu sehen sind. Es folgen Bilder von der Demonstration in Frankfurt am Main, vor allem von dem massiven Polizeiaufgebot, das Ausschreitungen verhindert. Im Hintergrund sind „Nazis raus“-Rufe zu hören. Aus Uelzen kommen Bilder von Neonazis, Rangeleien von Demonstranten mit der Polizei und Farbbeutelattacken auf Skinheads.

In den Spätnachrichten berichtet **Kabel 1** über die Demonstrationen in Frankfurt am Main. In dem Nachrichten-film sind nur ein paar Neonazis mit Schildern zu sehen. Eines der Schilder mit der Parole „Arbeit zuerst für Deutsche“ wird groß gezeigt.

Das **ZDF** berichtet in den *heute*-Nachrichten um fünf Uhr morgens darüber, dass der hessische Verwaltungsgerichtshof die Neonazi-Kundgebung in Frankfurt am Main verboten habe. Das Verbot wird später vom Bundesverfassungsgericht wieder aufgehoben, doch berichtet das ZDF nicht weiter über das Thema. Die Meldung wird im Studio ohne Hintergrundbild verlesen.

Das Wochenendmagazin *Top 7* sendet einen Rückblick auf die wichtigsten Nachrichten der vergangenen Woche. Dabei wird auch die Meldung über das Urteil im Düsseldorfer Synagogen-Prozess vom Mittwoch wieder aufgegriffen. Der Anschlag war zunächst Rechtsradikalen zugeschrieben worden.

Sonntag, 8. April 2001

Das *Spiegel TV Magazin* auf **RTL** berichtet über den deutschen Neonazi Hendrik Möbus. Dieser sitzt in den USA in Auslieferungshaft und bezeichnet sich selber als politischen Häftling. Bei amerikanischen Neonazis gilt er daher als Märtyrer für seine Überzeugung.

Der anmoderierte Bericht thematisiert diese Situation und stellt Möbus' Vergangenheit dar. Möbus selbst und zwei US-Neonazi-Führer kommen zu Wort. In einem O-Ton stellt Möbus den Mord an Juden im Zweiten Weltkrieg in Frage. Die Interviewerin widerspricht und hakt nach. Der Neonazi Gary Lauck zeigt ein Computerspiel „KZ Rattenjagd“ und entschuldigt sich bei den Ratten für den Vergleich mit Juden. Der Sprecher distanziert sich deutlich und spricht von „Hetze übelster Sorte“. Weiter bezeichnet Lauck die Bundesrepublik als eine Diktatur mit einer „Meinungspolizei“. Ein Zitat von Möbus aus den Internet nennt „die BRD“ ein „Verbrechen“. Möbus selbst stellt sich als jemand dar, der für seine Weltanschauung bestraft werde.

In dem Beitrag sind Aufnahmen von einem Neonazikonzert mit Möbus zu sehen. Eine staatsfeindliche Parole und „Sieg Heil“-Rufe sind zu hören, begleitet vom Hitlergruß. Bilder aus den USA zeigen Hakenkreuzfahnen und rechtes Propagandamaterial, das ebenfalls mit Hakenkreuzen versehen ist. Auf Internetseiten gibt es rechte Texte, Hakenkreuze und das Spiel „KZ Rattenjagd“: Es ist ein KZ-Eingangstor mit dem Spruch „Jedem das Seine“ zu sehen, danach müssen Ratten abgeschossen werden vor einem Hintergrund mit Zyklon B-Dosen und einem Davidsstern. Weiter werden Fotos von Möbus gezeigt, der mit einer Fahne im Konzentrationslager Auschwitz posiert.

Der *Weltspiegel* in der **ARD** bringt einen Bericht über Neonazis in Italien, die zunehmend aktiv würden. Ihr Vorbild seien deutsche Neonazis, heißt es, zu denen sie auch Kontakt hätten. Im Zentrum des Berichts steht der Überfall auf einen Marokkaner bei Bozen. Südtirol könne aufgrund seiner Lage zu einer Drehscheibe der internationalen Neonaziszene werden, was Bürgermeister und Polizei, wie sie sagen, verhindern wollen.

Es werden Rechte bei einer Demonstration in Verona und am Grab Mussolinis gezeigt. Die Täter von Bozen sind zunächst auf einem Polizeivideo und später als Verhaftete zu sehen. Bei der Demonstration sind Sprechchöre, Marschgeräusche und „Sieg Heil“-Rufe zu hören. Man sieht Fahnen und Transparente, ebenso einen Gruß mit ausgestrecktem Arm. Am Grab von Mussolini, der auf einem Foto gezeigt wird, salutieren Neonazis auf dieselbe Weise.

In dem Frauenmagazin *ML Mona Lisa* im **ZDF** ruft die Moderatorin am Ende der Sendung Jugendliche dazu auf, sich an einem Wettbewerb von *ML Mona Lisa* und dem Bundesfamilienministerium zu beteiligen: Es soll ein Spot gegen Fremdenfeindlichkeit gedreht werden. Unterlegt wird das Gesagte mit Bildern aus einem solchen Film: In einem Zug greifen Skinheads einen Ausländer an. Andere Fahrgäste greifen ein und die Neonazis müssen den Zug schließlich auf offener Strecke verlassen. Jeder könne eingreifen und etwas tun „gegen ein hässliches rechtsradikales Klima in unserem Alltag“, meint die Moderatorin des Magazins.



Landesanstalt für Medien
Nordrhein-Westfalen (LfR)
Zollhof 2
40221 Düsseldorf
Postfach 10 34 43
40025 Düsseldorf

Telefon

➤ **02 11 / 7 70 07 - 0**

Telefax

➤ **02 11 / 72 71 70**

E-Mail

➤ **info@lfm-nrw.de**

Internet

➤ **http://www.lfm-nrw.de**